

Ursprung und Entstehung von NS-verfolgungsbedingt
entzogenem Kulturgut, die Anfänge der Restitution und ihre Bearbeitung aus
heutiger Sicht am Beispiel der ULB Münster und der USB Köln

Bachelorarbeit
Studiengang Bibliothekswesen
Fakultät für Informations- und Kommunikationswissenschaften
Fachhochschule Köln

vorgelegt von:

Jan-Philipp Hentzschel

am 01.02.2013 bei Prof. Dr. Haike Meinhardt

Abstract (Deutsch)

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Thematik der Restitution von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut. Während der Zeit des „Dritten Reichs“ profitierten deutsche und österreichische Bibliotheken in hohem Maß von den Kulturgutraubzügen der diversen NS-Organisationen. Millionen von Büchern gelangten aus dem In- und Ausland unrechtmäßig in ihre Bestände, wo sie lange unbeachtet verblieben. Erst in den 1980er Jahren begann man in Bibliothekskreisen mit einer kritischen Auseinandersetzung der NS-Vergangenheit, die in den 90er Jahren durch politische Erklärungen und erste Rechercheprojekte weiter forciert wurde. Seitdem wurden die Bemühungen, das NS-Raub- und Beutegut aufzuspüren, es an die rechtmäßigen Eigentümer oder Erben zurückzuerstatten und die Projekte umfassend zu dokumentieren, stetig intensiviert. Dennoch gibt es viele Bibliotheken, die sich an der Suche noch nicht beteiligt haben.

Diese Arbeit zeigt die geschichtliche Entwicklung der Thematik von 1930 bis in die heutige Zeit auf und gewährt Einblicke in die Praxis. Angefangen bei der Vorstellung einflussreicher Nationalsozialisten und den ihnen zugehörigen Rauborganisationen, werden anschließend die Unterschiede der Restitutionsmaßnahmen der alliierten Besatzungsmächte nach dem Krieg erläutert. Darin inbegriffen sind die Anfänge der Rückersatzungsgesetze in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik. Wie Raubgut in Bibliotheken gelangen konnte, welche Rolle die Bibliotheksdirektoren dabei spielten und wie die bibliothekarischen Anstrengungen zur Implementierung der Restitutionsarbeit aussehen, wird beispielhaft anhand der ULB Münster und der USB Köln vorgestellt. Im Zuge dessen erfolgt zum ersten Mal ein Rekonstruktionsversuch der Geschichte der ULB Münster während des Nationalsozialismus.

Die Ergebnisse werden durch Empfehlungen für zukünftige NS-Provenienzforschung abgerundet, wodurch die Arbeit insgesamt ein nützliches Arbeitsinstrument für betroffene Bibliotheken darstellt.

Schlagworte: Restitution, NS-Raubgut, Konfiskation, Drittes Reich, ULB Münster, USB Köln

Abstract (English)

The work in hand deals with the topic of the restitution of Nazi looted art. During the time of the “Third Reich” German and Austrian libraries profited to a great extent from the raids of cultural assets of the various Nazi organizations. Millions of books reached illegitimately from the inland and foreign countries into their collections where they remained unnoticed for a long time. A critical discussion of the NS past didn’t start before the 1980s. It was further pushed by political explanations and first enquiry projects in the 1990s in library circles. The efforts were intensified steadily since then to track down the Nazi plunder, refund it to the lawful owners or heirs and document the projects comprehensively. Nevertheless many libraries haven't participated in the search yet.

This work shows the historical development of the topic from 1930 up to today's time and grants insights into the practice. Influential National Socialists and the robbery organizations affiliated to them are explained, as well as the differences of the restitution measures of the allied occupying powers, the beginnings of the refund laws in the Federal Republic of Germany and in the German Democratic Republic. The different ways on which stolen books came into the libraries, which role the library directors played and how the restitution work can be carried out today, is explained by using the example of the ULB Münster and the USB Cologne. This work makes an attempt to reconstruct the history of the ULB Münster during the National Socialism for the very first time.

Closing with general recommendations for the future NS provenance research, the results of this analysis can be used by affected libraries as a working tool.

Subject headings: restitution, Nazi looted art, confiscation, Third Reich, ULB Münster, USB Cologne

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Personen bedanken, ohne deren vortreffliche Hilfe ich die Arbeit nicht hätte schreiben können.

Frau Prof. Dr. Haike Meinhardt und Herrn Prof. Dr. Hermann Rösch möchte ich für die Annahme des Themas und die exzellente Betreuung während des gesamten Entstehungsprozesses, egal ob im persönlichen Gespräch oder in schriftlicher Form, danken.

Ein ganz besonderes Dankeschön möchte ich an die Universitäts- und Landesbibliothek Münster richten. Hier sind vor allem Frau Elke Pophanken, Frau Christine Müllmann und Herr Reinhard Feldmann zu benennen. Einen Großteil des Textes konnte ich nur aufgrund der von Ihnen mir zur Verfügung gestellten Materialien, dem Angebot Kopien machen zu dürfen und der Möglichkeit im Büro einen Arbeitsplatz zu nutzen, verfassen. Frau Pophanken hat außerordentlichen Anteil an dem Gelingen dieser Arbeit. Sie war stets ansprechbar, hat mir in der Beantwortung meiner vielen Fragen und durch kritische Anmerkungen zu meinem Text sehr geholfen. Ihr und Herrn Feldmann habe ich es zu verdanken, dass mein Interesse an diesem Thema geweckt wurde. Frau Müllmann hat es mir ermöglicht, Archivunterlagen einzusehen.

Von Frau Christiane Hoffrath (Universitäts- und Stadtbibliothek Köln) erfuhr ich in einem ausführlichen Gespräch wichtige Informationen, um das Kapitel zu der USB Köln bearbeiten zu können.

Mein Dank wird zudem einer Vielzahl von Personen zuteil:

Frau Dr. Sabine Happ (Leiterin des Universitätsarchivs der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster), Herrn Dr. Michael Franz (Leiter der Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste Magdeburg), Herrn Dr. Uwe Hartmann (Leiter der Arbeitsstelle für Provenienzforschung Berlin), Herrn Dr. Wilfried Enderle (Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen), Herrn Jürgen Lenzing (Universitäts- und Landesbibliothek Münster) und Herrn Thorsten Schmidt (Leiter des Zeitungs- und Pressearchivs der WWU Münster).

Meiner guten Freundin Sandra Hanuskiewicz für viele Hilfestellungen und eine gemeinsame Studienzeit.

Für die Erlaubnis zur Bildnutzung danke ich Frau Naama Shilo (Yad Vashem), Frau Christiane Hoffrath und Herrn Peter Prokop (Österreichische Nationalbibliothek).

Zuletzt möchte ich den Menschen danken, die mich schon immer unterstützt haben und ohne die das Studium nicht möglich gewesen wäre: Meinen Eltern und Geschwistern. Ihnen ist die Arbeit gewidmet.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	1
2. Der „braune“ Raubfeldzug.....	3
2.1 Begriffserläuterungen.....	3
2.2 Der Machteinfluss der Person Alfred Rosenberg.....	6
2.2.1 „Arisierung zugunsten von Volk und Reich“.....	20
2.2.2 Alfred Rosenberg Bücherspende für die deutsche Wehrmacht.....	22
2.2.3 Das „Institut zur Erforschung der Judenfrage“.....	24
2.2.4 Die Zentralbibliothek der Hohen Schule.....	27
2.2.5 Der Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg.....	31
2.3 Rosenbergs Antagonisten.....	39
2.3.1 SD, Gestapo und Ahnenerbe – Beteiligung am Kulturgutraub unter Führung Himmlers.....	39
2.3.2 Das Sonderkommando Künsberg.....	45
2.4 Auswirkungen auf das deutsche Bibliothekswesen.....	48
2.4.1 Die Erlasse des Reichsministers Bernhard Rust und ihre Auswirkungen auf die Bibliotheken.....	48
2.4.2 Distributionsinstanzen: Die Preußische Staatsbibliothek und die Reichstauschstelle.....	52
3. Zusammenbruch des Dritten Reich und Beginn der Restitutionsgeschichte von 1945– 80er Jahre.....	56
3.1 Die Central Collecting Points.....	56
3.1.1 Das Archival Depot Offenbach.....	57
3.2 Rückerstattungen in den Besatzungszonen der westlichen Alliierten.....	61
3.3 Jüdische Nachfolgeorganisationen.....	66
3.4 Die frühe Bundesrepublik und die Deutsche Demokratische Republik.....	72
3.5 Forderungen des Staates Israels.....	78
3.6 Die Jewish Claims Conference.....	79
3.7 In der sowjetischen Besatzungszone.....	82
4. Implementierung der Restitutionsarbeit als bibliothekarisches Handlungsfeld und deren Institutionalisierung in den 90er Jahren.....	91
4.1 Die Washingtoner Konferenz (Dezember 1990).....	91
4.2 Die „Gemeinsame Erklärung“ der Kultusministerkonferenz (Dezember 1999)....	93
4.3 Die „Handreichung“ (Februar 2001, überarbeitet November 2007).....	94

4.4 Die Hannoverschen Symposien (2002–2011)	96
4.5 Ein „Leitfaden für die Ermittlung von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut in Bibliotheken“ (März 2005).....	98
4.6 Die Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste in Magdeburg	99
4.7 Die Arbeitsstelle für Provenienzforschung/-forschung in Berlin.....	106
4.8 Verantwortung und Chancen	110
5. Beispielhafte Restitutionsbemühungen in deutschen Bibliotheken.....	116
5.1 Universitäts- und Landesbibliothek Münster.....	116
5.1.1 Die Bibliothek zur Zeit des Nationalsozialismus	118
5.1.2 Die Bibliothek nach 1945	154
5.1.3 Funde und Restitutionsbemühungen.....	166
5.1.3.1 Projekt „Vorarbeiten für einen Projektantrag zur Restitution von NS-Raubgut“ (2011).....	170
5.1.4 Ergebnis und Ausblick in die Zukunft.....	176
5.2 Universitäts- und Stadtbibliothek Köln	179
5.2.1 Die Bibliothek zur Zeit des Nationalsozialismus	180
5.2.2 Die Bibliothek nach 1945	185
5.2.3 Methoden, Funde und Restitutionsbemühungen	185
5.2.3.1 Die ehemalige Gewerkschaftsbibliothek Köln	185
5.2.3.2 Bibliothek Elise und Helene Richter	187
6. Resümee und generelle Empfehlungen für NS-Provenienzprojekte in Bibliotheken	193
7. Abschluss	197
8. Literaturverzeichnis	199
9. Abbildungsverzeichnis	217
10. Anhang	218

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Alfred Rosenberg (Foto: Roehr-Verlag, Quelle: Yad Vashem).	9
Abbildung 2: Stempel „Alfred Rosenberg-Bücherspende für die deutsche Wehrmacht“.	23
Abbildung 3: Auf dem Flughafen in Kiew, Ukraine (Quelle: Yad Vashem).	32
Abbildung 4: Konfiszierte Bücher des ERR in Berlin (Quelle: Yad Vashem).....	35
Abbildung 5: Verpackte Bücher des ERR in Kiew, Ukraine (Quelle: Yad Vashem).....	36
Abbildung 6: Gestapelte Bücher im Sammellager des YIVO in Vilnius, Litauen (Quelle: Yad Vashem).	37
Abbildung 7: Geraubte Bücher des ERR in einer Ecke der Akademie der Wissenschaften in Minsk, Weißrussland (Quelle: Yad Vashem).	39
Abbildung 8: Sich auf einem LKW befindende Bücher werden am OAD abgeladen (Quelle: Yad Vashem).	57
Abbildung 9: Konfisziertes Bücher- und Archivmaterial lagert im OAD (Quelle: Yad Vashem).	58
Abbildung 10: Digitalisat vom Exlibris des Lessing-Museums.	175
Abbildung 11: Digitalisat vom Exlibris "Bibliothek Gotthilf Weisstein".....	176
Abbildung 12: Screenshot OPAC-Anzeige mit NS-Raubgut-Kategorie.	177
Abbildung 13: Überstempelter Besitzeintrag der Gewerkschaftsbibliothek Köln (Quelle: USB Köln).	186
Abbildung 14: Elise Richter (Quelle: Fotografie in Kern, Elga (Hrsg.): Führende Frauen Europas).	188
Abbildung 15: Helene Richter (Quelle: ÖNB/Wien).....	188

Abkürzungsverzeichnis

AfP	Arbeitsstelle für Provenienzforschung/ -forschung Berlin
APA	Außenpolitisches Amt
ARo	Amt Rosenberg
ATO	Allgemeine Treuhandorganisation
BArch	Bundesarchiv
BEG	Bundesentschädigungsgesetz
BKM	Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BRüG	Bundesrückerstattungsgesetz
CCP	Central Collecting Point
CLAE	Commission for Looted Art in Europe
CORA	Court of Restitution Appeals
CSR	Cour Supérieur pour les Restitutions
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAP	Deutsche Arbeiterpartei
DBFU	Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DM	Deutsche Mark
DP	Displaced Person
DRbg	Dienststelle Rosenberg
EK	Einsatzkommando
ERR	Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg
GBV	Gemeinsamer Bibliotheksverbund
Gestapa	Geheimes Staatspolizeiamt
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GFP	Geheime Feldpolizei
GKD	Gemeinsame Körperschaftsdatei
hbz	Hochschulbibliothekszentrum des Landes Nordrhein-Westfalen
HeBIS	Hessisches Bibliotheks- und Informationssystem
HLKO	Haager Landkriegsordnung
HTO	Haupttreuhandstelle Ost
JCC	Jewish Material Claims against Germany Inc./ Jewish Claims Conference
JCR	Jewish Cultural Reconstruction, Inc.
JRC	Jewish Restitution Commission
JRSO	Jewish Restitution Successor Organization
JTC	Jewish Trust Corporation
KfdK	Kampfbund für deutsche Kultur
KK	Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste Magdeburg
KVK	Karlsruher Virtueller Katalog
KZ	Konzentrationslager
MFA&A	Monuments, Fine Arts & Archives Section
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
N.S.G.f.d.K.	Nationalsozialistische Gesellschaft für deutsche Kultur

NSKG	Nationalsozialistische Kulturgemeinde
NS-VentschG	NS-Verfolgtenentschädigungsgesetz
OAD	Offenbach Archival Depot
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
OMGUS	Office of Military Government for Germany
ÖNB Wien	Österreichische Nationalbibliothek Wien
OPAC	Online Public Access Catalogue
ORG	Oberstes Rückerstattungsgericht
Pg.	Parteigenosse
PND	Personennamendatei
PPK	Parteiämtlichen Prüfungskommission zum Schutze des national-sozialistischen Schrifttums
RAM	Reichsaußenminister
RFdS	Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums
RKK-Schein	Reichskreditkassenschein
RM	Reichsmark
RMVP	Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
RNA	Regeln für die Erschließung von Nachlässen und Autographen
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RSK	Reichsschrifttumskammer
SA	Sturmabteilung
SD	Sicherheitsdienst
Sipo	Sicherheitspolizei
SK	Sonderkommando Künsberg
SLB Dresden	Sächsische Landesbibliothek Dresden
SLUB Dresden	Sächsische Landes- und Universitätsbibliothek Dresden
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschland
SPK	Stiftung Preußischer Kulturbesitz
SRC	Supreme Restitution Court
SS	Schutzstaffel
SUB Göttingen	Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen
T-PRO	Thesaurus der Provenienzbegriffe
UB	Universitätsbibliothek
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
ULB Münster	Universitäts- und Landesbibliothek Münster
URO	United Restitution Organization
USA	United States of America
USB Köln	Universitäts- und Stadtbibliothek Köln
VB	Völkischer Beobachter
VermG	Vermögensgesetz
WJC	World Jewish Congress
WWU Münster	Westfälische Wilhelms-Universität Münster
YIVO	Yiddish Scientific Institute
ZB	Zentralbibliothek, gemeint ist die Zentralbibliothek der Hohen Schule

1. Einleitung

„Habent sua fata libelli“ besagt ein lateinisches Sprichwort des Grammatikers Terentianus Maurus. Es ist ein gekürzter Vers aus seinem Gedicht „De litteris, de syllabis, de metris“. Übersetzt wird „Habent sua fata libelli“ mit „Bücher haben ihre Schicksale“.

Aus Sicht der Provenienzforschung kann man den Satz wie folgt interpretieren: Einem Buch (nicht nur dem Inhalt) wiederfährt stets ein unterschiedliches Schicksal, dass beeinflusst wird, von dem jeweiligen Besitzer und den äußeren Umständen. Buch und Besitzer teilen dabei ein gemeinsames Schicksal, da sie von äußeren Umständen beeinflusst werden.

Der Satz „Bücher haben ihre Schicksale“ lässt sich mühelos auf die Zeit des „Dritten Reichs“ übertragen.

Der Nationalsozialismus führte zu der Diskrimination, Ausbeutung, Verfolgung und Ermordung von Millionen von Menschen, die man nach der damaligen Ideologie als „Staats- und Volksfeinde“ definierte. Ihr Vermögen wurde systematisch dezimiert und ihr Besitz beschlagnahmt. Angefangen vom Haus bis zum Löffel bemächtigten sich die Nationalsozialisten Allem was sie habhaft werden konnten. In den Bereich konfiszierter Kulturgüter fallen auch Bücher. Diese wurden verbrannt, verkauft oder gelangten, und das war ihr häufigstes Schicksal, in Bibliotheken und andere wissenschaftliche Einrichtungen. Dass die Bücher unrechtmäßig in den Besitz von Personen des privaten und öffentlichen Rechts gerieten, störte damals niemanden. Vielmehr war das Gegenteil der Fall.

Bibliotheken profitieren in erheblichem Ausmaß von diesen Raubzügen, die zu Anfang erst innerhalb der „Reichsgrenzen“ und ab 1939 mit Kriegsbeginn dann auch im Ausland durchgeführt wurden. Heute lagern noch immer hunderttausend, wenn nicht gar Millionen Bücher in privaten Sammlungen und Bibliotheksbeständen des In- und Auslands. Wenngleich Privatsammlungen sakrosankt sind, so hat sich die Bundesrepublik Deutschland freiwillig dazu bereiterklärt, nach den geraubten Gütern, dem sogenannten NS-Raubgut, zu suchen und diese zurückzugeben. Dies betrifft auch öffentliche Einrichtungen wie Bibliotheken, die NS-Provenienzforschung betreiben können. Ziel der NS-Provenienzforschung ist es, die Bücher in den Beständen der wissenschaftlichen und öffentlichen Bibliotheken ausfindig zu machen, sie an die rechtmäßigen Eigentümer oder deren Erben zu restituieren und die Ergebnisse für die Öffentlichkeit zu dokumen-

tieren. Das Schicksal der Bücher soll aufgearbeitet und die Geschichte der mit ihnen verbundenen Personen erzählt werden.

Die Provenienzforschung im Allgemeinen und die NS-Provenienzforschung im Besonderen sind jedoch nicht Teil des Alltagsgeschäfts in Bibliotheken. Die Beschäftigung mit dem eigenen Bestand rückt aus verschiedenen Gründen, sei es wegen Personalmanagements oder der Angst vor unliebsamen Entdeckungen, oft in den Hintergrund oder findet nicht statt. Andererseits gibt es Bibliotheken, die bereits seit einigen Jahren nach NS-Raubgut suchen und Erfolge verzeichnen können.

Dem Verfasser dieser Arbeit ist es ein persönliches Anliegen auf dieses dunkle Kapitel deutscher Bibliotheksgeschichte aufmerksam zu machen, da die Rolle der Bibliotheken zur Zeit des Nationalsozialismus noch längst nicht ausreichend erforscht ist und sich in den Beständen noch immer unrechtmäßige Erwerbungen befinden. Bereits mit der NS-Provenienzforschung beschäftigte Bibliotheken sollen nach Möglichkeit nützliche Hinweise für ihre weitere Arbeit erhalten. Bibliotheken, die bisher noch nicht nach NS-Raubgut gesucht haben, hofft der Verfasser ein brauchbares Arbeitsinstrument an die Hand geben zu können, dass Theorie und Praxis miteinander verbindet. Darüber hinaus richtet sich die Arbeit an jeden interessierten Leser.

Beginnend mit der Entstehungsgeschichte von NS-Raubgut, der Vorstellung von wichtigen Personen und Rauborganisationen und der Einflussnahme des NS-Regimes auf das Bibliothekswesen, soll das Ausmaß des Bücherraubs verdeutlicht werden. Kapitel 1 umfasst demnach den Zeitraum der nationalsozialistischen Herrschaft von 1933 bis 1945 und dient als historische Grundlage, um einen Überblick über das Thema zu geben.

Das zweite Kapitel widmet sich den Restitutionsbemühungen der Alliierten Besatzer, wobei zwischen den unterschiedlichen Realisierungsmaßnahmen in den Okkupationszonen differenziert wird. Zudem wird der Blick auf die Wiedergutmachungspolitik der Bundesrepublik Deutschland gerichtet.

Die Ergebnisse politischer Entscheidungen als Basis für die Beschäftigung mit der NS-Raubgut-Thematik im Bibliothekswesen, werden in einem eigenen Kapitel thematisiert. Dazu gehört auch die Vorstellung entwickelter bibliothekarischer Vorgehensweisen und Methoden. Die ins Leben gerufenen Instanzen werden separat besprochen. Mit der Ausarbeitung des letzten Unterkapitels sollen die Verantwortung für die Rückerstattung wie auch die darin enthaltenen Chancen für Bibliotheken erläutert werden.

Kapitel 5 stellt die Universitäts- und Landesbibliothek (ULB) Münster und die Universitäts- und Stadtbibliothek (USB) Köln als Beispielbibliotheken in der Zeit des Nationalsozialismus und in den Nachkriegsjahren vor und behandelt verstärkt die Restitutionsbemühungen, -erfolge und -entwicklungen. Durch Darstellung der Geschichte der zwei Bibliotheken und die Praxis ihrer Restitutionsforschung, hofft der Verfasser das Möglichkeitsspektrum für eine erfolgreiche Restitutionsarbeit zu verdeutlichen. Es soll Bibliotheken als Beispiel dienen, wie NS-Provenienzforschung betrieben werden kann. Die Geschichte der ULB Münster im Nationalsozialismus wurde bisher noch nicht aufgearbeitet, sodass der Verfasser versucht, eine nützliche Arbeitshilfe für die weitere Forschung zu schaffen. Die historische Entwicklung der ULB Münster und der USB Köln orientiert sich an den Direktoren und einigen anderen wichtigen Persönlichkeiten, da diese den größten Einfluss auf die Bibliothek ausübten.

In einem Resümee werden die Spezifika beider Bibliotheken herausgestellt und in allgemeiner Form auf die Situation in anderen Bibliotheken übertragen. Abschließend werden noch einige Empfehlungen ausgesprochen, wie in Zukunft das Sujet effektiver bearbeitet werden kann.

Die Arbeit stützt sich auf unterschiedliche Publikationen, geführte Gespräche und eigenen Recherchen. Es sei gesagt, dass der Verfasser kein Jurist oder Historiker ist. Anhand der gefundenen Quellen hat er beispielweise die Geschichte der ULB rekonstruiert.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und dem leichteren Verständnis des Textes wurde das generische Maskulinum verwendet. Es schließt weibliche Personen mit ein.

2. Der „braune“ Raubfeldzug

2.1 Begriffserläuterungen

Die Beschäftigung mit dem NS-Kulturgutraub an verschiedenen Personengruppen, welche aus rassistischen, politischen und religiösen Gründen verfolgt wurden, erfordert eine Auseinandersetzung mit einigen zentralen Begriffen. Diese sollen nun kurz vorgestellt werden und als Grundlage für das weitere Verständnis der Thematik dienen.

Ein der Vergangenheitsbewältigung angehöriges Sujet ist das der Wiedergutmachung. Die Deutsche Politik ist bestrebt, die schrecklichen Verbrechen während des NS-Regimes aufzuarbeiten und die Opfer für ihre Verluste materiell zu entschädigen. Dies kann einerseits durch die Restitution, andererseits durch das Äquivalent Wiedergutma-

chung geschehen. Unter Restitution (lat. restitutio = „Wiederherstellung“) versteht man die Rückgabe von Kunst- und Kulturgegenständen an die Besitzer bzw. ihre rechtmäßigen Erben, während das Äquivalent eine finanzielle Gegenleistung darstellt, das in Kraft tritt, wenn ein Eigentumswert nicht mehr existent ist.

Bei den Eigentumswerten werden zudem zwei Unterscheidungen getroffen: „Beutegut“ oder auch „Beutekunst“ sind Bezeichnungen für kriegsbedingt verlagerte Kulturgüter, die als Beute aus okkupierten Staaten abtransportiert wurden. Der deutsche Faschismus brachte sich ab 1939 illegitim in den Besitz von Fremdeigentum aus okkupierten Staaten und verstieß dabei gegen die Haager Landkriegsordnung (HLKO) von 1907, die als Völkergewohnheitsrecht anerkannt ist. Wie Hartung in seinem Werk „Kunstraub in Krieg und Verfolgung“ auf S. 200 ff. erläutert, immaniert die HLKO u.a. Regelungen zum Verhalten der Okkupationsmacht. Artikel 46 schütze demzufolge das Privateigentum der Bürger vor Einziehung, Artikel 47 verbiete die Plünderung und Artikel 56 konzidiere das Eigentum und Kulturgüter der öffentlichen Hand als Privateigentum und verbiete jegliche Form von Beschlagnahme, Beschädigung oder Zerstörung.¹ Bei Missachtung war Bestrafung vorgesehen.² Für die Rückgabe von Beutegut bestehen – nach Aussage Albrinks – für gewöhnlich keine einzuhaltenden Fristen. Die lange Zeitspanne auf die zurückliegenden Konfiskationen trage jedoch einen gewissen Zwang zur Restitution mit sich.³

Dem „Beutegut“ gegenüber, steht der Begriff „Raubgut“ oder auch „Raubkunst“. Darunter versteht man verfolgungsbedingt entzogene Kulturgüter von „Volksfeinden“. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf dem Wort „Verfolgung“.

Während der Terminus „Beutegut“ lediglich die Konfiskationen im Ausland deskribiert, fügt der Begriff „Raubgut“ die Komponente des Inlandsraubes an u.a. den jüdischen Mitbürgern hinzu. Neben diesen Aspekten (Raub im In- und Ausland) werden jedoch auch die polizeilichen Beschlagnahmungen und die zur Existenzerhaltung gezwungenen Notverkäufe gezählt.

Raubgut unterliegt – aus juristischer Perspektive betrachtet – anderen Richtlinien als Beutegut. Allerdings ist eine eindeutige Trennung zwischen den Fällen oftmals nicht

¹ Vgl. Hartung Hannes: *Kunstraub in Krieg und Verfolgung : Die Restitution der Beute- und Raubkunst im Kollisions- und Völkerrecht*. Berlin: De Gruyter, 2005 (Schriften zum Kulturgüterschutz) (zugleich Dissertation Universität Zürich 2004), S. 200 ff.

² Vgl. 100(0) Schlüsseldokumente zur deutschen Geschichte im 20.Jahrhundert: *Haager Landkriegsordnung 1907*. URL: http://www.1000dokumente.de/index.html?c=-dokument_de&dokument=0201_haa&object=pdf&st=&l=de – Download vom 6.8.2012.

³ Vgl. Albrink, Veronica: *Restitution nach 1945. Ein Schrecken ohne Ende?* URL: <http://www.topographie.de/aggb/treffen/bisherige-treffen/2004-maerz/vortrag-albrink/> – Download vom 26.8.2012.

möglich, weil Überschneidungen keine Seltenheit darstellen. Bei der NS-Provenienzforschung wird daher keine Unterscheidung vorgenommen.⁴

Die Provenienzforschung (abgeleitet vom lat. Wort *provenio* = „Herauskommen“, „Auf-treten“) versucht die Entstehungs- und Besitzgeschichte eines Objektes nachzuvollziehen, erläutert Hoffrath in ihrem Werk „Bücherspuren“ (2009). Im Bibliothekswesen seien daher die Herkunft und die Vorbesitzer eines Buches interessant. Verschiedene Hinweise wären dabei hilfreich, um ein Buch zuordnen zu können. Wie ein Buch in die Bibliothek gelangt ist, könne man anhand der Provenienzmerkmale rekonstruieren. So weise jedes Buch eine Signatur, einen Bibliotheksstempel und eine Inventarnummer auf, führt die Autorin weiter aus. Anhand dieser Hinweise sei es möglich, auf den Standort, den Erwerbungszeitraum und die Erwerbungsart zu schließen. Die Akzessionsjournale, in denen die Bücher inventarisiert werden, seien ein anderes nützliches Informationsmittel. In diesen seien auch Angaben zu beispielsweise dem Preis oder dem Lieferanten enthalten. Desweiteren würden Akten, Rechnungen, Briefwechsel etc. wichtige Instrumentarien darstellen.

Konnte der Weg in die Bibliothek ermittelt werden, richtet sich die Aufmerksamkeit auf den Vorbesitzer, schreibt Hoffrath. In den Büchern könne man Hinweise der Vorbesitzer wie Exlibris, Namenseintragungen, Stempel, Widmungen, Aufkleber von Buchhandlungen, Buchbinderzeichen etc. finden. Wichtig sei es, jeden Hinweis in die Recherche mit einzubeziehen.

Die NS-Provenienzforschung ist ein spezieller Zweig der Provenienzforschung, berichtet Hoffrath. Bei der NS-Provenienzforschung werde der Bibliotheksbestand auf unrechtmäßige Erwerbungen, ergo Raub- bzw. Beutegut, überprüft. Dabei müsse man Erwerbungen ab 1933 bis nach 1945 kontrollieren, da noch heute Raubgut in Bibliotheken gelangen könne. Die Arbeit stütze sich dabei auf drei Säulen: Die Recherche nach NS-Raubgut, die Ermittlung der Eigentümer oder rechtmäßige Erben, um die Restitution zu ermöglichen und die Dokumentation der Ergebnisse.⁵

Wie Albrink erläutert, unterlag die Restitution nach Kriegsende den alliierten Rückers-tattungsgesetzen und später dann, nach Gründung der Bundesrepublik, den Bundesrück-

⁴ Vgl. Albrink, Veronica; Babendreier, Jürgen; Reifenberg, Bernd (Hrsg.): *Leitfaden für die Ermittlung von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut in Bibliotheken*. URL: http://staatsbibliothek-berlin.de/fileadmin/user_upload/zentrale_Seiten/historische_drucke/pdf/leitfaden.pdf – Download vom 26.8.2012.

⁵ Vgl. Hoffrath, Christiane: *Bücherspuren. Das Schicksal von Elise und Helene Richter und ihrer Bibliothek im „Dritten Reich“*. Köln, Weimar, Wien: Böhlau, 2009, S. 15–19.

erstattungs- und Entschädigungsgesetzen. Bei der Antragstellung habe es hierbei Fristen gegeben.⁶

Diese Fristen sind teilweise bereits abgelaufen. Dennoch hat die Bundesrepublik Deutschland auf der Washingtoner Konferenz (s. Kapitel 4.1) ihre Bereitschaft erklärt, weiterhin nach NS-Raubgut zu suchen und dies zu restituieren. Dieser Erklärung schlossen sich neben der Bundesregierung auch die Länder und kommunalen Spitzenverbände an.

Seit 1999 hat sich der Terminus „NS-verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut“ durchgesetzt.

Die Staats- und Universitätsbibliothek Bremen war mit ihrem Forschungsprojekt von 1991 die erste deutsche Bibliothek, die ihre Bestände auf unrechtmäßige Erwerbungen untersucht hat. Doch erst nach den „Washingtoner Grundsätzen“ (Kapitel 4.1) und der „Gemeinsamen Erklärung“ (Kapitel 4.2) gegen Ende der 90er Jahre, wurde das Sujet auch in anderen Bibliotheken bekannter. Durch das im Jahr 2002 durchgeführte „Hannoversche Symposium“ (Kapitel 4.4) wurde das Thema in Bibliothekskreise hineingetragen und wird seitdem von einigen Bibliotheken bearbeitet.

Anlaufstelle für Restitutionsanträge und -fälle ist seit 1994 die Koordinierungsstelle Magdeburg.⁷

2.2 Der Machteinfluss der Person Alfred Rosenberg

Der Kulturgutraub der Nationalsozialisten innerhalb der Reichsgrenzen (1933–1939) und vor allem in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten (ab 1939), stellt in seiner einzigartigen Form wohl einen der größten Raubzüge in der Geschichte Europas dar. Systematisch und mit einer den deutschen Raubinstitutionen anhaftenden Genauigkeit, wurden die Besitztümer von „Reichs- und Volksfeinden“ ausfindig gemacht und requiriert. Der Weg bis zu diesen großflächigen Konfiskationen unterlag jedoch einem schrittweise vorangehenden Prozess und den unermüdlichen Bemühungen Alfred Rosenbergs im erbitterten Konkurrenzkampf mit seinen Kontrahenten um Macht und Einfluss in Partei und Staat. Dieser Weg, von den Anfängen bis zum Zusammenbruch des „Dritten Reichs“, soll im folgenden Abschnitt nachgezeichnet werden und als Grundlage für das weitere Verständnis dienen.

⁶ Vgl. Albrink: *Restitution nach 1945*. (Webdokument).

⁷ siehe hierzu: Website der Koordinierungsstelle Magdeburg: *Service, Dokumentation und Transparenz*. URL: <http://www.lostart.de/Web/DE/Koordinierungsstelle/Index.html> – Download vom 20.6.2012.

Dabei dient Pipers Werk „Alfred Rosenberg: Hitlers Chefideologe“ dem Verfasser dieser Arbeit als grundlegende Quelle. So berichtet er, dass Alfred Rosenberg, geboren am 12. Januar 1893 als Sohn des lettischen Kaufmanns Woldemar Wilhelm Rosenberg und dessen Ehefrau Elfriede Caroline Siré aus hugenottischem Geschlecht in Reval, dem heutigen Tallinn (Estland) aufwuchs. Da seine Mutter bereits zwei Monate nach seiner Geburt verstarb und er seinen Vater als Elfjähriger verlor, sei Rosenberg bei dessen Schwestern aufgewachsen. Nach dem Abschluss an der Petri-Oberrealschule habe er Architektur von 1910–1915 am Polytechnikum in Riga studiert und danach aufgrund des ausbrechenden Ersten Weltkriegs und der daraus resultierenden Evakuierung des Polytechnikums, bis 1917 in Moskau, wo er die Abdankung von Zar Nikolaus II. als Folge der Februarrevolution und die Machtübernahme der Bolschewiki während der Oktoberrevolution miterlebt haben soll. Aus diesen Erfahrungen habe sich auch seine entschieden ablehnende Haltung gegenüber dem Bolschewismus entwickelt. 1918 habe er in seiner Heimatstadt eine Rede gehalten. Diese sei jedoch für ihn wenig bedeutsam geblieben, meint Piper, denn er sei noch in derselben Nacht nach Berlin gereist, um ein Bewerbungsgespräch für eine Architektenstelle wahrzunehmen. Doch auch dort sei er nicht lange geblieben und nach München weitergereist, wo er beinahe mittellos in einer Zeit der politischen Unruhen (Novemberrevolution) und sozialer Armut der Bevölkerung ankam. Die hohe Arbeitslosigkeit, der große Wohnungsmangel und der Existenzkampf jedes einzelnen Bürgers hätten die Abneigung und den Hass gegenüber all jenen gefördert, denen man die Schuld für die Kriegsniederlage gegeben habe. Die Antisemiten hätten dabei die jüdischen Mitbürger verantwortlich gemacht.

Viele Verbände und Organisationen konnten dieses Momentum des aufkeimenden Antisemitismus nutzen, um die verarmte Bevölkerung an sich zu binden.⁸ „Der Antisemitismus verband sich mit der Furcht vor den „Bolschewisten“ (worunter man fast jeden subsumierte, der den Rätegedanken nicht völlig ablehnte) und potenzierte sich damit“⁹, eruiert Auerbach.

Als Beispielorganisation zu nennen ist die Thule-Gesellschaft mit ihrer völkisch-antisemitischen Orientierung, die das Periodikum „Münchener Beobachter“, später von der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ (NSDAP) in „Völkischer Beobachter“ (VB) umbenannt, herausgab und deren Mitglied Karl Harrer als Mitbegründer

⁸ Vgl. Piper, Ernst: Alfred Rosenberg : Hitlers Chefideologe. München: Blessing, 2005, S. 19–38.

⁹ Auerbach, Hellmuth: Hitlers politische Lehrjahre und die Münchner Gesellschaft 1919–1923. Versuch einer Bilanz anhand der neueren Forschung. In: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 25 (1977) 1, S. 1–45, hier S. 8.

der „Deutschen Arbeiterpartei“ (DAP) fungierte. Rosenberg selbst war nach Aussage Pipers Gast der Gesellschaft und arbeitete zu dieser Zeit als Publizist bei der von Dietrich Eckart herausgegebenen Zeitschrift „Auf gut Deutsch“ (Untertitel: Wochenschrift für Ordnung und Recht), in der er seine Erfahrungen aus der russischen Revolution und seine jüdisch-bolschewistische Abneigung zum Ausdruck bringen konnte.¹⁰

Doch auch andere Organisationen wie der „Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund“, der anstrebte, alle völkischen Interessengemeinschaften in ganz Deutschland zu gruppieren, habe durch die aufrührerische Parole „Deutschland den Deutschen“, antisemitischen Rednerversammlungen und den sich daraus ableitenden Ausschreitungen an großer Popularität gewonnen. Als der Verband am 7. Januar 1920 zu einer öffentlichen Versammlung in den Münchner Kindl-Keller einlud, kamen laut Auerbach ungefähr 7.000 Zuhörer. Unter diesen soll sich auch Adolf Hitler befunden haben, der nicht nur die Effektivität solcher Versammlungen zur Mobilisierung der Massen erkannt, sondern sich auch selbst an der Diskussion beteiligt haben soll.¹¹

Wenige Monate nach der Gründung der DAP am 5. Januar 1919 sei Hitler bereits der Partei beigetreten und hätte sich von dem zweiten Mitbegründer Anton Draxler als Werbeobmann einstellen lassen, schreibt Auerbach. In dieser Position habe er stark die noch sehr kleine Partei propagiert und sei selbst als Redner aufgetreten. Freilich seien die Namen bekannter Redner die Zugpferde gewesen, welche die noch übersichtliche Anzahl an Leuten zu den Versammlungen kommen ließen, doch Hitlers signifikante Vortragsweise habe beim Auditorium nicht ihre Wirkung verfehlt. Seinen Erfolg erkennend, habe Hitler noch stärker in seiner Rolle als Propagandist agitiert und induziert, dass die Anzahl abgehaltener Versammlungen forciert wurde. Externe Unterstützung habe die Partei dabei durch diverse Artikel in den Periodika der anderen völkisch-antisemitischen Vereinigungen erfahren, führt Auerbach weiter aus.¹²

Es lässt sich konstatieren, dass sich die Gruppierungen im reziproken Interesse Hilfestellungen zur Publizität leisteten und, wie Auerbach in einem weiteren Artikel schreibt, ihre Mitglieder oftmals nicht nur einer Verbindung angehörten.¹³

Bei einer dieser Veranstaltungen habe Alfred Rosenberg – der erst im Februar 1923 deutscher Staatsbürger geworden sei¹⁴ –, sicher auch bedingt durch die regelmäßige

¹⁰ Vgl. Piper: Alfred Rosenberg ... , S. 45, 76.

¹¹ Vgl. Auerbach: Hitlers politische Lehrjahre ..., S. 10–11; Vgl. Piper: Alfred Rosenberg ... , S. 39, 47.

¹² Vgl. Auerbach: Hitlers politische Lehrjahre ..., S. 11 ff.

¹³ Vgl. Auerbach, Hellmuth: Regionale Wurzeln und Differenzen der NSDAP 1919–1923. In: Möller, Horst; Wirsching, Andreas; Ziegler, Walter (Hrsg.): Nationalsozialismus in der Region : Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich. München: Oldenbourg, 1996 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte Sondernummer), S. 65–86, hier S. 68.

Teilnahme seiner Schriftstellerkollegen Dietrich Eckart und Gottfried Feder an diesen, Hitler das erste Mal referieren hören. Nur wenige Monate später – Hitler hatte am 24. Februar 1920 im Festsaal des Hofbräuhauses auf einer Großveranstaltung ähnlich der im Münchner Kindl-Keller die 24 Programmpunkte seiner Partei proklamiert – habe sich Rosenberg am 20. Oktober selben Jahres als Schriftsteller in das Mitgliederverzeichnis der NSDAP eintragen lassen.¹⁵

In dieser Stellung habe Rosenberg sein Talent für das Metier des Schriftstellers (s. Abb. 1) bewiesen und von 1920–1923 sieben Schriften und 13 Aufsätze in Dietrich Eckarts „Hoheneichen-Verlag“ publiziert. Seine ersten Beiträge seien zuerst in „Auf gut Deutsch“ erschienen, wenig später dann auch als eigenständige Monographien.¹⁶

Alle Publikationen behandeln zwar thematische Schwerpunkte, doch de facto stehen sie similär zueinander. Während er 1920 in „Die Spur der Juden im Wandel der Zeit“ ad interim die Geschichte des Judentums und anschließend daran die „Gefahr“ des jüdischen Einflusses auf das „Volkstum“¹⁷ erörterte,



Abbildung 1: Alfred Rosenberg (Foto: Roehr-Verlag, Quelle: Yad Vashem).

hetzte er in „Pest in Russland“ (1922) gegen die „jüdisch-bolschewistische Revolution“ und fixierte die Juden als treibende Kraft¹⁸, um sie dann 1923 in die „Protokolle der Weisen von Zion“ der Weltverschwörung zu inkriminieren¹⁹. Ideologisch verblendet desavouierte Rosenberg die Juden mit aller Macht und fand damit bei der, unter der

¹⁴ Vgl. Baur, Johannes: Die russische Kolonie in München 1900–1945 : deutsch-russische Beziehungen im 20. Jahrhundert. Wiesbaden: Harrassowitz, 1998 (Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes München: Reihe: Geschichte 65) (zugleich Dissertation Universität Konstanz 1996), S. 272.

¹⁵ Vgl. Piper: Alfred Rosenberg ..., S. 45, 54.

¹⁶ Vgl. ebd., S. 63.

¹⁷ Rosenberg, Alfred: *Die Spur des Juden im Wandel der Zeit*. URL: <http://archive.org/stream/Rosenberg-Alfred-Die-Spur-des-Juden-im-Wandel-der-Zeit/RosenbergAlfred-DieSpurDesJudenImWandelDer-Zeiten1937162S.ScanFraktur#page/n0/mode/2up> – Download vom 18.6.2012, S. 152. (Digitalisat im Internet einsehbar); Rosenberg äußert sich im Vorwort, dass er keine Änderungen zu der Auflage von 1920 hat vornehmen müssen.

¹⁸ Vgl. Piper: Alfred Rosenberg ..., S. 70.

¹⁹ Vgl. Rosenberg, Alfred: *Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik*. URL: <http://archive.org/stream/AlfredRosenberg-DieProtokolleDerWeisenVonZionUndDieJuedische-AlfredRosenberg-DieProtokolleDerWeisenVonZionUndDieJuedischeWeltpolitik1933143S.ScanFraktur#page/n1/mode/2up> – Download vom 18.6.2012, S. 42. (Digitalisat im Internet einsehbar).

Niederlage des Ersten Weltkriegs und den im Zuge des Versailler Vertrags aufgebürdeten Reparationszahlungen leidende Bevölkerung Gehör. Hitler selbst soll von ihm eminent beeinflusst worden sein, berichtet Piper.²⁰

Als die Zeitschrift „Auf gut Deutsch“ aufgrund schlechter Absatzzahlen sistiert werden musste, sei er mit Eckart zum „Völkischen Beobachter“ gewechselt und habe die Position des stellvertretenden Chefredakteurs übernommen. Nach dem Tod Eckarts im März 1923 sei er schließlich selbst Hauptschriftleiter geworden.²¹

In der Verbotsphase der NSDAP und sämtlicher Parteiaktivitäten (der VB existierte unter dem Decknamen „Großdeutsche Zeitung“ weiter) übernahm Rosenberg laut Piper die diskrete Führung, die ihm Hitler vor seiner Gefangenschaft überantwortet habe.²²

Doch schon bald habe sich seine Insuffizienz indiziert, den entstehenden Machtkampf um die Parteispitze zu kontrollieren.²³ Wie Piper eruiert, „entfaltete [er] als Redner nicht die geringste Spur von Charisma“ und „zudem unterstützte ihn Hitler nicht“²⁴. Denn als dieser aus der Haft entlassen wurde, kümmerte Hitler sich selbst wieder um den Aufbau der Partei. Rosenberg habe dabei kein bedeutendes Amt bekleidet und sich in den folgenden Jahren wieder auf seine publizistische Tätigkeit konzentriert. Neben dem VB habe er 1924 auch die Zeitschrift „Der Weltkampf“ mit den fortwährenden Themen Judentum, Bolschewismus, Freimaurertum, Weltjudentum etc. herausgebracht.²⁵ Von 1925–1930 erschienen weitere acht Monographien schreibt Piper, darunter „Der Zukunftsweg einer deutschen Außenpolitik“ (1927) und „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“ (1930).²⁶ 1927 wurde Rosenberg auf dem NSDAP-Parteitag die Aufgaben überantwortet, eine Organisation zu gründen, die in der Lage sein sollte, „den nationalsozialistischen Gedanken in Kreise zu tragen, die durch Massenversammlungen im allgemeinen nicht gefaßt werden“²⁷. De facto bedeutete dies den Versuch der Infiltration des kulturellen Lebens in Bereichen der Literatur oder Kunst, sowie der Kulturpolitik (beispielsweise wurde Dr. Hildebrand Gurlitt als Leiter des Kunstmuseums in Zwickau abgesetzt). Im Januar 1928 gründete sich die „Nationalsozialistische Gesellschaft für deut-

²⁰ Vgl. Piper: Alfred Rosenberg ..., S. 74.

²¹ Vgl. ebd., S. 80 ff.

²² Vgl. ebd., S. 97.

²³ Vgl. Tyrell, Albrecht: Führer befiehlt ... Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der NSDAP. Bindlach: Gondrom, 1991, S. 68–72.

²⁴ Piper: Alfred Rosenberg ..., S. 109.

²⁵ Vgl. ebd., S. 116 ff.

²⁶ Vgl. ebd., S. 141.

²⁷ Völkischer Beobachter 21./ 22. August 1927 zit. n. Bollmus, Reinhard: Das Amt Rosenberg und seine Gegner: Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. 2. Aufl. München: Oldenbourg, 2006 (Studien zur Zeitgeschichte Bd. 1) (zugleich Dissertation Universität Heidelberg 1968), S. 27.

sche Kultur“ (N.S.G.f.d.K.), die jedoch gegen Ende selben Jahres unter dem Namen „Kampfbund für deutsche Kultur“ (KfdK) firmierte. Summa summarum war der Erfolg des KfdK laut Bollmus eher gering²⁸, doch „trug [er] dazu bei, eine kulturpolitische Konterrevolution vorzubereiten und ein Klima der Ablehnung der Gegenwartskultur zu fundieren“²⁹.

Als die Nationalsozialisten 1933 die Macht erlangten, effizierte dies eine extraordinary Agitation bei den deutschen Studenten gegen die „jüdische Zersetzung [...]“.³⁰ Die Reichsleitung der „Deutschen Studentenschaft“ initiierte infolgedessen die Aktion „Wider den deutschen Geist“. An den Hochschulen wurden „Kampfausschüsse“ bestehend aus Studenten, Professoren und einem Vertreter des KfdK etabliert, die Sorge dafür zu tragen hatten, dass die antijüdische Stimmung ausreichend propagiert wurde. Rasch wurden die „12 Thesen wider den undeutschen Geist“, welche die Inhalte und die Intention der nationalsozialistischen Studentenschaft konzentrierten, herausgegeben. Es folgten Denunziationen und Boykotte gegenüber jüdischen Dozenten und weiteren Hochschulangestellten (19. April), und schließlich Anfang Mai die reichsweite Akkumulation von Literatur verfehmter Schriftsteller. Sämtliche Stadt- und Volksbüchereien, Leihbüchereien, Privatbibliotheken und Buchhandlungen seien akribisch durchsucht worden. Lediglich die wissenschaftlichen Bibliotheken hätten über ihren gesamten Bestand frei verfügen können, berichtet Benz in seinem Werk „Ereignisse, Dekrete, Kontroversen“ (S. 68). Die Studentenschaft habe sich dabei der Hilfe des „Verbandes deutscher Volksbibliothekare“ bedient, dessen Mitglieder sich bereits im April zu einem Ausschuss zur Neuordnung der Berliner Stadt- und Volksbüchereien kongregiert haben sollen.³¹ Laut Gimmel übte auch hier der KfdK in Person des Direktors der Stadtbücherei Berlin Spandau, Dr. Max Wieser seinen Einfluss aus.³² Unter dem Protektorat des Bibliothekars Dr. Wolfgang Herrmann sei eine „Schwarze Liste“ erstellt worden, die sämtliche Werke jüdischer, marxistischer, sozialistischer, pazifistischer, emanzipatorischer oder schlechthin missliebiger Schriftsteller bzw. Schriftstellerinnen aus dem In- und Ausland

²⁸ Vgl. Bollmus: Das Amt Rosenberg und seine Gegner ..., S. 27 ff.

²⁹ Vgl. Piper: Alfred Rosenberg ..., S. 271.

³⁰ Die Deutsche Studentenschaft: *Aufruf zur Planung und Durchführung öffentlicher Bücherverbrennung am 2. April 1933*. URL: http://www.verbrannte-buecher.de/t3/fileadmin/user_upload/dokumente/-schreiben_der_dst.pdf – Download vom 20.6.2012.

³¹ Vgl. Benz, Wolfgang: *Ereignisse, Dekrete, Kontroversen*. Berlin [u.a.]: de Gruyter Saur, 2011 (Handbuch des Antisemitismus: Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart; 4), S. 68.

³² Vgl. Gimmel, Jürgen: *Die politische Organisation kultureller Ressentiments: der "Kampfbund für deutsche Kultur" und das bildungsbürgerliche Unbehagen an der Moderne*. Münster, Berlin: Lit 2001 (Schriftenreihe der Stipendiatinnen und die Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Christoph; 10) (zugleich Dissertation Universität Siegen 1999), S. 84.

indexiert habe. Auf dieser Grundlage habe die Deutsche Studentenschaft, unterstützt von Professoren, literarische Werke von beispielsweise Arthur Schnitzler, Joseph Roth, Lion Feuchtwanger, Irmgard Kneun oder Upton Sinclair gesammelt, um am Abend des 10. Mai 1933 in 22 Hochschulstädten ein gewaltiges Autodafé zu zelebrieren.³³ Da in acht weiteren Städten jedoch Regen die Verbrennung verhinderte, seien später Ersatztermin anberaumt worden. Darüber hinaus sollen auch außerhalb der studentischen Aktion Bücher von der Sturmabteilung (SA) und der Schutzstaffel (SS) verbrannt worden sein.³⁴

Hierin zeigt sich ein dunkles Kapitel deutscher Bibliotheksgeschichte. Entgegen dem heute selbstverständlichen Grundsatz, sämtliches Wissen dem Nutzer frei und ungehindert zugänglich zu machen, verhalfen einige Bibliothekare aktiv die Ideologien der Nationalsozialisten zu protegieren. Dies geschah sicher nicht nur aus reinem Fanatismus, sondern auch in der Hoffnung, unter dem neuen Regime Karriere zu machen.

An dieser Stelle soll auf einen Akteur der Bücherverbrennung hingewiesen werden, der vom KfdK postiert als Hauptredner bei dem Autodafé in Nürnberg fungiert hatte³⁵ und auf dem Gebiet der deutschen Literaturpolitik eine wichtige Rolle spielte. Die Rede ist von Hans Hagemayer, dem Rosenberg im Februar 1933 dekretiert habe, eine „Buchberatungsstelle“ des KfdK einzurichten. Diese wurde nach Barbian am 16. Juni 1933 von Hagemayer und weiteren Mitgliedern des „Kampfbundes“ als „Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums“ (RFdS) in Leipzig konstituiert und habe fortan die Aufgabe verfolgen sollen, Literatur mit nationalsozialistischem oder der politischen Gesinnung geneigtem Inhalt dem Lesepublikum zu empfehlen und unbekannte nationalsozialistische Schriftsteller zu fördern.³⁶ Das von Rosenberg mit dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels geschlossene Bündnis, habe sich dabei als vorteilhaft erwiesen.³⁷ Auch das Propagandaministerium habe, laut Piper, dem Aufbau positiv gegenüber gestanden, da man angestrebt habe, die neu geschaffene Reichsstelle in den eigenen Machtbereich zu integrieren.³⁸ Hagemayer sei, trotz Umzug des RFdS nach Berlin, weiterhin Leiter geblieben und habe, nachdem Rosenberg die Eingliederung in das Propa-

³³ Vgl. Benz: Ereignisse, Dekrete, Kontroversen, S. 67 f.

³⁴ Vgl. Krämer, Dr. Jörg D.: *10. Mai 1933 – Bücherverbrennung*. URL: <http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2008/Buecherverbrennung.pdf> – Download vom 21.6.2012.

³⁵ Vgl. Piper: Alfred Rosenberg ..., S. 398.

³⁶ Vgl. Barbian, Jan-Pieter: *Literaturpolitik im „Dritten Reich“ : Institutionen, Kompetenzen, Betätigungsfelder*. überarb. und aktualisierte Aufl. München: Dt. Taschenbuch-Verl., 1995 (zugleich Dissertation Universität Trier 1991), S. 270.

³⁷ Vgl. Piper: Alfred Rosenberg ..., S. 340.

³⁸ Vgl. ebd., S. 340.

gandaministerium erfolgreich torpediert hatte³⁹, dort das Amt Schrifttumspflege der „Dienststelle Rosenberg“ (DRbg), dessen Aufgabenbereich kongruent zu dem des RFdS bestand, übernommen.⁴⁰ Auf die DRbg (bzw. oftmals auch „Amt Rosenberg“ (ARo) genannt) wird später noch näher darauf eingegangen.

Ab 1935 sei das RFdS zudem maßgeblich am Aufbau der NS-Bibliotheken beteiligt gewesen. Barbian arbeitet in seinem Werk „Literaturpolitik im Dritten Reich“ dennoch heraus, dass die Bedeutung des RFdS insgesamt relativ gering blieb.⁴¹

Aus bibliothekarischer Sicht ist das Aufgabenfeld des Amtes Schrifttumspflege recht interessant. Zum einen führte es eine Parteibücherei in Berlin, die 53.000 Bände besessen haben soll⁴², zum anderen soll das Amt „die Kataloge für alle NS-Büchereien zusammengestellt“⁴³ haben. Ab 1943 seien dann nach Angabe Barbians diverse Bücherausstellungen initiiert worden; zudem habe man sich auf dem Gebiet der Schulbuchprüfung betätigt.⁴⁴ Im Oktober 1939 hatte sich bereits die Aufgabe der „Büchersammlung“ für die sich im Krieg befindende Wehrmacht hinzugesellt (s. Kapitel 2.2.2).

Bei all den Aufgabenfeldern, die das Amt Schrifttumspflege innehatte, darf jedoch nicht verschwiegen werden, dass sie in Konkurrenz zu anderen Institutionen stand. Dies stellt Barbian in dem bereits vielfach zitierten Werk auf S. 280 ff. dar.

Das „Propagandaministerium“ bzw. „Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda“ (RMVP) unter der Leitung von Joseph Goebbels führte unter anderem eine Reichskulturkammer, die wiederum eine Reichsschrifttumskammer (RSK) besaß.

Diese gab am 23. März 1936 die „Liste 1 des schädlichen und unerwünschten Schrifttums“ heraus, die eine Kumulierung aller bisherigen Verbotslisten darstellen sollte, jedoch erhebliche Mängel aufwies und im April 1937 bereits wieder eingezogen wurde. Am 31. Dezember 1938 erschien eine überarbeitete zweite Liste, die 18 Kategorien aufgeführt haben soll, welche zum Verbot von Büchern berechtigt hätten. Zudem habe sie 22 Namen verbotener Exilverlage genannt. Die Einsicht sei den Bibliotheken, im Gegensatz zum Buchhandel, erlaubt gewesen, schreibt Ernst Fischer in seinem bereits zu Beginn dieses Absatzes zitierten Aufsatzes „Die Exilverlage und das 'Dritte Reich'“, S.

³⁹ Vgl. ebd.

⁴⁰ Vgl. Barbian: Literaturpolitik im „Dritten Reich“ ..., S. 275 f.

⁴¹ Vgl. ebd., S. 274, 287, 293, 295.

⁴² Vgl. Krause, Friedhilde: *Bibliotheken in Berlin*. In: Fabian, Bernhard (Hrsg.): Handbuch der Historischen Buchbestände. URL: http://fabian.sub.uni-goettingen.de/?Bibliotheken_In_Berlin – Download vom 25.6.2012.

⁴³ Hart, Franz Theodor: Alfred Rosenberg. Der Mann und sein Werk. 2. Aufl. München: Lehmann, 1935, S. 48.

⁴⁴ Vgl. Barbian: Literaturpolitik im „Dritten Reich“ ..., S. 287, 293; Vgl. Piper: Alfred Rosenberg ..., S. 345.

79 f.⁴⁵ Ergänzend dazu erwähnt Ingo Toussaint in „Wissenschaftliche Bibliotheken und verbotene Literatur im "Dritten Reich"“ auf S. 90, dass es am 11. September 1937 drei Nachträge – datiert auf den 31. März, 30. März und 10. Juni 1936 – zu der ersten Liste gegeben habe.⁴⁶

Noch stärker war die Konkurrenz zu der „Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des nationalsozialistischen Schrifttums“ (PPK). Rosenberg habe nach Barbian eine erbitterte Fehde mit dem Leiter Philipp Bouhler zur Sicherung des eigenen Kompetenzbereichs, z.B. auf dem Feld der Schulbuchprüfung, geführt.⁴⁷

Eine bedeutende Rolle spielte ferner Bernhard Rust, der das „Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung“ leitete. Eine ausführliche Beschreibung findet sich dazu in Kapitel 2.4.1.

Für Alfred Rosenberg fiel die Machtergreifung weniger aussichtsreich aus, als von ihm sicher erhofft. Piper beschreibt auf S. 287 f. seines bereits vielfach zitierten Werkes, dass er sich Hoffnungen auf einen renommierten Regierungsposten gemacht habe, dann jedoch lediglich die Leitung des relativ unbedeutenden „Außenpolitischen Amtes der NSDAP“ (APA) übernehmen durfte. Dieses habe der Aufgabe gefolgt,

„parteipolitische Akzente zu setzen und durch Kontakte zu autoritären Bewegungen und Strömungen im Ausland sowie durch die Pflege der Verbindung zu osteuropäischen Immigrantenkreisen in Deutschland so etwas wie eine faschistische Internationale zu konstituieren“.^{48 49}

Dass Rosenberg gerade für diesen Posten von Hitler ausgewählt wurde, ist nicht frappant, blickt man auf die bis zu diesem Zeitpunkt dargestellte Karriere des gebürtigen Balten. Als Redner war Rosenberg nicht geeignet, doch durch seine Herkunft und seine diversen Schriften war er prädestiniert für die Rolle des Experten besonders in Angelegenheiten der Ostpolitik. Der „Chefideologe“ soll sich selbst, so führt Piper auf S. 292 weiter aus, als außenpolitischer Vordenker gesehen haben, der in der Machtergreifung den Beginn einer Revolution sah, die fernerhin vorzuführen sei, um sich dauerhaft zu etablieren. Hitler – der die Revolution einige Monate nach dem Machtantritt für beendet hielt – dankte Rosenberg am Ende des Jahres 1933 für seine Verdienste um die Partei, denn er habe die „geistige Zertrümmerung der [...] gegenüberstehenden feindlichen

⁴⁵ Vgl. Fischer, Ernst: Die Exilverlage und das "Dritte Reich". In: Kellner, Stephan (Hrsg.): Der "Giftschrank". Erotik, Sexualwissenschaft, Politik und Literatur - "Remota": die weggesperrten Bücher der Bayerischen Staatsbibliothek. Eine Ausstellung der Bayerischen Staatsbibliothek München. München: Bayerische Staatsbibliothek, 2002, S. 69–82, hier: S. 79 f.

⁴⁶ Vgl. Toussaint, Ingo: Wissenschaftliche Bibliotheken und verbotene Literatur im "Dritten Reich". In: Kellner, Stephan (Hrsg.): Der "Giftschrank". ... , S. 83–92, hier: S. 90.

⁴⁷ Vgl. Barbian: Literaturpolitik im „Dritten Reich“ ..., S. 280 ff.

⁴⁸ Piper: Alfred Rosenberg ..., S. 288.

⁴⁹ Vgl. ebd., S. 287 f.

Gedankenwelt“ errungen und „durch die politische und weltanschauliche Leitung des Zentralorgans der Partei unerhört dazu beigetragen, die weltanschaulich einheitliche Durchdringung [des] politischen Kampfes sicherzustellen“⁵⁰.

Am 24. Januar 1934 erzielte Rosenberg schließlich einen, wenn auch durch Hilfestellung Rober Leys erheblich begünstigten, Erfolg auf dem Feld der Kulturpolitik. Der Führer-Auftrag ist wörtlich bei Bollmus‘ „Das Amt Rosenberg und seine Gegner (2006)“ auf S. 54 f. enthalten und soll auch hier ungekürzt wiedergegeben werden.

„Auf Vorschlag des Stabsleiters der P[olitischen] O[rganisation, Dr. Robert Leys] beauftrage ich den Pg. Alfred Rosenberg mit der Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der Partei und aller gleichgeschalteten Verbände sowie des Werkes ‚Kraft durch Freude‘. Die Funktionen des Reichsschulungsleiters, Pg. Otto Gohdes, werden hierdurch nicht berührt.

München, den 24. Januar 1934

gez. Adolf Hitler.“⁵¹

Rosenberg habe sich ab diesem Zeitpunkt „Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP“ (DBFU) genannt und habe damit einen ihm nicht verliehenen Namen geführt. Bollmus fügt weiter hinzu, dass es dem Auftrag an konkreten Bestimmungen mangelte und eine entsprechende Dienststelle erst am 6. Juni 1934 institutionalisiert wurde.⁵² Auf S. 66 ff. konzentriert sich Bollmus auf die Errichtung der Dienststelle, deren Basis die „Nationalsozialistische Kulturgemeinde“ (NSKG), nach der Vereinigung des „Kampfbundes für deutsche Kultur“ (KfdK) mit der „Deutschen Bühne“, darstellte. Das neu geschaffene „Amt Rosenberg“ (ARo) segmentierte sich anfangs in vier Überwachungsabteilungen, darunter auch in das bereits abgehandelte Amt Schrifttumspflege von Hans Hagemayer. 1938 zählte das Amt schließlich sieben Dienststellen, von denen noch eine erwähnt werden soll, da sie laut Bollmus durch eine Bibliotheksübergabe entstanden sei. Er berichtet auf S. 121 f., dass der Herausgeber einer antisemitischen Zeitung, Ulrich Fleischauer, aufgrund einiger Differenzen mit einflussreichen Personen, zu Rosenberg gestoßen sei. Fleischauer sei strikter Antisemit gewesen und habe eine große Fachbibliothek mit apokrypher antijüdischer Literatur besessen. Wenig später habe man ihn jedoch vom Amt dispensiert und das Archiv und die Bibliothek als „Geschenk“ erhalten.⁵³ Dieses Beispiel belegt, mit welcher Kompromisslosigkeit mit eigenen „Kollegen“ verfahren wurde, waren sie für das eigene Unternehmen hinderlich oder nutzlos gewor-

⁵⁰ Domarus, Max: Hitler. Reden und Proklamationen 1932 bis 1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen. 4 Bde. Wiesbaden: Löwit, 1973, 1. Bd. 1973, S. 340 zit. n. Piper: Alfred Rosenberg, S. 293 f.

⁵¹ Nationalsozialistische Korrespondenz (NSK) 31.1.1934; VB 2. Februar 1934 zit. n. Bollmus: Das Amt Rosenberg und seine Gegner ..., S. 54 f.

⁵² Vgl. Bollmus: Das Amt Rosenberg und seine Gegner ..., S. 54–59, 66 ff.

⁵³ Vgl. ebd., S. 121 f.

den. Überdies wird hieran deutlich, dass selbst eine Person mit derselben Geisteshaltung wie sämtliche andere Antisemiten, entgegen den üblichen Vorgehensweisen, zwangsenteignet werden konnte und man dieses Vorgehen im Amt Rosenberg einfach als Schenkung deklarierte.

Doch auch wenn man im ARO dem Überwachungsauftrag nachging und sich in viele, teilweise bereits genannte, Konkurrenzkämpfe verstrickte, um auf dem Feld der Erziehung im nationalsozialistischen Sinne den Machteinfluss zu mehren, so intendierte der Reichsleiter auf das Ziel, selbst die Erziehung zu übernehmen.⁵⁴ Dieses Begehren konstituierte sich in der Planung zur Errichtung einer „Hohen Schule“. Piper widmet diesem Thema auf den S. 462–477 ein eigenes Kapitel, das hier als Grundlage gebraucht werden soll. So berichtet er zu Anfang, Rosenberg habe nach seiner Ernennung zum DBFU damit begonnen, der Idee zur Institutionalisierung einer parteieigenen Universität zu folgen. Im Juni 1937 habe er eine Denkschrift konzipiert, die in nuce die Vorstellung, erzieherisch tätig zu werden, in sich getragen habe. Die Aufgaben der Hohen Schule verbalisierte Rosenberg am 1. September 1938 inklusive seiner Forderung nach mehr Kompetenz. Dabei beschränkte sich Rosenberg nicht nur auf die Partei, sondern er versuchte seinen Machtbereich auch auf die Forschung auszuweiten. Desweiteren sollte die Hohe Schule die höchste Ausbildung in einem neuen dreistufigen Erziehungswesen werden (Adolf-Hitler-Schulen, NS-Ordensburg, Hohe Schule). Die Intention dahinter war das „Heranzüchten“ von neuen Führungspersonen für die folgenden Generationen.⁵⁵ In diesem Zusammenhang soll Robert Ley einmal Hitlers Worte benutzt haben, der gesagt habe, dass „niemand in Partei, Staat oder Bewegung Führer werden könne, der nicht durch diese Schule gegangen sei“.⁵⁶ Hitler schien dem Vorschlag nicht abgeneigt gewesen zu sein, selbst wenn er Rosenbergs Elaborat korrigierte bzw. modifizierte. Piper schreibt diesbezüglich, dass die Hohe Schule nicht in Mecklenburg, sondern am Chiemsee errichtet werden sollte. Dass der Reichsleiter sich insgeheim begründete Hoffnungen auf einen Erfolg gemacht hat, davon ist auszugehen, beachtet man eine Entscheidung Hitlers vom 25. Mai 1938. Er entschied sich für die Projektierung des Architekten Hermann Gieslers⁵⁷ und gegen die des zweiten Bewerbers Clemens Klotz⁵⁸. Franz Albert Heinen hat in seinem Buch „NS- Ordensburg: Vogelsang, Sonthofen,

⁵⁴ Vgl. Piper: Alfred Rosenberg ..., S. 325.

⁵⁵ Vgl. ebd., S. 462–477.

⁵⁶ Rede Robert Leys, 16. November 1937 in Sonthofen. Kopie der Rede bei Happel, Hartmut: Die Allgäuer Ordensburg in Sonthofen. 5. Aufl. Immenstadt: Eberl, 2005 zit. n. Heinen, Franz Albert: NS-Ordensburg. Vogelsang, Sonthofen, Krössinsee. Berlin: Links, 2011, S. 158.

⁵⁷ Vgl. Piper: Alfred Rosenberg ..., S. 468.

⁵⁸ Vgl. Heinen: NS-Ordensburg, S. 159.

Krössinssee“ auf S. 158 f. die Aussagen Gieslers zu dessen Entwürfen für den Gebäudekomplex angeführt, aus denen sich Hinweise zu der Größe der Hohen Schule ableiten lassen. Demnach sollte sich das Baugelände am Nord-Ost-Ufer des Chimensees über einen halben Kilometer ausdehnen und in der Längsachse nach Süden 1,7 km betragen. Über die Autobahn München-Salzburg sollte sich auf einer Länge von 15 km der freie Blick über den See auf die Hohe Schule ermöglichen und ihr so ein imposantes Erscheinungsbild verleihen. Eine Abzweigung der Autobahn und eine Bahnanlage sollten zum Empfangsplatz führen. Zudem seien auf demselben Areal eine Adolf-Hitler-Schule, Gebäudegruppen für die Lehrgänge der Partei sowie ein Bootshafen und Sportanlagen geplant gewesen.⁵⁹ Piper macht jedoch auf S. 466 f. deutlich, dass es nie zum Baubeginn kam, da Rosenberg die Gelder fehlten und er auch nicht den Zuspruch anderer möglicher Investoren, in diesem Zusammenhang wird der Reichsschatzmeister Franz Xaver Schwarz erwähnt, erfahren hat. Schließlich stoppte eine Verfügung Hitlers am 19. Januar 1940 partiell das Projekt. Sie vereitelte den Bau der Parteiuniversität, legitimierte gleichsam aber die Requirierung von Bibliotheken. Bei Piper ist sie auf S. 466 abgedruckt und soll auch hier Beachtung finden.

„Die 'Hohe Schule' soll einst die zentrale Stätte der nationalsozialistischen Forschung, Lehre und Erziehung werden. Ihre Errichtung wird nach dem Kriege stattfinden. Um jedoch die begonnenen Vorarbeiten zu fördern, ordne ich an, das [sic] Reichsleiter Alfred Rosenberg diese Vorbereitungsarbeiten - vor allem auf dem Gebiet der Forschung und Errichtung der Bibliothek weiterführt. Die Dienststellen von Partei und Staat sind gehalten, ihm in dieser Arbeit jede Unterstützung angedeihen zu lassen.“⁶⁰

Rosenbergs Enttäuschung dürfte sich in Anbetracht dieses Auftrags, den man als eine Art „Freifahrtschein“ für die weiteren Aktivitäten seinerseits ansehen könnte, in Grenzen gehalten haben. Von dem Gedanken getröstet, nach dem Krieg den Bau der Schule beginnen zu können, stürzte er sich in die Vorbereitungsarbeiten. Dem Aufbau von Bibliotheken schenkte er dabei großes Interesse, was sich später in der Arbeit des Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg (ERR) konstatieren lässt. Da dem ERR eine außergewöhnlich bedeutsame Rolle bei der Konfiskation von Bibliotheken und der Expropriation vor allem jüdischer Menschen zukommt wird diese Institution in einem separaten Kapitel (2.2.5) erörtert.

⁵⁹ Vgl. ebd., S. 158 f.

⁶⁰ BArch NS 8(Kanzlei Rosenberg)/176, fol 1 – , pag. 84. Verfügung VG/40 Hitlers vom 29.1.1940. URL: http://startext.net-build.de:8080/barch/Midosasearch/NS8/mets/NS8_176/index.htm?target=midosaFraContent&backlink=http://startext.net-build.de:8080/barch/Midosasearch/NS8/index.htm-kid-2bb74f4d-ce36-4ef4-a865-9e45e91ffb08&sign=NS%208/176#86 – Download vom 23.8.2012 zit. n. Piper: Alfred Rosenberg ..., S. 466.

Noch bevor Hitler die Verfügung 1940 dekretierte, übte Rosenberg bereits 1939 Einfluss auf die Universitäten aus. Als einer von vielen entschiedenen Renegaten opponierte Rosenberg eminent gegen die Kirchen und versuchte deren Machtstellung zu restringuieren. Als Folge davon ist sicher der starke Rückgang von theologischen Fakultäten zu sehen.⁶¹ Wie Piper auf S. 467 ff. darstellt, sei dies auch in München der Fall gewesen. Rosenberg habe dieses Momentum genutzt und eigene Institute gegründet, die er mit ihm treuen Personen besetzt habe. Nach dem „Institut zur Erforschung der arischen Geistesgeschichte“ in München, sei ein „Institut für Religionswissenschaft“ in Halle gegründet worden.⁶² Zudem seien laut Potthast mindestens neun weitere Institute bzw. Außenstellen in Planung gewesen, beispielsweise eins in Stuttgart für Biologie und Rassenkunde, eins für germanische Forschung in Kiel und ein Institut für deutsche Volkskunde in Münster und Graz.⁶³ Das Institut, das die meiste Beachtung erfuhr, ist jedoch das „Institut zur Erforschung der Judenfrage“ in Frankfurt am Main. Es war die erste Außenstelle der Hohen Schule und soll daher eine genauere Betrachtung im Kapitel 2.2.3 erfahren.

Es ist Piper zuzustimmen, wenn er der Ansicht ist, dass die Institute die eigentlichen Wirkungsstätten bildeten, solange es die Hohe Schule noch nicht gegeben habe.⁶⁴ Die Schirmherrschaft über die „Hohe Schule in Vorbereitung“, so der offizielle Titel, soll Rosenberg seinem Protegé Alfred Baeumler übertragen haben. Dieser habe bereits vorher das Amt Wissenschaft im ARO geleitet und sei mit der neuen Aufgabe überaus zufrieden gewesen, führt der Autor auf S. 472 aus.⁶⁵ Rosenbergs Einfluss zu dieser Zeit war um einiges größer als noch vor dem Aufstieg der NSDAP, doch musste er sich im allgegenwärtigen Konkurrenzkampf stets behaupten. Auf dem Gebiet der Forschung erwuchs ihm in der von Heinrich Himmler geleiteten Organisation „Ahnenerbe“ ein großer Antagonist. Zudem requirierten andere Organisationen Himmlers, wie z.B. Gestapo oder SD (s. Kapitel 2.3.1) besonders im Reichsgebiet außerordentlich viele Bibliotheken. Das Ahnenerbe sei laut Kater sehr aktiv auf dem Gebiet der Karst- und Höhlenwissenschaft tätig gewesen und habe die Ergebnisse ihrer Ausgrabungen in dem, der Forschungsgesellschaft zugehörigem, Ahnenerbe-Stiftungs Verlag (Berlin-Dahlem), genauer in dem Periodikum „Germanien. Monatshefte für Germanenkunde zur Erkennt-

⁶¹ Vgl. Piper: Alfred Rosenberg ..., S. 467.

⁶² Vgl. ebd., S. 467 ff.

⁶³ Vgl. Potthast, Jan Björn: Das jüdische Zentralmuseum der SS in Prag : Gegnerforschung und Völkermord im Nationalsozialismus. Frankfurt [u.a.]: Campus, 2002 (zugleich Dissertation Universität München 2001 unter dem Titel „Forschung, Vernichtung und die Endlösung der Erinnerung“), S. 179.

⁶⁴ Vgl. Piper: Alfred Rosenberg ..., S. 470.

⁶⁵ Vgl. ebd., S. 472.

nis deutschen Wesens“, publiziert.⁶⁶ Kater führt über dem aus, dass die Forschungsgesellschaft die Gleichschaltung der deutschen und österreichischen Karst- und Höhlenforschung dadurch erlangt habe, dass man den einflussreichen Opponenten Dr. Benno Wolf als Oberhaupt des „Hauptverbandes Deutscher Höhlenforscher“ eliminiert habe.⁶⁷ Wolf war Jude und wurde von der Gestapo in die Festung Theresienstadt deportiert, wo er wenig später starb. Erneut muss festgestellt werden, dass die Nationalsozialisten sich dabei einer wertvollen Bücherei (hier über Höhlenforschung) eines ihrer Opfer bemächtigten.⁶⁸ Dass die Organisation Ahnenerbe bei der Konfiskation von Bibliotheken eine nicht zu vernachlässigende Rolle gespielt hat, soll in Kapitel 2.3.1 genauer behandelt werden. Sie stellte auch den schärfsten Konkurrenten für den Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg dar, dessen Einflussbereich in Kapitel 2.2.5 beleuchtet werden soll.

Dennoch blieb Rosenberg auf dem Gebiet der Requirierung von Kulturbesitz unangefochten an der Spitze. Er konnte, sei es durch sein eigenes Bestreben, profitable Bündnisse oder glückliche Zufallsmomente, seinen Machteinfluss in den kommenden Jahren kontinuierlich weiter ausbauen. Auch sein ärgster Konkurrent Himmler schaffte es nicht, seinen Machtbereich einzugrenzen. Im Januar 1943 sei Himmler sogar der Meinung gewesen, dass in den anstehenden Kriegsmonaten weder das Ahnenerbe noch die Mitarbeiter Rosenbergs die Zeit hätten, ihren bisherigen Aktivitäten nachzugehen.⁶⁹ In dieser Hinsicht hatte Himmler recht, denn das Kriegsglück verließ bekanntlich die deutschen Truppen und am 9. Mai 1945 wurde die Kapitulation Deutschlands im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst unterzeichnet.⁷⁰ Rosenberg und sein Amt hatten bereits Wochen davor nach Deutschland zurückkehren und der Einlagerung der gestohlenen Kulturobjekte in verschiedenen Depots zusehen müssen.⁷¹

Es ist abschließend jedoch zu eruieren, dass ein derartiger Raubfeldzug ohne die Bestrebungen Alfred Rosenbergs wahrscheinlich nie solche Ausmaße angenommen hätte. Nie hat er aktiv an Verbrechen wie der Massenvernichtung der europäischen Juden teilgenommen oder aktiv mit der Waffe gekämpft, doch er hat Millionen von Menschen

⁶⁶ Vgl. Kater, Michael H.: Das „Ahnenerbe“ der SS 1935–1945. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches. 4. Aufl. München: Oldenbourg, 2006 (Studien zur Zeitgeschichte; 6), S. 104–110, 127 ff.

⁶⁷ Vgl. ebd., S. 265 ff.

⁶⁸ Vgl. ebd., S. 265 ff.; Vgl. Verband der deutschen Höhlen- und Karstforscher e.V. (Website): *Benno-Wolf-Preis*. URL: <http://www.vdhk.de/benno-wolf-preis.html> – Download vom 24.7.2012.

⁶⁹ Vgl. Kater: Das „Ahnenerbe“ der SS 1935–1945. ..., S. 158.

⁷⁰ Vgl. Tofahrn, Klaus W.: Chronologie des Dritten Reiches. Ereignisse, Personen, Begriffe. Sonderausg. (2., unveränd. Aufl.) Darmstadt: Primus, S. 120.

⁷¹ Vgl. Bollmus: Das Amt Rosenberg und seine Gegner ..., S. 151.

durch seine Entscheidungen und sein Handeln materiellen und sicher auch erheblichen physischen Schaden zugefügt.

2.2.1 „Arisierung zugunsten von Volk und Reich“

Der nationalsozialistische Terminus „Arisierung“ beschreibt die Konfiskationen von jüdischem Eigentum innerhalb und außerhalb der deutschen Reichsgrenzen. Dabei wurden die, nach der NS-Rassenideologie als „Untermenschen“ hierarchisierten, Juden zugunsten aller „Arier“ ausgebeutet und ihrer Existenzgrundlage peu à peu beraubt. Während der gesamten Zeitspanne der Judenverfolgung hat es mehr als 2.000 Gesetze und Verordnungen gegeben, die den Juden sämtliche Existenzgrundlagen raubten und schließlich in der Schoah endeten.⁷² Der „Arisierungsprozess“ soll nun kurz vorgestellt werden.

Nach dem „Geschäftsboykott“ vom 1. April 1933 begannen die ersten Repressionen gegenüber den jüdischen Mitbürgern. Kleine und mittelständische Betriebe verloren innerhalb kürzester Zeit ihre Kunden und sahen sich bald gezwungen zu verkaufen. Zwar seien die Vertragsverhandlungen zwischen jüdischem Verkäufer und „arischem“ Interessent meist noch verhältnismäßig gleichberechtigt abgelaufen, schreibt Hockerts, doch weist er in seinem Artikel „Von der wirtschaftlichen Verdrängung zur Existenzvernichtung“ (S. 28) ausdrücklich auf die sich stetig verschlechternden Handelsbedingungen hin.⁷³ Zudem habe das „Berufsbeamtengesetz“ vom 7. April 1933 die Ausgrenzung von Juden aus dem Wirtschaftsleben weiter verstärkt.⁷⁴ Weitere Gesetze folgten dann am 14. April 1933. Sowohl das „Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit“, als auch das „Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens“ habe der Expropriation, nun auch juristisch verankert, den Weg weiter geebnet.⁷⁵ 1935 folgten die Nürnberger Rassengesetze und ab diesem Zeitpunkt seien auch die Gauwirtschaftsberater der NSDAP in den Arisierungsprozess eingetreten. In ihrer Rolle als Entscheidungsinstanz sieht Hockerts

⁷² Vgl. Claims Conference (Website): *Diskriminierung, Arisierung und Vernichtung der Juden in Deutschland*. URL: <http://www.claims-conference.de/index.php?id=43> – Download vom 9.8.2012.

⁷³ Vgl. Hockerts, Hans Günter; Kuller, Christiane: Von der wirtschaftlichen Verdrängung zur Existenzvernichtung : Dimensionen der „Arisierung“. In: Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern (Hrsg.): *Kulturgutverluste, Provenienzforschung, Restitution : Sammlungsgut mit belasteter Herkunft in Museen, Bibliotheken und Archiven*. München, Berlin: Dt. Kunstverlag, 2007 (MuseumsBausteine; 10), S. 21–37, S. 28.

⁷⁴ Vgl. ebd., S. 24.

⁷⁵ Vgl. Lebendiges virtuelles Museum Online (LeMO) (Website): *Die „Arisierung“ im NS-Regime*. URL: <http://www.dhm.de/lemo/html/nazi/innenpolitik/arisierung/index.html> – Download vom 9.8.2012.

die Möglichkeit der freien Vertragsverhandlung für jüdische Verkäufer als beendet an.⁷⁶ Jüdisches Leben in Deutschland war in diesen Tagen sehr schwer geworden und sollte sich in den Folgejahren noch weiter erschweren. Doch auch denjenigen, die versuchten auszuwandern, legte das Regime mit der seit 1931 existierenden „Reichsfluchtsteuer“ eine schwere Bürde auf. Hockerts erklärt, dass bei einer Auswanderung ein Viertel des Eigenkapitals als Steuer an den Staat abzugeben gewesen sei und man das Restvermögen nur zu einem hohen Wechselkurs umtauschen konnte. Lagen die Verluste 1934 bei über 20 Prozent, stiegen sie bis 1939 auf 96 Prozent, bis mit Kriegsbeginn dem Kapitaltransfer ein Ende gesetzt wurde.⁷⁷ Hockerts eindrucksvolle Enumeration verdeutlicht mit welchen perfiden Mitteln sich auch die Finanzbehörden an der Expropriation beteiligten. Dennoch muss festgestellt werden, dass als Hauptprofiteur Privatpersonen in Erscheinung traten, da sie neben Geschäften und anderen Immobilien auch sämtlichen anderen jüdischen Besitz, wie z.B. Hausrat günstig erwerben konnten. Wie Götz Aly treffend resümiert,

„kann [man] bis 1937 nicht von einer systematischen Enteignung sprechen, sondern von einer immer besser organisierten Teilkonfiskation und von gleichzeitiger privater Vorteilsnahme, an der sich viele Zehntausend nicht-jüdischer Deutscher beteiligten“⁷⁸.

Für alle jüdischen Mitbürger, die nicht auswandern konnten oder wollten – immerhin war Deutschland ihre Heimat –, verschlechterte sich die Lebenssituation weiter gravierend. Im Jahr 1938 ergingen zahlreiche Verordnungen mit denen die Ausbeutung weiter forciert wurde. Es ist Hockerts Meinung daher zuzustimmen, dass „sich der Übergang zu[r] „Zwangsarisation“ unter staatlicher Kontrolle vollzog“⁷⁹. Am 26. April seien Juden gezwungen gewesen, ihr Vermögen, reichte es über 5.000 RM hinaus, gegenüber den Finanzbehörden offen zu legen und es in Staatspapiere umzutauschen, berichtet Aly. Gleichzeitig habe der Staat auf die Vermögen zugegriffen und dies als Präventivmaßnahme gegen die den Juden unterstellten Auswanderungspläne gerechtfertigt.⁸⁰ Nach der Reichsprogromnacht im November 1938 wurde die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ verabschiedet, die den Juden die Ausübung fast aller Berufe verbot. Einen Monat später sei dann die „Judenvermögensabgabe“ gefolgt, die den jüdischen Mitbürgern die immense Summe von einer Mil-

⁷⁶ Vgl. Hockerts; Kuller: Von der wirtschaftlichen Verdrängung zur Existenzvernichtung ..., S. 29.

⁷⁷ Vgl. ebd., S. 30.

⁷⁸ Vgl. Aly, Götz: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. 2. Aufl. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl., 2011 (Fischer-Taschenbuch: Die Zeit des Nationalsozialismus; 15863), S. 54 f.

⁷⁹ Vgl. Hockerts; Kuller: Von der wirtschaftlichen Verdrängung zur Existenzvernichtung ..., S. 29.

⁸⁰ Vgl. Aly: Hitlers Volksstaat ..., S. 55 ff.

liarde RM abverlangt habe.⁸¹ Aly sieht die Intention der Expropriation von Vermögenswerten als Virtualität zur Beseitigung der exorbitanten Staatsschulden und zur Durchführung des Vierjahresplans.⁸²

Mit Kriegsbeginn weitete sich schließlich die „Arisierung“ auch auf das Ausland aus und fand dort besonders durch die Agitation des ERR Anwendung. Aly macht dabei deutlich, dass konfiszierter Hausrat den bombengeschädigten deutschen Haushalten zugute kam und nennt in diesem Zusammenhang Beispiele aus den Städten Münster und Köln.⁸³ In Deutschland deportierte man währenddessen die Juden in der „Aktion 3“ in die Konzentrationslager. Nach Hockerts konfiszierten die Finanzbehörden nun alles, was greifbar war. Wohnungen seien geräumt, sämtlicher Hausrat versteigert und die Wohnungen an „Arier“ übergeben worden. Damit habe der Staat nicht nur Geld eingenommen, sondern auch Ansehen in der Bevölkerung erlangt, resümiert er.⁸⁴

Dass bei der „Arisierung“ auch Büchersammlungen den Besitzer gewechselt haben, ist unbestreitbar. Die rechtmäßigen Besitzer gilt es, durch die Restitutionsarbeit in öffentlichen Einrichtungen ausfindig zu machen, wenngleich der heutige Besitz von Privatpersonen rechtlich unantastbar bleibt.

2.2.2 Alfred Rosenberg Bücherspende für die deutsche Wehrmacht

Mit der so genannten „Büchersammlung“ wollte Alfred Rosenberg seinen, wenn auch geringen und unbedeutenden, Beitrag für die kämpfenden deutschen Truppen leisten. Die auch bald unter dem Namen „Alfred Rosenberg Bücherspende für die deutsche Wehrmacht“ bekannte Aktion sollte der „ideologischen Aufrüstung“⁸⁵ der Truppe dienen. Rosenberg soll dazu einen ähnlich lautenden Aufruf im Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel getätigt haben, der sich nach Piper an Verlage und Buchhandlungen richtete.⁸⁶ Weiter führt dieser aus, habe Rosenberg bereits zwei Monate nach Beginn der Sammlung Hitler eine Gesamtspende von 10 Millionen Büchern mitteilen können.⁸⁷ Barbian weist darüber hinaus in seinem Buch „Literaturpolitik im Dritten Reich“ ausführlich auf die Spenden aus den Privathaushalten hin. Diese Maßnahme habe nicht nur die Möglichkeit geboten, den Soldaten an der Front etwas Ablenkung zu verschaffen

⁸¹ Vgl. Lebendiges virtuelles Museum Online (LeMO): *Die „Arisierung“ im NS-Regime*. (Website).

⁸² Vgl. Aly: *Hitlers Volksstaat ...*, S. 54–60.

⁸³ Vgl. ebd., S. 140 ff.

⁸⁴ Vgl. Hockerts; Kuller: *Von der wirtschaftlichen Verdrängung zur Existenzvernichtung ...*, S. 33 f.

⁸⁵ Piper: *Alfred Rosenberg ...*, S. 447.

⁸⁶ Vgl. ebd., S. 447 f.

⁸⁷ Vgl. ebd., S. 448.

und sie durch die ausgewählten Inhalte weiter zu indoktrinieren, sondern auch Buchbestände der Privathaushalte von ungebetenem Schrifttum zu sekretieren.⁸⁸ Piper nennt durchschnittlich 40% der Monographien als brauchbar, wobei er Unterschiede in den Städten indiziert (hier: München ergiebiger als Berlin). Sechs Millionen Bücher seien sekretiert worden und hätten es ermöglicht, auf die Gesinnung der Stifter zu schlussfolgern. Anschließend führt Piper einen Satz Rosenbergs aus einem Briefwechsel mit Martin Bormann (Leiter der Parteikanzlei) an, den der Reichsleiter 1944 nach der 5. Sammlung getätigt hat und der hier ebenfalls Erwähnung finden soll:

„Das Gesamtergebnis aller 5 Sammlungen beträgt 43.496.118 gespendete Bücher, die zu 200.078 Büchereien verarbeitet wurden“⁸⁹.

Wie Piper bereits erwähnte, war die Aktion für den Ausgang des Krieges unbedeutend⁹⁰, doch sie dokumentiert das Geschick Rosenbergs, seine ideologischen Zielvorstellungen auf jedem sich ihm bietenden Pfad zu effizieren.

Aus Sichtweise der Restitutionsarbeit erfährt die „Alfred Rosenberg Bücherspende für die deutsche Wehrmacht“ kaum Beachtung. In Anbetracht der oben erwähnten Gesamtanzahl gespendeter Bücher darf, abzüglich den durch Vernichtung (aufgrund unliebsamer Inhalte durch die Nationalsozialisten bzw. später eventuell durch die Amerikaner aufgrund nati-

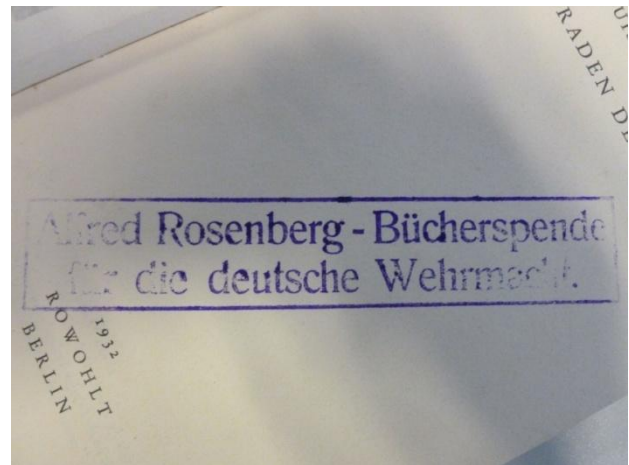


Abbildung 2: Stempel „Alfred Rosenberg-Bücherspende für die deutsche Wehrmacht“.

onalsozialistischer Inhalte), Kriegsverlust, Verschleiß etc. nicht mehr existenten Bänden, davon ausgegangen werden, dass ein Anteil sich auch heute noch im Besitz von Antiquariaten oder Bibliotheken befinden dürfte. Die Monographien der „Alfred Rosenberg Bücherspende für die deutsche Wehrmacht“ (s. Abb. 2) wurden entweder mit einem Stempel erwähnten Namens gekennzeichnet oder lauteten „Alfred-Rosenberg-Spende-Büchersammlung der NSDAP für die Deutsche Wehrmacht“ oder „Büchersammlung der NSDAP“.⁹¹ Gewiss mögen manche Stimmen behaupten, dass diese Bücher für die Provenienzforschung und Restitution irrelevant seien, da sie ja freiwillig

⁸⁸ Vgl. Barbian: Literaturpolitik im „Dritten Reich“ ..., S. 294.

⁸⁹ Institut für Zeitgeschichte: MA 243, S. 4913286; Schreiben Rosenberg an Bormann vom 14.8.1944 zit. n. Piper: Alfred Rosenberg ..., S. 448.

⁹⁰ Vgl. Piper: Alfred Rosenberg ..., S. 448.

⁹¹ Vgl. Ludwig, Robert: Bücher an die Front : die Büchersammlung für die Frontsoldaten. 1. Aufl. [s.l.]: GRIN, 2006 (zugleich Studienarbeit Universität Mainz 2004), S. 17.

gespendet wurden und aus deutschen Haushalten stammen. Dennoch darf nicht vergessen werden, dass im Zuge der Arierisierung von jüdischem Besitz im besonderen Maße die deutsche Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterklasse, profitierte. Da bereits 1933 konkrete Restriktionen und Boykotte gegenüber den jüdischen Mitbürger erlassen wurden, die sich in den Folgejahren zu Konfiszierungen oder Sequestrationen potenzierten, werden viele Menschen u.a. ihren Hausrat unter Zwang verkauft haben. Dass dabei auch Bücher den Besitzer gewechselt haben, steht außer Frage. Ausgehend davon, sind Bücher aus der „Bücherspende“ nicht als harmlos zu betrachten, sondern müssten einer differenzierteren Recherche unterzogen werden. Sollten sich Besitzvermerke anderer Art, beispielsweise Exlibris, Widmungen etc. finden lassen, so gilt es, diesen Spuren nachzugehen.

Doch auch gemäß dem Fall, keine weiteren Provenienzen feststellen zu können, wäre dies nach Meinung des Verfassers kein ausreichender Beweis für den rechtmäßigen Erwerb eines Bandes.

Eine entsprechende Kennzeichnung, unabhängig davon ob Raubgut oder nicht, in der Datenbank bzw. dem Katalog vorzunehmen und eine visuelle Anreicherung durch Bilder, wäre zwingend notwendig.

2.2.3 Das „Institut zur Erforschung der Judenfrage“

In dem folgenden Text soll das „Institut zur Erforschung der Judenfrage“ in Frankfurt am Main vorgestellt werden.

Als erste Außenstelle der Hohen Schule hat sie für die Restitutionsarbeit eine besondere Bedeutung, da sie unzertrennbar mit dem Raub von Bibliotheken verknüpft ist. Wie Bollmus in seinem Werk „Das Amt Rosenberg und seine Gegner“ auf S. 122 angibt, lief die Vorbereitung für das Institut bereits im November 1938 an. Den Ausgangspunkt für die Gründung fixiert er in der Übergabe der Städtischen Judaica-Sammlung durch den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt. Als Bedingung habe der Bürgermeister geäußert, diese Spezial-Bibliothek zu einem Reichsinstitut ausbauen zu lassen.⁹² Dass dieser Grundstock einmal jüdisches Eigentum gewesen war, störte damals vermutlich niemanden. Piper sieht in der schriftlichen Vereinbarung zwischen dem Oberbürgermeister Dr. Friedrich Krebs und Rosenberg vom 15. April 1939 den eigentlichen Gründungstermin, auch wenn es bis zur offiziellen Institutionalisierung noch dauern sollte. Den Grund für die spätere Eröffnung manifestiert er in einem erbitterten Gerichtsstreit zwischen dem

⁹² Vgl. Bollmus: Das Amt Rosenberg und seine Gegner ..., S. 122.

späteren Direktor Dr. Wilhelm Grau und Walter Frank (Leiter des „Reichsinstitut[s] für die Geschichte des neuen Deutschlands“). Erst als Grau eine sogenannte „Unabkömmlichstellung“ erreichte und von der Einziehung durch die Wehrmacht befreit war, sei es ihm theoretisch möglich gewesen, für das Institut wirksam zu werden. Piper führt allerdings weiter aus, dass sich durch die Besetzung der Beneluxstaaten und Frankreich ein anderes Aufgabengebiet eröffnet habe. Grau sei fortan sehr eifrig in dem ERR tätig gewesen und habe Tausende von Büchern für das geplante Institut requiriert.⁹³ In Paris operierte er zusammen mit Dr. Walter Grothe, auf den später noch zurückzukommen sein wird, und 13 weiteren Personen in einem „Sonderstab Bibliotheksforschung und Bibliotheksaufbau“ oder „Sonderstab Zentralbibliothek der Hohen Schule“, dessen Leitung er übernommen habe. Dabei sollen Grothe und Grau, teilweise gemeinsam, die Bibliothek der École Rabbinnique, die Bibliothek der Alliance Israélite Universelle und auch der Bibliothek Edouard de Rothschild requiriert haben. Erstere sei dann in die Bibliothek des Instituts zur Erforschung der Judenfrage gekommen.⁹⁴ Piper enumeriert auf S. 479 folgende Gesamtzahl der geraubten Bücher, die an das Institut gelangt sein sollen: ca. 102.000 Bände aus Frankreich, ca. 45.000 Bände aus den Niederlanden, ca. 280.000 Bände aus den okkupierten Ostgebieten, ca. 10.000 Bände aus Griechenland und über 100.000 Bände aus ehemals jüdischem Besitz in Deutschland.⁹⁵ Unter den Sammlungen aus Frankreich und den Niederlanden, welche man den Juden geraubt hatte, seien auch Bücher aus Freimaurerbibliotheken gewesen.⁹⁶ Damit wuchs die anfangs auf ca. 40.000 Bände bezifferte Judaica- und Hebraica-Sammlung in ihrem Bestand exorbitant an und man kann der Aussage Potthasts, die Bibliothek sei bereits 1941 „die größte ihrer Art in der Welt“⁹⁷ gewesen, nur zustimmen. Wilhelm Grau sei es laut Piper (S. 479) im Oktober 1940 schließlich möglich gewesen, seine Stelle als Bibliotheksdirektor in Frankfurt anzutreten.⁹⁸ Ein Jahr später, am 26. März 1941 wurde das Institut mit einem dreitägigen Programm und prominenten Gäste letztlich eröffnet. Potthast spricht in diesem Zusammenhang von einer feierlichen Veranstaltung bei der man,

⁹³ Vgl. Piper: Alfred Rosenberg ..., S. 478 f.

⁹⁴ Vgl. Adunka, Evelyn: Der Raub der Bücher: Plünderung in der NS-Zeit und ihre Restitution nach 1945. Wien: Czernin, 2002 (Die Bibliothek des Raubes; 9), S. 18.

⁹⁵ Vgl. Piper: Alfred Rosenberg ..., S. 479.

⁹⁶ Vgl. Hoogewoud, Frits; Arndt, Sabine (Hrsg.): Auf Transport! Deutsche Stationen "sichergestellter" jüdischer und freimaurerischer Bibliotheken aus Frankreich und den Niederlanden (1940–1949). Hameln: Niemeyer, 2005 (Lesesaal; H. 18), S. 12.

⁹⁷ Potthast: Das jüdische Zentralmuseum der SS in Prag ..., S. 173.

⁹⁸ Vgl. Piper: Alfred Rosenberg ..., S. 479.

„[...] [u]m den internationalen Charakter dieser Forschungseinrichtung zu unterstreichen [...] die Elite der Antisemiten unter den europäischen Verbündeten und Nazi-Sympathisanten eingeladen [hatte]“⁹⁹.

Weiter berichtet er, habe es Vorträge, auch der Gäste, gegeben, in denen man referierte, wie mit den Juden zu verfahren sei.¹⁰⁰ Piper berichtet auf S. 480, dass die Feier im Frankfurter Römer (Rathaus der Stadt Frankfurt am Main) stattgefunden habe und Rosenberg es gerne gesehen hätte, wenn ihm dabei das Rothschild-Palais übergeben worden wäre. Doch dieser Wunsch konnte nicht erfüllt werden und so zog das Institut zwangsläufig in ein anderes Gebäude. Am letzten Tag der Veranstaltung hielt Rosenberg seine Rede „Die Judenfrage als Weltproblem“, die laut Piper (S. 482 ff) nicht nur durch die deutschen Rundfunksender, sondern später auch gedruckt publik gemacht wurde. Es darf supponiert werden, dass Rosenberg sich in dieser Zeit seinen Zielen als Weltanschauungsbeauftragter ein großes Stück näher wähnte. Für ihn war die „Gegnerforschung“ essenziell wichtig, denn anhand der illegitim akkumulierten Bibliotheken, Archive und Kunstgegenstände sollten sich Belege finden lassen, um die „Perversität der jüdischen Rasse“ zu dokumentieren.¹⁰¹

Nach Aussage Pipers (S. 484) hätten fortan 22 Mitarbeiter aus dem Amt Rosenberg, sowie sechs städtische Angestellte unter der Ägide von Grau gestanden.¹⁰² Auf Grau, der laut Piper (S. 485) von Rosenberg aufgrund der Streitigkeiten mit Walter Frank wieder entlassen werden musste, folgte Klaus Schickert.¹⁰³ Bei Adunka („Raub der Bücher“) findet sich derselbe Hinweis, allerdings mit dem Zusatz, dass Adolf Trende (zuvor Bibliothekar an der Preußischen Nationalbank und der Deutschen Sparkasse Girobank) ad interim die Leitung übernommen habe.¹⁰⁴

Als die Alliierten damit begannen, Luftangriffe auf deutsche Städte zu fliegen, soll unter Trendes Führung damit begonnen worden sein, Bücher nach Hungen auszulagern.¹⁰⁵ Neben Hungen nennt Hoogewoud noch Hirzenhain als Zwischenlager; beide Städte seien aufgrund ihrer Zuganbindung ausgewählt worden.¹⁰⁶ In dem Werk „Auf Transport!“ widmet sich Hoogewoud auf den S. 12–16 den beiden Lokalitäten und ihrer Bedeutung für die Aufbewahrung von tausenden Büchern. Einige Aussagen daraus sollen auch hier Verwendung finden. Zu Hungen schreibt er, dass das Institut zur Erforschung

⁹⁹ Potthast: Das jüdische Zentralmuseum der SS in Prag ..., S. 170.

¹⁰⁰ Vgl. ebd., S. 170.

¹⁰¹ Vgl. Hoogewoud; Arndt: Auf Transport! ..., S. 12.

¹⁰² Vgl. Piper: Alfred Rosenberg ..., S. 484.

¹⁰³ Vgl. ebd., S. 485.

¹⁰⁴ Vgl. Adunka: Der Raub der Bücher ..., S. 27.

¹⁰⁵ Vgl. ebd.

¹⁰⁶ Vgl. Hoogewoud; Arndt: Auf Transport! ..., S. 12.

der Judenfrage ab dem 1. Januar 1944 21 Räume im Hungener Schloss beansprucht habe. Da allerdings zwischen Februar und Juli 1944 bereits 2.000 Bücherkisten angekommen seien, sei es nötig gewesen, neuen Platz zu schaffen. Dazu habe man ab dem 2. September 1944 die Hallen der ortsansässigen Dampfziegelei mit einer Größe von 2.700 m² angemietet, sodass die Bibliothek eingerichtet werden konnte. Weiterhin berichtet der Autor, seien in Hungen insgesamt acht Depots mit 2.000–3.000 Kisten Büchern und weiteren tausenden Einzelbüchern eingerichtet worden, welche die amerikanischen Besatzungstruppen am 8. April 1945 fanden. Unter den acht Depots habe sich überdies eine Zeitungen- und Zeitschriftensammlung aus dem In- und Ausland über die Arbeiten am Institut befunden.

In Hirzenhain sei die räumliche Situation hingegen eine andere gewesen. Dem bei Hoogewoud abgedruckten Bericht des niederländischen Reichsarchivars Dr. Graswinckel zufolge, sollen 900 Kisten mit wertvollen Büchern und Archivalien aus ehemals niederländischem und französischem Freimaurerbesitz in einer maroden Scheune gelagert haben. Dr. Graswinckel reiste im Februar 1946 nach Hirzenhain, um sich einen Eindruck über die geraubten Bücher zu verschaffen. Da zur Zeit des Besuches Winter gewesen war, sollen sich die ausgelagerten Bücher laut Dr. Graswinckel in schlechtem Zustand befunden haben. Sowohl die Bücher und anderen Kulturgutobjekte aus Hungen als auch aus Hirzenhain, expedierten die amerikanischen Truppen in das Offenbach Archival Depot (OAD) (s. dazu Kapitel 3.1.1).¹⁰⁷ In dieses Depot wurden auch die Bücher der Zentralbibliothek der Hohen Schule überführt, die im nächsten Unterkapitel behandelt wird.

2.2.4 Die Zentralbibliothek der Hohen Schule

Wie bereits dargestellt, intendierte Rosenberg als DBFU die Errichtung einer Parteiuniversität, um das Bildungssystem im nationalsozialistischen Sinn zu reformieren und die „Erziehung“ von jungen Menschen selbst übernehmen zu können. Zu dieser „Anti-Hochschule“, wie Kater sie bezeichnet, gehörten diverse Institute, welche an Universitäten eingerichtet waren und versuchen sollten, „diese von innen allmählich auszuhöhlen“¹⁰⁸. Desweiteren versuchte man, der von Rosenberg insitierten Präention Forschung zu betreiben, gerecht zu werden und richtete aus geraubten Buchbeständen Institutsbibliotheken, wie die des Instituts zur Erforschung der Judenfrage, ein. Diese Insti-

¹⁰⁷ Vgl. ebd., S. 12–16.

¹⁰⁸ Kater: Das „Ahnenerbe“ der SS 1935–1945. ..., S. 142.

tute bildeten den eigentlichen Aktionsradius des Rosenbergschen Handels, da Hitler per Dekret den Bau der Hohen Schule vertagte. In der Planung des Architekten Hermann Giesler sei jedoch bereits die Einrichtung einer Zentralbibliothek mitberücksichtigt gewesen, die auch für die Institute als „eine bibliothekstechnische Beratungsstelle“¹⁰⁹ fungieren sollte.¹¹⁰ Diese und weitere Hinweise finden sich in der Monographie „Der Raub der Bücher“ auf den S. 15–35 von Evelyn Adunka. Die Autorin widmet sich darin ausführlich der Geschichte dieser Bibliothek; sie spielt für die Bearbeitung dieses Unterkapitel eine ausgesprochen wichtige Rolle.

Adunka berichtet, dass die Zentralbibliothek (ZB) der Hohen Schule 1939 in Berlin eingerichtet worden sei und zuerst zwei, später dann sechs Räume beansprucht habe. Alfred Baeumler habe den, vorher in der Rothschildschen Bibliothek in Frankfurt am Main und danach als Leiter der Landesbibliothek Kassel tätigen, Bibliothekar Dr. Walter Grothe mit der Direktion der ZB betraut. Grothe habe selber über seine Ernennung gesagt:

„Dem Ruf nach Berlin folgte ich als Bibliothekar mit großer Erwartung. Die Aufgabe, eine große wissenschaftliche Bibliothek ohne den Traditionsballast von Jahrhunderten vom ersten Buch an aufzubauen, musste für jeden ‚Bibliotheksarchitekten‘ etwas Verlockendes haben.“¹¹¹

Das dieser Bibliotheksaufbau mit konfiszierten Bibliotheken geschah, schien Grothe nicht gestört zu haben, denn er wirkte zusammen mit Wilhelm Grau dezisiv beim ERR in Paris mit. Neben den bereits genannten Bibliotheken für das Institut zur Erforschung der Judenfrage enumeriert Adunka 27 Namen jüdischer Besitzer, deren Büchersammlungen auch für die ZB vorgesehen seien. Für die Entdeckung der versteckten, wertvollen Bibliothek von Edouard de Rothschild habe Grothe sogar eine militärische Auszeichnung bekommen.¹¹² Über den Besitzer, Zustand oder Wert der Bibliotheken, sowie über den möglichen Verwendungszweck sind Berichte der verschiedenen Mitarbeiter des ERR angefertigt worden, die bei Adunka auf S. 21 f. exemplarisch vorgestellt sind, hier jedoch nicht auftauchen sollen.

Doch Grothe raubte nicht nur in Paris. Während er im Oktober und November 1940 in Brüssel und Amsterdam angeblich sogar Bücher legal in Antiquariaten erwarb – fraglich ist hierbei, ob er den Ankauf nicht mit arisierten Vermögen realisierte – kann

¹⁰⁹ PRO: FO 1020/2878 zit. n. Adunka: Der Raub der Bücher ..., S. 17.

¹¹⁰ Vgl. Adunka: Der Raub der Bücher ..., S. 15.

¹¹¹ PRO: Die Bibliothek der Hohen Schule, FO 1020/2793, S. 4 zit. n. Adunka: Der Raub der Bücher ..., S. 17.

¹¹² Vgl. Adunka: Der Raub der Bücher ..., S. 18 ff.

Adunka ihn jedoch als Täter bei der Konfiskation der Bibliothek und des Archivs des in Brüssel ansässigen Rechtsanwaltes Leon Kubowitzki dekuivrieren.¹¹³

Im Oktober 1942 begannen die alliierten Streitkräfte mit dem Angriff auf Berlin, sodass die ZB der Gefahr ausgesetzt war, von einem Bombentreffer beschädigt bzw. zerstört zu werden. Adunka schildert auf S. 28 f. die Auslagerung der ZB in das Grandhotel in Annenheim am Ossiacher See. Berichten zufolge sei die Situation damals sehr angespannt gewesen. Kenntnis, woher die geraubten Bücher kamen, soll keiner, auch nicht die Fahrer der Lastwagen, gehabt haben.¹¹⁴ Entgegen manchen Zeitzeugenberichten stellt die Autorin fest, dass die Existenz der Bibliothek keinesfalls unbekannt gewesen sei, da über sie im „Jahrbuch der deutschen Bibliotheken“ von 1943 berichtet wurde. Sie befände sich im Aufbau und sei daher nicht für die allgemeine Benutzung zugänglich, heißt es dort.¹¹⁵

In Annenheim am Ossiacher See sei die ZB jedoch nur bis 1944 geblieben, denn das Grandhotel sei als Lazarett beschlagnahmt worden. Folglich musste die Bibliothek erneut verlegt werden. Man wählte das bereits 1942 als Dublettendepot beschlagnahmte Olivetanerkloster Tanzenberg im heutigen Bundesland Kärnten in der Republik Österreich. Kleinere Depots habe es zudem in den Schlössern Treffen und Kellerberg gegeben.¹¹⁶ Nach Kriegsende seien Grothe sowie die anderen beiden hauptamtlichen Bibliothekare der ehemaligen ZB, Adolf Trende und Gottfried Ney, neben einigen anderen „Angestellten“, von den Alliierten damit beauftragt worden, die Bücher zu verpacken und sie für die Rückgabe an die rechtmäßigen Eigentümer vorzubereiten.¹¹⁷ In einem Bericht, den Grothe für die britischen Besatzer verfasst hat, habe er einige interessante Zahlen preisgegeben. Den Wert der ZB während der Friedenszeit habe er mit 600.000 Reichsmark (RM) angegeben. In Paris habe er für 1.100.000 Francs 61 Bücherkisten kaufen können und den jährlichen Etat für Ankäufe habe er auf 150.000 RM beziffert.¹¹⁸ Wie schon einmal erwähnt, muss man im Hinblick auf die augenscheinlich legalen Ankäufe vorsichtig sein. Götz Aly bringt in seinem Buch „Hitlers Volksstaat“ zum Ausdruck, dass die deutschen Truppen die okkupierten Staaten systematisch ausbluten ließen und sich mit Waren bereicherten, die sie mit dem Geld der Einheimischen bezahlten. Abgesehen von den exorbitanten Besatzungskosten und den aufgezwungenen

¹¹³ Vgl. ebd., S. 24 f.

¹¹⁴ Vgl. ebd., S. 29 f.

¹¹⁵ Verein Deutscher Bibliothekare (Hrsg.): Jahrbuch der deutschen Bibliotheken. Bd. 33 Wiesbaden: Harrassowitz, 1943, S. III zit. n. Adunka: Der Raub der Bücher ..., S. 29.

¹¹⁶ Vgl. Adunka: Der Raub der Bücher ..., S. 29.

¹¹⁷ Vgl. ebd., S. 26, 30.

¹¹⁸ Vgl. ebd., S. 24, 36.

Naturalabgaben, habe Frankreich Kredite für den Güterverkehr in das „Reich“ (Clearingvorschüsse) bezahlen müssen. Überdies habe man den Besiegten eine Meldepflicht von Werten und Wertgegenständen dekretiert und die Konten der Bankkunden in *corpo-re* eingefroren. Dass man sich der Vermögen von Juden und anderer „Volksfeine“ bemächtigte, bedarf beinahe keiner Erwähnung.¹¹⁹

Ein besonders perfides Instrumentarium stellen die sogenannten Reichskreditkassenscheine (RKK-Scheine) dar, welche die Nationalsozialisten in den okkupierten Ländern etablierten. Aly erläutert deren Funktion auf den S. 103–107. Die RKK-Scheine hätten auf RM gelaute und seien als Zahlungsmittel eingesetzt worden. Die Banken in den besetzten Ländern seien per Dekret gezwungen gewesen, die RKK-Scheine in Landeswährung umzutauschen. Weil die einheimischen Verkäufer für die RKK-Scheine ihre landeseigene Währung erhalten haben sollen, erlahmte der Handel nicht, da der Anschein gewahrt wurde, dass für die Waren eine ordnungsgemäße Bezahlung einging. Die Banken hätten jedoch die RKK-Scheine an die deutsche Reichskreditkasse abgeben müssen und sollen dafür nicht die RM, sondern die erheblich abgewertete Landeswährung zurückerhalten haben. Die an die Reichskreditkasse zurückgegebenen RKK-Scheine seien anschließend erneut der Wehrmacht zugeführt worden, die ihren Soldaten das Einkaufen von Gütern ermöglichen konnte. Da die RKK-Scheine nicht für das „Reich“ gegolten hätten, sei es für die in den besetzten Ländern lebenden Menschen unmöglich gewesen, daraus Waren zu beziehen.¹²⁰

Ohne es zu merken, wurde demnach ein okkupiertes Land zielbewusst ausgebeutet. Alys Ausführungen belegen, wie geschickt die Nationalsozialisten vorgehen, um ein Land für ihre Zwecke zu exploitieren.

Dass auch Grothe davon profitierte, dürfte als sicher gelten, zumal die Mitglieder des ERR direkt hinter der Wehrmacht agierten. Was die Bestände von Tanzenberg betrifft, ist Adunka der Meinung, dass sie sich aus legalen Ankäufen und (zum größeren Teil) aus Konfiskationen zusammensetzen.¹²¹ Dieser Aussage kann der Autor der vorliegenden Arbeit nur teilweise zustimmen. Wie oben erläutert, flossen den unterschiedlichen Institutionen Gelder aus beschlagnahmten, meist jüdischen Vermögen zu. Dieses Geld kam sicher dem maroden und vom Krieg stark gebeutelten deutschen Staatshaushalt zugute, doch selbst wenn dem ARO dadurch kein Vorteil erwuchs, so doch mindestens aus der veränderten Gesamtsituation. Wenn das Jahr 1939 als Gründungsjahr der ZB

¹¹⁹ Vgl. Aly: *Hitlers Volksstaat ...*, S. 99, 110, 169 ff.

¹²⁰ Vgl. ebd., S. 103–107.

¹²¹ Vgl. Adunka: *Der Raub der Bücher ...*, S. 36.

angesehen werden kann, so muss beachtet werden, dass sich zu dieser Zeit die „Arisierung“ bereits in ihrer Hochphase befand. Ankäufe müssen, auch bereits zu dieser Zeit und trotz der beinahe unmöglichen Gegebenheiten der Rückverfolgung als kritisch angesehen werden.

Als Bestandsgröße der ZB nennt Adunka für das Jahr 1942 30.000 Bände, während der Zeit in Annenheim 30.000–40.000 Bände und zuletzt 500.000–700.000 Bände für die Sammlung in Tanzenberg.¹²² Eine genaue Enumeration von Bestandszahlen requirierter Bibliotheken aus den okkupierten Ländern Frankreich, Sowjetunion, Niederlande, Belgien, Großbritannien, Jugoslawien, Italien, Griechenland, Tschechoslowakei und Polen lässt sich auf den S. 38–48 nachlesen, soll jedoch hier nicht zum Ausdruck kommen.

Was die Restitution der Bücher betrifft, so schreibt Adunka, dass es verschiedene Bemühungen gegeben hat, die teilweise erfolgreich und teilweise erfolglos gewesen sein sollen. Augenscheinlich legten die britischen Besatzer großen Wert auf eine schnelle Rückgabe, denn anders kann man sich die Zahl von 450.000 retournierten Bänden bis zum Jahr 1948 nicht erklären. Diese seien an die Eigentümer oder deren rechtmäßige Erben aus allen ehemals besetzten Ländern restituiert worden. Bei den Büchern, denen man keinen Vorbesitzer zuordnen konnte, sei entschieden worden, diese der Republik Österreich (z.B. der Studienbibliothek Klagenfurt, UB Wien etc.) oder dem Staat Israel (z.B. der Jewish National and University Library in Jerusalem) zu überstellen. Adunka erklärt abschließend, dass dennoch ein Restbestand unbekannter Größe in Tanzenberg verblieb, der sich in den Folgejahren aufgelöst hat. Über dessen Verbleib seien keine Indizien vorhanden.¹²³

2.2.5 Der Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg

Als am 1. September 1939 die „Schleswig-Holstein“ (Linienschiff der Kriegsmarine) ein polnisches Munitionslager bombardierte, begann der Zweite Weltkrieg. In sehr rascher Folge überfielen die deutschen Truppen weitere Länder Europas: Dänemark und Norwegen wurden am 9. April weitestgehend kampflos besetzt, die Niederlande und Belgien kapitulierten am 15. bzw. 28. Mai und am 14. Juni marschierten die deutschen Truppen in Paris ein.¹²⁴

¹²² Vgl. ebd., S. 36.

¹²³ Vgl. ebd., S. 36–48, 58–65.

¹²⁴ Vgl. Tofahrn: Chronologie des Dritten Reiches. ..., S. 70–77.

Diese Kriegserfolge eröffneten zahlreiche neue Möglichkeiten ihren Einflussbereich zu erweitern. Waren – nicht nur – aus Sicht der Restitutionsarbeit auf dem „Reichsgebiet“ bereits genügend Verbrechen begangen worden, so erreichte der Raubzug in den okkupierten Ländern eine ganz neue Dimension. Verschiedene Institutionen sollten nun bis zum Kriegsende Tausende von Kulturgütern „entgegen allen Gesetzen des Völkerrechts beschlagnahm[t]en“¹²⁵.

In diesem Text soll schwerpunktmäßig auf die den Bibliothekssektor betreffenden Auswirkungen des Einsatzstabes Reichsleiter Rosenberg (ERR, vgl. Abb. 3) eingegangen werden, wobei natürlich auf den gesamten Kulturbereich Einfluss ausgeübt wurde. Das in der Öffentlichkeit bekannteste Feld ist das der Raubkunst, über das



Abbildung 3: Auf dem Flughafen in Kiew, Ukraine (Quelle: Yad Vashem).

bisher schon eine Vielzahl von Publikationen erschienen ist und das auch hier im Folgenden kurz Erwähnung finden wird. Neben Gemälden, Bildern, Zeichnungen etc. wurden auch sämtliche anderen Kunstobjekte konfisziert. So gelangten, um nur eine kleine Auswahl zu nennen, beispielsweise Bronzen, Gobelins, Porzellan, Keramiken, Münzen, Silber- und Goldschmiedearbeiten und weitere wertvolle Kulturobjekte unrechtmäßig in den Besitz der Nationalsozialisten. Einer Aussage Bollmus auf S. 146 zufolge, soll die Besetzung der oben erwähnten Länder neben Rosenberg noch weitere fünf Konkurrenten auf den Plan gerufen haben. Neben Hitler selbst seien dies Himmler, Goebbels, Göring und Ribbentrop gewesen. Goebbels und Ribbentrop, dessen Botschafter Abetz wohl einen Alleingang in Sachen Beschlagnahmungen unternahm und damit scheiterte, hätten ihre Ansprüche bald aufgeben müssen. Göring sei durch Bündnisse mit Himmler und Rosenberg als eigene Instanz nicht mehr direkt in Erscheinung getreten, wohingegen der „Führer“ konkrete Maßnahmen ergriffen habe.¹²⁶ Piper schreibt auf S. 505, Hitler habe den Wunsch einer eigenen Kunstsammlung in Linz gehegt, die neben einer riesigen Galerie, auch die größte Bibliothek in Europa beherbergen sollte.¹²⁷ Bollmus nennt diesbezüglich den Monat Mai 1938 als „Gründungs idee“, als Hitler auf Staatsbe-

¹²⁵ Bollmus: Das Amt Rosenberg und seine Gegner ..., S. 145.

¹²⁶ Vgl. ebd., S. 146.

¹²⁷ Vgl. Piper: Alfred Rosenberg ..., S. 505.

such in Italien war. Der dazugehörige Erlass erging ein Jahr später am 26. Juni 1939. Bollmus führt aus, dass der Direktor der Dresdener Gemäldegalerie, Dr. Hans Posse, von Hitler mit dem „Sonderauftrag Linz“ bedacht, in den folgenden Jahren Kunstgegenstände aus den besetzten Ländern nach Deutschland gebracht habe.¹²⁸ Dass die Durchsetzung dieses Projektes aufgrund der Kriegsentwicklung fehlschlug, ist allgemein bekannt. Was den Aufbau der Bibliothek betrifft, so findet sich bei Piper auf S. 506 der Hinweis, dass ein Mann namens Dr. Friedrich Wolffhardt für den Aufbau der Bibliothek zuständig gewesen sei.¹²⁹ Interessant ist auch die bei Haase implizierte Bemerkung, der Bibliotheksbestand habe nach Plänen einmal die Größe von 250.000 Bänden umfasst und Hitlers persönlicher Wunsch sei es gewesen, dass die Bibliothek nur die außergewöhnlich bedeutendsten Bände hätte aufnehmen sollen.¹³⁰ Eine genauere Ausführung zu Wolffhardt und der Bibliothek ist in einem Spiegel-Artikel („Des Führers Goethe-Schatz“) nachzulesen. Hauptsturmführer Wolffhardt habe demzufolge 1941 in der Reichsleitung München unter Bormann als Sonderbeauftragter für die „Neue Linzer Bücherei“ fungiert. Zum Aufbau des Bibliotheksbestands sei später eine Dienststelle der Parteikanzlei im Dorf des Salzkammergut Grundlsee instituiert worden. Ab 1943 habe dann Wolffhardt in einer arisierten Immobilie, der „Villa Castiglione“ eines Rabbinersohns aus Triest, residiert. Bis 1944 seien laut dem Bericht ca. 40.000 Bücher und Manuskripte für die Bibliothek gesammelt worden, von denen ein Großteil in der Villa gelagert habe. Im März 1945 habe sich der Hauptsturmführer an die Front versetzen lassen und seine Stellvertreterin Gertraud Laurin, eine Bibliothekarin aus Graz, habe die Stelle übernommen. Nach dem Krieg hätten die Amerikaner die Buchbestände dann in Grundlsee und Umgebung gefunden und sie ins Offenbach Archival Depot (OAD) gebracht.¹³¹

Himmler und seine Organisation „Ahnenerbe“ sollen sich laut Kater (S. 147 ff.) ebenfalls an der Ausplünderung beteiligt haben, um ihren Forschungsanspruch weiterhin aufrecht erhalten zu können. Dabei sei jedes erdenkliche Operationsfeld als Vorwand für den politischen Auftrag genutzt worden. Erheblich begünstigt sei sie durch den Personalmangel von Görings „Haupttreuhandstelle Ost“ (HTO) worden, da die Ahnenerbe-

¹²⁸ Vgl. Bollmus: Das Amt Rosenberg und seine Gegner ..., S. 147.

¹²⁹ Vgl. Piper: Alfred Rosenberg ..., S. 506.

¹³⁰ Vgl. Haase, Günther: Kunstraub und Kunstschutz. Bd 1. Eine Dokumentation. 2., erw. Aufl. Norderstedt: Books on Demand, 2008, S. 106.

¹³¹ Vgl. Kogelfranz, Sigfried; Saltzwedel, Johannes: Des Führers Goethe-Schatz. In: *Der Spiegel* (2000) 1, S. 169–171, hier S. 169 f.

Mitglieder hier eine Kooperation eingehen und ihre Betätigung auch im Ausland für weitere Jahre sichern konnten (mehr dazu in Kapitel 2.3.1).¹³²

Alfred Rosenberg habe solche Mühen nach Meinung Pipers (S. 487 ff.) nicht nötig gehabt, da er sich auf den Erlass vom 29. Januar 1940 bezüglich der Vorarbeiten zur Errichtung der Hohen Schule stützen konnte. In einem Brief an Bormann habe Rosenberg zum Ausdruck gebracht, welche günstige Gelegenheit zur Ausstattung der Bibliotheken sich aus den Okkupationen ergeben würde, da so der Bestandsaufbau durch beschlagnahmte Bücher stattfinden könne und man keine Gelder des Staates benötige.¹³³ Nach der Besetzung von Paris habe er laut Bollmus in einem anderen Schreiben einen Bericht seines Mitarbeiter Georg Ebert zitiert. Dieser habe in Paris von verlassenen Logen mit wertvollen Büchereien berichtet. Rosenberg habe in dem Brief schließlich um die Einverleibung des Besitzes gebeten, denn anhand diesem sei es möglich, die Absichten der freimaurerischen Verschwörung aufzudecken.¹³⁴ Daraus konstatiert Bollmus, „[das] Wahnhaftigkeit und Irrationalität des Denkens zur Quelle von Unrecht und Gewalt werden können“¹³⁵. Unterstützung habe Rosenberg dann in Person des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW), Wilhelm Keitel, erfahren. Sowohl bei Piper (S. 488), als auch bei Bollmus (S. 149) wird die Mitteilung vom 5. Juli 1940 aufgeführt. Ein Digitalisat lässt sich darüber hinaus auch im Internet beim Bundesarchiv einsehen. In der Mitteilung heißt es:

„Reichsleiter Rosenberg hat beim Führer beantragt: 1.) die Stadtbibliothek und Archive nach für Deutschland wertvollen Schriften, 2.) die Kanzleien der hohen Kirchenbehörden und Logen nach gegen uns gerichteten politischen Vorgängen zu durchforschen und das in Betracht kommende Material beschlagnahmen zu lassen. Der Führer hat angeordnet [...] dass die Geheime Staatspolizei – unterstützt durch Archivare des Reichsleiters Rosenberg – mit den Nachforschungen betraut werde. Der Chef der Sicherheitspolizei, SS-Gruppenführer Heydrich, [...] wird mit dem zuständigen Militärbefehlshabern zwecks Ausführung des Auftrages in Verbindung treten. Diese Maßnahme soll in allen von uns besetzten Gebieten der Niederlande, Belgien, Luxemburg und Frankreich durchgeführt werden.“¹³⁶

Bollmus führt auf S. 149 aus, dass selbst Kunstschutzoffiziere wie Graf Wolff Metternich, der zuvor noch Goebbels als weiteren Plünderer auszuschalten vermochte, diesem Befehl nichts entgegensetzen konnte.¹³⁷ Laut Piper (S. 489 f.) hat der ERR in Paris auch

¹³² Vgl. Kater: Das „Ahnenerbe“ der SS 1935–1945. ..., S. 147 ff.

¹³³ Vgl. Piper: Alfred Rosenberg ..., S. 488.

¹³⁴ Vgl. Bollmus: Das Amt Rosenberg und seine Gegner ..., S. 149.

¹³⁵ Vgl. ebd., S. 149.

¹³⁶ BAarch NS 8 (Kanzlei Rosenberg)/259, fol. 1 – , pag. 3. Schreiben Keitels vom 5.7.1940. URL: http://startext.net-build.de:8080/barch/Midosasearch/NS8/mets/NS8_259/index.htm?target=midosa-FraContent&backlink=http://startext.net-build.de:8080/barch/Midosasearch/NS8/index.htm-kid-85dd35f6-606b-4265-a138-f37cce829c9f&sign=NS%208/259#4 – Download vom 26.7.2012 zit. n. Piper: Alfred Rosenberg ..., S. 488; Bollmus: Das Amt Rosenberg und seine Gegner ..., S. 149.

¹³⁷ Vgl. Bollmus: Das Amt Rosenberg und seine Gegner ..., S. 149.

seine erste Dienststelle errichtet, nachdem Hagemeyer von dem Erfolg 500 Büchereien beschlagnahmen zu haben, berichten konnte. Der erste Leiter des ERR sei erst Georg Ebert später dann Gerhard Utikal geworden.

Das Zentralamt des Einsatzstabes habe in Berlin residiert und von da aus die Dienststellen in Paris, Brüssel, Amsterdam und anschließend in Riga, Minsk und Belgrad leiten können (s. Abb. 4). Des Weiteren sei der ERR in verschiedenen Sonderstäben organisiert gewesen, berichtet Piper weiter, von denen das Institut zur Erforschung



Abbildung 4: Konfiszierte Bücher des ERR in Berlin (Quelle: Yad Vashem).

der Judenfrage und die ZB der Hohen Schule in dieser Arbeit bereits ausführlich vorgestellt wurden.¹³⁸

Neben den Bibliotheken des ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Léon Blum, der Alliance Israélite Universelle, der École Rabbinique und den Büchersammlungen verschiedener Mitglieder der Familie Rothschild, welche Piper auf S. 490 enumeriert¹³⁹, führt Bollmus auf S. 150 die Bibliothek Polska an¹⁴⁰. Dass der ERR jedoch auch an anderen privaten Sammlungen interessiert war, lässt sich bei beiden Autoren nachlesen. Der Kunstschutz, so steht es bei Bollmus, habe darauf verwiesen, dass beispielsweise die Büchereien der Familienmitglieder der Rothschilds durch Übereignung französisches Staatseigentum geworden seien und daher eine Konfiskationen unterbleiben müsse.¹⁴¹ Keitel habe daraufhin ein Schreiben herausgebracht, welches die bestehenden Gesetze umgangen und die Konfiskationen ermöglicht habe. Denn mit diesem habe er die Eigentumsverhältnisse in Frankreich vor Kriegsbeginn determiniert.¹⁴² Finanzielle Unterstützung habe der ERR durch Reichsschatzmeister Schwarz erfahren, dem Rosenberg über die Erfolge stets zu berichten vermochte, da er auf dessen Gunst angewiesen war.¹⁴³ Festzustellen ist, dass Rosenberg während dieser Zeit Hilfestellung und Zu-

¹³⁸ Vgl. Piper: Alfred Rosenberg, S. 489 f.

¹³⁹ Vgl. ebd., S. 490.

¹⁴⁰ Vgl. Bollmus: Das Amt Rosenberg und seine Gegner, S. 150.

¹⁴¹ Vgl. ebd., S. 150.

¹⁴² Vgl. Piper: Alfred Rosenberg, S. 490 f.

¹⁴³ Vgl. ebd., S. 491 f.

spruch von verschiedenen mächtigen Instanzen erhielt und dadurch seine eigene Position weiter ausbauen konnte. Sehr gelegen kam ihm zudem noch ein Bündnis mit dem zweiteinflussreichsten Mann im „Reich“ nach Hitler. Die Rede ist von Hermann Göring, der an den Raubzügen ein starkes privates Interesse gehabt haben soll, da er sich als Kunstsammler verstand. Piper und Bollmus erläutern beide in ihren Werken auf den S. 492 ff. bzw. 150 f. das Bündnis zwischen Rosenberg und Göring, das auch hier erwähnt werden soll. Göring habe demnach bei einem Besuch des Louvre am 5. November 1940 festgelegt, wie die requirierten Kunstwerke einzuteilen seien. Oberste Priorität bei der Einteilung sei den Bildern zuzuwenden, „über deren weitere Verwendung sich der Führer das Bestimmungsrecht vorbehalten“ habe. Anschließend nannte Göring „diejenigen Kunstgegenstände, die zur Vervollständigung der Sammlung des Reichsmarschalls dienen“. An dritter Stelle habe die Hohe Schule folgen sollen, an vierter die deutschen Museen und an letzter Stelle die einheimischen französischen Museen, sowie der Kunsthandel (auch der deutsche), um mit den Erlösen den französischen Kriegshinterbliebenen helfen zu können.¹⁴⁴ Piper erklärt, dass an diesem Erlass die Machtverhältnisse abzulesen sind. Nach Hitler käme zuerst Göring selbst, dann Rosenberg und zuletzt das besiegte Frankreich.¹⁴⁵

Man kann sich vorstellen, welche Befriedigung dieser Befehl Rosenberg verschafft hat, denn er durfte sich vor seinen anderen Konkurrenten wähen. Am 21. November 1940 soll Göring ihm zudem weitere Unter-

stützung zugesagt haben. Als Gegenleistung für die als Transportmittel zur Verfügung gestellte Luftwaffe, von Piper als „Rosenbergs Achillesferse“¹⁴⁶ tituliert, und die Hilfe von Bewachungspersonal und Devisenschutzkommandos, habe Göring Bilder für seine

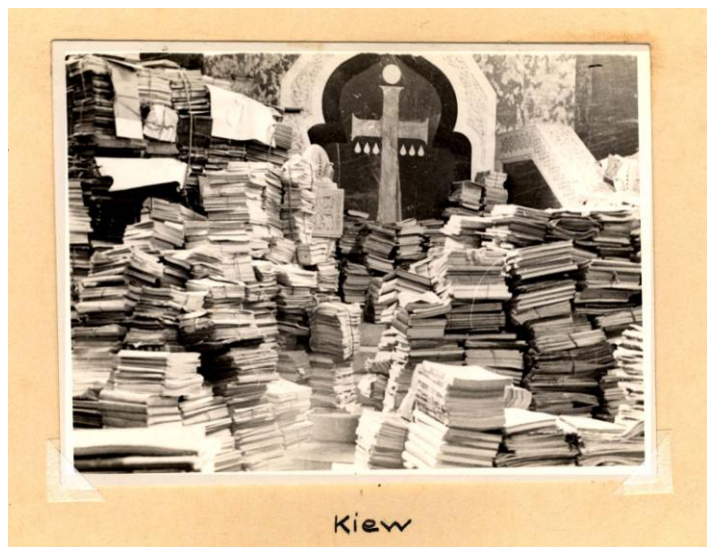


Abbildung 5: Verpackte Bücher des ERR in Kiew, Ukraine (Quelle: Yad Vashem).

¹⁴⁴ BArch NS 8 (Kanzlei Rosenberg)/259, fol. 1 – , pag. 25 ff. Erlass Göring vom 5.11.1940. URL: http://startext.net-build.de:8080/barch/Midosasearch/NS8/mets/NS8_259/index.htm?target=midosa-FraContent&backlink=http://startext.net-build.de:8080/barch/Midosasearch/NS8/index.htm-kid-85dd35f6-606b-4265-a138-f37cce829c9f&sign=NS%208/259#25 – Download vom 26.7.2012 zit. n. Piper: Alfred Rosenberg ..., S. 492; Bollmus: Das Amt Rosenberg und seine Gegner ..., S. 151.

¹⁴⁵ Vgl. Piper: Alfred Rosenberg ..., S. 492 f.

¹⁴⁶ Ebd., S. 493.

Kunstsammlung beansprucht. Rosenberg, nunmehr arriviert, konnte aus diesem Bündnis nur profitieren und habe daher auf insgesamt 700 Bilder verzichtet.¹⁴⁷

Doch auch in den anderen okkupierten Ländern agierte der ERR für das Deutsche Reich äußerst „erfolgreich“ (s. Abb. 5). Grundlage dafür war u.a. die Operation „Barbarossa“, ergo der Überfall auf die Sowjetunion am zweiten 20. Juni 1941, und die daraus resultierenden ersten schnellen Gebiets- bzw. Stadteroberungen.¹⁴⁸ Am 17. Juli 1941 erging zudem ein „Führererlass“, der Rosenbergs Macht noch weiter ausbaute. Hitler ernannte ihn zum „Reichsminister für die besetzten Ostgebiete“. Dieser Erlass soll die Unterstellung der Zivilverwaltung über die neuen Gebietsgewinne und die Zuweisung einer legislativen Befähigung impliziert haben.¹⁴⁹ Der ERR konnte so beispielsweise im litauischen

Wilna (heute Vilnius) tätig werden. Der Leiter Johannes Pohl habe 100.000 Bücher durchgesehen und davon schließlich 20.000 konfisziert. Den Rest habe er an eine Papiermühle verkauft, um aus dem „Wertlosen“ noch Geld herauszuschlagen, schreibt Piper auf S. 499 f. Er schließt überdies an,



Abbildung 6: Gestapelte Bücher im Sammelager des YIVO in Vilnius, Litauen (Quelle: Yad Vashem).

dass das dort ansässige Yiddish Scientific Institute (YIVO) – heute bekannt als Jewish Research Institute – als Sammelstelle für die Konfiskationen erhalten musste (s. Abb. 6).¹⁵⁰

Allgegenwärtig sollen die Fehden mit dem Ahnenerbe gewesen sein, die die neu besetzten Ostgebiete nicht widerstandslos an Rosenberg und dessen Mitarbeiter abgeben wollten. Doch als Reichsminister besaß Rosenberg jetzt deutlich mehr Weisungsbefugnis und der „Führererlass“ vom 1. März 1942 bestärkte seine Position immens. Darin hieß es:

„Juden, Freimaurer und die mit ihnen verbündeten weltanschaulichen Gegner des Nationalsozialismus sind die Urheber des jetzigen gegen das Reich gerichteten Krieges. Die planmäßige geistige Bekämp-

¹⁴⁷ Vgl. ebd., S. 493 f.

¹⁴⁸ Vgl. Tofahrn: Chronologie des Dritten Reiches ..., S. 82 ff.

¹⁴⁹ Vgl. Piper: Alfred Rosenberg ..., S. 531.

¹⁵⁰ Vgl. ebd., S. 500.

fung dieser Mächte ist eine kriegsnotwendige Aufgabe. Ich habe daher den Reichsleiter Alfred Rosenberg beauftragt, diese Aufgabe im Einvernehmen mit dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht durchzuführen. Sein Einsatzstab für die besetzten Gebiete hat das Recht, Bibliotheken, Archive, Logen und sonstige weltanschauliche und kulturelle Einrichtungen aller Art nach entsprechendem Material zu durchforschen und dieses für die weltanschaulichen Aufgaben der NSDAP und die späteren wissenschaftlichen Forschungsarbeiten der Hohen Schule beschlagnahmen zu lassen. Der gleichen Regelung unterliegen Kulturgüter, die im Besitz oder Eigentum von Juden, herrenlos oder nicht einwandfrei zu klärender Herkunft sind. Die Durchführungsbestimmungen über die Zusammenarbeit mit der Wehrmacht erlässt der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht im Einvernehmen mit dem Reichsleiter Rosenberg. Die notwendigen Maßnahmen innerhalb der in deutscher Verwaltung befindlichen Ostgebiete trifft Reichsleiter Rosenberg in seiner Eigenschaft als Reichsminister für die besetzten Ostgebiete.

Adolf Hitler

Führerhauptquartier, den 1. März 1942

An alle Dienststellen

der Wehrmacht

der Partei und

des Staates¹⁵¹

Bollmus Aussage, „[d]er Tätigkeit des Einsatzstabes war jetzt nur noch in seiner physischen Leistungsfähigkeit eine Grenze gesetzt“¹⁵², kann vollkommen zugestimmt werden. Rosenbergs Machteinfluss war über die Jahre angewachsen. Zwischenzeitlich hatte er zwar den Eindruck zu stagnieren erweckt, doch letztlich gelang es ihm, sich zumindest auf dem Gebiet der Requirierung von Kulturgütern als mächtigster Agitator durchzusetzen. Die Eroberung von Teilen der Sowjetunion bot ihm die Möglichkeit, die Handlungsspielräume noch zu vergrößern. Nach dem oben genannten Erlass vom 1. März habe er, nach Piper (S. 502), eine Zentralstelle für die beschlagnahmten Kulturgüter eingerichtet, deren Leiter Utikal geworden sei. Diese Ostbücherei in Riga habe durch die stetig eintreffenden Lieferungen an großer Bedeutung gewonnen und sei im Sommer 1942 schließlich nach Berlin gelangt. Bei 2.265 Konfiskationen seien 375 Archive, 957 Bibliotheken, 531 Institute und 402 Museen der Ostbücherei zugeschlagen worden. Zudem erwähnt der Autor eine Zahl von 8 Millionen gesichteter Bände, aus denen man 90.000 Werke separiert habe.¹⁵³

Nachdem die Sowjetunion die deutsche Wehrmacht jedoch stetig weiter aus ihrem Land herausdrängte und die Alliierten im Westen die Oberhand über das Kriegsgeschehen errangen, mussten Rosenberg und die gesamten Dienststellen nach Deutschland flüchten. Die geraubten Kulturgüter wie beispielsweise das Institut für Sozialwissenschaften

¹⁵¹ Moll, Martin (Hrsg.): "Führer-Erlasse" 1939–1945 : Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung. Stuttgart: Steiner, 1997, S. 237, Erlass Hitlers vom 1.3.1942 zit. n. Piper: Alfred Rosenberg ..., S. 501.

¹⁵² Bollmus: Das Amt Rosenberg und seine Gegner ..., S. 151.

¹⁵³ Vgl. Piper: Alfred Rosenberg ..., S. 502.

(Amsterdam), die Alliance Israélite Universelle (Paris), die Akademie der Wissenschaften (Minsk, s. Abb. 7), die Kirow-Bibliothek (Kiew), die Karolako-Bibliothek (Charkow) oder die Universitätsbibliothek aus Athen¹⁵⁴ galt es nun, um nur einen kleinen Teil der requirierten Bibliotheken zu nennen, in bombengeschützten Lagerungsstätten unterzubringen. Das Salzkammergut Altaussee beherbergte z.B. einen Großteil von Raubobjekten, besonders Kunst aus den westeuropäischen Ländern. Die Alliierten gaben sich unmittelbar nach Kriegsende große Mühe, möglichst viele Gegenstände zu restituieren und waren damit auch recht erfolgreich. Die Tatsache, dass jedoch heute noch immer nach Raubgut geforscht wird, ist ein Indiz dafür, welche exorbitante Summe an Kunst- und Kulturobjekten Rosenberg durch seinen Einsatzstab innerhalb weniger Jahre hat requirieren lassen. Seine Person versinnbildlicht den größten Raubzug der jüngeren Geschichte.

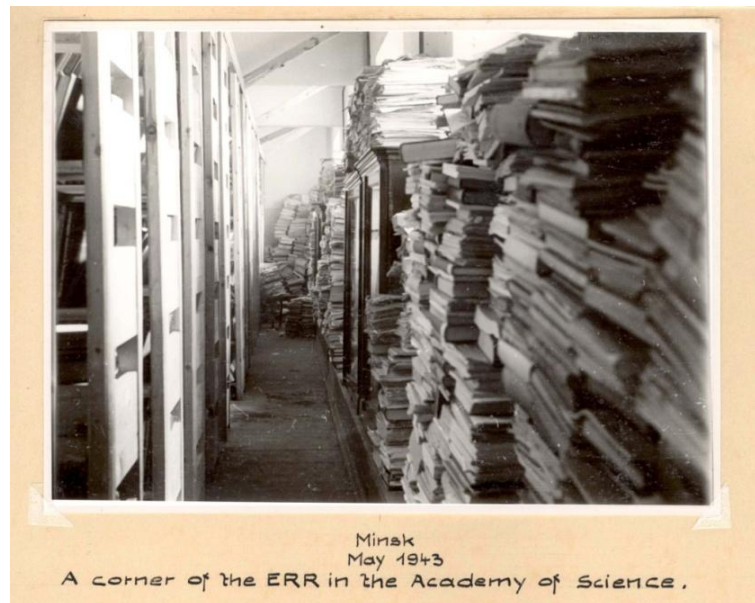


Abbildung 7: Geraubte Bücher des ERR in einer Ecke der Akademie der Wissenschaften in Minsk, Weißrussland (Quelle: Yad Vashem).

2.3 Rosenbergs Antagonisten

2.3.1 SD, Gestapo und Ahnenerbe – Beteiligung am Kulturgutraub unter Führung Himmlers

In diesem Unterkapitel soll auf die Konfiskationen der unter Leitung Heinrich Himmlers stehenden Organisationen Sicherheitsdienst (SD), Geheime Staatspolizei (Gestapo) und die Forschungsgemeinschaft Deutsches Ahnenerbe e.V., im Folgenden Ahnenerbe genannt, eingegangen werden. Auf eine gründliche Beschreibung der voluminösen Vorgeschichte jeder einzelnen Verbindung, ihrer Eigenarten und Besonderheiten, sowie der Gemeinsamkeiten ihrer Relation zueinander, wird hier allerdings verzichtet. Im Fokus soll ihr gemeinsames Wirken an dem europäischen Kulturgutraub vermittelt werden und

¹⁵⁴ Vgl. Bollmus: Das Amt Rosenberg und seine Gegner ..., S. 146.

eine Vorstellung davon liefern, welche große Rolle requirierte Bibliotheken zur „wissenschaftlichen“ Forschung und Bekämpfung von „Staats- und Volksfeinden“ gespielt haben.

Der Autor Werner Schroeder hat in seinen Aufsätzen „Strukturen des Bücherraubs“ und „Beschlagnahme und Verbleib jüdischer Bibliotheken in Deutschland vor und nach dem Novemberprogramm 1938“ den Aufbau einer Zentralbibliothek (ZB) des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) aus konfiszierten Beständen imposant nachgezeichnet und seine Arbeiten dienten dem Verfasser dieser Arbeit als Vorlage.

SD und Gestapo

Bevor das RSHA im Jahr 1939 gegründet wurde, sollen einzelne kleinere Bibliotheken der verschiedenen SS-Einrichtungen existiert haben. Das bereits 1933 gegründete Geheime Staatspolizeiamt (Gestapo) – zu Beginn noch unter der Leitung Görings, ein Jahr später schon unter der Schirmherrschaft Himmlers bzw. dessen Protégés Reinhard Heydrich – habe eine Bibliothek mit Beständen der politischen Bibliothek des Berliner Polizeipräsidiums, konfiszierten Büchern der „Stamperbibliothek“ (Bücherei der SPD) und anderer „Regimegegner“ geführt.¹⁵⁵ Im Reichskriminalpolizeiamt haben eine juristische und technische Bibliothek sowie eine Sammlung mit sittenloser Literatur und Bildern bestanden, während die Bibliothek des Reichsführers SS (SD) in München eine alleinige Freimaurerbibliothek gewesen sei. Ihren Bestand mutmaßt Schroeder als Arrangement von requirierten Beständen verschiedener bayerischer Freimaurerlogen und partiell des Bayreuther Freimauermuseums.

Bei einer Verlegung des SD im November 1934 nach Berlin sei eine neue Organisation der Sammlung notwendig gewesen, schreibt Schroeder und nennt eine Bestandsgröße von 200.000 Bänden für das Jahr 1935.¹⁵⁶ Mit dem Dienstantritt von Franz Alfred Six sei schließlich eine „Professionalisierung der Arbeit“¹⁵⁷ eingegangen, die als Quintessenz die Einstellung, neben dem bereits beschäftigten Dr. Ortwin Diez, vier weiteren Bibliothekare gehabt habe. Im Juni 1937 sei die Zentralbibliothek des SD, so die Titulierung, in vier Referate typisiert gewesen: Freimaurerbibliothek (Dr. Diez), Politisches Schrifttum/Marxismus (Kämpf unter Mitarbeit Fischers), Kirchen- und Judenbibliothek

¹⁵⁵ Vgl. Schroeder, Werner: Strukturen des Bücherraubs : die Bibliotheken des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), ihr Aufbau und ihr Verbleib. In: *ZfBB* 51 (2004) 5–6, S. 316–324, hier: S. 316.

¹⁵⁶ Vgl. ebd., S. 316.

¹⁵⁷ Vgl. ebd., S. 316 f.

(Stein) und Bibliotheksleitung (Dr. Beyer). Daneben hätten noch ein Buchbinder und einige Packer im Beschäftigungsverhältnis gestanden.

Die Voraussetzungen zur Gründung einer ZB lokalisiert Schroeder in einem direkten Befehl Himmlers, der durch die Gestapa verbreitet werden sollte. Sämtlicher ehemalige Buchbesitz von „Staats- und Volksfeinden“ sei in einem Logenhaus (Emser-Str.12) in Berlin-Wilmersdorf eingelagert gewesen und habe nach Schätzungen mehrere 100.000 Bände umfasst. Für die Transportkosten seien mindestens 25.000 RM angefallen, die nach Meinung Schröders, die Opfer aus ihrem entzogenen Vermögen bezahlen mussten.¹⁵⁸

Bereits an dieser Stelle wird deutlich, dass sich auch Himmler für Büchersammlungen aus „staatsfeindlichem“ Besitz interessierte. Während sein Konkurrent Alfred Rosenberg bis 1936 nur mäßige Erfolge und kleine Schritte auf der Karriereleiter erzielen konnte, zeigte der bereits arrivierte Himmler, welchen Einfluss sein SS-Machtparapparat im Staat ausübte. Wenn auch sonst von einer etwas anderen Couleur als Rosenberg, zeichnete sich jedoch bereits hier ab, dass Himmler ebenso wie sein Kontrahent die Konfiskation von Literatur als Mittel zur „Gegnerbekämpfung“ ansah. Es ist daher nicht verwunderlich, welche weitere Entwicklung die ZB nahm.

Schröder berichtet, dass im Zuge der oben erwähnten Anordnung die Gestapa verschiedene Kontingente zusammengetragener Büchereien sukzessiv dem SD zugetragen habe. Darunter zählt er die Bibliothek der Sozialistischen Volksschule Walkenmühle bei Melsungen mit rund 4.500 Bänden, die pornographische Bücher- und Bildersammlung von Waldemar Schlesinger sowie die 1.380 Bände umfassende Bücherei des jüdischen Sexualwissenschaftlers Iwan Bloch. Einem Bericht des in Münster tätigen Gauarchivars Eduard Schulte zufolge, den Schröder in seinen Artikel eingebunden hat, habe der Bestand im Mai 1936 eine Größe von 500.000–600.000 Bänden gehabt. Im Anschluss daran nennt der Autor eine Gesamtanzahl von mehr als 50.000 ausgeschiedenen Dubletten (Freimaurerbestand) für August 1937.¹⁵⁹ Leider erwähnt er nicht, wohin die Dubletten gelangt sind, doch als potentielle Abnehmer wären die Preußische Staatsbibliothek Berlin oder die Reichstauschstelle denkbar. Da beide Institutionen für die Restitutionsarbeit eine entscheidende Rolle spielen, werden sie in einem eigenen Unterkapitel vorgestellt (2.4.2).

¹⁵⁸ Vgl. ebd., S. 316 f.

¹⁵⁹ Vgl. ebd., S. 317.

Obwohl die Gestapo und der SD sich unabhängig voneinander entwickelten, okkludierte das Aufgabenspektrum in nuce die Bekämpfung politischer Gegner. In diesem Zusammenhang ist es verständlich, dass es Berührungspunkte und Überschneidungen gab, aus denen auch eine gewisse Rivalität entstand.¹⁶⁰ Nun liegt der Schluss nahe, beide Organisationen hätten sich in ihrer Arbeit gegenseitig negativ tangiert, doch Befehle wie der zur Gründung einer ZB regelten auch eindeutig die Kompetenzen und so muss für den Bücherraub festgestellt werden, dass er sich durch zwei parallel damit befasste Organisationen wohl eher verstärkt hat. Neben den bisher konfiszierten Bibliotheken aus jüdischem, marxistischem, sozialpolitischem oder anderweitigem Besitz, nahmen auch die Übergriffe auf die Kirchen zu. Schröder schreibt, dass ab 1938 die Sammlungen der „Apologetische[n] Centrale der DEK“ und der „Bischöflichen Hauptarbeitsstelle der Katholischen Aktion“, zusammen mit beschlagnahmten Büchern aus Österreich eine „Zentralbibliothek für die Erforschung der Kirchenfragen“ bilden sollten. Aus Österreich seien mehr als 130 Tonnen Bücher und Akten in ein zweites Logenhaus (Eisenacher Straße 12) nach Berlin gebracht worden, die mit der geringen Anzahl von Mitarbeitern kaum zu bearbeiten gewesen seien. Den katalogisierten Bestand der ZB quantifiziert Schroeder für Ende Dezember 1938 auf 85.000 Bände.¹⁶¹ Neben den kirchlichen Bibliotheken hätten der SD und die Gestapo die Beschlagnahmungen von jüdischen Bibliotheken forciert. Ausschlaggebend dafür sei der Sicherstellungsbefehl vom 10. November 1938 gewesen. Der SD habe diesbezüglich eine Liste mit 71 Bibliotheken und einem Gesamtbestand von ca. 300.000 Bänden ausgearbeitet. Für den Transport und Regale seien bis September 1932 100.000 RM aus dem Auswandererfonds bezahlt worden. Schroeder arbeitet auch hier heraus, dass das Geld dafür aus den exorbitanten Auswanderungssteuern stamme und wiederum die jüdischen Opfer das an ihnen begangene Verbrechen bezahlen mussten.¹⁶² Interessant ist überdies die von Schroeder gemachte Aussage, Himmler habe auf dem Feld beschlagnahmter jüdischer Bibliotheken im Reich die Oberhand behalten. Rosenberg, der an den Bibliotheken für das Institut zur

¹⁶⁰ Vgl. Höhne, Heinz (Der Spiegel): *Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS.* URL: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46415156.html> – Download vom 4.8.2012.

¹⁶¹ Vgl. Schroeder: *Strukturen des Bücherraubs* ..., S. 318.

¹⁶² Vgl. ebd., S. 318 f.; Schroeder, Werner: *Beschlagnahme und Verbleib jüdischer Bibliotheken in Deutschland vor und nach dem Novemberprogramm 1938 : Der Kampf nationalsozialistischer und staatlicher Institutionen im Deutschen Reich um die jüdischen Bücher.* In: Dehnel, Regine (Hrsg.): *Jüdischer Buchbesitz als Raubgut: Zweites Hannoversches Symposium.* Frankfurt am Main: Klostermann, 2006 (*Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie/ Sonderhefte*; 88), S. 27–36, hier: S. 35. – Hier spricht er von „nur“ ca. 200.000 Bänden.

Erforschung der Judenfrage Interesse gehabt habe, musste sich geschlagen geben, da Himmler lieber mit dem RMVP zusammenarbeitete.¹⁶³

Am 1. Oktober 1939 sei schließlich die Fusion von Sicherheitspolizei (Sipo) und SD zum RSHA gefolgt. Wenig später begann der Krieg und dies habe den Mitarbeiterstab drastisch verändert, denn viele Personen (auch Bibliothekare) seien als Soldaten eingezogen worden. Schröder berichtet, dass durch die Gebietsgewinne sich auch die Bibliothekare der ZB an den Konfiskationen, vor allem in den Niederlanden, Belgien und Frankreich, beteiligten und so immer mehr geraubte Bücher in die Logenhäuser nach Berlin kamen. Da die Büchermenge, im April 1941 bereits auf eine halbe bis 1 Millionen Bände geschätzt, aufgrund mangelnder Leistungskraft nicht bewältigt werden konnte und man die Errichtung einer Judenbibliothek dennoch anstrebte, habe Six schließlich jüdische Zwangsarbeiter eingesetzt. Währenddessen seien die Bemühungen zur Konfiszierung von Klosterbibliotheken im Reichsgebiet mit Unterstützung der Gestapo potenziert worden, sodass laut einem Bericht aus dem Jahre 1951 33 Bibliotheken und Archive kirchlicher Einrichtungen geraubt worden seien. Schroeder berichtet weiter, dass die eigentliche Bibliotheksarbeit erst nach April 1942 in Angriff genommen worden sei. In diesem Kontext weist er auch auf die damals vorherrschenden Tauschbeziehungen mit anderen deutschen Bibliotheken hin. Seiner Meinung zufolge seien viele vollständig geraubte Bibliotheken dadurch auseinandergerissen worden.¹⁶⁴ Diese Aussage ist von großer Bedeutung, da sie auf die umständlichen Wege der Bücher hinweist, die durch Tauschgeschäfte die heutige Restitutionsarbeit erschweren.

Was die Restitution der geschätzten zwei bis drei Millionen geraubter Bücher betrifft¹⁶⁵, die während all der Jahre aggregiert wurden, so versucht Schroeder den Entwicklungsverlauf umfangreich darzustellen.

Mit den beginnenden Luftangriffen auf die großen Städte des „Reiches“ seien die Bestände aus den ehemaligen Logenhäusern nach Schlesien und vier Schlössern im einstigen Sudetenland ausgelagert worden. Da beide Häuser in Berlin von Bomben getroffen wurden, seien viele Bücher verbrannt, während andere ausgelagerte Bestände von der Bevölkerung geplündert worden seien. Ein Großteil der Bestände sei nach Schroeder in das OAD gebracht worden, wo man sie zu restituieren versucht habe. Erwähnenswert ist der Hinweis, dass einige tausend nicht zu restituierende Bücher in Deutschland verblieben und diversen Institutionen zugewiesen worden seien sollen. Nach deren Ausson-

¹⁶³ Vgl. Schroeder: Beschlagnahme und Verbleib jüdischer Bibliotheken in Deutschland ..., S. 32 ff.

¹⁶⁴ Vgl. Schroeder: Strukturen des Bücherraubs ..., S. 319 ff.

¹⁶⁵ Vgl. ebd., S. 320.

derung seien die Bücher schließlich an Bibliotheken oder an das Zentralantiquariat der „Deutschen Demokratischen Republik“ (DDR) gelangt, wohingegen man die übrig gebliebenen Bestände dem Altstoffhandel zugeleitet habe.¹⁶⁶

Festzuhalten bleibt die Tatsache, dass auch SS-Organisationen am Kulturgutraub beteiligt waren. Ihre Aktivitäten spielten sich vor allem innerhalb der damaligen Reichsgrenzen ab, sie konfiszierten jedoch auch im Ausland. Dies lässt sich an dem vom RSHA als Sonderabteilung geführten „Kommando Paulsen“ erläutern. Das Kommando sei laut Mężyński auf den Impuls des „Ahnenerbes“ gegründet, aber auf Befehl Himmlers sofort dem RSHA unterstellt worden. In seiner relativ kurzen Existenzphase bis Anfang 1940 habe das Kommando unter dem Archäologen Peter Paulsen alle in Polen befindlichen Museums- und Bibliotheksbestände requiriert. Dazu gehöre nach Mężyński beispielsweise der Veit-Stoß-Altar aus der Krakauer Marienkirche, die Sejm- und Senatsbibliothek und die Judaistische Hauptbibliothek der Großen Synagoge in Warschau.¹⁶⁷

Forschungsgemeinschaft Deutsches Ahnenerbe e.V.:

Auch das Ahnenerbe, als Forschungseinrichtung der SS am 1. Juli 1935 von Heinrich Himmler, Hermann Wirth und Richard Walther Darré konstituiert¹⁶⁸, profitierte von Konfiskationen bzw. regte diese an, um an geeignete Materialien für seine Forschungsvorhaben zu gelangen. Wie Kater herausarbeitet,

„versuchten „Ahnenerbe“-Repräsentanten, den engen, durch wissenschaftliche Aufgaben und SS-interne Kulturarbeit gesteckten Rahmen ihrer Forschungsarbeit zu sprengen und diese im zivilen Kulturbereich als Inquisitor, Zensor und Konfiskation des Reichsführer-SS tätig werden zu lassen, um somit – im Namen präventiver „Wohlfahrtspflege“ – ihre politischen Funktionen zu erweitern“.¹⁶⁹

Denn nicht nur die „wissenschaftliche“ Forschung, die Existenz einer jahrhundertealten, germanischen „Herrenrasse“ nachzuweisen, stand im Vordergrund¹⁷⁰, sondern auch einen Beitrag zur „Gegnerbekämpfung“ zu leisten. Kater macht hierbei deutlich, dass als Gegner jedoch auch sämtliche andere konkurrierende Organisationen, wie z.B. das ARO, aufgefasst wurden.¹⁷¹ Dies ist allzu verständlich, denkt man an die Konkurrenzkämpfe zwischen Himmler und Rosenberg zur Mehrung der Arbeitsbereiche für das eigene Amt. Wie bereits in dieser Arbeit erwähnt, beanspruchte Himmlers Ahnenerbe

¹⁶⁶ Vgl. ebd., S. 321 f.

¹⁶⁷ Vgl. Mężyński, Andrzej: Die Judaistische Bibliothek der Großen Synagoge in Warschau und das Schicksal der Bücher aus dem Warschauer Ghetto. In: Dehnel, Regine (Hrsg.): Jüdischer Buchbesitz als Raubgut ..., S. 85–95, hier: S. 86 ff.

¹⁶⁸ Vgl. Kater: Das „Ahnenerbe“ der SS 1935–1945. ..., S. 26 f.

¹⁶⁹ ebd., S. 120 f.

¹⁷⁰ Vgl. ebd., S. 47.

¹⁷¹ Vgl. ebd., S. 120 f.

(Wirth und Darré wurden ihrer Positionen im Laufe der Zeit enthoben) die Wissenschaft der Karst- und Höhlenforschung für sich und beschlagnahmte dabei die Bibliothek Benno Wolfs. Weitere Bibliotheken, die sich das Ahnenerbe einverleibte, sind die Bücherei Lion Feuchtwangers, die des Universitätsvereins Salzburg und Bände aus der aufgelösten theologischen Fakultät Salzburgs, welche man in der Bibliothek von Sankt Peter suchte. Das Ahnenerbe habe 1943 zwischen 80.000 und 100.000 Bänden aus ehemaligen Salzburger Sammlungen besessen. Laut Kater hätten die Mitarbeiter die Bibliotheken nicht selbst konfisziert, sondern Unterstützung von der Gestapo erhalten.¹⁷²

Auch in Polen und Russland sei das Ahnenerbe aktiv gewesen. In Polen habe man bis März 1941 u.a. 102 Bibliotheken requiriert und in Russland durch das Sonderkommando Jankuhn verschiedene Büchereien für Forschungsvorhaben erhalten.¹⁷³

Insgesamt betrachtet ist auffällig, wie viele SS-Organisationen an der Requirierung von Bibliotheken beteiligt waren. Während die Gestapo die Aufgabe der eigentlichen Beschlagnahmung am „Einsatzort“ praktizierte, war das RSHA am Aufbau einer riesigen ZB interessiert, wohingegen sich das Ahnenerbe um den Erhalt von Bibliotheken für seine „Forschung“ bemühte.

Sollten sich bei der Provenienzforschung heutzutage Stempel, Exlibris oder ähnliche Hinweise finden lassen, die einen Bezug zu einer der oben genannten SS-Organisationen aufweisen (Reinhard Heydrich besaß beispielsweise ein eigenes Exlibris), so darf mit großer Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die Trägerbände Raubgut darstellen.

2.3.2 Das Sonderkommando Künsberg

Von allen am Kulturgutraub beteiligten Organisationen ist das „Sonderkommando Künsberg“ (SK) wohl die am wenigsten beachtete. Obgleich es neben den gewaltigen Konfiskationsmaßnahmen von ERR, Gestapo etc. leicht in den Hintergrund rückt, so macht seine einzigartige Stellung und eine nicht zu unterschätzende Gesamtanzahl „sichergestellter“ Gegenstände eine Betrachtung erstrebenswert. Diese Organisation soll nun auf Basis der Studien von Ulrike Hartung und Anja Heuß vorgestellt werden.

Eberhard Freiherr von Künsberg, ein unter der NSDAP arrivierter Jurist, ist der Namensgeber des oben genannten Kommandos.¹⁷⁴ Das SK habe sich laut Hartung und

¹⁷² Vgl. ebd., S. 122 f.

¹⁷³ Vgl. ebd., S. 147–158.

¹⁷⁴ Vgl. Hartung, Ulrike: Raubzüge in der Sowjetunion. Das Sonderkommando Künsberg 1941–1943. Bremen: Ed. Temmen, 1997, S. 114 f.

Heuß nach dem Überfall auf Polen instituiert und sei dem Auftrag des AA gefolgt, Gebäude wie z.B. Botschaften, Außenministerien etc. sowie kriegswichtiges Aktenmaterial zu beschlagnahmen. Während des Westfeldzuges habe es dann in Frankreich, Belgien und den Niederlanden über den Auftrag hinaus Kunstgegenstände geraubt. Dabei sei die Geheimorganisation in den Uniformen der Geheimen Feldpolizei (GFP) aufgetreten. Die Beschlagnahmung von jüdischem Kunstbesitz sei auf direkte Weisung des Reichsaußenministers (RAM) Ribbentrop geschehen und habe schließlich zu Kompetenzstreitigkeiten mit dem ERR geführt, dass letztlich als Sieger aus dieser Fehde hervorgegangen sei.¹⁷⁵

Um das Vorhaben dennoch weiterzuführen, musste sich Künsberg nach einem mächtigen Bündnispartner umsehen, denn nur so konnte er sich gegen seine einflussreiche Konkurrenz behaupten. Heuß zufolge, sei Künsberg viel daran gelegen gewesen, eine Einigung mit dem Oberkommando der Wehrmacht (OKW) zu erzielen, da mit dessen Fürsprache eine rasche und direkte Agitation im Kriegsgebiet mit der kämpfenden Truppe möglich wurde. Weiter führt sie aus, dass man durch den OKW-Befehl vom 11. Juni 1941 den Auftrag zur Beschlagnahmung von politischem Material erhalten und das SK als Einheit des Feindnachrichtendienstes agnosziert habe.¹⁷⁶ Die Integration des SK in die Waffen-SS sei jedoch am 1. August 1941 erfolgt und habe der Anordnung des RAMs entsprochen, die Selbstständigkeit des SK zu wahren und weiterhin für das AA tätig zu sein. Mit dieser Anordnung sei zudem die Ernennung Künsbergs zum Bataillonskommandeur einhergegangen.¹⁷⁷ Wichtig ist der von Heuß genannte Hinweis, dass die Position des SK Künsberg im wirren Weisungs- und Machtgeflecht eine komplizierte gewesen ist. Militärbezogene Befehle habe das SK demnach vom SS-Führungshauptamt erhalten, feindnachrichtendienstliche Weisungen vom OKW, wohingegen die Befehle zur Beschlagnahmung vom RAM entgegengenommen werden mussten. Zugleich seien überdies einige Leute aus dem SK Mitglieder der GFP gewesen.¹⁷⁸ Dieses diffizile Geflecht habe Künsberg laut Hartung dann genutzt, um den eigentlichen Auftrag weiter auszubauen, sodass weit mehr als nur außenpolitisches Material von seinem SK requiriert worden sei.¹⁷⁹ Künsberg mag in seinen eigenmächtigen Unternehmungen gegenüber seinen Vorgesetzten in besonders hohem Maße impertinent

¹⁷⁵ Vgl. ebd., S. 13, 18, 29; Vgl. Heuß, Anja: Die "Beuteorganisation" des Auswärtigen Amtes. Das Sonderkommando Künsberg und der Kulturgutraub in der Sowjetunion. In: VfZ 45 (1997) 4, S. 535–556, hier: S. 537 f.

¹⁷⁶ Vgl. Heuß: Die "Beuteorganisation" des Auswärtigen Amtes. ..., S. 541.

¹⁷⁷ Vgl. Hartung: Raubzüge in der Sowjetunion. ..., S. 15 f.

¹⁷⁸ Vgl. Heuß: Die "Beuteorganisation" des Auswärtigen Amtes. ..., S. 541 f.

¹⁷⁹ Vgl. Hartung: Raubzüge in der Sowjetunion. ..., S. 119.

gewesen sein, dennoch sind sie nur Spiegel der symptomatischen Verhaltensmuster der damaligen Zeit. Viele Nationalsozialisten versuchten ihren Machtbereich dadurch zu mehren, indem sie ihre Arbeit als besonders wertvoll deklarierten. Zudem strebten sie es an, sich ihre Tätigkeit, selbst wenn diese keine unmittelbaren Ergebnisse für den Krieg mehr einbrachte, möglichst lange zu erhalten.

Für die Provenienzforschung ist besonders die Arbeit des SK interessant, die mit Beginn des Russlandfeldzuges begann. Nach Heuß sei das SK in drei Einsatzkommandos (EKs) gegliedert gewesen; jedes EK habe eine Stärke von 95 Mann besessen (ein Teil sei eine kämpfende Einheit gewesen). Zudem habe das SK über einen eigenen Fuhrpark verfügen können.¹⁸⁰ Hier zeigt sich ein deutlicher Gegensatz zu dem ERR von Rosenberg, der weder auf eigene Transportmittel noch auf Soldaten zurückgreifen konnte.

Ziel aller EKs sei es gewesen, die Städte Moskau und Leningrad zu erreichen, um dort das außenpolitisch wichtige Akten- und Archivmaterial zu beschlagnahmen. Das beschlagnahmte Material habe man erst in eine der eingerichteten Sammelstellen (z.B. Warschau) gebracht, wo es einer ersten Bearbeitung unterzogen und später dann weiter in die Zentrale nach Berlin transportiert worden sei.¹⁸¹

Das EK „Stettin/Hamburg“ stellt das aus bibliothekarischer Sicht „effektivste“ Raubinstrumentarium dar. Es habe beispielsweise in Kowno Akten der Konsulate und Karten aus der UB entwendet und in Narwa Karten und Bücher aus dem Staatsarchiv. Besonders das beschlagnahmte Kartenmaterial sei dabei an die Wehrmacht weitergeleitet worden, die dieses unmittelbar für ihre Kriegsführung habe verwenden können.¹⁸² Heuß spricht in diesem Zusammenhang von ca. 15.000 konfiszierten Karten aus den baltischen Staaten.¹⁸³ Bücherfunde habe das EK auch in der Gegend um Leningrad machen können, da dort die Zarenschlösser angesiedelt waren. Im Alexanderschloss von Zarskoje Selo sei die Bibliothek mit 10.000 Bänden requiriert worden, im Schloss von Gatschina (Krasnogwardeisk) habe man 16.000 Bände mitgenommen und aus dem Schloss Pwlowisk (Sluzk) etwa 11.500 Bände. Die 37.500 Bände seien dann später nach Berlin gelangt.¹⁸⁴

Auch das EK „Potsdam“ habe reichlich Beute gemacht, u.a. in der UB Lemberg, in verschiedenen Bibliotheken in Schitomir, in den Institutsbibliotheken der Akademie der

¹⁸⁰ Vgl. Heuß: Die "Beuteorganisation" des Auswärtigen Amtes. ..., S. 542 f.

¹⁸¹ Vgl. ebd., S. 542 f.

¹⁸² Vgl. Hartung: Raubzüge in der Sowjetunion. ..., S. 44 ff.

¹⁸³ Vgl. Heuß: Die "Beuteorganisation" des Auswärtigen Amtes ..., S. 545.

¹⁸⁴ Vgl. Hartung: Raubzüge in der Sowjetunion. ..., S. 47 f. – Sie nennt für das Schloss Gatschina 15.000 Bände; Vgl. Heuß: Die "Beuteorganisation" des Auswärtigen Amtes. ..., S. 545 f.

Wissenschaften, sowie den Klöstern und Kirchen in Kiew. Weitere Städte des gewaltigen Raubzuges seien z.B. Odessa und Charkow (Staatsbibliotheken), sowie Simferopol, Jalta und Sewastopol (sämtliche Institute) gewesen. Besonders in Kiew habe das EK eine große Anzahl Bücher entfernt. Neben der Staatlich-Ukrainischen Bibliothek (120.000 Bände) seien vor allem das Kiewer Höhlenkloster und das Podol-Kloster (60.000 Bände einer Judaica-Sammlung) von der Konfsikation betroffen gewesen.¹⁸⁵ Hartung nennt eine Gesamtanzahl durchgesehener Bücher von etwa vier bis fünf Millionen.¹⁸⁶

Das dritte EK „Nürnberg“ habe zwar Kartenmaterial aus Minsk und Smolensk requiriert, dennoch können beide Autorinnen dieser Gruppe keine Bibliotheksbeschagnahmen nachweisen.¹⁸⁷

Mit der sowjetischen Gegenoffensive hätten schließlich die Tätigkeiten des EK Künsberg abgenommen. Bevor es zur Auflösung gekommen sei, sei die Beute auf verschiedene Dienststellen verteilt worden (Heeresmuseum, RSHA etc.), von denen Rosenberg am meisten profitierte. Heuß weist Rosenberg ca. die Hälfte aller im Ostfeldzug requirierten Gegenstände zu (150.000).¹⁸⁸

Die oben aufgeführten Beispiele deuten lediglich auf die hohe Aktivität einer wenig beachteten Organisation hin. Der Verfasser ist dennoch davon überzeugt, dass der Text die im großen Stil durchgeführten Konfiskationen ausreichend nachzeichnet und die Beteiligung des AA am Kulturgutraub verdeutlicht hat.

2.4 Auswirkungen auf das deutsche Bibliothekswesen

2.4.1 Die Erlasse des Reichsministers Bernhard Rust und ihre Auswirkungen auf die Bibliotheken

In diesem Kapitel soll kurz auf die Arbeiten Bernhard Rusts als Leiter des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung eingegangen werden, da sie direkten Einfluss auf das Arbeitsgebiet wissenschaftlicher Bibliotheken nahmen.

Maßgeblich wird hier aus dem Aufsatz „Exilverlage und das "Dritte Reich"“ von Ernst Fischer und dem Aufsatz „Wissenschaftliche Bibliotheken und verbotene Literatur im

¹⁸⁵ Vgl. Hartung: Raubzüge in der Sowjetunion. ..., S. 39; Vgl. Heuß: Die "Beuteorganisation" des Auswärtigen Amtes. ..., S. 547 f.

¹⁸⁶ Vgl. Hartung: Raubzüge in der Sowjetunion. ..., S. 39.

¹⁸⁷ Vgl. Hartung: Raubzüge in der Sowjetunion. ..., S. 34 f.; Vgl. Heuß: Die "Beuteorganisation" des Auswärtigen Amtes. ..., S. 546.

¹⁸⁸ Vgl. Heuß: Die "Beuteorganisation" des Auswärtigen Amtes. ..., S. 553 f.

"Dritten Reich"" von Ingo Toussaint zitiert. Beide Aufsätze erschienen in dem von Stephan Kellner herausgegebenen Buch „Der "Giftschrank". Erotik, Sexualwissenschaft, Politik und Literatur – "Remota": die weggesperrten Bücher der Bayerischen Staatsbibliothek“ auf den S. 69–82 bzw. 83–92. Der Autor dieser Arbeit nahm zusätzlich die Gelegenheit wahr, in dem Universitätsarchiv der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (WWU Münster) entsprechende Archivalien einzusehen. Da sämtliche reichsweiten Erlasse des Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Auswirkungen auf den Arbeitsalltag an der Universitätsbibliothek Münster hatten, wird die genaue Umsetzung der Anordnungen durch den Direktor ausführlich in Kapitel 5.1.1 thematisiert.

An dieser Stelle sollen nun die inhaltlich wichtigsten Erlasse zur Geltung kommen.

Am 3. April 1935 erging ein Schreiben bezüglich der von Gerichts- und Polizeibehörden beschlagnahmten Literatur an die Direktoren der Deutschen Hochschulen, Ministerien etc. ein, in dem indiziert wurde, dass die Bibliotheken verbotene Bücher für die spätere wissenschaftliche Forschung aufzubewahren und diese unter besonderem Verschluss zu halten hätten. Weiter heißt es, es sei „[d]ie Benutzung nach strenger Prüfung im Einzelfall nur freizugeben, (und zwar in den Räumen der Bibliothek), wenn der Nachweis ernster wissenschaftlicher Forschung geführt wird“¹⁸⁹. Auf der zweiten Seite wird schließlich erneut auf die Bedeutung der Sekretierungsmaßnahmen hingewiesen und es werden Sanktionen bei der Missachtung der erlassenden Vorschriften angedroht. Die verbotene Literatur dürfe nicht in einem Arbeitszimmer eines leitenden Beamten stehen, sondern müsse in einem separaten und – auch anderen Bibliotheksmitarbeitern – nicht frei zugänglichen Raum untergebracht sein.¹⁹⁰ Unverkennbar wird hier der Konsens und die enge Kooperation zu Goebbels Reichsschrifttumskammer deutlich. Der von der RSK am 23. März 1936 herausgegebenen „Liste 1 des schädlichen und unerwünschten Schrifttums“ war ein Begleitschreiben von Bernhard Rust beigelegt, in dem es hieß, die verbotene Literatur und die Liste seien gemäß der Anordnung vom 3. April 1935 unter Verschluss zu halten.¹⁹¹ Toussaint schreibt in seinem bereits erwähnten Aufsatz auf S. 90, dass grundsätzlich Goebbels darüber entschied, welche Literatur zu indizieren gewesen sei. Bei wissenschaftlicher Literatur sei es jedoch zu Absprachen mit Rust gekommen. Weiterhin erklärt Toussaint die Problematik, mit der die Bibliotheken

¹⁸⁹ WWU Archiv, Best. 9, Nr.: 351; Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung mit einem Runderlass vom 3. April 1935.

¹⁹⁰ Vgl. ebd.

¹⁹¹ Vgl. Toussaint: Wissenschaftliche Bibliotheken und verbotene Literatur im "Dritten Reich", S. 88.

konfrontiert waren. Die Ausleihe von Werken jüdischer Schriftsteller oder „jüdischer Mischlinge“, um einen Terminus der Nationalsozialisten zu benutzen, sei auch dann verboten gewesen, wenn sie nicht einmal auf der „Schwarzen Liste“ standen. Denn neben dieser „Hauptliste“ habe es Erlasse in Einzelfällen gegeben.¹⁹²

Der Erlass vom 3. April 1935 bedeutete eine gravierende Einschränkung im Bereich der Ausleihe und damit für die Nutzung durch Bibliotheksbesucher. Dennoch habe er die Archivfunktion der wissenschaftlichen Bibliotheken gesichert.¹⁹³ Ernst Fischer stellt in diesem Kontext die Situation für die Deutsche Bücherei Leipzig in seinem Aufsatz heraus. Die Deutsche Bücherei habe bis zum Herbst 1936 ihrer Destination, deutsches Schrifttum, unabhängig von sämtlichen herausgegebenen Listen, in allumfassender Breite zu sammeln und zu verzeichnen, folgen können. Auch die bibliographische Erfassung von Werken der Exilliteratur habe wenige Einschränkungen erfahren und sei in den entsprechenden Halbjahresverzeichnissen und Fünfjahresverzeichnissen erschienen. Andere Autoren hätten sogar in das „Tägliche Verzeichnis der Neuerscheinungen“ oder in die Deutsche Nationalbibliographie aufgenommen werden dürfen. Erst im Herbst 1936, berichtet Fischer, habe Goebbels in das Tätigkeitsfeld der Erstellung diverser Bibliographien eingegriffen. Bis 1939 konnte nur noch Literatur tolerierter Schriftsteller aufgenommen werden. Anschließend sei dem damaligen Direktor Heinrich Uhrendahl erlaubt worden, die verfemte Literatur in einer gesonderten Liste zu verzeichnen und diese an 150 wissenschaftliche Bibliotheken zu versenden. Zwar bestehe eine dreijährige Lücke, in der das Verbot die vollständige Verzeichnung behinderte, doch – meint Fischer – habe dieses Aufgabengebiet weitestgehend erhalten werden können.¹⁹⁴ Abschließend resümiert er, dass sich in „diesem Beharren auf die Sammelaufgabe bibliothekarischer Ethos gegenüber ideologischer Verblendung behauptet und bewährt [hat]“¹⁹⁵.

Uhrendahl mag sicher bei seinem „Kampf“ zur Erhaltung bibliothekarischer Handlungsfelder in Maßen erfolgreich gewesen sein, doch opponierte man nur im kleinen Rahmen und nicht gegen das System. Abgesehen von Gottlieb Branz – SPD-Mitglied, Bibliothekar im Gewerkschaftshaus München und Widerständler¹⁹⁶ – konnte der Verfasser dieser Arbeit keine im Bibliotheksbereich tätigen Personen ausmachen, die man bewiesener-

¹⁹² Vgl. ebd., S. 90.

¹⁹³ Vgl. Fischer: Die Exilverlage und das "Dritte Reich", S. 80.

¹⁹⁴ Vgl. ebd., S. 80 f.

¹⁹⁵ Ebd., S. 81.

¹⁹⁶ Vgl. münchen.de: *KulturGeschichtsPfad. Lotte und Gottlieb Branz*. URL: <http://www.muenchen.de/rathaus/dms/Home/Stadtverwaltung/Kulturreferat/stadtteilkultur/KGPs/PDFs/17/kgp17.pdf> – Download vom 1.7.2012.

maßen der Gruppe von aktiven Frondeuren zuweisen könnte. Zudem darf nicht unerwähnt bleiben, dass die Nationalsozialisten „erstaunlich schnell die Gleichschaltung des bestehenden staatlichen Bibliothekswesen erreichen [konnten]“¹⁹⁷ und, bis auf die Ausnahme von parteieigenen Bibliotheken, kein eigenes Büchereiwesen aufbauen mussten. Die hohe Anzahl von Erlassen aus dem Reichsministerium belegt die starke Infiltration. Am 12. November 1936 verfügte der Reichsminister, dass Überlassungsanträge sekretierter Literatur von Dienststellen (z.B. der Polizei) an wissenschaftlichen Bibliotheken nicht ohne ausdrückliche Genehmigung gültig seien, da diese Staatseigentum darstellen würde.

Am 7. Dezember 1936 dekretierte Rust die Einrichtung eines Reichsbeirates für Bibliotheksangelegenheiten mit Sitz in der Preußischen Staatsbibliothek Berlin und analog dazu die Dekomposition des bisher eingesetzten Preußischen Beirats für Bibliotheksangelegenheiten. Obwohl das Schreiben das Datum des 7. Dezember aufweist, heißt es aber bereits im letzten Punkt des Briefes, dass der Erlass ab dem 1. Dezember in Kraft trete.¹⁹⁸

In einem Schreiben vom 16. Dezember 1936 injungierte Rust, dass seine Erlasse (u.a. der vom 3. April 1935) auch für die Instituts- und Seminarbibliotheken Geltung hätten, da bei Prüfungen durch einen Mitarbeiter eine Nichtbeachtung durch diese hatte festgestellt werden müssen. In dem Brief hieß es u.a.:

„Marxistische und bolschewistische Literatur [werde] zum Teil bei solchen Bibliotheken noch in offenen Wandregalen ohne jede Sicherung aufbewahrt [...] und dadurch [seien] Werke von Lenin, Bucharin, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Kurt Eisener, Mühsam usw. für jedermann frei zugänglich [...]“¹⁹⁹.

Zudem gab es Erlasse, in denen die Bibliotheken angewiesen wurden, bestimmte Bände aus ihrem Bestand zu nehmen, wobei die Gründe in einer entsprechenden Erklärung beigelegt waren. Am 9. Mai 1939 wurde den Direktoren beispielsweise auferlegt, zwei Bücher über Oberschlesien zu sekretieren, da diese ein unzutreffendes Bild über die Landesregion vermitteln würden.²⁰⁰

Die Aufzählung von Erlassen ließe sich noch um einige Zeilen beliebig erweitern, soll hier allerdings nicht erfolgen. Bernhard Rust griff unbestreitbar in die Arbeit der Bibliotheken ein und erwirkte einige Veränderungen.

¹⁹⁷ Krause: *Bibliotheken in Berlin*. (Webdokument).

¹⁹⁸ WWU Archiv, Best. 9, Nr. 351: Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung mit einem Ruderlass vom 3. April 1935.

¹⁹⁹ Ebd.

²⁰⁰ Ebd.

Ingo Toussaint beschreibt die Sekretierungserlasse als „Mehrbelastung“ und Widerspruch zu den bibliothekarischen Prinzipien. In der Universitätsbibliothek Tübingen habe der Leiter Georg Leyh die Erlasse am wenigsten befolgt und auch in Freiburg soll der Direktor versucht haben, die Auswirkung der Erlasse möglichst gering zu halten.²⁰¹ Dass dies für Münster nicht der Fall war, wird in Kapitel 5.1.1 dargestellt.

2.4.2 Distributionsinstanzen: Die Preußische Staatsbibliothek und die Reichstauschstelle

Viele große wissenschaftliche Bibliotheken profitierten von der Arbeit der Preußischen Staatsbibliothek und der Reichstauschstelle. Ihnen wurde konfisziertes Schriftgut zur Sekretierung übersandt, um die wissenschaftliche Forschung der „Staats- und Volksfeinde“ zu ermöglichen. Wie die Arbeit der Institutionen Staatsbibliothek und Reichstauschstelle aussah und welche Rolle sie bei der Verteilung von NS-Raub- bzw. Beutegut einnahmen, soll in diesem Kapitel verdeutlicht werden. Der Autor stützt sich dabei größtenteils auf die einzigartige Arbeit von Cornelia Briel, die im Rahmen eines Forschungsprojektes der Staatsbibliothek zu Berlin (2006–2009) und diversen Publikationen zum ersten Mal ein genaues Bild zeichnen konnte.²⁰²

Preußische Staatsbibliothek:

Ausgangspunkte für die Konfiskation von Eigentum waren das „Gesetz über die Einziehung kommunistischen Vermögens“ vom 26. Mai 1933 und das „Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens“ vom 14. Juli 1933. Als der Preußische Finanzminister am 28. März 1934 seinen, sich auf die beiden Gesetze stützenden, Runderlass herausgab, war der Weg für exproprierte Bücher in die Preußische Staatsbibliothek geebnet, schreibt Briel. Sämtliche Druckwerke hätten zuerst ihr und an zweiter Stelle sämtlichen anderen staatlichen Bibliotheken zugehen sollen. Diese Regelung sei auf die Bemühungen des Generaldirektors Hugo Andres Krüß zurückzuführen und habe dazu gedient, die Lücken in den Beständen der Bibliothek auszufüllen. Da die Literatur verfolgter Personen, Organisationen etc. bald nach dem Verbot im Ausland erschien, habe man erwirkt, dass diese von der Gestapo dort gekauft und der Bibliothek unentgeltlich überstellt wurde, damit der Sammelauftrag erfüllt werden konnte, erklärt

²⁰¹ Vgl. Toussaint: Wissenschaftliche Bibliotheken und verbotene Literatur im "Dritten Reich", S. 91.

²⁰² Staatsbibliothek zu Berlin: *Projekt Reichstauschstelle*. URL: <http://staatsbibliothek-berlin.de/die-staatsbibliothek/abteilungen/historische-drucke/aufgaben-profil/projekte/projekt-reichstauschstelle/> – Download vom 20.11.2012.

Briel. Die in preußischem Gebiet konfiszierten Bücher seien von den Polizeidienststellen listenmäßig erfasst und der Erwerbungsabteilung zugeleitet worden. Dort habe man die Einträge auf bereits vorhandene Exemplare überprüft und bearbeitet, um sie dann anschließend wieder zurückzuschicken. Von den Polizeibehörden sei dann die Literatur überstellt worden. Briel fand bei der Durchsicht der Akten heraus, dass die Einlieferungen nicht als „Geschenke“, sondern als „Pflichtexemplare“ verzeichnet wurden. Neben einzelnen Werken seien aber auch ganze Bibliotheken wie die der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) in Berlin, die des Instituts für Sozialforschung (Frankfurt am Main) und die der Loge Teutonia zur Weisheit (Potsdam) in die Preußische Staatsbibliothek gelangt. Die Bibliothek habe sich aber bei dem Erhalt von beschlagnahmter Literatur gegen andere NS-Organisationen behaupten müssen.

Die Bücher, die nicht von der Bibliothek benötigt wurden, bekamen den Hinweis, sie nach Bedarf an die UBs zu senden, ermittelte Briel. Bei der Expropriation ganzer Verlage oder Leihbüchereien, habe die Bibliothek maximal 33 Werke bestellt. Diese seien auf verschiedene Bibliothek verteilt worden. Briel konnte diesbezüglich eine Liste mit 31 deutschen und, ab 1938, drei österreichischen Bibliotheken zusammenstellen. Diese wahrscheinlich unvollständige Liste führt u.a. die UB Münster und die USB Köln auf; die Hinweise werden noch für Kapitel 5 von Bedeutung sein.

Entscheidend ist, dass die Preußische Staatsbibliothek sowohl beschlagnahmte Bücher in ihren Bestand aufgenommen als auch an die UBs verteilt hat. Somit ist theoretisch in jeder Bibliothek, die auf der Liste genannt ist, NS-Raubgut zu finden. In Münster ist dies beispielsweise der Fall gewesen (s. Kapitel 5.1.1).

Briel vermutet, dass die Bibliothek auf Wunsch der UBs die Literatur verteilte und sich vorher vergewisserte, ob Bedarf bestand. Den Büchersendungen habe stets ein Zettel beigelegt, der den Mitarbeitern der UBs Anweisungen zur Verwendung und das Verbot zur Rücksendung vermittelt habe. Nicht benötigte Werke sollten die UBs makulieren.

1939 sei die Preußische Bibliothek dann durch den Reichsminister der Finanzen zur „zentralen Sammelstelle“ für Judaica und Hebraica bestimmt worden.²⁰³ In den Jahren

²⁰³ Vgl. Briel, Cornelia: Die Preußische Staatsbibliothek und die Reichstauschstelle als Verteilerinstitution beschlagnahmter Literatur. Strukturen. Hypothesen. Beispiele. In: Dehnel, Regine (Hrsg.): NS-Raubgut in Bibliotheken. Suche, Ergebnisse, Perspektiven. Drittes Hannoversches Symposium. Frankfurt, M.: Klostermann, 2008 (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie/ Sonderbände; 94), S. 29–43, hier: S. 29–39.

1941 bis 1944 sei sie dann auch in den Besitz von NS-Beutegut gelangt, welches die Wehrmacht vor allem in Frankreich und der Sowjetunion geraubt habe.²⁰⁴

Reichstauschstelle:

Die seit 1920 existierende Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft unterhielt einen Bibliotheksausschuss, zu dem auch die 1926 gegründete Reichstauschstelle gehörte, erläutert Briel. Zu Beginn ihrer Tätigkeit sei es die Aufgabe der Reichstauschstelle gewesen, Tauschbeziehungen mit dem Ausland zu pflegen, die ausländischen amtlichen Druckschriften, Dissertationen etc. zu verteilen und die von deutschen Institutionen stammenden Werke zu sammeln.²⁰⁵ Ab 1927 habe sie noch Dubletten zwischen wissenschaftlichen Bibliotheken und Behördenbibliotheken getauscht und aufgelöste Behördenbibliotheken verteilt.²⁰⁶ Sie habe dem Reichsinnenministerium unterstanden und sei von dem Bibliotheksrat Dr. Adolf Jürgens geführt worden.

Mit dem Machtantritt der NSDAP und im Zuge der Gleichschaltung habe sich die Notgemeinschaft von dem Bibliotheksausschuss getrennt. Aus diesem seien die Reichstauschstelle, das Beschaffungsamt der Deutschen Bibliotheken und der Deutsch-Ausländische Buchtausch als eigenständige Reichsdienststellen hervorgegangen. Die Aufgabe des Beschaffungsamtes sei der Ankauf ausländischer wissenschaftlicher Literatur gewesen. Zusammen mit der Reichstauschstelle hätten beide Dienststellen fortan nicht mehr dem Reichsinnenministerium sondern dem Reichs- und Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung unterstanden. Der Deutsch-Ausländische Buchtausch, ressortiert beim Auswärtigen Amt und von diesem daher auch finanziert, habe mit dem Ausland Neuerscheinungen getauscht. Zwar seien alle drei Institutionen verwaltungsmäßig dem Generaldirektor der Preußischen Staatsbibliothek, Hugo Andres Krüß, unterstellt worden, die Geschäftsführung habe aber Adolf Jürgens innegehabt.²⁰⁷

²⁰⁴ Vgl. Staatsbibliothek zu Berlin: *Projekt Reichstauschstelle*. (Website).

²⁰⁵ Vgl. Briel, Cornelia: Die Bücher der Warenhausunternehmer Georg und Martin Tietz und die Leipziger Stadtbibliothek. Zur Verstrickung von kulturellen Einrichtungen in die NS-staatliche Verwertung jüdischen Eigentums. In: Gibas, Monika (Hrsg.): "Arisierung" in Leipzig. Annäherung an ein lange verdrängtes Kapitel der Stadtgeschichte der Jahre 1933 bis 1945. Leipzig: Leipziger Univ.-Verl., 2007 (Schriftenreihe Geschichte – Kommunikation – Gesellschaft; 4), S. 162–195, hier: S. 168.

²⁰⁶ Vgl. Briel: Die Preußische Staatsbibliothek und die Reichstauschstelle als Verteilerinstitution beschlagnahmter Literatur. ..., S. 39.

²⁰⁷ Vgl. Briel: Die Bücher der Warenhausunternehmer Georg und Martin Tietz ..., S. 168; Vgl. Briel, Cornelia: Zum Verhältnis von Reichstauschstelle und Preußischer Staatsbibliothek in den Jahren 1934 bis 1945. In: Bödeker, Hans Erich; Bötte, Gerd-Josef (Hrsg.): NS-Raubgut, Reichstauschstelle und Preußische Staatsbibliothek. Vorträge des Berliner Symposiums am 3. und 4. Mai 2007. München: Saur, 2008; S. 45–84, hier: S. 50 f.

Im Jahre 1941 erlangte die Reichstauschstelle durch Zusammenlegung mit dem Beschaffungsamt eine noch größere Eigenständigkeit und wurde zur Reichsbehörde ernannt, schreibt Briel. Jürgens sei ihr Direktor geworden.²⁰⁸

Durch den Erhalt der aufgelösten Behördenbibliotheken ging der Reichstauschstelle nur verhältnismäßig wenig Raubgut zu. War die Tätigkeit der Reichstauschstelle aus heutiger Sicht bis dato weitgehend legal, änderte sich dies mit dem Auftrag, die durch Luftangriffe erlittenen Bestandsverluste der wissenschaftlichen Bibliotheken mit Ersatz zu bestücken. Für die Jahre 1943 und 1944 habe das Reichsfinanzministerium 5 Millionen RM zum Ankauf von Büchern bereitgestellt. Von diesem Betrag habe die Reichstauschstelle für etwa 100.000 RM beschlagnahmte Privatbibliotheken jüdischer Personen von den Finanzbehörden gekauft. Zu diesen Sammlungen hat die Bibliothek des Industriellen Petschek gehört, exemplifiziert Briel.²⁰⁹ Doch nicht nur im In- sondern auch im Ausland seien Bücher gekauft worden. Besonders im Ausland habe die Reichstauschstelle von den „oktroierten Wechselkursen“²¹⁰ profitiert.

Am Ende des Krieges hätten in den ca. 40 Depots der Reichstauschstelle (diese Zahl subsumiert nicht die Depots der Preußischen Staatsbibliothek) rund 1 Millionen Bände gelagert. Insgesamt 55 Personen wären bei den drei Institutionen angestellt gewesen.²¹¹

Obwohl beide Instanzen an der Verteilung von NS- Raub- und Beutegut beteiligt waren, muss doch festgehalten werden, dass die Preußische Staatsbibliothek eine entscheidendere Rolle eingenommen hat. Bevor alle anderen Bibliotheken konfisziertes Schriftgut erhielten, war sie die erste Anlaufstelle mit dem Vorrecht aus dem „Angebot“ auswählen zu dürfen. Benötigte sie die Literatur selbst nicht, leitete sie die Bücher einer UB zu. Nach den raschen Gebietsgewinnen der Wehrmacht, gelangte sie auch in den Besitz ausländischer Literatur. Man darf supponieren, dass sie auch von dem Sonderkommando Künsberg (s. Kapitel 2.3.2) Bücher bekam. Die Reichstauschstelle hingegen beteiligte sich erst verstärkt an der Verteilung von Raubgut mit Beginn des Wiederaufbaus. Zuvor hatte sie zwar auch schon beschlagnahmtes Kulturgut weitergegeben, doch in viel geringerem Maße, als es bei der Preußischen Staatsbibliothek der Fall war.

²⁰⁸ Vgl. Briel: Die Preußische Staatsbibliothek und die Reichstauschstelle als Verteilerinstitution beschlagnahmter Literatur ..., S. 39; Vgl. Briel: Die Bücher der Warenhausunternehmer Georg und Martin Tietz ..., S. 168.

²⁰⁹ Vgl. Briel: Die Preußische Staatsbibliothek und die Reichstauschstelle als Verteilerinstitution beschlagnahmter Literatur ..., S. 40.

²¹⁰ Staatsbibliothek zu Berlin: *Projekt Reichstauschstelle*. (Website).

²¹¹ Vgl. Briel: Zum Verhältnis von Reichstauschstelle und Preußischer Staatsbibliothek in den Jahren 1934 bis 1945, S. 59 ff.

3. Zusammenbruch des Dritten Reich und Beginn der Restitutionsgeschichte von 1945–80er Jahre

3.1 Die Central Collecting Points

Nach der Kapitulation Deutschlands am 7. Mai 1945 und der Einteilung in vier Besatzungszonen, begannen die Alliierten in ihrem jeweiligen Gebiet nach geraubtem Kulturgut zu suchen. Fündig wurden sie vor allem in den von den Nationalsozialisten eingerichteten Einlagerungsstätten wie z.B. dem Bergwerk Altaussee. Bei Armbruster findet sich diesbezüglich die Angabe von insgesamt 11 bedeutenden Lagern.²¹² Allerdings darf von einer weitaus größeren Anzahl an Depots ausgegangen werden, berücksichtigt man die Vielzahl an Rauborganisationen und die Masse an gestohlenen Kulturobjekten. Während die sowjetischen Truppen sämtliches gefundene Kulturgut in ihre Heimat expedierte, instituierten die amerikanischen und britischen Offiziere der „Monuments, Fine Arts & Archives Section (MFA&A)“ diverse Sammellager, in denen eine geordnete Akkumulation und eine daraus resultierende Restitution möglich werden sollte. Diese Sammellager firmierten bald unter dem Namen „Central Collecting Points“ (CCP). Das bekannteste CCP wurde als Kunstdepot in München in den weitgehend intakten NSDAP-Gebäuden „Führerbau“ und „Verwaltungsbau“ eingerichtet. Lauterbach berichtet in ihrem Aufsatz „Der Central Art Collecting Point in München 1945–1949“, dass diese später in Galerie I und Galerie II umbenannt worden seien und das Bild Münchens als ehemaligen Gründungsort des deutschen Faschismus in ein neues kulturreiches Bild umwandeln sollten. Die von der Autorin in extenso dargestellte Geschichte des CCP verdeutlicht, wie gewaltig die Bemühungen der amerikanischen Streitkräfte waren, begangenes Unrecht wieder rückgängig zu machen. Tausende von Kulturgütern habe man mit einer großen Anzahl von Mitarbeitern (vor allem Deutschen) in den Jahren der amerikanischen Schirmherrschaft restituieren können, ehe man ab 1949 den deutschen Behörden die Fortführung der begonnenen Arbeit übertragen habe.²¹³ Weitere CCPs auf amerikanischem Gebiet habe es laut Armbruster in Wiesbaden, Marburg und Offenbach gegeben.²¹⁴ Aus bibliothekarischer Sicht ist das Offenbach Archival Depot als nahezu reines Archiv- und Bücherlager am interessantesten und soll daher im nächsten Kapitel

²¹² Vgl. Armbruster, Thomas: Rückerstattung der Nazi-Beute. Die Suche, Bergung und Restitution von Kulturgütern durch die westlichen Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg. Berlin: de Gruyter Recht, 2008 (Schriften zum Kulturgüterschutz) (zugleich Dissertation Universität Zürich 2007), S. 597.

²¹³ Vgl. Lauterbach, Iris: Der Central Art Collecting Point in München 1945–1949. Kunstschutz, Restitution und Wissenschaft. In: Bertz, Inka (Hrsg.): Raub und Restitution : Kulturgut aus jüdischem Besitz von 1933 bis heute. Göttingen: Wallstein, 2008, S. 195–201.

²¹⁴ Vgl. Armbruster: Rückerstattung der Nazi-Beute. ..., S. 336–342.

besprochen werden. Dennoch darf nicht verschwiegen werden, dass es auch in der britischen Zone Lager gegeben hat. Armbruster benennt hier das Schloss Celle, welches Material aus Berliner Bibliotheken enthalten habe, das Kaiserhaus in Goslar und das Schloss Dyck bei Düsseldorf.²¹⁵

3.1.1 Das Archival Depot Offenbach

Bei den Aushebungen zahlreicher Einlagerungsstätten wurde der amerikanischen MFA&A-Abteilung das Ausmaß des nationalsozialistischen Raubzuges deutlich vor Augen geführt. Schnell war das bisher als Sammellager genutzte Rothschild-Palais in Frankfurt überlastet, sodass die zuständigen Offiziere ein weiteres Gebäude beschlagnahmen mussten. Die Wahl fiel auf den großen Gebäudekomplex der I.G.-Farben in Offenbach.

Die Autorin Hauschke-Wicklaus hat mit ihrer Publikation „Fast vergessen: Das amerikanische Bücherdepot in Offenbach am Main von 1945 bis 1949“ (2011) eindrucksvoll die Geschichte dieses Sammellagers nachgezeichnet und dient dem Verfasser als Grundlage für die weitere Bearbeitung.

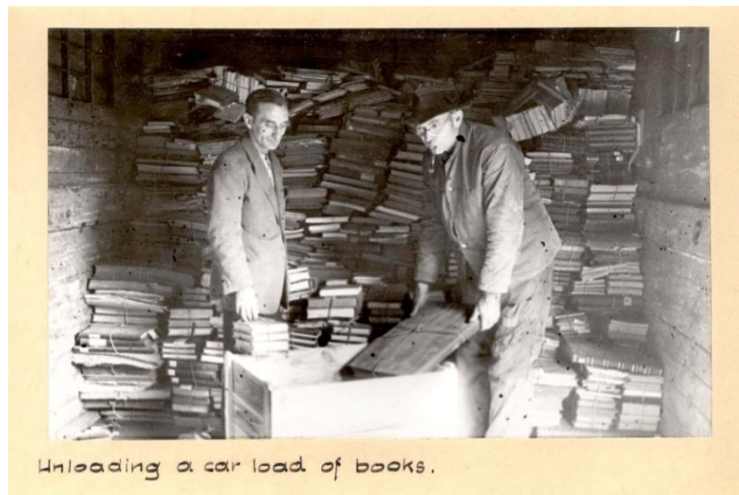


Abbildung 8: Sich auf einem LKW befindende Bücher werden am OAD abgeladen (Quelle: Yad Vashem).

Das fünfgeschossige Gebäude sei aufgrund seines nahezu intakten Zustands, seiner zweckdienlichen Architektur und einer guten Verkehrsanbindung (Auto, Bahn, Schiff) als Standort ausgewählt worden (s. Abb. 8). Ab Oktober 1945 seien aus ganz Deutschland Bücherladungen in Offenbach eingetroffen, während man ad interim auch in Frankfurt an der Sortierung der Bücherlieferungen gearbeitet habe.

Anfang 1946 habe man allerdings das Rothschild-Palais als Depot aufgegeben und nur noch Offenbach als CCP benutzt.²¹⁶ Der 2. März 1946 stellt ein bedeutendes Datum dar, denn das „Office of Military Government for Germany“ (OMGUS) habe das CCP in

²¹⁵ Vgl. ebd., S. 326–330.

²¹⁶ Vgl. Hauschke-Wicklaus, Gabriele; Amborn-Morgenstern, Angelika; Jacobs, Erika (Hrsg.): Fast vergessen. Das amerikanische Bücherdepot in Offenbach am Main von 1945 bis 1949. Offenbach am Main: OE, Offenbacher Ed., 2011, S. 60 ff.

„Offenbach Archival Depot“ (OAD) umbenannt und es als einzige Sammelstelle für die gesamte amerikanische Zone erklärt. De Facto bedeutete dies, dass alle Bücherfunde nun aufgrund dieser Direktive nach Offenbach gebracht werden mussten. Erster Direktor des OAD sei der bereits als Archivar im Nationalarchiv in Washington tätig gewesen und über gute Sprachkenntnisse verfügende Captain Seymour Pomrenze geworden. Unter diesem habe das OAD eine veränderte Struktur erhalten. Das Personal sei im April 1946 auf 176 deutsche Mitarbeiter aufgestockt worden, diese größere Personalstärke habe zu einer Verbesserung des Workflows geführt. Bücher seien aus den Transportkisten ausgepackt, auf Besitznachweise durchgesehen, sortiert, restauriert, gelagert und bei erfolgreichen Restitutionen wieder verpackt worden. Hauschke-Wicklaus berichtet diesbezüglich von einigen Großaktionen, bei denen Bücherkisten an die Niederlande, an Frankreich und an die Preußische Staatsbibliothek Berlin zurückgegeben worden seien. Von März bis zum 25. April 1946 habe man unter Pomrenze über eine Millionen Bücher restituiert (s. Abb. 9).



Abbildung 9: Konfisziertes Bücher- und Archivmaterial lagert im OAD (Quelle: Yad Vashem).

Bücher ohne Eigentumsnachweise habe man teilweise den meist jüdischen Überlebenden und ehemaligen Zwangsarbeitern, den sogenannten „Displaced Persons (DP)“, in bestehenden Auffanglagern zur Verfügung gestellt.²¹⁷ Im April 1946 sei schließlich Captain Isaac Bencowitz auf Pomrenze als Direktor gefolgt. Er habe die Idee gehabt, Besitznachweise zu fotografieren und Verzeichnisse dieser anzulegen, um die Restituti-

²¹⁷ Vgl. ebd., S. 66–71.

on zu beschleunigen. Hauschke-Wicklaus weist in diesem Zusammenhang auf den Vorteil der besseren Zuordnung hin, da nun auch Mitarbeiter ohne Fremdsprachenkenntnisse die Bücher sortieren konnten. Zudem war es nun für die in- und ausländischen Besucher mit Restitutionsanfragen leichter, Bücher wiederzuerkennen.

Eine unter Bencowitz stattgefundene Großaktion datiert die Autorin auf den 8. August 1946. Dabei seien 1.055 Kisten an die Sowjetunion restituiert worden. Später habe es dann auch Restitutionen in andere osteuropäische Länder gegeben.

Mit Beginn des Jahres 1947 habe schließlich Joseph Horne als erster ziviler Direktor die Leitung des OAD übernommen. Unter ihm und in Absprache mit der Militärregierung seien schließlich die Bibliotheken in der amerikanischen Zone aufgefordert worden, ihre Bestände nach NS-Raubgut zu inspizieren. Zwar habe es vereinzelt Bücherübergaben an das OAD gegeben, doch summa summarum sei die Resonanz von bibliothekarischer Seite äußerst gering geblieben.²¹⁸ In dieser Ignoranz zeigt sich eindeutig das willentliche Desinteresse an einer Aufklärung der eigenen bibliothekarischen Tätigkeiten zur Zeit des NS-Regimes. Verschiedene Bibliotheken hatten in unterschiedlichem Ausmaß an den Expropriationen profitiert, ob sie nun gezwungen wurden oder nicht. Sicher sahen sich viele Bibliotheksdirektoren und Angestellte in ihrer Arbeit gestört und versuchten eine große Einflussnahme bzw. Veränderungen zu verhindern (s. Kapitel 2.4.1), doch opponierte man nicht gegen die nationalsozialistischen Gedanken an sich. Es darf davon ausgegangen werden, dass viele Beschäftigte von einer Mittäterschaft wussten und im Zuge der Entnazifizierung bewusst jeden Rückschluss vermeiden wollten, der die eigene Arbeitsstelle gefährden konnte. Denn die Amerikaner legten viel Wert darauf, nationalsozialistisches Gedankengut aus den Köpfen und dem Leben der Menschen zu verdrängen. Im OAD habe man laut Hauschke-Wicklaus daher jedes NS-Schrifttum aussortiert. Die Restitutionsbemühungen seien währenddessen weitergeführt worden. Im Laufe der Zeit hätten auch einige ausländische Besucher wie beispielsweise der jüdische Philosoph Gershom Scholem das OAD besucht, um die Bestände im Auftrag von Institutionen, Privatpersonen etc. durchzusehen. Dabei muss beachtet werden, dass in Offenbach über das meist jüdische Buchmaterial hinaus Bestände von Freimaurern, Parteien und Gewerkschaften lagerten, sowie auch Kultgegenstände.²¹⁹

Obwohl die Arbeiten noch nicht gänzlich abgeschlossen gewesen seien, habe man das OAD ab September 1948 schrittweise mit dem CCP in Wiesbaden zusammengelegt.

²¹⁸ Vgl. ebd., S. 71–83.

²¹⁹ Vgl. ebd., S. 83–92.

Die Restbestände seien der ab Februar 1949 als Treuhandgesellschaft fungierenden „Jewish Cultural Reconstruction“ (JCR) übergeben worden.²²⁰ Armbruster beschreibt die Arbeiten der JCR im OAD in seinem Werk „Rückerstattung der Nazi-Beute“ auf den S. 481 ff. und macht dabei deutlich, dass die Organisation unter besonderem Zeitdruck arbeiten musste. Zwei Arbeitsgruppen, eine für Europa und eine für die Zuteilungspolitik hätten dazu existiert. Es sei beschlossen worden, die Bücher nach einer gewissen Rangordnung zu verteilen. An der Spitze der Hierarchie habe die „Jewish National and University Library“ in Israel gestanden. Auf diese seien die jüdischen Gemeinden in Westdeutschland gefolgt und zuletzt hätten sich die europäischen Institute außerhalb Deutschland angeschlossen. 40 Prozent der Bücher seien demnach an die „National and University Library“, 40 Prozent an jüdische Schulen und Seminare in den USA und der Rest in Großbritannien, Südafrika und anderen Ländern verteilt worden. Bei Zeremonienkleidern und rituellen Gegenständen habe man ähnlich verfahren, wobei man die silbernen Ritualobjekte noch in Museums- und Alltagsgegenstände differenziert habe. Beschädigte Thorarollen habe die JCR reparieren oder kopieren lassen und anschließend an Synagogen in Europa und Israel übergeben. Ferner habe die Organisation auch als Verteilerin bzw. Verkäuferin für Gemälde fungiert. Armbruster zufolge, stellte die größte, noch unangetastete Schriftensammlung in der amerikanischen Zone die „Baltic Collection“ dar. Diese habe sich aus nationalsozialistischen Konfiszierungen bei Privatpersonen und Institutionen aus den baltischen Staaten zusammengesetzt und war aufgrund der zunehmend schwieriger werdenden politischen Situation zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion noch nicht restituiert worden. Bei einer Vielzahl der Gegenstände habe man in der Vergangenheit bereits einen Besitzer zuordnen können, sodass die JCR sich dazu entschieden habe, die Sammlung für zwei Jahre zu verwahren. In dieser Zeit sei es den Eigentümern möglich gewesen, Ansprüche zu stellen.²²¹ Es wird deutlich, welche intensiven Arbeiten selbst der Restbestand, der im OAD lagernden Bücher, der JCR abverlangte. Diese einigte sich darauf, erbenloses Eigentum anderen Juden zur Verfügung zu stellen und traf mit dieser Entscheidung sicher die pragmatischste Lösung.

Abschließend soll noch auf eine Aussage von Frau Hauschke-Wicklaus hingewiesen werden, die ein interessantes und doch befremdlich wirkendes Detail bezüglich des OADs in ihrem Werk äußert. Derzufolge sei das Bücherlager in der Öffentlichkeit,

²²⁰ Vgl. ebd., S. 108–113.

²²¹ Vgl. Armbruster: Rückerstattung der Nazi-Beute. ..., S. 481 ff.

selbst in Offenbach, kaum bekannt gewesen, obwohl man insgesamt 3,5 Mio. Gegenstände bearbeitet und z.T. Bibliotheken wie das YIVO restituiert habe.²²²

Auf dieses Kuriosum gibt Frau Amborn-Morgenstern im selben Werk eine Antwort. Die Nachkriegsjahre brachten für die deutsche Bevölkerung eine Zeit großer Entbehrungen. Es herrschte Lebensmittelknappheit, alltägliche Gebrauchsgegenstände waren Mangelware. Alles war streng rationiert. Dies birgt den Grund für die große Unwissenheit von dem Bestehen des OADs. Amborn-Morgenstern drückt es so aus:

„Jeder war und ist nach wie vor mit sich selbst beschäftigt. Und so ist es auch zu erklären, dass jeder hier nur das registriert, was ihn selbst weiterbringt und nicht das wahrnimmt, was nebenan geschieht.“²²³

Die Geschichte des OADs ist einzigartig. Die unternommenen Anstrengungen der Amerikaner bzw. später der JCR belegen das Verlangen, nationalsozialistisches Unrecht, sofern es möglich ist, rückgängig zu machen. Ihren Mühen ist es zu verdanken, dass tausende konfiszierter Bücher an die rechtmäßigen Eigentümer bzw. deren Erben zurückgelangen.

3.2 Rückerstattungen in den Besatzungszonen der westlichen Alliierten

Nach der Niederschlagung des NS-Regimes gehörte die Beseitigung nationalsozialistischen Unrechts zu einem der erklärten Ziele der alliierten Siegermächte. Bereits vor Kriegsende waren Überlegungen angestellt worden, wie die Rückerstattung durchzuführen sei, doch erst mit der endgültigen Kapitulation konnten die Verhandlungen mit allen Beteiligten begonnen werden. Der instituierte Kontrollrat stellte dabei die höchste Regierungsgewalt in den Besatzungszonen und ganz Deutschland dar. Den deutschen Ländern in der amerikanischen Zone wurde die Möglichkeit eingeräumt, sich an der Konzipierung eines Rückerstattungsgesetzes zu beteiligen. Armbruster berichtet in seinem Buch „Rückerstattung der Nazi-Beute“ (S. 455 f.), dass sich daher aus den Ministerpräsidenten der süddeutschen Länder und dem amtierenden Bürgermeister von Bremen ein in Stuttgart lokalisierter Länderrat etablierte, der auch sofort die Arbeit aufnahm. Diese Vorarbeiten seien jedoch von der Militärregierung gestoppt worden, da man auf eine einheitliche Lösung im Kontrollrat gehofft habe. Dennoch habe dieser Sonderausschuss „Eigentumskontrolle“ des Länderrates in Zusammenarbeit mit amerikanischen und jüdischen Vertretern im Jahr 1946 an einem Gesetzesentwurf gearbeitet. Armbruster macht dabei deutlich, dass viele Unklarheiten und gegensätzliche Standpunkte bestanden. Da-

²²² Vgl. Hauschke-Wicklaus; Amborn-Morgenstern; Jacobs: Fast vergessen. ..., S. 91, 108–113.

²²³ Vgl. ebd., S. 12–17.

zu habe besonders der Streitpunkt gehört, was überhaupt zu restituieren sei und ob man eine zeitliche Eingrenzung vornehmen müsse.²²⁴ Lillteicher sagt diesbezüglich in seinem Werk „Raub, Recht und Restitution“ (S. 53) aus, dass der deutsche Entwurf lediglich eine Retribution bei staatlicher Konfiskation, nicht aber die Zwangsverkäufe unter Privatpersonen beinhaltet habe.²²⁵ Seiner Meinung zufolge,

„wollte man also verhindern, dass private Nutznießer der NS-Verfolgungspolitik ihren Besitz zurückzugeben hatten. Eine Partizipation von weiten Teilen der Zivilbevölkerung an der NS-Verfolgungspolitik wurde mit einem solchen Entwurf nicht anerkannt.“²²⁶

Ob diese Sichtweise auf die noch nicht gänzlich überwundene NS-Vergangenheit, auf den Versuch die von Deutschland postulierten Rückerstattungs- bzw. Entschädigungsleistungen möglichst gering zu halten oder auf einen anderen Grund zurückzuführen ist, vermag der Verfasser dieser Arbeit nicht zu beurteilen.

Bedingt durch den Einfluss jüdischer Organisationen wurde laut Lillteicher letztlich festgesetzt, dass alle Geschäfte zwischen Juden und „Ariern“, die nach dem 15. September 1935, dem Tag des Dekrets der Nürnberger Gesetze, abgeschlossen worden waren, anfechtbar seien. Deutsche Gerichte sollten über Restitutionsanträge entscheiden, wobei dem amerikanischen „Board of Review“ – später „Court of Restitution Appeals“ (CORA) in Nürnberg – ein Überprüfungsrecht zugestanden habe. Ebenfalls sollen sich die jüdischen Organisationen in der Streitfrage über den Verbleib erbenlosen Eigentums durchgesetzt haben, sodass sie später auch als Treuhänder eingesetzt worden seien. Da der Entwurf nach Aussage Lillteichers bei dem Länderrat keine Zustimmung fand, suchten die Amerikaner eine Lösung im Alliierten Kontrollrat.²²⁷ Doch auch hier stießen sie auf heftigen (verbalen) Widerstand. Wie in Kapitel 3.7 dargestellt werden wird, unterschied sich die Ansicht der Sowjetunion eminent von der der westlichen Alliierten. Rückerstattungsregelungen waren in ihrer Zone nicht existent und eine Fürsprache konnte laut Goshler gefährlich werden. Ein Beispiel für das Risiko die Entschädigung für entzogenes jüdisches Vermögen zu fordern, sei der Fall des KPD-Politikers Paul Merker.²²⁸ Folglich war die UdSSR gegen eine jüdische Treuhandorganisation. Sie habe die Ansicht vertreten, dass das erbenlose Eigentum den Ländern übertragen werden

²²⁴ Vgl. Armbruster: Rückerstattung der Nazi-Beute. ..., S. 455 f.

²²⁵ Vgl. Lillteicher, Jürgen: Raub, Recht und Restitution : die Rückerstattung jüdischen Eigentums in der frühen Bundesrepublik. 2. Aufl. Göttingen: Wallstein-Verl., 2007 (Moderne Zeit; Bd. 15) (zugleich Dissertation Universität Freiburg (Breisgau) 2002), S. 53.

²²⁶ Ebd., S. 53.

²²⁷ Ebd., S. 54 f.

²²⁸ Vgl. Goshler, Constatin: *Die öffentliche Auseinandersetzung um die Rückerstattung jüdischen Eigentums nach 1945 und 1990*. URL: <http://www.initiativefortbildung.de/pdf/provenienz2004/goshler.pdf> – Download vom 27.8.2012.

müsse, damit eine Entschädigung durch diese möglich werden könne. Die Franzosen und Briten seien für eine Nachfolgeorganisation, jedoch ohne religiöse Bindung gewesen.²²⁹ Der amerikanische Militärgouverneur Lucius D. Clay habe allerdings den Länderrat nicht ganz aus den Verhandlungen ausschließen wollen und diesem am 7. Oktober einen neuen Entwurf vorgelegt. Doch die Vertreter der Länder reichten diesen an den Sonderausschuss weiter, wo er erneut keine Zustimmung erfahren habe. Clay habe schließlich den Länderrat am 4. November 1947 ein letztes Mal gebeten, ein Rückerstattungsgesetz bis zum 8. November zu konzipieren. Der Entwurf sei ausgearbeitet und dem „Office of the Military Government of the United States“ (OMGUS) vorgelegt worden, habe allerdings auch von amerikanischer Seite kein Placet erlangt.²³⁰ Schlussendlich dekretierten die Amerikaner am 10. November 1947 ihren eigenen Entwurf für ihre Zone. Das Militärgesetz 59 enthielt 95 Artikel, welche die Rückerstattungsverfahren determinieren sollten. Auch in der französischen Zone sei ein ähnliches Rückerstattungsgesetz geltend gemacht worden.²³¹ Mit diesem Gesetz setzten die Amerikaner den langwierigen Verhandlungen ein Ende.

Viele deutsche Wiedergutmachungsbeauftragte seien wegen dieser Entscheidung der Amerikaner enttäuscht gewesen, da ihnen, so erläutert Lillteicher auf S. 60, die Chance auf ein deutsches Rückerstattungsgesetz genommen worden sei. Das eigenmächtige Vorgehen sei als „Akt alliierter Siegerjustiz“ oder „Akt militärischer Ungeduld“ gewertet worden. Allerdings ist Lillteicher der Überzeugung, dass die obstinate Konservation des alten deutschen Rechts ein Grund für das Scheitern eines geeigneten Entwurfes gewesen ist. Die Verbrechen während des deutschen Faschismus hätten der „Rechtstradition“ ihre Grenzen aufgezeigt und ergo einer umfassenden Veränderung bedurft.²³² Dennoch ist für Armbruster in dem Militärgesetz 59 die Mitarbeit deutscher Juristen ersichtlich, auch wenn er die politische Verantwortung für das Gesetz den Amerikanern zuschreibt.²³³ Ohne Zweifel muss den USA eine wegweisende Rolle in der Entwicklungsphase der Restitution zugesprochen werden. Ohne ihre Bemühungen wäre die Zahl von Rückerstattungen weitaus geringer ausgefallen und viele Besitzer bzw. Erben hätten damals ihr Eigentum nicht zurückerstattet bekommen.

Doch welche Regelungen traf das Militärgesetz 59?

²²⁹ Vgl. Lillteicher: Raub, Recht und Restitution ..., S. 56 f.

²³⁰ Vgl. ebd., S. 58 f.

²³¹ Vgl. Armbruster: Rückerstattung der Nazi-Beute. ..., S. 459.

²³² Vgl. Lillteicher: Raub, Recht und Restitution ..., S. 60, 83.

²³³ Vgl. Armbruster: Rückerstattung der Nazi-Beute. ..., S. 459.

Priorität hatte die Rückerstattung von Eigentum aller Personen, die aufgrund ihrer Rasse, Religion oder politischen Gesinnung unter der NS-Diktatur verfolgt wurden. Da die Juden dabei die größte Gruppe darstellten, wurde der Zeitraum, wie oben bereits erwähnt, ab dem 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 festgesetzt. Während dieser Zeitspanne ging man von zwangsbedingten Verkäufen an „arische“ Käufer aus. Bei der Quaestio Facti dieser Notverkäufe habe man zwischen einem Individualzwang und einem Kollektivzwang differenziert. Während bei dem Individualzwang der Geschädigte einer gewissen Beweislast unterstanden habe, sei dem Kollektiv-Verfolgten eine Beweiserleichterung zugesprochen worden.²³⁴ Armbruster betont, dass es sich bei der Rückerstattung um die Wiederherstellung eines Rechts- und Besitzstandes auf Grundlage eines Rechtsverfahrens handelte. Dabei sei die Prämisse gewesen, dass ein Vermögensgegenstand „identifizierbar“ und einer anspruchsberechtigten Person zuordenbar sein musste. Personen mit Rückerstattungsrecht seien sowohl Privatpersonen (sämtliche verfolgten Personen wie z.B. Juden, aber auch nichtjüdische Ehepartner) als auch Personen des privaten und öffentlichen Rechts (z.B. Kirchen) gewesen. Zudem seien auch die Erben oder die Nachfolgeorganisationen legitimiert gewesen, Rückerstattungen zu erhalten.²³⁵ Neben den Opfern befassten sich die Amerikaner auch mit den Tätern. Diese traten als „Ariseure“, wie in Kapitel 2.2.1 beschrieben, nicht nur als staatliche Institutionen oder Firmenbesitzer in Erscheinung, sondern auch in persona des „einfachen Volkes“. Die Amerikaner teilten daher die Täter, so schreibt Armbruster, in ein dreistufiges Raster, abgestuft nach der Schwere des Vergehens, ein. Demnach sei ein Verkauf unter bewusster Anwendung von Pression bzw. der Kenntnis davon als schwere Ademption gewertet worden. Abgeschwächt von dieser höchsten Stufe habe noch die einfache Entziehung und die Ademption aufgrund von Unkenntnis bestanden. Die Unwissenheit habe jedoch, wie auch jedes andere Rechtsgeschäft in der Zeitspanne vom 30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945, nicht vor der Annullierung des Kaufvertrags geschützt und den Erwerber haftpflichtig gemacht. Ausgenommen sind Alltagsgegenstände gewesen, führt der Autor fort, die normal zu erwerben waren und bei denen nichts auf ehemals jüdischem Vorbesitz hindeutete. Kultgegenstände mit religiösem Bezug und Gegenstände mit auffallendem Wert seien jedoch davon explizit ausgeklammert worden und hätten nicht dazu gehört.²³⁶ Von den Aussagen Armbrusters ausgehend, muss dies auch für die meisten Büchersammlungen gegolten haben, da diese das Kriterium des

²³⁴ Vgl. ebd., S. 462 f.

²³⁵ Vgl. ebd., S. 460 ff.

²³⁶ Vgl. ebd., S. 466 ff.

künstlerischen, wissenschaftlichen und persönlichen Wertes ganz oder teilweise erfüllten. Thorarollen als religiöse Kultgegenstände erfüllten die Einschränkung und wurden als unrechtmäßige Entziehung angesehen.

Der rechtmäßige Besitzer erhielt auf der Basis des Militärgesetzes 59 entweder den Gegenstand zurück oder eine entsprechende gleichwertige Geldzahlung, falls der Gegenstand verschollen und nicht wieder aufzutreiben war. Doch wie erhielten die rechtskräftigen Besitzer ihr Eigentum zurück? Armbruster beschreibt, dass in einem ersten Schritt ein Rückerstattungsverfahren habe eingeleitet werden müssen. Ansprüche habe man bis zum 31. Dezember 1948 bei dem Zentralanmeldeamt in Bad Nauheim schriftlich anmelden müssen. Im Anschluss daran sei jeder Antragssteller gezwungen gewesen, eine präzise Gegenstandsbeschreibung bis zum 15. Mai 1948 abzuliefern. Bei Falschaussage oder fahrlässiger Anzeigepflicht konnten Bußgeld oder Gefängnisstrafe angeordnet werden. Gefängnis oder Zuchthaus habe denjenigen gedroht, die einer Rückgabe von Gegenständen dadurch entgehen wollten, indem sie diese beispielsweise vorher verkauften. Armbruster führt jedoch aus, dass Gegenstände, die einen Wert von unter 1.000 RM hatten, nicht anzuzeigen waren. Betreut mit der Rückerstattung seien die Verwaltungsbehörden gewesen, denen es allerdings an der Autorisierung Beschlussfassungen zu treffen gemangelt habe. Im Streitfall sei die Rechtsangelegenheit an die Wiedergutmachungskammern und die Oberlandesgerichte gekommen, da nur diese ein Judikat aussprechen durften. Das „Board of Review“ der Amerikaner habe allerdings sowohl Kontrollfunktion als auch eigene Entscheidungsgewalt besessen, wenn z.B. Zweifel an dem Judikat vorlagen oder der Verdacht bestand, ein Richtspruch sei nicht unparteiisch erfolgt. Später sei aus dem „Board of Review“ der „Court of Restitution Appeals“ (CORA) entstanden, erläutert Armbruster. Daraus wiederum habe sich der „III. Senat des Obersten Rückerstattungsgerichts“ (ORG) am 5. August 1953 entwickelt. Der Autor weist in diesem Zusammenhang auf die kaum vorhandenen Unterschiede zu dessen Vorgängerinstitutionen hin. CORA habe jedoch einst nur aus amerikanischen Richtern bestanden, während das ORG aus zwei amerikanischen, zwei deutschen und einem Richter aus neutralem Land gebildet worden sei.²³⁷ Insgesamt sei das ORG nach Aussage Meinls 1.000 Mal mit Rückerstattungsfällen beauftragt worden.²³⁸

²³⁷ Vgl. ebd., S. 470–473.

²³⁸ Vgl. Meinl, Susanne, Zwilling, Jutta: Legalisierter Raub. Die Ausplünderung der Juden im Nationalsozialismus durch die Reichsfinanzverwaltung in Hessen. Frankfurt am Main, New York: Campus-Verl., 2005 (Wissenschaftliche Reihe des Fritz-Bauer-Instituts; 10), S. 530.

Auch in den beiden anderen westlichen Besatzungszonen existierten ORGs. Das französische Gericht firmierte unter dem Titel „Cour Supérieure pour les Restitutions“ (CSR) in Raststatt; das britische „Supreme Restitution Court“ (SRC) war in Herford angesiedelt. Die Briten waren in der Einrichtung eines Restitutionsgesetzes deutlich langsamer gewesen als die Amerikaner und Franzosen. Während diese bereits am 10. November 1947 in Aktion getreten seien, sei von britischer Seite am 20. Oktober 1947 die „Allgemeine Verfügung Nr. 10“ dekretiert worden, die sich an dem Militärgesetz 59 orientiert habe. Das Militärgesetz sei dann erst zwei Jahre später, am 12. Mai 1949, legalisiert worden.²³⁹

Die westlichen Alliierten, allen voran die Amerikaner, spielten die entscheidende Rolle bei der Einführung eines Restitutionsgesetzes in Deutschland. Sie versuchten nicht nur den Opfern eine Stimme zu geben und begangenes Unrecht rückgängig zu machen, sondern führten in Deutschland ganz neue Gesetze ein, die zum Teil eine Generalüberholung des alten deutschen Rechts darstellten.

3.3 Jüdische Nachfolgeorganisationen

Den größten Teil, der unter den multiplen Schikanen, Diskriminationen, Konfiskationen und späteren Deportationen des NS-Regimes leidenden Menschen, stellte die Personengruppe der Juden dar. Folglich waren sie diejenigen, denen die Majorität der wiederaufgefundenen Objekte rechtmäßig gehörte. Angefangen vom Goldring, über Möbel, Sparbücher, Wertpapiere, Kunstwerke, bis hin zu unbeweglichem Besitz, ergo Grundstücken, Häusern etc., musste sämtliches Eigentum zurückerstattet bzw. ein angemessener Ersatz, meist in Form einer Geldzahlung, geleistet werden. In der Rechtswissenschaft wird dies als Naturalrestitution bzw. bei einer Ersatzleistung als Surrogation bezeichnet. Doch der infernalische Genozid hatte ca. 5,6 Millionen Todesopfer gefordert und die jüdische Bevölkerung in Europa gravierend dezimiert. Ganze Familien wurden teilweise generationsübergreifend bei Massenerschießungen oder in den Konzentrations- und Vernichtungslagern ausgelöscht, sodass nach der Niederwerfung Hitler-Deutschlands und der beginnenden Restitution die Frage präsent wurde, was mit dem herrenlosen jüdischen Besitz geschehen sollte. Vor allem die in die USA, nach Großbritannien oder Palästina emigrierten Juden schlossen sich zu jüdischen Organisationen zusammen, um sich an den Gesprächen der Alliierten beteiligen zu können. Die amerikanischen Organisationen gründeten daher, nach Aussage Armbrusters, im Mai 1947 die „Jewish Resti-

²³⁹ Vgl. Armbruster: Rückerstattung der Nazi-Beute. ..., S. 489 ff.

tution Commission“ (JRC) mit Sitz in New York. Von den Amerikanern sei die Nachfolgeorganisation dann anerkannt worden, da Rückerstattungsansprüche nur bis zum 31. Dezember 1948 angemeldet werden konnten. Auf Wunsch der Amerikaner habe die JRC eine Umbenennung in „Jewish Restitution Successor Organization“ (JRSO) vorgenommen, da die Okkupationsmacht zu verhindern versucht habe, dass der Gedanke, es könne sich bei der Nachfolgeorganisation um eine offizielle Regierungsstelle handeln, entstehe. Als Schwesterorganisation habe sich dann auch die „Jewish Cultural Reconstruction, Inc“ (JCR) gegründet. Diese habe ihren Sitz ebenfalls in New York gehabt und die Aufgabe verfolgt, sämtliche Kulturgegenstände wiederzufinden.²⁴⁰ Ihre Arbeit lässt sich besonders anschaulich an der Leitung des OADs belegen, die sie als Treuhänder ab Februar 1949 übernahm.

Die im Militärgesetz 59 ab dem 23. Juni 1948 verankerte Ausführungsverordnung Nr. 3 sei Voraussetzung für die offizielle Anerkennung gewesen und habe die Position, sowie die Rechte und Pflichten statuiert. Demnach hätten die Nachfolgeorganisationen vertretend für eine Personengruppe eintreten und sämtliches Geldvermögen den Mitgliedern, karitativen Einrichtungen etc. zukommen lassen müssen.²⁴¹ Aus heutiger Sicht würde man die JRSO daher als Non-Profit-Organisation bezeichnen. Sie trat für jüdische Personen als auch für jüdische Gemeinden und Organisationen als Vertreter auf. Wie Armbruster auf S. 479 seines bereits vielfach zitierten Werks erläutert, habe die JRSO als von der Militärregierung agnoszierte Nachfolgeorganisation über den Vorteil der Steuerfreiheit oder der Einsicht in Unterlagen von z.B. deutschen Regierungsbehörden oder Privatpersonen verfügen können. Andererseits habe sie den Direktiven der Militärregierung und dem praktikablen deutschen Recht unterstanden.

Die Anmeldeprozedur von Rückerstattungsansprüchen sei der von Privatpersonen gleich gewesen, führt der Autor aus, lediglich die Gründung einer juristischen Person nach deutschem Recht sei Pflicht gewesen. Um bewegliches Vermögen ins Ausland zu transferieren, habe die JRSO eine Genehmigung von den Amerikanern innerhalb von 60 Tagen einholen müssen.²⁴²

Die Aufgabe der Auffindung von Kulturgütern und die Anmeldung dieser stellte die JRSO vor einige Schwierigkeiten. Neben den Problemen wie der Beschaffung von beweiskräftigen Dokumenten über jüdisches Eigentum und der knapp terminierten Anmeldefrist durch die amerikanische Militärregierung, hatte sich die JRSO auch mit den

²⁴⁰ Vgl. ebd., S. 476 f.

²⁴¹ Vgl. ebd., S. 477.

²⁴² Vgl. ebd., S. 479.

Ansprüchen jüdischer Gemeinden in Deutschland auseinanderzusetzen. Bei Lillteicher findet sich auf der S. 364 ff. das Beispiel der Streitigkeiten zwischen dem Bayerischen Landesverband der jüdischen Gemeinden in persona von Philipp Auerbach und der JRSO. Auerbach habe die Ansicht vertreten, dass das Gemeindееigentum ausschließlich dem Landesverband gehöre und damit das Entschädigungsprogramm finanziert werden könne. Eine Übertragung an die JRSO und damit eine mutmaßliche Verschiebung ins Ausland habe er kategorisch abgelehnt. Obwohl Auerbach aufgrund der Vermutung, öffentliche Gelder unterschlagen zu haben verhaftet wurde, sei der Streitfall nicht zum Erliegen gekommen. Die jüdische Gemeinde Augsburg habe vor Gericht auf Rückerstattung von rund 800.000 DM geklagt. Dieses Geld sollte der einst 1.000 nun aber nur noch 50 Mitglieder zählenden Gemeinde zukommen. Entgegen dem Judikat der Augsburger Wiedergutmachungskammer, habe das CORA die JRSO als Rechtsnachfolgerin anerkannt, der Gemeinde allerdings einen entsprechenden Geldanteil konzidiert. Die JRSO habe daraufhin von den ihr zugeschriebenen 8,5 Millionen DM der Gemeinde 3,5 Millionen DM ausbezahlt.²⁴³

Es ist zu konstatieren, dass bezüglich des herrenlosen jüdischen Besitzes eindeutige Dissensen zwischen den verschiedenen Parteien bestanden. Während sich die JRSO als Nachfolgeorganisation durch die amerikanische Militärregierung als offiziell legitimiert ansah und die zuteil gewordenen Gelder im kollektivistischen Gedanken an alle Juden in der Welt verteilen wollte, beanspruchten die überlebenden, deutschen Juden das Eigentum für sich und ihre Gemeinde.

Doch nicht nur die Gemeinden bereiteten der JRSO Probleme, auch innere Konflikte führten zu erbittert geführten Disputen. Die JRSO war, wie oben bereits erwähnt, eine Gründung aus verschiedenen jüdischen Organisationen und setzte sich sonach aus divergenten Interessenlagen zusammen. Obwohl die Grundvorstellungen in der Basis kongruent zueinander waren, drohte dem Gebilde der Unität bei der Zuteilung von Geldern die Gefahr eines inneren Zerwürfnisses. So sei es beispielsweise laut Lillteicher zu einem Eklat zwischen dem „Council for the Protection of Rights of Jews from Germany“, einer von deutschen Juden gegründeten Organisation, und den anderen jüdischen Organisationen gekommen. Gegenüber den internationalen Organisationen habe das Council die Meinung vertreten, den deutschen Juden müsse ein größerer Geldanteil zufließen, da man über das Eigentum deutscher Juden verhandle. Diese Position sei von den übrigen Organisationen nicht anerkannt worden und habe am 12. März 1954 zum

²⁴³ Vgl. Lillteicher: Raub, Recht und Restitution ..., S. 366 ff.

Austritt des Councils aus der JRSO geführt. Das Council habe sich danach autonom um die Zuweisung von Geldern bemüht und bei den Verhandlungen zwischen der JRSO und der Bundesregierung interveniert. Nach vielen Konferenzen kam man nach Lillteicher überein, dass dem Council ein Betrag von 2,2 Millionen DM ausgezahlt und es wieder in die JRSO aufgenommen wurde. Das Council habe im Gegenzug versprochen, künftig den kollektivistischen Zweck der Verteilung anzuerkennen und den üblichen Zuweisungsanträgen zu entsprechen.²⁴⁴

Ähnliche Probleme existierten auch in der britischen Zone, dort waren zuvor viele kontroverse Gespräche bezüglich der Gründung einer jüdischen Nachfolgeorganisation geführt worden. Nach Lillteicher hinderten die Forderungen Polens, das Eigentum von polnischen Juden zurückzuerstatten, die Briten an der Zulassung einer rein jüdischen Nachfolgeorganisation. Anders als in der amerikanischen Zone habe sich im britischen Okkupationsgebiet mehr polnisch-jüdisches erbenloses Eigentum befunden. Zudem sei den Briten eine Nachfolgeorganisation wichtig gewesen, die das Vermögen den Opfern in Deutschland zuteile. Ungeachtet dieser Gegenargumente habe die „United Restitution Organization“ (URO) jedoch in persona von Professor Norman Bentwich beim britischen Außenministerium auf die präzedenzlose Situation der Juden gegenüber allen anderen verfolgten Personengruppen hingewiesen. Die Majorität des erbenlosen Eigentums stamme demzufolge aus jüdischem Vorbesitz und müsse daher durch eine jüdische Nachfolgeorganisation den in aller Welt verstreuten Mitgliedern des Judentums zugutekommen. Überdies sei die URO gegen eine Verteilung an ausschließlich deutsche Mitglieder einer jüdischen Gemeinde gewesen. Diese Motive und die Erfahrung, dass die jüdischen Organisationen einen eminenten Einfluss auf die starke amerikanische Militärregierung ausüben konnten, habe die Briten nach Aussage Lillteichers schließlich dazu bewegt, am 26. August 1949 die Zustimmung zur Gründung einer jüdischen Nachfolgeorganisation für ihren Sektor in Westdeutschland und dem westlichen Berlin zu geben.²⁴⁵

Wie im amerikanischen Okkupationsgebiet seien jedoch auch im britischen Sektor Dissensen unter den neu gegründeten jüdischen Gemeinden und den internationalen jüdischen Organisationen existent gewesen. Dabei sei es natürlich um die Zuteilung von Eigentum und Geld gegangen. Diese Probleme seien nach Lillteicher auch die Haupt-

²⁴⁴ Vgl. ebd., S. 391–397.

²⁴⁵ Vgl. ebd., S. 77–81.

gründe gewesen, die zu der späten Gründung einer Nachfolgeorganisation geführt hätten.²⁴⁶

Diese Streitigkeiten sind verständlich, betrachtet man die unterschiedlichen Interessenssphären und Hintergründe, die zu dem Zusammenschluss der unterschiedlichen Beteiligten geführt hatten. War es die Aspiration der Holocaust-Überlebenden und Rückkehrer gewesen, in Deutschland wieder jüdische Gemeinden zu gründen, lag den Exilanten viel daran, Eigentum zurückzuerhalten bzw. finanzielle Unterstützung zu bekommen, da sie bei der Flucht den Großteil ihres Hab und Gut hatten zurücklassen müssen und oftmals im Ausland an Armut litten. Die von ihnen z.B. in Großbritannien gegründeten Organisationen waren das Sprachrohr ihrer Bedürfnisse.

Neben den Streitigkeiten um Eigentumsobjekte und Geldvermögen, spielten auch die verschiedenen Strömungen des Judentums eine Rolle. Das Judentum segmentiert sich in die Strömungen Orthodoxes, Liberales und Konservatives Judentum, sowie den Rekonstruktionismus, wobei sich das Orthodoxe Judentum beispielsweise noch in weitere Unterströmungen wie den Chassidismus verzweigt. Bei der Komplexität einer solchen Gemeinschaft ist es selbstverständlich, dass die unterschiedlichen Ansichten auch bei der Frage der Rückerstattung thematisiert wurden und zu Diskursen führten.

Die Hauptgründe für die Streitigkeiten waren daher in beiden Okkupationsgebieten anzutreffen.

Lillteicher zufolge sei es in der britischen Zone am 3. März 1950 schlussendlich zu einer Einigung zwischen den deutschen jüdischen Gemeinden und den jüdischen Organisationen gekommen. Die „Jewish Trust Corporation“ (JTC) sei als Rechtsnachfolgerin für den erbenlosen Besitz von Privatpersonen und aufgelösten Gemeinden anerkannt worden, habe jedoch einen Unterausschuss mit der Verfügungsgewalt über Gemeindebesitz besessen. Mit dieser Vereinbarung zur Gründung der JTC sei es der britischen Militärregierung dann möglich gewesen, diese Nachfolgeorganisation am 4. Juni 1950 offiziell anzuerkennen. Im Dezember 1951 sei die JTC auch im französischen Okkupationsgebiet tätig geworden.²⁴⁷

Wie bei der JRSO sei die Auffindung von erbenlosem Eigentum, die Antragsstellung und die Restitution an bedürftige Juden Aufgabe der JTC gewesen. Kulturgutobjekte seien den jüdischen Gemeinden zugeführt worden, den Rest habe man der „Hebrew University“ in Jerusalem übergeben. Da eine Anmeldefrist von Rückerstattungsansprü-

²⁴⁶ Vgl. ebd., S. 358 ff.

²⁴⁷ Vgl. ebd., S. 358, 362 f.

chen bis zum 31. Januar 1952 bestanden habe, sei der JTC das Recht zugutegekommen, in die Akten deutscher Behörden Einsicht zu nehmen.²⁴⁸ Nach Lillteicher zeigten sich die deutschen Behörden jedoch sehr unkooperativ, sodass sie die Arbeit der JTC unnötig erschwerten.

Eine weitere Schwierigkeit habe zudem in einer Direktive der britischen Militärregierung bestanden. Im Gegensatz zu der Regelung im amerikanischen Besatzungsgebiet, habe diese der Nachfolgeorganisation verboten, Ansprüche auf erbenlosen Besitz anzumelden, der zuvor Personen gehört hatte, die nach nationalsozialistischen Kriterien als Juden gegolten hatten. Während die JRSO auch dieses Eigentum als Rechtsnachfolgerin übernehmen durfte, habe der JTC nur der Besitz zugestanden, dessen vormaliger Besitzer Jude gewesen war oder einer jüdischen Gemeinschaft angehört hatte.²⁴⁹ Aus diesem Grund sei noch eine weitere Nachfolgeorganisation instituiert worden, die alle nichtjüdischen Interessen vertreten und so beispielsweise erbenloses Eigentum anderer verfolgter Personenkreise (z.B. Kirchen, Gewerkschaften etc.) treuhänderisch verwahrt habe. Armbruster bezeichnet diese Nachfolgeorganisation als „General Trust Cooperation“; bei Lillteicher lässt sich indessen der Terminus „Allgemeine Treuhandorganisation“ (ATO) finden.²⁵⁰

Nach Lillteicher konnte es so dazu kommen, dass Rückerstattungsanträge nach veränderter Beweislage geändert werden mussten und der ATO anstatt der JTC das Eigentum zugesprochen wurde. Besonders prekär seien zudem die Situationen gewesen, bei denen der rechtmäßige jüdische Besitzer oder der Erbe den Anmeldetermin für den Rückerstattungsantrag verpasst habe und das Eigentum der JTC zugeteilt worden sei. Diese Personen hätten sich doppelt expropriert gefühlt; einmal durch das NS-Regime und nun durch die JTC. Der Streit habe schließlich so geendet, dass die JTC versprochen habe, die rechtmäßigen Eigentümer zu entschädigen.²⁵¹

Lillteicher sagt auf S. 371 seines bereits genannten Werkes aus, dass bis zum 31. Dezember 1974 insgesamt 247.925 Anträge für die westlichen Okkupationsgebiete verhandelt worden seien. Die JRSO habe bei Einzelanträgen gegen Privatpersonen ca. 43 Millionen DM und durch Anträge gegen das NS-Regime rund 38 Millionen DM eingenommen. Die JTC habe durch beide Varianten ca. 89 Millionen DM erstritten.²⁵²

²⁴⁸ vgl. Armbruster: Rückerstattung der Nazi-Beute. ..., S. 503 ff.

²⁴⁹ Vgl. Lillteicher: Raub, Recht und Restitution ..., S. 371–374.

²⁵⁰ Vgl. Armbruster: Rückerstattung der Nazi-Beute. ..., S. 505 f.

²⁵¹ Vgl. Lillteicher: Raub, Recht und Restitution ..., S. 375 ff.

²⁵² Vgl. ebd., S. 371.

Sowohl der JRSO als auch der JTC fielen bei den Verhandlungen um die Rückgabe von jüdischem Vermögen und der Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit, trotz interner Dissensen und Konflikte, eine konstitutive Bedeutung zu. Die Organisationen prägten als nichtstaatliche Gefüge wesentlich die Entschlüsse der alliierten Besatzungsmächte und brachten durch ihre Interventionen in die Verhandlungen direkt die Stimme der Geschädigten ein. Anders als die Alliierten setzten sich die Organisationen aus Personen zusammen, die die Repressalien während der NS-Zeit teilweise am eigenen Leib erfahren hatten und daher den Gesprächen eine emotionale und moralische Komponente hinzufügen konnten. Die Dringlichkeit der Rückerstattung wurde so wesentlich anschaulicher und präsenter wahrgenommen. Für die weitere Entwicklung des Restitutionsprozess lieferten sie daher die entscheidenden Impulse.

3.4 Die frühe Bundesrepublik und die Deutsche Demokratische Republik

Gut vier Jahre nach Kriegsende waren die Westalliierten bereit, ihre Okkupationsmacht zugunsten eines neu zu gründenden westdeutschen Staates schrittweise aufzugeben. Bereits mit der Übergabe der „Frankfurter Dokumente“ – eine Art Empfehlungsmemorandum wie aus ihrer Sicht der neue Staat instituiert werden müsse – am 1. Juli 1948 ermächtigten die Westalliierten die Ministerpräsidenten in ihren Zonen ein verfassungsgebendes Konzept zu entwickeln und diesbezüglich eine Versammlung einzuberufen. In den Koblenzer Beschlüssen wurde von den Ministerpräsidenten ausdrücklich entschieden, dass die Bundesrepublik keine Neugründung darstellen sollte, da man trotz der eingefahrenen Verhandlungssituation mit der Sowjetunion an einer deutschen Einheit festhalten wollte. Im Laufe der Besatzungszeit hatten sich die USA, Großbritannien und Frankreich von der Sowjetunion mit der Maxime zur Gründung eines souveränen deutschen Nachfolgestaates stetig entfernt. Die Westalliierten beschlossen daher im April 1948, so schreibt Armbruster, die Militärregierung in der Trizone durch die „Alliierte Hohe Kommission“ abzulösen und ein Besatzungsstatut zu verkünden. Das Besatzungsstatut habe den Westalliierten ermöglicht, sich gewisse Rechte, wie beispielsweise die Führung der westdeutschen auswärtigen Beziehungen und den Außenhandel, vorzubehalten und weiterhin ihrer Kontrolle zu unterziehen.²⁵³ Am 23. Mai 1949 trat das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (BRD) in Kraft. Bonn wurde zur Hauptstadt erklärt und Konrad Adenauer am 15. September 1949 zum ersten deutschen

²⁵³ Vgl. Armbruster: Rückerstattung der Nazi-Beute. ..., S. 520 ff.

Bundeskanzler gewählt. Im Gegenzug wurde in der sowjetischen Besatzungszone die DDR unter der Präsidentschaft von Wilhelm Pieck gegründet.

Was bedeutet diese Veränderung für den Restitutionsmechanismus? Begünstigten die neuen Machtverhältnisse die Gegner der Restitution? Die Fragen scheinen berechtigt, betrachtet man die Äußerungen mancher Autoren wie z.B. Lillteicher, die den deutschen Behörden ein unkooperatives Verhalten gegenüber jüdischen Nachfolgeorganisationen bei der Einsichtnahme von Akten attestierten (s. Kapitel 3.3). Offiziell sei laut Armbruster die Restitution am 30. März 1950 beendet worden, doch da Kulturgüter noch en masse in den CCPs lagerten, habe die „Alliierte Hohe Kommission“ diese nicht abberechen wollen. Es habe Überlegungen gegeben, eine internationale Kommission zu instrumentalisieren, die die Arbeiten hätte übernehmen und weiterführen können. Eine rein deutsche Restitutionskommission sei abgelehnt worden, da die Amerikaner dieses Vorrecht nicht negligiant an die BRD abzugeben gewollt hätten. Bis 1951 habe man daher Kulturgegenstände soweit restituiert, dass nur noch ein kleiner Rest übrig geblieben sei. Bücher habe man beispielsweise der Jewish Reconstruction Commission übergeben, die diese auf jüdische Bibliotheken aufgeteilt habe. Die Restbestände seien einer deutschen Verwaltungsdienststelle übertragen worden, die sich mit der Restitution dieser zu beschäftigen hatte.²⁵⁴

Das Besatzungsstatut sei schließlich durch die „Pariser Verträge“ am 5. Mai 1955 abgelöst worden, schreibt Armbruster. Der „Überleitungsvertrag“ (vollständiger Titel: „Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen“) sei die Beendigung der alliierten Okkupation gewesen, habe aber einige Direktiven beibehalten. Für die Restitution habe dies bedeutet, dass die BRD erklärte, exproprierte Kulturgüter zurückzugeben und den an sie gestellten Forderungen nachzukommen. Wie oben bereits erwähnt, seien so die Restbestände aus den CCPs restituiert worden. Der „Überleitungsvertrag“ habe demzufolge die Rückgaben innerhalb Deutschlands (innere Restitution) und die Rückgabe ins Ausland (äußere Restitution) determiniert.²⁵⁵

Im Zuge der sich entwickelnden Wiedergutmachungspolitik erschienen in der BRD verschiedene Gesetze, die allen aus rassischen, religiösen, politischen oder weltanschaulichen Gründen verfolgten Personen, materielle Entschädigung für die an ihnen begangenen Diskriminationen und Repressalien konzedierte. Der Begriff „Wiedergutmachung“ ist dabei in keiner Weise so zu verstehen, dass mit Geldzahlungen die mannigfachen

²⁵⁴ Vgl. ebd., S. 527 ff.

²⁵⁵ Vgl. ebd., S. 531 ff.

nationalsozialistischen Schandtaten kompensiert werden können. Ein solches Unrecht, dass von Desavouierungen und wirtschaftlicher Existenzvernichtung, über gesellschaftliche Exklusion und der Zufügung von körperlichem und seelischem Leid, bis hin zu der Auslöschung von Millionen von Menschen reichte, darf und kann nicht mit Geld nivelliert werden. Der Begriff hat sich jedoch, trotz seiner missverständlichen Bedeutung, in der Fachliteratur durchgesetzt, obwohl der Begriff „Entschädigung“, wie ihn Stein in seinem Zeit Online-Artikel aus dem Jahre 2009 gebraucht, vielleicht besser passen würde. „Man kann etwas, das man jemandem angetan hat, nicht wieder ‚gut machen‘“²⁵⁶, schreibt er, doch stellt sich im Umkehrschluss die Frage, ob etwas entschädigt werden kann. Der Holocaust kann weder „wiedergutmacht“ noch „entschädigt“ werden. Der Verfasser dieser Arbeit ist daher der Ansicht, dass beide Begriffe unpräzise sind, aus Ermangelung eines geeigneten Begriffs wird allerdings weiterhin der Begriff der Fachliteratur verwendet.

Nun sollen einige Gesetze vorgestellt werden, mit dem Hinweis, dass diese nur grob umrissen werden können, da der Autor kein Jurist ist.

Bundesrückerstattungsgesetz (BRüG)

Eines der in der BRD erlassenen Gesetze war das „Bundesgesetz zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reiches und gleichgestellter Rechtsträger“, kurz „Bundesrückerstattungsgesetz“ (BRüG). Das BRüG trat am 19. Juli 1957 in Kraft und behandelte das entzogene und verschollene Eigentum verfolgter Personen im Zeitraum vom 30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945. Es galt für die westlichen Besatzungszonen sowie für Westberlin und supponierte, dass sich ein entzogener Vermögensgegenstand auf dem Gebiet der BRD befand (Territorialprinzip). Der Paragraph 5 regelte für im Ausland entzogenen Besitz, dass dieser ebenfalls restituiert werden musste, wenn dieser nach Westdeutschland abtransportiert worden war.²⁵⁷ Aufgrund der sich stetig verschlechternden politischen Beziehungen zwischen den westlichen Ländern und der Sowjetunion, waren jedoch Menschen aus den Ostblockstaaten von der Entschädigung ausgeschlossen.

²⁵⁶ Vgl. Stein, Shimon (Zeit Online): Nur ein paar Mark für ein Leben in Würde. URL: <http://pdf.zeit.de/2009/22/Oped-Wiedergutmachung.pdf> – Download vom 7.9.2012.

²⁵⁷ Vgl. Bundesanzeiger-Verlag: BRüG vom 19.7.1957, BGBl. I, 1957, S. 734–742. URL: http://www.bgbl.de/Xaver/text.xav?bk=Bundesanzeiger_BGBl&start=%2F%2F%5B%40attr_id%3D%2F%2F%5D&wc=1&skin=WC – Download vom 7.9.2012.

Das Gesamtvolumen des BRüG sei nach Schnabel vorerst auf 1,5 Milliarden DM festgesetzt gewesen, habe aber durch zwei Korrekturen später eine Erhöhung auf ungefähr vier Milliarden DM erfahren.

Neben dem öffentlich-rechtlichen Anspruch gegen die BRD, sei auch auf dem zivilrechtlichen Weg die Verfolgung von Ansprüchen möglich gewesen.²⁵⁸

Armbruster weist darauf hin, dass das BRüG zwar eine Novellierung der alliierten Rückerstattungsgesetze erbracht, das Rückerstattungsrecht jedoch nicht übermäßig verändert habe.²⁵⁹

Bundesentschädigungsgesetz (BEG)

Ein weiteres Gesetz war das am 29. Juni 1956 in Kraft getretene „Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung“, kurz „Bundesentschädigungsgesetz“ (BEG). Drei Jahre zuvor, am 18. September 1953, hatte der Vorgänger, das „Bundesergänzungsgesetz“, bereits die Entschädigung verfolgter Personen, die an Leben, Körper, Gesundheit, Freiheit und Vermögen Unrecht erlittenen hatten, beschlossen. Überdies inkludierte es die Rückerstattung von Abgabeschäden wie z.B. der „Reichsfluchtsteuer“. Kriterium für einen Anspruch auf Entschädigung war die Verfolgung aus rassistischen, politischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen in dem bekannten Verfolgungszeitraum aller deutschen Staatsangehörigen, die ihren Wohnsitz in der BRD hatten oder vor ihrer Auswanderung dort gelebt hatten.²⁶⁰ Ausgenommen von dieser Regelung waren z.B. Zwangssterilisierte, Homosexuelle, Kriegsverweigerer oder die unter das Territorialprinzip fallenden Zwangsarbeiter. Diese konnten keine Entschädigung nach dem BEG beantragen. Im Jahre 1956 erfuhr das BEG dahingehend eine Novelle, dass die Liste der Anspruchsberechtigten auch auf juristische Personen, Anstalten oder Personenvereinigungen ausgeweitet wurde. Neben dem Wohnsitz in der BRD wurden auch alle Wohnsitze, die ab dem 1. Dezember 1937 in den damaligen Reichsgrenzen gelegen hatten, anerkannt.²⁶¹ Sämtliche Kosten für Aus-, Weiter- oder Rückwanderung, die mit den Reisen verbundenen Vermögensverluste wie z.B. Notver-

²⁵⁸ Vgl. Schnabel, Gunnar; Tatzkow, Monika: Nazi looted Art. Handbuch Kunstrestitution weltweit. Berlin: Proprietas-Verl., 2007, S. 107.

²⁵⁹ Vgl. Armbruster: Rückerstattung der Nazi-Beute. ..., S. 531 f.

²⁶⁰ Vgl. Bundesanzeiger-Verlag: BEG vom 18.9.1953, BGBl. I, 1953, S. 1387–1408. URL: http://www.bgbl.de/Xaver/text.xav?bk=Bundesanzeiger_BGBl&start=%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl153i1387.pdf%5D&wc=1&skin=WC – Download vom 7.9.2012.

²⁶¹ Vgl. Bundesanzeiger-Verlag: BEG vom 29.6.1956, BGBl. I, 1956, S. 559–598. URL: http://www.bgbl.de/Xaver/text.xav?bk=Bundesanzeiger_BGBl&start=%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl156s0864.pdf%5D&wc=1&skin=WC (zu finden unter Nr. 31 vom 29.6.1956) – Download vom 7.9.2012.

käufe und alle mit dem wirtschaftlichen Existenzverlust zusammenhängende Schäden seien zurückzuerstatten gewesen.

Laut Schnabel sei ein Betrag von ca. 53 Milliarden DM gezahlt worden, von dem 50 Prozent für Gesundheitsschäden, 25 Prozent für die Verdrängung aus dem wirtschaftlichen Leben sowie den daraus erlittenen Verlusten und 25 Prozent für Vermögensverluste aufgewendet worden seien.²⁶²

Am 14. September 1965 erfuhr das BEG schließlich eine Erweiterung zum „BEG-Schlussgesetz“. Die bisherige Antragsfrist vom 1. April 1958 wurde zwar noch einmal verlängert, doch es wurde festgelegt, dass nach dem 31. Dezember 1969 keine Ansprüche mehr angemeldet werden konnten.²⁶³ De facto bedeutet dies, dass heutzutage keine neuen Ansprüche nach dem BEG mehr gestellt werden können.

Vermögensgesetz (VermG)

In der DDR fanden Restitutionen bis auf wenige Ausnahmen nicht statt. Es wurde jedoch vom Parlament am 29. September 1990 das „Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen“, kurz „Vermögensgesetz“ (VermG), erlassen, dass Eigentumsverluste ab dem 8. Mai 1945 rückgängig machen wollte. Schnabel schreibt diesbezüglich, dass Verluste während der Zeit des Nationalsozialismus aufgrund der geschichtlichen Auffassung nicht in das Gesetz aufgenommen worden waren. Allerdings sei durch Druck jüdischer Organisationen das Gesetz dahingehend geändert worden, dass Verluste in dem Verfolgungszeitraum vom 30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945 nun auch rückgängig zu machen gewesen seien.²⁶⁴ Am 3. Oktober 1990 kam es schließlich zur Wiedervereinigung der beiden Länder, wobei das VermG jedoch bestehen blieb. Wie Schnabel weiter erläutert, habe das Gesetz durch das „2. Vermögensrechtsänderungsgesetz“ vom 22. Juli 1992 eine Novellierung erfahren. Bei jedem stattgefunden Verkauf in dem bekannten Verfolgungszeitraum sei man nun von einer Veräußerung unter Pression ausgegangen. Weiterhin hätten bei Rechtsentscheidungen die alliierten Rückerstattungsgesetze Bestand gehabt. Räumliche Anwendung habe das VermG für das Gebiet der ehemaligen DDR erfahren. Für erbenloses bzw. unangemeldetetes Vermögen sei die „Conference on Jewish Material Claims against Germany Inc.“ (JCC) als Rechtsnachfolgerin anerkannt

²⁶² Vgl. Schnabel; Tatzkow: Nazi looted Art. ..., S. 107 f.

²⁶³ Vgl. Bundesanzeiger-Verlag: BEG-Schlussgesetz vom 14.9.1965, BGBl. I, 1965, S. 1315–1340. URL: http://www.bgbl.de/Xaver/text.xav?bk=Bundesanzeiger_BGBl&start=%2F%2F*%5B%40attr_id%3D'bgbl166s0187.pdf%5D&wc=1&skin=WC (zu finden unter Nr. 52 vom 18.9.1965) – Download vom 8.9.2012.

²⁶⁴ Vgl. Schnabel; Tatzkow: Nazi looted Art. ..., S. 108.

worden (s. Kapitel 3.6). Anträge auf Rückerstattung hätten bis zum 30. Juni 1993 bei einem Vermögensamt gestellt werden müssen. Schnabel weist dabei jedoch explizit auf die „Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zur Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes insbesondere aus jüdischem Besitz“ von Dezember 1999 hin, die bei Personen, welche unverschuldet die Antragsfrist verpasst haben, den Anspruch weiterhin anerkennt.²⁶⁵

War die Rückerstattung gemäß dem VermG nicht mehr möglich oder hatte der Verfolgte die Entschädigung gewählt, griff das „NS-Verfolgtenentschädigungsgesetz“ (NS-VEntschG) vom 27. September 1994. Hatte der Antragsteller jedoch bereits Leistungen z.B. nach dem BRüG erhalten, wurde die Entschädigung abgelehnt. Das NS-VEntschG sah die Entschädigung durch eine Geldzahlung vor. Paragraph 2 regelte diesbezüglich die Höhe des Betrages, der fallspezifisch unterschiedlich ausfiel. Entscheidungsträger ob ein Antrag stattgegeben wurde, war in der ersten Gesetzesfassung die Oberfinanzdirektion (Bundesvermögensverwaltung) Berlin.²⁶⁶

Zuletzt wurde das Gesetz am 22. September 2005 geändert. Die Novellierungen von 2004 und 2005 haben einige Veränderungen bewirkt; beispielsweise entscheidet über die Antragsannahme jetzt das „Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen“. Die Grundsätze bleiben jedoch bestehen.²⁶⁷

Es ist festzustellen, dass die Ablösung der alliierten Okkupationsmacht im Bezug auf die Restitution in Deutschland keine Abkehr von bestehenden Rückerstattungsgesetzen darstellte, sondern eine Basis bildete, auf der in den Folgejahren weiter aufgebaut werden konnte. Trotz der bisherigen Bemühungen, die in der Vergangenheit auf dem gesetzlichen Fundament deutscher Rückerstattungs- und Entschädigungsgesetze durchgeführt wurden, muss das Thema Vergangenheitsbewältigung auch in Gegenwart und Zukunft präsent sein. Die jährlichen Funde von neuem Aktenmaterial, entzogenem Kulturgut etc. sind Beweis genug, dass das Sujet Restitution noch längst nicht abgeschlossen werden kann.

²⁶⁵ Vgl. ebd., S. 108–112.

²⁶⁶ Vgl. Bundesanzeiger-Verlag: NS-VEntschG vom 27.9.1994, BGBl I, S. 2632. URL: http://www.bgbl.de/Xaver/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl (zu finden unter Nr. 65 vom 30.9.1994) – Download vom 24.9.2012.

²⁶⁷ Vgl. Bundesministerium der Justiz: NS-VEntschG zuletzt geändert am 22.9.2005, BGBl. I, S. 2809. URL: <http://www.gesetze-im-internet.de/ns-ventschg/BJNR263200994.html> – Download vom 14.9.2012.

3.5 Forderungen des Staates Israels

Auf die junge Bundesrepublik wirkten in der Nachkriegszeit verschiedene Länder und Organisationen ein, die zum Ziel hatten, den Restitutionsprozess weiter auszubauen und zu beschleunigen. Deutschland sollte sich mit seiner Vergangenheit auseinandersetzen und die Opfer des NS-Regimes entschädigen. Auch der Staat Israel stellte Forderungen an Deutschland. Am 14. Mai 1948 gegründet, bemühte sich der selbst noch junge Staat neben den Alliierten und diversen jüdischen Organisationen um Einflussnahme. Lillteicher berichtet, dass der Staat in einer Note vom 16. Januar 1951 erstmals gefordert habe, dass in Deutschland die alliierten Rückerstattungsgesetze und die Rückerstattungsgerichte bestehen bleiben müssten und der Geldtransfer für Entschädigungen auch ins Ausland möglich gemacht werden müsse. In einer zweiten Note vom 12. März 1951 sei der kollektive Anspruch auf Wiedergutmachung gefordert worden, wobei man für die Aufnahme von rund 500.000 Flüchtlingen eine Gesamtsumme von 1,5 Milliarden Dollar postuliert habe. Dies habe jedoch zu langen und erbitterten Auseinandersetzungen geführt, schreibt Lillteicher. Einerseits seien die Ansprüche aus Sicht der Briten Reparationsforderungen gewesen, die ein zu Kriegzeiten noch nicht existierender Staat wie Israel nicht stellen dürfe, andererseits hätten die amerikanisch-jüdischen Organisationen durch das eigenmächtige Vorgehen Israels ihre eigenen Forderungen stark benachteiligt gesehen. Letztere Diskordanz sei bei Gesprächen zwischen dem Gründer und Präsidenten des „Jüdischen Weltkongresses“ (WJC) – einer internationalen Vereinigung von jüdischen Gemeinden und Organisationen, die die politischen Interessen aller Juden auf der Welt vertreten – Nahum Goldmann und der israelischen Regierung im März 1951 beigelegt worden. Von deutscher Seite aus sei man zu Gesprächen bereit gewesen, was man besonders den Bemühungen Adenauers zu verdanken habe. Adenauer habe die Ansprüche Israels in der Regierungserklärung vom September 1951 thematisiert und somit den eigentlichen Anstoß für die Verhandlungen geliefert. Aufgrund rückerstattungskritischer deutscher Politiker und kontrovers geführten Verhandlungen mit der israelischen Regierung habe es aber bis zum 10. September 1952 gedauert, bis es zu der Unterzeichnung des „Luxemburger Abkommens“ bzw. „Wiedergutmachungsabkommens“ durch Adenauer, Moshe Sharett (israelischer Außenminister) und Nahum Goldmann in Luxemburg gekommen sei. Inhaltlich habe das Abkommen die Zahlung von

drei Milliarden DM in Warenlieferungen an Israel und die in Protokoll Nr. 1 festgehaltene Reformation der Rückerstattungsgesetze vorgesehen.²⁶⁸

Neben Israel spielte während den gesamten Verhandlungen die JCC eine entscheidende Rolle. Sie wird im nächsten Kapitel genauer vorgestellt.

3.6 Die Jewish Claims Conference

Die „Jewish Claims Conference“ (JCC) wurde nach eigener Aussage im Oktober 1951 auf einer Sitzung in New York von 23 nationalen und internationalen jüdischen Organisationen gegründet. Ausgangspunkt sei die Rede Adenauers im vorausgegangenen Monat September gewesen, in der er das Sujet „Wiedergutmachung“ publik gemacht und die Bereitschaft zu Gesprächen signalisiert habe. Da die teilnehmenden jüdischen Organisationen auf der von Nahum Goldmann einberufenen Sitzung im Konsens entschieden hätten, mit Deutschland über die materielle Entschädigung zu verhandeln, habe die neu instituierte Organisation fortan unter dem Terminus „Conference on Jewish Material Claims Against Germany“, kurz „Claims Conference“, firmiert. Das Direktorium habe sich aus den entsendeten Vertretern der Gründungsorganisationen gebildet, wobei jede Mitgliedsorganisation jeweils zwei Vertreter gestellt habe. Die Intention der JCC sei die Verhandlung mit der deutschen Bundesregierung bezüglich Entschädigungen für erlittene materielle Verluste jüdischer Personen aus der NS-Diktatur gewesen.²⁶⁹ Die Verhandlungen setzten zeitnah nach der Gründung der JCC ein.

Bevor es jedoch zu der Unterzeichnung des „Luxemburger Abkommens“ kam, brauchte es viele Diskussionen und das Verhandlungsgeschick der beteiligten Personen. Denn jede Partei versuchte ihre Interessen möglichst lukrativ und ohne allzu große Einbußen durchzusetzen, obgleich den Verhandlungspartnern bewusst gewesen sein musste, dass eine Einigung nur durch einen beiderseitig akzeptablen Kompromiss zu erzielen war. Wie bereits in Kapitel 3.5 ersichtlich, insistierte Israel auf seinen Forderungen, 1,5 Milliarden Dollar für die Aufnahme von rund 500.000 Flüchtlingen zu erhalten und die Novellierung der Rückerstattungsgesetzgebung. Auch die JCC habe nach Lillteicher die Novellierung sowie die Bezahlung von 500 Millionen Dollar zur Bedingung der Verhandlung gemacht. Diese Ansprüche habe die JCC am 21. März 1952 gegenüber Deutschland geäußert und sei dabei auf die an den jüdischen Menschen verübten Gräueltaten während des NS-Regimes eingegangen. Am 27. März 1952 habe man ein Memorandum

²⁶⁸ Vgl. Lillteicher: Raub, Recht und Restitution ..., S. 339–351.

²⁶⁹ Vgl. Claims Conference (Website): *Über uns. Geschichte*. URL: <http://www.claims-conference.de/ueber-uns/geschichte/> – Download vom 12.9.2012.

an Gesetzesänderungen vorgelegt, das u.a. das Modell eines Bundesrückerstattungsgesetzes implizierte und die Rückerstattung grundlegend verändern und verbessern sollte. Auch die Entschädigung von expropriertem Besitz jüdischer Personen aus den von der Wehrmacht ehemals okkupierten Gebieten sei gefordert worden. Am 8. April 1952 habe die JCC in einer von allen ihr zugehörigen jüdischen Organisationen befürworteten gemeinsamen Erklärung ihren Forderungen hinsichtlich der Rückerstattungsgesetze Nachdruck verliehen. Auf deutscher Seite hätten laut Lillteicher besonders die Rückerstattungsgegner wie der Finanzberater Hermann Josef Abs die Verhandlungen behindert, da sie die Zahlungen an Israel bewusst drücken wollten. Adenauer habe daraufhin den Leiter der deutschen Wiedergutmachungsdelegation Franz Böhm beauftragt, den israelischen Delegierten ein unverbindliches Angebot von drei Milliarden DM zu unterbreiten. Im Gegenzug habe die JCC ihren Globalanspruch auf 400 bis 500 Millionen DM vermindert. Sie habe aber bei den ab dem 24. Juni 1952 geführten Verhandlungen auch auf den Erhalt des erbenlosen Eigentums aus den okkupierten Ländern bestanden, was laut Lillteicher zu großen Streitigkeiten geführt habe, da Böhm detaillierte Angaben über konfiszierte Gegenstände und eine präzise Erläuterung zu den von der Organisation vertretenden Personen angefordert habe. Die JCC habe daraufhin deutlich gemacht, dass sie bereits die Entschädigungen für Millionen von Menschenopfern und für Zwangsarbeit ausgeklammert hätte und nur Personen vertrete, die sich zum jüdischen Glauben bekennen würden. Kurze Zeit später sei der deutschen Delegation eine detaillierte Aufstellung über die erlittenen Verluste vorgelegt worden, die 2,5 Milliarden RM für sämtliche Steuern, 1,2 Milliarden RM für Expropriationen von Privatbesitz und Besitz von Gemeinden und Organisationen, sowie zwei Milliarden RM für Expropriationen von Besitz aus den okkupierten Ländern geführt habe. Die JCC habe aber, so berichtet Lillteicher, aufgrund eines nun kleiner gewordenen deutschen Territoriums und zugunsten der ebenfalls noch ausstehenden Forderungen Israels, ihren eigenen Anspruch erst auf 1,2 Milliarden Dollar und später noch auf 500 Millionen Dollar gesenkt. Nach weiteren erfolglosen Verhandlungen, sei von deutscher Seite am 15. Juli 1952 das Angebot erfolgt, der JCC 450 Millionen DM anzubieten. Weitere 50 Millionen DM hätten die deutschen Vertreter für nichtjüdische Verfolgte vorgesehen. Lillteicher ist der Ansicht, dass dieses Angebot auf die Angst vor einem gravierenden Einfluss jüdischer Verbände zurückzuführen ist, da man glaubte, die Verbände könnten der BRD in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht Schaden zufügen. Der Vorschlag sei am 15. Juli 1952 mit der erforderlichen Mehrheit durch das Kabinett angenommen worden. Am 6. August 1952

habe man die Bestimmungen des „Überleitungsvertrags“ noch einmal bestätigt. In diesem Zusammenhang weist Lillteicher auf den Erfolg der JCC hin, dass sich Deutschland über den Inhalt des „Überleitungsvertrags“ hinaus dazu verpflichtete, auch für die Expropriationen in den okkupierten Ländern aufzukommen. Bei der Unterzeichnung des „Luxemburger Abkommens“ am 10. September 1952 wurde schließlich im Protokoll Nr. 2 bestätigt, dass Deutschland der JCC 450 Millionen DM bezahlen werde.²⁷⁰ Die JCC habe die Summe für die Unterstützung, Rehabilitierung und Wiederansiedlung von bedürftigen Juden verwendet und so die erforderlichen finanziellen Mittel besessen, um ca. 500 Projekte in 29 Ländern zu realisieren. Ebenfalls habe die JCC mit großen Geldsummen all jenen Menschen helfen können, die nach dem Krieg in den von der Sowjetunion abhängigen Satellitenstaaten gelebt hatten und aus diesem Grund ihre Rückerstattungsansprüche nicht geltend machen konnten. Nach dem BEG sei bisher für Rückerstattungsansprüche von Deutschland eine Summe von über 100 Milliarden DM ausbezahlt worden. Mehr als 278.000 Menschen hätten eine lebenslange Rente bekommen und auch heute noch würden diese Renten ausbezahlt. Hunderttausend andere Personen hätten Einmalzahlungen erhalten.

Nach Aussage der JCC sei das „Luxemburger Abkommen“ das erste von 25 mit der Bundesregierung verhandelten Verträgen gewesen.²⁷¹ Dazu zählt sicher auch der Erfolg bei den Verhandlungen zur Etablierung eines Gesetzes für das Gebiet der ehemaligen DDR.

Wie in Kapitel 3.4 bereits erwähnt, wurde 1990 mit dem Erlass des „Vermögensgesetzes“ die JCC als Rechtsnachfolgerin für erbenloses bzw. unangemeldetes Vermögen jüdischer Privatpersonen und nicht mehr existenter jüdischer Organisationen anerkannt. Durch Verkauf zurückerhaltener Grundstücke und Entschädigungen für nicht zu restituierenden Besitz, sei es bisher möglich gewesen, eine Summe von insgesamt einer Milliarde Dollar Projekten zuzuweisen, die sich der Unterstützung von bedürftigen Juden oder der Forschung widmen. Für diejenigen Juden, die die Anmeldefrist von Rückerstattungsansprüchen verpasst haben, stehe ein Goodwillfond zur Unterstützung bereit.²⁷² Bis Ende 2010 habe man so in 2.900 Fällen an Erben auf der ganzen Welt 615 Millionen Euro bezahlt. Aktuell belaufe sich die Summe für weitere Zahlungen auf 69 Millio-

²⁷⁰ Vgl. Lillteicher: *Raub, Recht und Restitution* ..., S. 339–351.

²⁷¹ Vgl. Claims Conference (Website): *Über uns. Geschichte*. (Webdokument).

²⁷² Vgl. Claims Conference (Website): *Nachfolgeorganisation. Überblick*. URL: <http://www.claims-conference.de/nachfolgeorganisationen/uebersicht/> – Download vom 12.9.2012.

nen Euro (Stand: Juli 2011). Neue Anträge werden, handelt es sich nicht um besondere Fälle, nicht mehr angenommen.²⁷³

Die von Deutschland ursprünglich angesetzte Anmeldefrist sei durch Interventionen der JCC bei Immobilienbesitz bis zum 31. Dezember 1992 und bei beweglichem Vermögen bis zum 30. Juni 1993 verlängert worden. In dieser Zeitspanne habe man von Seiten der JCC größte Anstrengungen in puncto Recherche unternommen, um sämtliches jüdisches Eigentum erfassen zu können.

Die Nachfolgeorganisation der Claims Conference hat nach eigener Aussage bisher über 960 Millionen Dollar auf internationale Einrichtungen der Sozialfürsorge verteilt, die sich um bedürftige Opfer der NS-Diktatur kümmern.²⁷⁴

Die Rolle der JCC bei der Mitgestaltung der Rückerstattungsgesetze und der Entschädigung von tausenden von Opfern des nationalsozialistischen Regimes seit 1951 ist unvergleichlich bedeutend. Der im Jahr 2010 bekannt gewordene Betrugsfall, bei dem sechs Mitglieder der JCC mit elf anderen Delinquenten durch Fälschung von Anträgen rund 42,5 Millionen Dollar erbeutet haben sollen²⁷⁵, hat dem Image der JCC zwar geschadet, kann jedoch die vielen Erfolge und immensen Unterstützungshilfen für jüdische Holocaust-Überlebende nicht überschatten. Die Bemühungen der Claims Conference Nachfolgeorganisation werden z.B. im Bereich der Betreuung alter oder kranker Menschen auch in Zukunft benötigt.

3.7 In der sowjetischen Besatzungszone

Anders als die Westalliierten erließ die Sowjetunion für ihre Okkupationszone keine Rückerstattungsgesetze. Die in dieser Zone lebenden Opfer nationalsozialistischer Verbrechen hatten so gut wie keine Chance, ihre entzogenen Vermögenswerte zurückzuerhalten, da es schlichtweg an einer Gesetzgebung fehlte. Vielmehr war der Sowjetunion daran gelegen, ihre eigenen Kriegsschäden durch Reparationsforderungen an Deutschland zu tilgen. Bereits bei der „Potsdamer Konferenz“ vom 2. August 1945 hatten sich die Alliierten u.a. auf die Bestimmungen der Reparationen verständigt. Die unterschiedlichen Forderungen sollten durch Demontagen und Sachlieferungen aus der Besat-

²⁷³ Vgl. Claims Conference (Website): *Nachfolgeorganisation. Ergebnisse und Verwendung der Mittel* (aktualisiert im Juli 2011). URL: <http://www.claims-conference.de/nachfolgeorganisationen/current-assets/> – Download vom 12.9.2012.

²⁷⁴ Vgl. Claims Conference (Website): *Nachfolgeorganisation. Überblick*. (Webdokument).

²⁷⁵ Vgl. *Spiegel Online: Holocaust-Überlebende erhalten halbe Milliarde Euro*. URL: <http://www.spiegel.de/panorama/jewish-claims-conference-holocaust-ueberlebende-erhalten-halbe-milliarde-euro-a-801931.html> – Download vom 12.9.2012.

zungszone der jeweiligen Siegermacht befriedigt werden. Die Sowjetunion, als die am schwersten unter den Verlusten leidende Siegermacht, vertrat dabei die Position, Deutschland müsse die an ihr verübten Schäden kompensieren und z.B. durch den Abbau von Industrieanlagen empfindlich getroffen werden. Sie erhielt dazu auch aus den anderen Zonen Reparationszahlungen. Für Stalin besaß die Frage der adäquaten Reparation eine weitaus größere Priorität als beispielsweise für die Amerikaner. Daher unterschieden sich die beiden Positionen auch in ihrer Durchführung. Während man im Westen relativ gemäßigt Demontagen vornahm, rollte in Ostdeutschland Eisbahnwaggon um Eisbahnwaggon in Richtung UdSSR.

Sowohl die in der amerikanischen als auch in der britischen Zone aufgefundenen sowjetischen Kulturgüter wurden restituiert. Beispielsweise findet sich bei Armbruster der Hinweis, die Sowjetunion habe aus dem OAD 273.645 Objekte erhalten. Der Autor führt aus, dass man allerdings von sowjetischer Seite die amerikanischen Restitutionsbemühungen kritisiert habe, die aus ihrer Sicht nicht schnell und ausführlich genug durchgeführt worden seien. Dies sei von amerikanischer Seite widerlegt worden, da man z.B. zwischen 1946 und 1949 600.000 Bücher restituiert habe.

Bereits im Jahr 1946 habe sich die Sowjetunion geweigert, weiterhin Lebensmittel für die Reparationszahlungen aus Westdeutschland zu liefern, sodass die amerikanischen Zahlungen noch im selben Jahr eingestellt worden seien.²⁷⁶

Für die britische Restitution beschreibt Armbruster ein ähnliches Bild. Auch den Briten habe die UdSSR die Einbehaltung von sowjetischem Eigentum, sowie eine ungenügende Zusammenarbeit bei der Auffindung vorgeworfen. Dieser Disput habe schließlich im Jahre 1950 durch den Entschluss der Briten, die Restitutionsleistungen an die Sowjetunion einzustellen, ein jähes Ende erfahren.²⁷⁷ War man während des Krieges noch für die gemeinsame Sache eingestanden, zeigten sich unmittelbar nach der Niederwerfung Hitler-Deutschlands erste Risse in der militärischen Allianz, die sich in den folgenden Monaten stetig ausweiten und die Parteien voneinander segregieren sollten.

Entgegen der Bestrebung in den westlichen Okkupationsgebieten, das von nationalsozialistischen Raubinstitutionen konfiszierte Kulturgut zu finden und den rechtmäßigen Besitzern zurückzugeben, fand die Restitution in der sowjetischen Zone praktisch nicht statt. Alles was als nützlich für die Beseitigung der Schäden angesehen wurde, landete

²⁷⁶ Vgl. Armbruster: Rückerstattung der Nazi-Beute. ..., S. 436–442.

²⁷⁷ Vgl. ebd., S. 446–449.

auf Güterwagen und wurde in die UdSSR verbracht. Dazu gehörte auch deutsches Kulturgut, wobei an dieser Stelle natürlich deutsches Bibliotheksgut im Fokus steht.

Die Arbeit der sogenannten „Trophäenkommissionen“ erläutert Ingo Kolasa in seinem Bericht „Sag mir wo die Bücher sind ...“. Nach eigener Aussage setzt sich sein Bericht aus der Durchsicht von kopiertem russischem Archivmaterial zusammen, das bisher unter Verschluss gehalten wurde. Anhand diesem Material war es Kolasa möglich, die Arbeit der „Trophäenkommission“ und den Weg deutscher Bücher in russische Depots nachzuzeichnen. Dies soll nun Betrachtung erfahren.

Die Arbeit der Trophäenkommissionen

Aufgefundenes Archiv- und Kulturgut durch die Rote Armee sei zuerst dem Oberkommandierenden für das zuständige Gebiet in der Okkupationszone gemeldet worden. Diese Depeschen seien bei den Stäben der Oberkommandierenden gesammelt und der Leitung der Militärregierung zugetragen worden. Das gefundene Material sei anschließend durch verschiedene Gruppen und Fachleute überprüft worden. Eine dieser Gruppen sei beispielsweise die „Trophäenkommission des Komitees für Angelegenheiten der Kultur- und Bildungsbehörden beim Ministerrat der RSFSR“ (Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik) gewesen. Auf die grobe Bestandsichtung sei eine Antwort auf die Frage gefolgt, ob die gefundenen Kulturgüter abtransportiert werden sollten. Kolasa zitiert diesbezüglich ein Antwortschreiben, in dem ausgesagt wird, dass nur die wertvollsten Bücher aus einer Zwickauer Bibliothek abtransportiert werden sollen, während die anderen Bücher zur Wiedererrichtung der Bibliotheken in der Besatzungszone verbleiben können. Die für den Abtransport ausgewählten Objekte seien daraufhin zu Sammelstellen gelangt, die sich unweit der Berliner Bahnhöfe befunden hätten. Von da aus habe man die Kulturgüter in die UdSSR expediert.

Kolasa zufolge habe in der Sowjetunion ein sogenannter „Gosfond Literatury“ mit mindestens zwei Filialen in Moskau und bei Leningrad existiert, der sich mit der Distribution der aus Deutschland stammenden Bücher beschäftigt habe. Dieser Staatsfond habe dabei nach dem Prinzip gehandelt, all jene Bibliotheken zu bedienen, zu denen die „gewonnene“ Literatur inhaltlich und kulturhistorisch gepasst bzw. eine Bestandsergänzung dargeboten habe. Weiterhin erläutert der Autor, dass die Masse an eintreffenden Büchern irgendwann nicht mehr zu kontrollieren gewesen sei. Die Bücher seien in Bibliotheken eingegangen, bei denen kein Nutzungsbedarf oder keine sachgemäße Lagerungsmöglichkeit bestanden habe.

Bibliothekare seien laut Kolasa in Deutschland und auch in der Sowjetunion an der Auswahl und der Verteilung von Literatur beteiligt gewesen. Jede bedeutende Bibliothek habe den Anspruch gehabt, einen Vertreter in die Kommissionen zu entsenden, da sie sich durch diese Maßnahme einen beträchtlichen Bücherzuwachs bzw. -gewinn erhofft hätte. Infolgedessen sei es zu einer Verteilungshierarchie und Rivalitäten gekommen. Bücherzuteilungen seien absteigend der Hierarchie approximativ an folgende Bibliotheken gegangen: „Staatliche Leninbibliothek der UdSSR“, „Staatliche Historische Bibliothek“, „Staatliche Polytechnische Bibliothek“, „Allunionsbibliothek für Fremdsprachige Literatur“ und „Staatliche Öffentliche Saltykow-Schtschedrin-Bibliothek“. Die Leiterin der „Allunionsbibliothek“, Frau Margarita Iwanowa Rudomino, habe aber beispielsweise für eine andere Verteilung plädiert. Laut Kolasa habe sie als stellvertretene Leiterin einer Trophäenkommission Museums- und Bibliotheksobjekte in Deutschland ausgewählt, die für ihre Bibliothek ausgesuchten Bücher jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt erhalten.

Kolasa ist der Ansicht, dass es auch Umverteilungen zwischen Bibliotheken gegeben habe, bei denen keine schriftliche Fixierung vorgenommen worden sei.

Die Bibliotheken hätten nach dem Eintreffen der „Trophäenliteratur“ abschließend eine Eingangsbestätigung und auch den teilweise angeforderten Bericht ausgestellt.

Gründe für die Konfiskation deutscher Bücher

Kolasa beschreibt jedoch nicht nur die Arbeit der diversen „Trophäenkommissionen“, sondern gibt auch eine Antwort auf die Frage, warum die Sowjetunion deutsche Kulturgüter vereinnahmte. Er verweist dabei auf ein Dokument mit der Überschrift „Auflistung einiger deutscher Bibliotheken, deren Bestände zweckmäßigerweise in die Verfügungsgewalt der UdSSR zu überführen sind, unabhängig von den Bücherreparationszahlungen Deutschlands an die Sowjetunion“ von Frau Rudomino, das sie gegen Ende des Jahres 1944 verfasst haben soll und demnach noch vor Kriegsende den zuständigen Regierungsstellen übermittelt werden konnte. Nach Kolasa bietet das Schriftstück, welches verschiedene deutsche Bibliotheken wie z.B. die „Bücherei des Außenpolitischen Schulungshauses der NSDAP“, die „Bücherei der Reichsführerschule der SA“, die „Deutsche Nationalbibliothek“ etc. mit Kurzangaben zum Bestand auflistet, interessante und wichtige Hinweise auf die oben genannte Fragestellung. Seiner Meinung nach sei es für Frau Rudomino nicht nur erstrebenswert gewesen, Ersatz für die Bibliotheksverluste zu besorgen, sondern die Bestände durch deutsche Bücher zu ergänzen. Seine Aus-

sage stützt er auf ein zweites Dokument, welches, so sagt schon der Titel, „Die relative Seltenheit der Inkunabeln und die Anzahl der Exemplare in deutschen Bibliotheken“ ermittelt.²⁷⁸ Diese sowie weitere Dokumente sind als Sammlung von Lehmann und Kolasa als Monographie unter dem Titel „Die Trophäenkommissionen der Roten Armee“ herausgegeben worden. Der Autor dieser Arbeit nahm in dieses Werk Einsicht und kann Kolasa in seiner Meinung nur beipflichten. Zudem bot das Schriftstück mit der Auflistung deutscher Bibliotheken ein interessantes Detail, das in Kapitel 5.1.1 noch einer Besprechung bedarf.

Kolasa kann seine Meinung durch eine weitere Archivale bekräftigen, dass genaue Auskunft darüber gibt, wie die „Bibliothek für Ausländische Literatur“ in ihrem Bestand durch deutsche Büchersendungen wachsen könne und dass diesbezüglich ein Umbau des Gebäudes von Nöten sei.

Er eruiert, dass man neben dem Ersatz für die erlittene Verluste, eine Schwächung der deutschen Wissenschaft und Wirtschaft angestrebt habe. Ersatz und Schwächung hätte größtenteils der Abtransport neuer wissenschaftlich-technischer Literatur erbracht, der wiederum eine Verbesserung der russischen Wissenschaft und somit auch der Wirtschaft zufolge gehabt hätte. Als Nebeneffekt seien dabei auch seltene und wertvolle Handschriften, Inkunabeln etc. aus Deutschland expediert worden.

Innerer Widerstreit zur Arbeit der Trophäenkommissionen habe bei den handelnden Personen nicht bestanden, führt Kolasa aus. Auch als die Masse an eintreffenden Büchern nicht mehr zu bewältigen gewesen sei, sei es zu keinem Gesinnungswandel gekommen, wohl aber zu Vorschlägen, wie man das Problem beseitigen könne. Der Autor adjudiziert in diesem Zusammenhang den Bibliothekaren ein gewisses Verantwortungsbewusstsein, das er an einem Bericht von Frau Rudomino an Regierungsstellen erkannt haben will. In diesem Schreiben macht Frau Rudomino auf die bestehenden Probleme aufmerksam und empfiehlt einige Lösungsvorschläge.²⁷⁹ Der Begriff „Verantwortung“ ist dabei sicher so zu verstehen, dass der bibliothekarische Ethos und die Mühe, Bestände gesichtet und ausgewählt zu haben, es den russischen Bibliothekaren wie Frau Rudomino verbot, diesen Büchermassen beim Verfall und Nichtgebrauch zuzusehen.

²⁷⁸ Vgl. Kolasa, Ingo: Sag mir wo die Bücher sind ... : ein Beitrag zu „Beutekultururgütern“ und „Trophäenkommissionen“. In: *ZfBB* 42 (1995) 4, S. 339–364, S. 341–349; Wie erwähnt sind die Dokumente abgedruckt bei Lehmann, Klaus-Dieter; Kolasa, Ingo (Hrsg.): Die Trophäenkommissionen der Roten Armee. Eine Dokumentensammlung zur Verschleppung von Büchern aus deutschen Bibliotheken. Frankfurt am Main: Klostermann, 1996 (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie/ Sonderheft; 64.1996), S. 33–251.

²⁷⁹ Vgl. ebd., S. 349 ff.

Dass diese vormals deutschen Privatpersonen oder Institutionen gehörten hatten, war ohne Belang.

Der Autor kann leider keine Auskunft darüber geben, ob die Lösungsvorschläge umgesetzt worden sind. Frau Rudomino sei jedoch später, so sollen Verwandte und Kollegen Kolasa berichtet haben, für die Rückgabe deutscher Bücherbestände gegenüber Regierungsstellen eingetreten. Dies habe jedoch zu keiner Abkehr von dem politischen Kurs geführt.

Was haben also die Regierungsstellen der Sowjetunion mit den Abtransporten bezweckt? fragt Kolasa. Die bearbeiteten Materialien sollen diesbezüglich einige Hinweise bereitgehalten haben. So sei es auf Befehl im Mai 1945 zum Abtransport französischer Archive des Geheimdienstes und des Innenministeriums und laut einem Bericht von Dezember 1945 zu der Beförderung von Archiven ausländischer Institutionen auf 44 Waggon gekommen.²⁸⁰ Diese Archive seien, so heißt es in dem letzten Schreiben, von „politischem, wissenschaftlich-historischem bzw. operativem Interesse“²⁸¹.

In einem weiteren Schreiben (März 1946) habe Kolasa die Direktive entdeckt, dass nur die Archive an Frankreich zu retournieren seien, für die die UdSSR keine Verwendung habe.

Der Autor hält sich mit einem Urteil sehr zurück, deutet aber an, dass die Abtransporte von tausenden deutscher Bücher nicht nur dem Verlustausgleich gedient haben können. Entgegen vielen Mitarbeitern der „Trophäenkommissionen“, die von Reparationen ausgegangen seien, habe die politische Führung andere Ziele verfolgt. Diese These sei ihm, so schreibt er selbst, in einem Gespräch mit den russischen Wissenschaftlern Grigorij Koslov und Konstantin Akinscha bestätigt worden. Koslov und Akinscha sei es möglich gewesen, die fehlenden Archivalien einzusehen, sodass die Richtigkeit seiner Ausarbeitungen letztlich als verifiziert angesehen werden könne.²⁸²

Diskussionen seit den 90er Jahren

Das Thema der Rückführung von kriegsbedingt verbrachtem Kulturgut erfährt heutzutage aufgrund solcher Erkenntnisse große Brisanz und ist daher nicht zu vernachlässigen. Viele Staaten, darunter auch Deutschland, wissen bzw. vermuten ihr Kulturgut in Russland oder einem der Nachfolgeländer der UdSSR. Maurus gibt in seinem Bericht

²⁸⁰ Vgl. ebd., S. 352 ff.

²⁸¹ Centralnyi Gosudarstvennyi Archiv Oktjab'rskoj Revoljucii (CGAOR) (Zentrales Staatliches Archiv der Oktoberrevolution): F. No. 5325, Op. No.10, Ed. Chr. 2148, L.L. 1–4, 5, 5a zit. n. Kolasa: Sag mir wo die Bücher sind ..., S. 354.

²⁸² Vgl. ebd., S. 354–356, 360 f.

„Grundlagen, Stand und Perspektiven deutscher Rückführungsverhandlungen zu kriegsbedingt verlagerten Kulturgütern mit Russland“ einen kurzen Überblick zu der Entwicklung. Dass die Bundesrepublik sich dafür einsetze, Kulturgut retourniert zu bekommen, liege an mehreren Gründen. Einen Grund sieht er in der „Verpflichtung zur Wahrung deutschen Kulturerbes“. Kulturgüter eines Herkunftslandes müssten in diesem zugänglich gemacht werden, denn diese würden eine Identifikation der dort lebenden Menschen mit ihrem Staat und ihrer Kultur erst ermöglichen. Desweiteren dürfe man den Raub von privatem und staatlichem Eigentum nicht zulassen. Maurus nennt eine Gesamtzahl von 4,6 Millionen Büchern, die noch vermisst würden. Russische Fachleute würden hingegen von ungefähr 12 Millionen verlagerten Büchern sprechen.²⁸³ In dem Spiegel-Artikel „Sollen sie Krieg führen“ aus dem Jahre 1993 findet sich sogar die Angabe von 15 Millionen Büchern.²⁸⁴ Für die Gespräche mit Russland, so Maurus, zeichne sich der „Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien“ (BKM) verantwortlich, für Gespräche mit anderen Staaten sei das „Auswärtige Amt“ zuständig. Eine Verpflichtung zur Rückgabe bestünde durch die allseits agnoszierten Normen des Völkerrechts, die beispielsweise in der HLKO von 1907 niedergeschrieben seien. Diese Normen seien auch die Basis des „deutsch-sowjetischen Nachbarschaftsvertrags“ von 1990 und des „Kulturabkommens“ von 1992.²⁸⁵

Lehmann datiert das „Kulturabkommen“ in seinem Aufsatz „Bücher als Kriegsgeiseln“ auf das Jahr 1991 und macht dabei auf das ein Jahr später stattgefundene Treffen deutscher und russischer Bibliothekare in Moskau aufmerksam. Dabei habe man in Form eines „Runden Tisches“ Gespräche bezüglich der Rückerstattung von Bibliotheksgut getätigt. Als Folge sei man übereingekommen, gemeinsam dieses Sujet aufzuarbeiten. Im Februar 1993 habe sich die deutsch-russische Regierungskommission instituiert, die auch drei deutsch-russische Fachgruppen für Bibliotheken, Museen und Archive inkludiert habe. Die Schirmherrschaft der „Fachgruppe Bibliotheken“ sei von Dieter Lehmann selbst und seinem russischen Kollegen Wladimir Saizew übernommen worden. Zudem hätten der Fachgruppe vier weitere deutsche (u.a. der hier oft zitierte Ingo

²⁸³ Vgl. Maurus, Wolfgang: Grundlagen, Stand und Perspektiven deutscher Rückführungsverhandlungen zu kriegsbedingt verlagerten Kulturgütern mit Russland. In: Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern. Kulturgutverluste, Provenienzforschung, Restitution : Sammlungsgut mit belasteter Herkunft in Museen, Bibliotheken und Archiven. München, Berlin: Dt. Kunstverlag, 2007 (MuseumsBausteine; 10), S. 53–55, hier: S. 53 ff.

²⁸⁴ Vgl. Der Spiegel (13.12.1993): *Sollen sie Krieg führen*. URL: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13693287.html> – Download vom 20.9.2012.

²⁸⁵ Vgl. Maurus: Grundlagen, Stand und Perspektiven deutscher Rückführungsverhandlungen zu kriegsbedingt verlagerten Kulturgütern mit Russland, S. 53.

Kolasa) und russische Fachleute angehört. Aufgrund eines Gesetzesentwurfs des russischen Parlaments (Duma) von Juli 1996, der die Anerkennung kriegsbedingt verbrachter Kulturgüter als legitimen Besitz Russlands vorgesehen habe, sei man von Seite der Fachgruppe entschlossen gewesen, dem Entwurf durch ein ausgearbeitetes Memorandum entgegenzuwirken. Dieses sei jedoch durch den russischen Föderationsrat abgelehnt worden.²⁸⁶

Obwohl die deutschen Bibliothekare ihre Unterstützung bei der Suche nach Kulturgütern und der Auswertung von Archivalien angeboten hätten, seien die Verhandlungen erlahmt. Den deutschen Fachleuten sei zwecks Nachforschung zu dem Verbleib von deutschem Kulturgut zwar zögerlich gewährt worden, in russische Dokumente Einsicht zu nehmen, dies werde allerdings durch gewisse Vorgaben wie z.B. der exakten Beschreibung einer Akte, Nennung von Kennzeichen und Signatur etc. beinahe unmöglich gemacht.²⁸⁷

Auch Kolasa bestätigt in seinem Bericht „Sag mir wo die Bücher sind ...“ ein gezieltes Desinteresse Russlands an der Aufarbeitung der eigenen Nachkriegsgeschichte und damit auch der Arbeiten der sowjetischen „Trophäenbrigaden“. Die UdSSR habe nicht nur stets geleugnet, dass deutsches Kulturgut expediert worden sei, sondern auch sämtliche versierten Personen gezwungen, über dieses Thema zu schweigen. Berichte von russischen Fachleuten aus der „Fachgruppe Bibliotheken“ hätten Empörungen in Russland zur Folge gehabt. Nicht nur große Teile der Bevölkerung sondern auch Teile des Föderationsrates und der Regierung seien der Überzeugung, das Kulturgut diene der Kompensation eigener Verluste und Schäden. Es habe zwar einmal den Versuch gegeben, sämtliche Kulturgüter an die DDR – als diese noch existierte – zu retournieren, dieser sei allerdings abgebrochen worden, nachdem man das Ausmaß und die dafür aufzuwendenden Mittel registriert habe. Kolasa erkennt in dem gescheiterten Versuch aus den 50er Jahren eindeutige Parallelen zu den schleppenden Verhandlungen des Jahres 1995.²⁸⁸

Doch nicht nur die „Fachgruppe Bibliotheken“ hatte Probleme mit der russischen Regierung. Streit soll es nach einem Spiegel-Artikel aus dem Jahre 1993 auch innerhalb der „Fachgruppe Museen“ gegeben haben. Der bereits erwähnte Kunsthistoriker Grigorij Koslov, welcher Ingo Kolasa in dessen Vermutungen über die Arbeit der „Trophäen-

²⁸⁶ Vgl. Lehmann; Kolasa: Die Trophäenkommissionen der Roten Armee. ..., S. 7 f.; Vgl. Lehmann, Klaus-Dieter: Bücher als Kriegsgeiseln. URL: http://bibliotheksdienst.zlb.de/1996/1996_08u09_Politik01.pdf – Download vom 20.9.2012.

²⁸⁷ Vgl. Lehmann; Kolasa: Die Trophäenkommissionen der Roten Armee. ..., S. 8 ff.

²⁸⁸ Vgl. Kolasa: Sag mir wo die Bücher sind ..., S. 340, 352 f.

brigaden“ bestätigt hat, habe seine Anstellung im Puschkin-Museum in Moskau verloren, da er das versteckt gehaltene Trojanische Gold in der kulturellen Institution offengelegt habe. Die Direktorin Irina Antonowa, ehemalige Majorin einer „Trophäenkommission“, weigere sich, deutsche Kulturgüter zurückzugeben und erweise sich als obstinate Opponentin.²⁸⁹

Der Autor dieser Arbeit möchte an dieser Stelle gerne auf den Filmbeitrag „Raubgut und Beutekunst“ (2007) von Carola Wedel für ZDF und 3sat hinweisen, der die Problematik des kriegsbedingt verlagerten Kulturgutes aufgreift und viele beteiligte Personen wie z.B. Dieter Lehmann, Irina Antonowa etc. zu Wort kommen lässt.²⁹⁰

War der Widerstand gegen die Forderungen deutscher Fachleute bereits im Jahre 1993 stark zu spüren, so sollte er sich in den kommenden Jahren weiter intensivieren. Wie Maurus beschreibt, habe ein Gesetz von 1998 sämtliches nach Russland verbrachtes Kulturgut als rechtmäßigen Besitz des Staates deklariert. Er titulierte es als „Beutekunst-Gesetz“, wogegen Deutschland protestierte. Ein russisches Gesetz könne bestehendes Völkerrecht nicht präterieren.²⁹¹

Dieses Gesetz, so schreiben Schnabel und Tatzkow, sei von dem ehemaligen Präsidenten Jelzin als verfassungswidrig bezeichnet worden und habe dadurch eine Bearbeitung durch den russischen Verfassungsgerichtshof erfahren. Dieser habe es, entgegen der Meinung Jelzins, nicht grundsätzlich, sondern nur in einigen wichtigen Punkten als verfassungswidrig bezeichnet und es am 25. Mai 2000 novelliert. Nur ein Jahr später sei eine Komplettierung bezüglich der Anwendung des Gesetzes erfolgt. Beide Autoren würden jedoch den Begriff „Beutekunst-Gesetz“ strikt ablehnen, da er in der Fachliteratur zwar oft gebraucht werde, das Gesetz aber als unbrauchbar denunziere. Sie erläutern das „Kulturgutgesetz II. Weltkrieg“, wobei sie u.a. fundamentale Inhalte erwähnen. Dazu gehöre die Kompensation für erlittene Verluste und die Möglichkeit anderer Staaten die Rückgabe von Kulturgut zu fordern.²⁹²

Wie jedoch in diesem Kapitel ersichtlich wurde, ist die Argumentation, Kulturgut als Ausgleich für erlittene Verluste zu behalten, nicht gänzlich überzeugend. Im Bezug auf Bibliotheksgut, konnte Kolasa den Nachweis erbringen, dass Bücher nicht nur zu Kompensationszwecken expediert worden sind.

²⁸⁹ Vgl. Der Spiegel: *Sollen sie Krieg führen*. (Webdokument).

²⁹⁰ Vgl. Wedel, Carola: *Raubgut und Beutekunst*. URL: <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/-hauptnavigation/startseite/#/beitrag/video/276254/Raubgut-und-Beutekunst> – Download vom 20.9.2012.

²⁹¹ Vgl. Maurus: Grundlagen, Stand und Perspektiven deutscher Rückführungsverhandlungen zu kriegsbedingt verlagerten Kulturgütern mit Russland, S. 54.

²⁹² Vgl. Schnabel; Tatzkow: *Nazi looted Art*. ..., S. 116 ff.

Ungeachtet der schwierigen Verhandlungssituation bemühe sich Deutschland, nach Maurus, um Kompromisslösungen. So habe man es geschafft, vereinzelte Restitutionen durchzuführen. Obwohl sich das meiste deutsche Kulturgut in Russland befinde, habe man es geschafft, mit sowjetischen Nachfolgestaaten Rückerstattungsverträge auszuhandeln. Es sei z.B. zu umfangreichen Bücherrückgaben aus Armenien, Aserbaidschan und Georgien gekommen. Die Zukunft werde zeigen, ob es zu weiteren Rückerstattungen kommen wird.²⁹³

Der Verfasser dieser Arbeit ist der Ansicht, dass Misstrauen und gegenseitige Vorwürfe in dieser Angelegenheit nicht zielführend sind. Es sollte eine Lösung angestrebt werden, die für beide Seiten vertretbar ist. Dennoch müssen beide Länder die von ihren Vorgängerstaaten verübten Raubzüge eingestehen und der Gegenseite bei der Aufarbeitung der Vergangenheit helfen. In dieser Hinsicht müsste zudem geklärt werden, wie die Restitution an die ursprünglichen Besitzer von konfisziertem Kulturgut bzw. deren Erben best- und schnellstmöglich zu realisieren ist. Denn trotz aller Streitigkeiten darf nicht vergessen werden, dass sich noch eine große Menge von Raubgut unter den Beständen in Deutschland und Russland befindet. Aufgrund nicht vorhandener Rückerstattungsgesetze in der sowjetischen Zone, konnten die „Trophäenkommissionen“ praktisch ungehindert Kulturgut für die Sowjetunion auswählen. Es darf davon ausgegangen werden, dass zu dieser Zeit noch von NS-Organisationen aus allen Ländern Europas akkumuliertes Kulturgut in Ostdeutschland gelagert war und somit neben deutschem Kulturgut expediert wurde. Den ehemaligen Besitzern oder ihren Erben war es demnach unmöglich, an ihr Eigentum zu gelangen. Dieses kann sich heutzutage in irgendwelchen Depots, in den Beständen von Museen, Sammlungen und Bibliotheken oder in Antiquariaten befinden. Weitere Aufenthaltsorte sind aufgrund der unübersichtlichen Verteilungsaktion in der ehemaligen Sowjetunion und der vergangenen Zeitspanne von über 50 Jahren möglich.

4. Implementierung der Restitutionsarbeit als bibliothekarisches Handlungsfeld und deren Institutionalisierung in den 90er Jahren

4.1 Die Washingtoner Konferenz (Dezember 1990)

Auf der „Washington Conference on Holocaust-Era Assets“, so der offizielle Titel, vom 30. November 1998 bis 3. Dezember 1998 kongregierten Delegationen von 44 Staaten und 13 nichtstaatlichen Organisationen, um das Sujet der Restitution von konfiszierten

²⁹³ Vgl. Maurus: Grundlagen, Stand und Perspektiven deutscher Rückführungsverhandlungen zu kriegsbedingt verlagerten Kulturgütern mit Russland, S. 54 f.

Kulturgütern aus der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft zu diskutieren. Von amerikanischer Seite sei dabei versucht worden, einen für alle Staaten rechtsverbindlichen Kriterienkatalog zu verabschieden, der aufgrund der unterschiedlichen Rechtssysteme jedoch gescheitert sei. Am 3. Dezember habe man sich jedoch auf 11, rechtlich nicht bindende, Grundsätze (Washington Principles) einigen können und diese sodann gemeinsam unterzeichnet. Laut Schnabel und Tatzkow seien einige unterzeichnende Staaten, darunter auch die deutsche Delegation, irrtümlich davon ausgegangen, dass die Unterzeichnung der Washingtoner Erklärung das Thema der Restitution beenden werde. Sie sei allerdings vielmehr der Impetus für die weitere Rückerstattungsentwicklung in den Teilnehmerstaaten gewesen.²⁹⁴

Im Folgenden soll ein kurzer Überblick über die 11 Grundsätze gegeben werden.

Zu Beginn der Erklärung verständigen sich die Teilnehmerstaaten der Konferenz darauf, die eigenen Rechtssysteme und Rechtsvorschriften eines jeden Landes anzuerkennen und eine von bindenden Gesetzen sich abgrenzende Einigung zur Lösung offener Fragen und Probleme bezüglich der Konfiskationen von NS-Institutionen zu erzielen.

Der Grundsatz 1 legt die Identifizierung eines jeden Kunstwerkes fest, das von den NS-Institutionen expropriert worden ist und noch keine Restitution erfahren hat.

Damit dies geschehen kann, beschließen der Grundsatz 2 und 3 die Öffnung der Archive und die Einsicht in die Dokumente, sowie die Bereitstellung von Mittel und Personal.

Der Grundsatz 4 kalkuliert mögliche Probleme bei der Recherche, wie die vergangene Zeit und fehlende Dokumente, ein und fordert deshalb, dem Anspruchsteller die Erbringung eines Nachweises zu erleichtern.

Nach Grundsatz 5 und 6 sind die Ergebnisse und Kunstwerke öffentlich zu machen, damit die Eigentümer bzw. Erben besser gefunden werden können. Dazu soll ein zentrales Register erstellt werden.

Der Grundsatz 7 verlangt die Ermutigung der Eigentümer bzw. Rechtsnachfolger Rückgabeforderungen anzumelden. Wenn der rechtmäßige Eigentümer oder sein Erbe gefunden wurde, muss eine „gerechte und faire Lösung“ angestrebt werden.

Diese soll, so der Grundsatz 8, schnell erfolgen, kann aber je nach Gegebenheit unterschiedlich ausfallen. Beispielsweise kann es zur Rückgabe kommen oder der rechtmäßige Besitzer bzw. Erbe erhält eine Geldzahlung.

Der sich anschließende Grundsatz 9 widmet sich dem Fall, dass der Eigentümer bzw. Erbe nicht ausfindig gemacht werden kann. So muss schnellstmöglich versucht werden,

²⁹⁴ Vgl. Schnabel; Tatzkow: Nazi looted Art. ..., S. 192 f.

eine geeignete Lösung zu finden. Eine Rückerstattung an eine Nachfolgeorganisation wäre hier denkbar.

Der Grundsatz 10 plädiert bei den über Restitutionen und Kunstwerke entscheidenden Kommissionen und Gremien für eine ausgeglichene Zusammensetzung. Dies erschließt sich aus der Angst vor möglichen subjektiven Entscheidungen, die den Antragstellern zum Nachteil gereichen könnten.

Der Grundsatz 11 empfiehlt den Staaten abschließend, eigene Rückerstattungsverfahren zu entwickeln, damit diese auf die unterschiedlichen Streitfragen vorbereitet sind.²⁹⁵

Obwohl die „Grundsätze der Washingtoner Konferenz in Bezug auf Kunstwerke, die von den Nationalsozialisten beschlagnahmt wurden“, so die vollständige Bezeichnung, kein bindendes Völkerrecht bilden, hat die Washingtoner Erklärung in vielen Staaten den Restitutionsprozess positiv beeinflusst und beschleunigt. Auch in Deutschland hat sie essenzielle Entwicklungen induziert, die in den nächsten Kapiteln Geltung erfahren sollen.

4.2 Die „Gemeinsame Erklärung“ der Kultusministerkonferenz (Dezember 1999)

Am 9. Dezember 1999 wurde auf der deutschen Kultusministerkonferenz die „Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zur Auf- und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes insbesondere aus jüdischem Besitz“ (im Weiteren „Gemeinsame Erklärung“) verabschiedet. Ausgehend von den bisherigen Restitutionsbemühungen, die durch die westlichen Alliierten eingeleitet und von Deutschland durch das BRüG, das BEG und nach der Wiedervereinigung durch das VermG und das NS-VEntschG weiter intensiviert wurden, bekräftigten die Kultusminister der Länder die Bereitschaft der Bundesrepublik, weiter nach NS-Raubgut zu suchen, dies wenn möglich zu restituieren oder aber eine angemessene Entschädigungslösung zu erzielen. Dies hatte Deutschland bereits auf der Washingtoner Konferenz signalisiert und mit der Unterzeichnung der Grundsätze bestätigt. Der Beschluss der Stiftung Preußischer Kulturbesitz vom 4. Juni 1999, welcher den Präsidenten zur Verhandlung mit den berechtigten Personen im Sinne gerechter Lösungen autorisierte, hatte ebenfalls zu dieser Entscheidung beigetragen.

²⁹⁵ Vgl. Lostart.de (Website): *Grundsätze der Washingtoner Konferenz in Bezug auf Kunstwerke, die von den Nationalsozialisten beschlagnahmt wurden (Washingtoner Principles)*. URL: <http://www.lostart.de/Webs/DE/Koordinierungsstelle/WashingtonerPrinzipien.html> – Download vom 22.9.2012; siehe ebenso Schnabel; Tatzkow: Nazi looted Art. ..., S. 194 f.

Die „Gemeinsame Erklärung“ wurde in vier Grundsätze verfasst. Neben der bereits erwähnten Fortsetzung der Restitution impliziert der erste Leitsatz die Prüfung bereits vollzogener Entschädigungen, um doppelte Schadensersatzleistungen auszuschließen. Ferner wird den Einrichtungen empfohlen, mit den rechtmäßigen Eigentümern bzw. Erben die volle Extension der Restitution oder der materiellen Entschädigung zu besprechen. Die öffentlichen Einrichtungen wie Museen, Archive und Bibliotheken werden in dem zweiten Leitsatz dazu aufgefordert, ihre bisher unternommenen Bemühungen bei der Suche und Rückgabe von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut fortzusetzen und sämtliche Informationen und Ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Hierbei muss jedoch gesagt werden, dass zumindest für den Bibliotheksbereich bis zu der Herausgabe der „Gemeinsamen Erklärung“ nur sehr bescheidene Untersuchungen angestellt worden sind. Laut Reifenberg habe die Staats- und Universitätsbibliothek Bremen im Jahre 1991 als erste und lange Zeit einzige Bibliothek Recherchemaßnahmen unternommen.²⁹⁶ Der dritte Leitsatz berichtet über den Implementierungsversuch eines Internet-Angebotes durch die Bundesregierung, Länder und kommunalen Spitzenverbände zur Arbeitsoptimierung für Einrichtungen, Nutzer und Öffentlichkeit. Durch gegenseitige Informationskumulation wird eine verbesserte Bearbeitung des Themas möglich. Der letzte Leitsatz appelliert an die öffentlichen und privatrechtlichen Einrichtungen sowie an Privatpersonen, die Grundsätze umzusetzen.²⁹⁷

Die Grundsätze sind ein Mahnruf; eine gesetzliche Verbindlichkeit liegt ihnen nicht zugrunde. Dennoch haben sie teilweise zu einem Umdenken in Bibliothekskreisen geführt und so den Restitutionsprozess weiter angetrieben.

4.3 Die „Handreichung“ (Februar 2001, überarbeitet November 2007)

Aufgrund der Veröffentlichung der „Gemeinsamen Erklärung“ vom Dezember 1999 regte der damalige Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) Michael Naumann an, ein rechtlich unverbindliches Arbeitspapier zur Umsetzung der Grundsätze zu erarbeiten. Das Papier mit dem Titel „Handreichung zur Umsetzung der „Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zur

²⁹⁶ Vgl. Reifenberg, Bernd: NS-Raubgut in deutschen Bibliotheken. In: Bertz, Inka (Hrsg.): Raub und Restitution ..., S. 157–160, 169–171, hier: S. 170.

²⁹⁷ Vgl. Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: *Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zu Aufindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes insbesondere aus jüdischem Besitz*. URL: http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/1999/1999_12_09-Aufindung-Rueckgabe-Kulturgutes.pdf – Download vom 24.9.2012.

Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz“ vom Dezember 1999“ (im weiteren „Handreichung“ genannt) wurde erstmals 2001 herausgegeben. Im Jahre 2007 wurde die „Handreichung“ unter der Schirmherrschaft des seit 2005 im Amt befindlichen BKM Bernd Neumann überarbeitet. An der 5. Auflage seien Vertreter der Länder sowie der kommunalen Spitzenverbände, Museumsfachleute und Vertreter des Bundes beteiligt gewesen. Die Zielstellung sei es gewesen, so steht es im Vorwort, „die vorhandenen Hilfen auf der Grundlage der Erfahrungen der letzten 10 Jahre praxisnäher, effektiver und friedensstiftend zu gestalten sowie Möglichkeiten für ‘gerechte und faire Lösungen‘ im Sinne der Washingtoner Konferenz von 1998 aufzuzeigen“²⁹⁸. Die Hilfestellung dient den Kulturgut bewahrenden Einrichtungen daher als Leitlinie, um NS-Raubgut aufzuspüren und Restitutionsmaßnahmen einzuleiten. Die Ergebnisse und Informationen sollen bestenfalls der Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste (KK) (s. Kapitel 4.6) zur Verfügung gestellt werden.

Im Jahre 2003 wurde eine „Beratende Kommission“ eingerichtet, die sowohl Antragsstellern, als auch Kulturgut Besitzenden zur Seite steht und zwischen den Parteien vermittelt. Die Geschäftsführung liegt bei der KK. Nach Absprache zwischen Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden auf der Kultusministerkonferenz vom 5.12.2002 bilden maximal acht Personen die Kommission. Die Mitglieder sind ehrenamtlich und werden von dem BKM, der Kultusministerkonferenz und den kommunalen Spitzenverbänden designiert.²⁹⁹

Die Einrichtungen sind in ihren Entscheidungen weiterhin selbstständig, können anhand der „Handreichung“ jedoch nützliche Hinweise erfahren. Die Hilfen sind bewusst allgemein gehalten, da in den Einrichtungen unterschiedliche Voraussetzungen bestehen und jeder Restitutionsfall einzigartig ist. Die „Handreichung“ kann daher auch durch neue Erkenntnisse und Praxiserfahrungen ergänzt werden.³⁰⁰

²⁹⁸ Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien: *Handreichung zur Umsetzung der „Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zur Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz“ vom Dezember 1999 (vom Februar 2001, überarbeitet im November 2007)*. URL: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/BKM/2009-03-26-handreichung-barrierefrei.pdf?__blob=publicationFile&v=2 – Download vom 25.9.2012, hier: S. 4.

²⁹⁹ Vgl. Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik: *Absprache zwischen Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden zur Einsetzung einer Beratenden Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturguts, insbesondere aus jüdischem Besitz 2002*. URL: http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2002/2002_12_05-Absprache-Kommission-Rueckgabe-Kulturgut.pdf – Download vom 25.9.2012.

³⁰⁰ Vgl. „Handreichung“ von November 2007, S.4 ff. (Webdokument).

4.4 Die Hannoverschen Symposien (2002–2011)

Durch die Veröffentlichung der Grundsätze der Washingtoner Erklärung, der „Gemeinsamen Erklärung“ und der „Handreichung“ nahm das Thema der Restitution immer stärkere Konturen an und wirkte so auf die kulturellen Institutionen ein.

Im deutschen Bibliothekswesen wurde erstmals im Jahre 2002 auf dem sogenannten „Hannoverschen Symposium“ über NS-Raubgut gemeinsam referiert und diskutiert. Der Einladung vom Niedersächsischen Landtag und der Niedersächsischen Landesbibliothek zum Thema „Jüdischer Buchbesitz als Beutegut“ seien rund 200 Teilnehmer gefolgt, darunter Bibliothekare, Historiker, Kulturschaffende, Studierende und interessierte Personen aus Deutschland und den Niederlanden. Anhand der Rechercheergebnisse der Niedersächsischen Landesbibliothek und weiterer Vorträge habe man auf die Problematik aufmerksam gemacht und versucht, den Teilnehmern die Dringlichkeit, eigene Recherchen durchzuführen, praktisch nahezu legen. Im Konsens habe die Ansicht bestanden, dass trotz der schwierigen Finanzlage Bibliotheken ihre Vergangenheit aufarbeiten und die Suche nach NS-Raubgut beginnen müssen. Dies habe schließlich zu der Formulierung des „Hannoverschen Appells“ geführt.³⁰¹ Der Appell umfasst die Aufforderung nach NS-Raubgut zu suchen, einen gegenseitigen Informationsaustausch zu betreiben, Fördermitteln einzuwerben, das Thema in die Curricula der Ausbildungsstätten aufzunehmen und Ergebnisse, Informationen etc. öffentlich zu machen.³⁰²

Wie Reifenberg (selbst Referent über die Recherchen Marburgs auf dem Symposium) in seinem Bericht „NS-Raubgut in deutschen Bibliotheken“ darstellt, sei die Universitätsbibliothek Marburg die einzige Bibliothek gewesen, die bis zu diesem Zeitpunkt ihre gesamten Zugänge in der Zeit von 1933 bis 1950 auf unrechtmäßige Erwerbungen durchgesehen habe. Er weist deutlich darauf hin, dass andere Bibliotheken und ihre Unterhaltsträger ähnliche Bemühungen hätten unternehmen können, wäre ihr Bestand nur einem prüfenden Blick unterzogen worden.³⁰³ Mit dem Hannoverschen Symposium war jedoch ein Anfang gemacht, den Restitutionsgedanken auch in Bibliothekskreise zu lenken. Bereits im November 2003 sei die Fortbildungsveranstaltung „NS-Raubgut und Restitution in Bibliotheken“ des Zentrums für Aus- und Fortbildung der Niedersächsi-

³⁰¹ Vgl. Drews, Joachim; Rabi, Ragnhild: Jüdischer Buchbesitz als Beutegut. NS-Kulturraub in deutschen Bibliotheken. Symposium im Niedersächsischen Landtag in Hannover am 14.11.2002. In: *Bibliotheksdienst* 37 (2003) 1, S. 70–76.

³⁰² Vgl. Teilnehmer des I. Hannoverschen Symposiums: *Hannoverscher Appel vom 14.11.2002*. URL: <http://www.akribie.org/berichte/Hannoverscher%20Appell.pdf> – Download vom 25.9.2012.

³⁰³ Vgl. Reifenberg: NS-Raubgut in deutschen Bibliotheken, S. 170 f.

schen Landesbibliothek ausgerichtet worden, die den Teilnehmern vermittelt habe, wie Raubgut aufzufinden sei.

Im Mai 2005 folgte schließlich das Zweite Hannoversche Symposium mit dem Titel „Jüdischer Buchbesitz als Raubgut“, an dem über 100 Fachleute aus neun Ländern teilgenommen haben sollen. Auf diesem sei es zu einem länderübergreifenden Austausch gekommen.

Im November 2007 wurde das Dritte Symposium wie sein Vorgänger zweitägig ausgetragen. Es firmierte unter dem Namen „NS-Raubgut in Bibliotheken. Suche. Ergebnisse. Perspektiven“ und habe nicht nur den Anspruch gehabt, die neusten Entwicklungen aufzuzeigen, sondern auch darüber zu diskutieren, inwiefern das Thema in den Ausbildungseinrichtungen gelehrt werde.³⁰⁴

Das bisher letzte Hannoversche Symposium fand unter dem Titel „NS-Raubgut in Museen, Bibliotheken und Archiven“ im Mai 2011 statt. Veranstalter waren die Niedersächsische Landesbibliothek, das Niedersächsische Landesmuseum und die Stiftung Bergen-Belsen. Neben den Präsentationen über die neuesten Entwicklungen sah das dreitägige Programm auch die Besprechung der Rolle des Antiquariatshandels und einen Besuch der Gedenkstätte Bergen-Belsen vor. Als Ergebnis der wissenschaftlichen Konferenz wurde ein „Offener Brief“ der 244 Teilnehmer erarbeitet, der dem Staatsminister für Kultur und Medien Bernd Neumann und der Niedersächsischen Ministerin für Wissenschaft und Kultur Professorin Dr. Johanna Wanka zugeleitet wurde. Darin machen die Unterzeichner auf die Bedeutung der Provenienzforschung aufmerksam und bitten um die weitere Etablierung durch materielle und mediale Unterstützung der Bundes- und Landespolitik und der Universitäten, sowie das Thema in die Curricula der Ausbildungsstätten einfließen zu lassen.³⁰⁵

Seit dem zweiten Symposium werden die Berichte und Ergebnisse jeder Veranstaltung in einem eigenen Tagungsband im Verlag Vittorio Klostermann veröffentlicht.

Für die Zukunft bleibt zu hoffen, dass die Hannoverschen Symposien weiter ausgerichtet werden. Für die Provenienzforschung in den einzelnen Bibliotheken sind sie ein wichtiger Baustein, um die eigene Arbeit in Quantität und Qualität optimieren zu können. Nur durch regen Informationsaustausch kann ein besseres Arbeitsergebnis für alle erzielt werden. Für Bibliotheken, die bisher keine Restitutionsprojekte durchgeführt

³⁰⁴ Vgl. Kandolf, Ulrich: *Drittes Hannoversches Symposium "NS-Raubgut in Bibliotheken. Suche. Ergebnisse. Perspektiven"*. URL: http://www.lostart.de/Webs/DE/Service/Forum/Eintrag.html?param=POST_ID%3D23730 – Download vom 26.9.2012.

³⁰⁵ Vgl. Teilnehmer des IV. Hannoverschen Symposiums: *Offener Brief*. URL: http://www.gwlb.de/projekte/ns-raubgut/Symposium_2011/offener_brief.pdf – Download vom 26.9.2012.

haben, stellen die Hannoverschen Symposien eine Antriebsmotivation dar, die nicht zu unterschätzen ist. Überdies haben die Symposien eine Signalwirkung auf die Öffentlichkeit, die das Thema deutlicher wahrnehmen und so die Notwendigkeit der Provenienzforschung erkennen kann.

4.5 Ein „Leitfaden für die Ermittlung von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut in Bibliotheken“ (März 2005)

Auf der Grundlage der im Jahr 2003 stattgefundenen Fortbildungsveranstaltung „NS-Raubgut und Restitution in Bibliotheken“ wurde zwei Jahre später der „Leitfaden für die Ermittlung von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut in Bibliotheken“ (folgend „Leitfaden“ genannt) von Veronica Albrink, Jürgen Babendreier und Bernd Reifenberg veröffentlicht.

Der Verfasser hat dem „Leitfaden“ in dieser Arbeit ein eigenes, kurzes Kapitel gewidmet, da er ihn als äußerst nützliches Instrumentarium bei der Suche nach NS-Raubgut erachtet. Auf 17 Seiten erläutert das Werk die Thematik und gibt praktische Hinweise zur Auffindung, Bearbeitung und Restitution von NS-Raubgut. Die verschiedenen Textteile sind knapp gehalten, besprechen die wesentlichen Punkte allerdings sehr verständlich und ausführlich genug, sodass auch Anfänger zum Thema schnell Zugang finden. Er besticht dabei durch seine praxisorientierten Beschreibungen und enthält viele wichtige Hinweise, die über ein Standardwerk hinausgehen. Die einzelnen Schwerpunkte des „Leitfadens“ sollen hier Erwähnung finden.

Nach einem Vorwort, das die Hintergründe des Sujets beschreibt, wird dem Leser ein Überblick vermittelt, welche Arten von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut es gibt (Beschlagnahmung, Enteignung, Notverkauf und Raubgut aus okkupierten Staaten).

Anschließend wird auf die Arbeit mit dem Akzessionsjournal eingegangen, wobei erklärt wird, wie es aufgebaut ist und welche Hinweise es bereithalten kann. Desweiteren werden auch andere Quellen wie z.B. Korrespondenzakten besprochen. Dies geschieht recht ausführlich und anschaulich, da es hier auf entscheidende Details ankommt. Oftmals geben Quellen bereits eine Richtung vor, die bei der Durchsicht des betreffenden Buches bestätigt werden kann.

An diesen Textteil schließt sich thematisch die Verzeichnung der Ergebnisse an. Sämtliche Daten und Informationen eines Buches, von Metadaten über mögliche Provenienzmerkmale bis hin zu der Abbildung dieser, sind in einer Datenbank

einzu pflegen, um den Nachweis zu sichern und dem Anspruch gerecht zu werden, die Ergebnisse anderen nach NS-Raubgut suchenden Bibliotheken und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Der letzte Schwerpunkt des „Leitfadens“ behandelt das Thema der Rückgabe. Hierzu werden nützliche Informationen gegeben, welche Quellen die Bibliothek bei der Recherche nach dem Vorbesitzer bzw. dem Erbnachfolger konsultieren kann. Um ein Buch oder gleich mehrere restituieren zu können, ist es dabei unerlässlich, die Umstände des Besitzwechsels zu rekapitulieren und die Rechtslage zu prüfen. Zu beiden Punkten wird ein Überblick gegeben.

Im Anhang befindet sich der „Hannoversche Appell“.³⁰⁶

Die hier nur grob beschriebenen Schwerpunkte des „Leitfadens“ werden in Kapitel 5.1.3.1 exemplifiziert. In diesem berichtet der Verfasser über seine eigenen praktischen Erfahrungen an der ULB Münster. Der „Leitfaden“ diene dabei als grundlegende Arbeitshilfe.

4.6 Die Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste in Magdeburg

Gemäß den Inhalten der „Gemeinsamen Erklärung“, die Suche nach NS-Raubgut zu intensivieren, dokumentieren und präsentieren, kommt die Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste in Magdeburg dieser Aufgabe nach.

Sie sei 1994 zuerst in Bremen von zehn Ländern instituiert worden und habe unter dem Titel „Koordinierungsstelle der Länder für die Rückführung von Kulturgütern“ firmiert. Ihre Aufgabe habe in der zentralen Erfassung von kriegsbedingt verbrachten Kulturgütern weniger Länder bestanden, schreibt der Leiter der Koordinierungsstelle Franz in seinem ZfBB Bericht „Bibliotheken, www.lostart.de und die Arbeit der Koordinierungsstelle Magdeburg“ (2011).³⁰⁷ Baresel-Brand fügt in einem eigenen Artikel hinzu, dass die öffentliche Einrichtung unter der Trägerschaft aller Länder im Jahre 1998 nach Magdeburg umgezogen und dort in das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt integriert worden sei. Im Jahr 2001 sei der Bund der Trägerschaft beigetreten, sodass die Koordinierungsstelle ab diesem Momentum hälftig von Bund und allen Ländern finanziert werde.³⁰⁸ Beide Autoren bescheinigen der Stelle durch die Umstrukturierung

³⁰⁶ Vgl. Albrink; Babendreier; Reifenberg: *Leitfaden für die Ermittlung von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut in deutschen Bibliotheken*, S. 1–20 (Webdokument).

³⁰⁷ Vgl. Franz, Michael: *Bibliotheken, www.lostart.de und die Arbeit der Koordinierungsstelle Magdeburg*. In: *ZfBB* 58 (2011) 2, S. 85–89, hier: S. 85.

³⁰⁸ Vgl. Baresel-Brand, Andrea: *Verantwortung wahrgenommen. Die Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste*. In: *Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern: Kulturgutverluste, Provenienzfor-*

eine Expansion ihres Aufgabenspektrums.³⁰⁹ Neben der Dokumentation von nationalen und internationalen Such- und Fundmeldungen zu NS-Raubgut und Beutekunst über das Internetangebot www.lostart.de werden Öffentlichkeitsarbeit betrieben und diverse Serviceinstrumente (Bücher, Checklisten, Beratung etc.) offeriert. Zudem bilde sie die Geschäftsstelle der „Beratenden Kommission“ und unterhalte die Bund-Länder-Website www.kulturgutschutz-deutschland.de. Franz berichtet weiter, dass Bundes- und Landesvertreter den Vorstand und das Kuratorium bilden würden. Einem im Jahr 2008 konstituierten Fachbeirat komme eine unterstützende Rolle bei der Arbeit der Koordinierungsstelle zuteil, um die Kooperation zwischen den Kulturgut bewahrenden Einrichtungen zu konsolidieren. Den Vorstand des Fachbeirats habe der Vizepräsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz inne. Neben diesem seien Vertreter aus Museen, Bibliotheken, Archiven und Verbänden (z.B. Deutscher Museumsverbund oder Arbeitskreis Provenienzforschung) involviert. Dem Fachbeirat gehören die Zentral- und Landesbibliothek Berlin und die Staats- und Staatsbibliothek Dresden als Mitglieder an. Darüber hinaus stünde man in regem Austausch mit der Arbeitsstelle für Provenienzforschung/ -forschung der Staatlichen Museen zu Berlin – Stiftung Preußischer Kulturbesitz (s. Kapitel 4.7).³¹⁰

Wie werden nun die Aufgabenfelder nach den Washingtoner Grundsätzen, der „Gemeinsamen Erklärung“ und der „Handreichung“ umgesetzt?

Zuerst soll das Internetangebot www.lostart.de betrachtet werden. Das Angebot besteht aus einer Website und einer Datenbank. Nach Hartmann sind beide Bestandteile ein Kooperationsprodukt aus der Arbeit der Koordinierungsstelle und dem Institut für Technische und Betriebliche Informationssysteme der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Habe die Vorgängerinstitution der Koordinierungsstelle Anfang der 90er Jahre lediglich Kulturgutverluste verzeichnet, sei mit der Umstrukturierung die Erfassung von NS-Raubgut hinzugekommen. Das Entwicklerteam habe bei der Realisierung des Projektes dabei vor der Aufgabe gestanden, verschiedenen Anforderungen gerecht zu werden. Diese gründen sich in den oben erwähnten offiziellen Erklärungen und Arbeitspapieren. Einerseits sei ein transparentes, der internationalen Öffentlichkeit zugängliches, Rechercheinstrument zu konzeptualisieren gewesen, dass einerseits Such- und Fundmeldungen verzeichnen könne andererseits aber personenbezogene Daten und

schung, Restitution : Sammlungsgut mit belasteter Herkunft in Museen, Bibliotheken und Archiven. München, Berlin: Dt. Kunstverlag, 2007 (MuseumsBausteine; 10), S. 59–66, hier: S. 60.

³⁰⁹ Vgl. Franz: Bibliotheken, www.lostart.de und die Arbeit der Koordinierungsstelle Magdeburg, S. 85; Vgl. Baresel-Brand: Verantwortung wahrgenommen. ..., S.60.

³¹⁰ Vgl. Franz: Bibliotheken, www.lostart.de und die Arbeit der Koordinierungsstelle Magdeburg, S. 85 f.

andere Informationen der Benutzer vertraulich behandle. Ferner habe man differenzierte, anwenderfreundliche Recherchemöglichkeiten entwickeln und eine optimale Auffindung und Darstellung gewährleisten müssen.³¹¹ Dies ist auf den Anspruch zurückzuführen, einen großen Benutzerkreis bedienen zu wollen. Neben Institutionen sollen auch Privatpersonen Ergebnisse und Informationen einpflegen und recherchieren können.

Die Datenbank ist daher in zwei Bereiche geteilt. Suchmeldungen stellen Einträge dar, die den Verlust von Kulturgütern verzeichnen. Sie können von Institutionen und Privatpersonen gesucht werden, bei denen der Bestand nicht in optima forma als Raubgut bzw. Beutegut ausgeschlossen werden kann. Fundmeldungen bilden den zweiten Bereich und dokumentieren Funde von Raub- oder Beutegut, sowie Meldungen über mögliche exproprierte oder kriegsbedingt verlagerte Objekte.

Dem Benutzer der Datenbank stehen für die Recherche die Funktionen der „Einfachen Suche“ und die der „Erweiterten Suche“ zur Verfügung. Bei beiden Varianten können Suchbegriffe mit dem Booleschen Operator „AND“ in dem Textfeld verknüpft werden, um so eine Verkleinerung der Treffermenge zu erhalten. Die Trunkierung wird durch Wildcards für das Ersetzen eines (?) oder mehrerer (*) Buchstaben ermöglicht. Die Tilde (~) am Ende eines Wortes unterstützt die diffuse Suche.

Die „Erweiterte Suche“ bietet neun verschiedene Rechercheoptionen. Es kann in den Feldern „Autor/ Ersteller/ Künstler“, „Titel/ Beschreibung/ Schlagworte“, „Datierung“, „Objektart“, „Material/ Technik“, „Provenienz/ Sammlung“, „Institution/ Person“, „Verlust/ Zugangsort“ und „Bereich“ gesucht werden. Das Feld „Objektart“ ist als Dropdown-Liste erstellt worden und ermöglicht die Auswahl eines Begriffs (z.B. Bucheinband), wobei mit „alle“ eine Vorauswahl getroffen wurde. In dem Feld „Bereich“ kann per Radiobutton differenziert werden, was gesucht werden soll. Es bestehen die Auswahlmöglichkeiten „Suchmeldungen“, „Fundmeldungen“ oder das vorausgewählte „alle“. Die anderen Optionen wurden ausschließlich als Textfeld eingerichtet.

Mit der „Erweiterten Suche“ hat der Benutzer die Gelegenheit, seine Suche durch differenzierte Eingaben zu präzisieren und so zu einer verkleinerten Treffermenge und einem schnelleren Ergebnis zu gelangen.

Eine dritte Recherchemöglichkeit bietet die „Schlagwortsuche“. Anhand einer Dropdown-Liste kann hier jeweils eine Objektart (z.B. Druckgrafik) ausgewählt werden.

³¹¹ Vgl. Hartmann, Uwe: Das Internetportal www.lostart.de – Ziele und Möglichkeiten. In: Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern: Kulturgutverluste, Provenienzforschung, Restitution. Sammlungsgut mit belasteter Herkunft in Museen, Bibliotheken und Archiven. München, Berlin: Dt. Kunstverlag, 2007 (MuseumsBausteine; 10), S. 67–77, hier: S. 67 f.

Klickt der Anwender nun auf „Suchen“, erscheinen in einer Liste verschiedene Vorschläge zu Oberbegriffen. Klickt er nun erneut auf „Suchen“ wird ihm bereits eine Treffermenge angezeigt, die er jedoch durch eine weitere Liste mit Unterbegriffen weiter einschränken kann. Die Treffermenge kann der Nutzer nach Belieben durchsehen oder lässt sich die Bilder der Treffer durch die Funktion des Buttons „Bildübersicht“ anzeigen. Da bei der „Schlagwortsuche“ jedoch keine Bücher als „Objektart“ ausgewählt werden können und die Liste im Vergleich zu der „Erweiterten Suche“ wesentlich kleiner ausfällt, verzichtet der Autor auf ein Beispiel.

Stattdessen soll eine Beispielrecherche bei der „Erweiterten Suche“ durchgeführt werden. Für diese hat der Autor in dem Feld „Objektart“ den Begriff „Buch“ ausgewählt. In das Textfeld „Provenienz/ Sammlung“ den Nachnamen „Goldmann“ und bei „Institution/ Person“ die „Zentral- und Landesbibliothek Berlin“ eingetragen. Danach hat er bestimmt, dass ihm sowohl Fund- als auch Suchmeldungen angezeigt werden sollen. Nach Absendung der Suchanfrage erschien genau ein Treffer (Fundmeldung). Dieser wird dem Nutzer in einer Kurzanzeige präsentiert, wobei die von ihm gesuchten Begriffe farbig markiert sind. Klickt er auf die Vollanzeige, erhält er neben den bibliographischen Daten des Buches z.B. noch Informationen zu der Signatur, der Provenienz und, da es sich um eine Fundmeldung handelt, den Angaben des Melders. Die Adressdaten der Bibliothek und der entsprechenden Ansprechpartner ermöglichen eine schnelle Kontaktaufnahme.

Der Suchvorgang und die Trefferanzeige für Such- oder Fundmeldungen laufen beinahe identisch ab. Eine Suchmeldung in der Vollansicht vermittelt dem Nutzer jedoch einige andere wichtige Hinweise wie z.B. die Verlustgeschichte des Objektes, sofern diese konstruiert werden konnte.

Oftmals sind in den Detailansichten beider Varianten einzelne Begriffe mit einem Hyperlink unterlegt, die dem Nutzer weitere Hintergründe zu einem Objekt liefern. Geschickt werden vorläufig sekundäre Informationen in den Hintergrund gerückt, damit die Trefferanzeige übersichtlich bleibt.

Sind zu einem Treffer Bilder in der Datenbank aufgenommen worden, werden diese als verkleinertes Vorschaubild bereits bei der Treffermenge angezeigt. In der Detailansicht können diese dann in einer größeren Auflösung betrachtet werden. Die visuelle Anreicherung ermöglicht den Abgleich von beispielsweise Stempeln und erleichtert die Provenienzrecherche somit eminent.

Weitere Funktionen der Datenbank sind ein „Melderverzeichnis/ Suche“ und ein „Melderverzeichnis/ Funde“. Beide Verzeichnisse sind zweigeteilt: zum einen in Institutionen des In- und Auslands, zum anderen in Privatpersonen. Die Verzeichnisse führen Angaben zu Such- oder Fundmeldungen, Adressdaten und Auslagerungsorten. Die Auslagerungsorte werden dabei mit den sie betreffenden Such- und Fundmeldungen verknüpft und in einem digitalen Kartendienst der bekanntesten Suchmaschine angezeigt. Diese Präsentation verhilft dem Anwender zu einer raschen geografischen Orientierung, ohne dass eine weitere Recherche nötig ist.

Die Verzeichnisse sind in einer Baumstruktur angelegt und können durch das „Aufblättern“ weiter spezifiziert werden. So führt z.B. der Pfad für den Bereich der Institutionen in Deutschland über die Bundesländer bis hin zu den einzelnen Institutionen. Der Bereich der Privatpersonen ist alphabetisch nach Nachnamen sortiert.

Der letzte Reiter „Objekte melden“ informiert, wie Institutionen und Privatpersonen Such- und Fundmeldungen aufgeben können und leitet in einem weiteren Schritt private Melder durch die Online-Formulare für Verlustmeldungen. Bei Fundmeldungen sollen sich Privatpersonen wie Institutionen (für beide Varianten) an die Adresse der Koordinierungsstelle wenden.

Wie Hartmann bereits im Jahre 2007 feststellte, machen die Suchmeldungen die Majorität der Einträge aus. Dies führt er auf die Tatsache zurück, dass Verluste in den Kulturgut bewahrenden Einrichtungen einige Jahre früher erfasst wurden und Institutionen wie Privatpersonen Verluste leichter melden, als eine unrechtmäßige Erwerbung zuzugeben.³¹² Der Leiter der Koordinierungsstelle kann allerdings die letzte Aussage aufgrund neuer Erkenntnisse etwas revidieren.

Franz expliziert in seiner E-Mail vom 1. Oktober 2012, dass die Datenbank im Jahr 2012 Meldungen „von ca. 1.400 natürlichen und juristischen Personen des In- und Auslands [...] zu ca. 140.000 detailliert und mehreren Millionen summarisch (bspw. „eine Kiste Bücher“ oder „drei Regalmeter Archivalien“) beschriebenen Kulturgütern“ verzeichnet.³¹³ Im Vergleich zu den Angaben aus seinem Bericht aus dem Jahr 2011 sind dies bereits 300 Melder und rund 18.000 detaillierte Verzeichnungen mehr. Auf Nachfrage teilte er dem Autor telefonisch mit, dass diese kontinuierliche Steigerung auf eine wachsende Bereitschaft zurückzuführen sei. Besonders anhand der gestiegenen Anzahl an privaten Meldern, die eigentlich am wenigsten von der „Gemeinsamen Erklärung“

³¹² Vgl. ebd., S. 70.

³¹³ Franz 1.10.2012 (E-Mail-Auskunft, s. Anhang).

etc. tangiert und dennoch ihre Erbschaften und Sammlungen nach NS-Raubgut überprüfen würden, sei dies ersichtlich.³¹⁴ Dementsprechend werden beide Bereiche für NS-Raub- und Beutegut stärker genutzt. Dieses Ergebnis lässt auf eine positive Bewusstseinsveränderung gegenüber dem Sujet schließen und verdeutlicht die Wichtigkeit dokumentarischer Aufarbeitung und Informationsvermittlung (z.B. Veranstaltungen) durch die Koordinierungsstelle.

Franz enumeriert in seinem ZfBB Bericht insgesamt 15 deutsche Bibliotheken, die Suchmeldungen über Verluste angegeben hätten und neun Bibliotheken mit Fundmeldungen von NS-Raubgut. Zudem weise die Datenbank Meldungen aus dem Ausland wie beispielsweise England, Frankreich, Finnland, Österreich und den USA nach. Datenbankkooperationen, bei denen Datenbestände ausländischer Bibliotheken in www.lostart.de integriert worden seien, habe man bisher mit der Ukraine und Österreich eingehen können. Die wichtigsten Texte seien neben Deutsch auch in Englisch und Russisch verfügbar. Die weitere Progression der Datenbank und die internationale Vernetzung werde nach Franz zukünftig weiter intensiviert.³¹⁵

Der Verfasser dieser Arbeit sieht in der Datenbank ein hervorragendes Instrumentarium, das sowohl Suchende als auch Finder von NS-verfolgungsbedingt entzogenem und kriegsbedingt verlagertem Kulturgut zusammenführt. Die von Franz erwähnte Entwicklung ist nur wünschenswert, da durch nationalen und internationalen Austausch eine Aufarbeitung der nationalsozialistischen Kulturgutraubzüge enorm verbessert wird.

Optimierungspotenzial sieht der Verfasser in der Hilfefunktion. Diese könnte umfangreicher gestaltet sein z.B. durch Erklärungstexte zu den einzelnen Rechercheoptionen oder einer Beispielsuche. Im Hinblick auf den großen Adressatenkreis der neben Fachleuten auch unerfahrene Anwender impliziert, könnte sich dies als vorteilhaft erweisen. Neben der Datenbank sollen nun auch die weiteren Serviceinstrumente betrachtet werden.

Die Koordinierungsstelle nimmt die Aufgabe der Dokumentation auch in einer von ihr herausgegebenen Veröffentlichungsreihe wahr. Von insgesamt acht bisher publizierten Bänden, finden sich in fünf davon auch Berichte aus Bibliotheken. Jeder Band behandelt einen anderen Schwerpunkt.

Neben den Büchern werden Checklisten herausgegeben. Diese können auf der Website kostenlos heruntergeladen werden. Für Bibliotheken sind hierbei die Checklisten „Pro-

³¹⁴ Vgl. Franz 1.10.2012 (Telefonat, s. Anhang).

³¹⁵ Vgl. Franz: Bibliotheken, www.lostart.de und die Arbeit der Koordinierungsstelle Magdeburg, S. 87.

venienzrecherche“ und „Beutekunst“ interessant, die über das Ziel der Restitution, die Hinweise zur Auffindung von Raub- und Beutegut und das Meldeverfahren bei der Koordinierungsstelle informieren. Zudem sind Checklisten entwickelt worden, „die den kulturgutbewahrenden Einrichtungen eine erste praktische Orientierung in dem diffizilen Feld ethisch verantwortungsvollen Handelns und damit verbundener konkreter Empfehlungen geben soll“³¹⁶.

Zusätzlich finden Veranstaltungen statt, die gemeinsam mit den Ländern organisiert werden. Die Vermittlung neuer Erkenntnisse aus den einzelnen Einrichtungen und die Verbreitung der politischen Appelle zur Suche und Restitution von NS-Raubgut stehen dabei im Fokus, schreibt Baresel-Brand. Dabei kläre die Koordinierungsstelle über ihre Arbeit auf und eröffne das Anmeldeverfahren von Such- und Fundmeldungen.³¹⁷ Im Jahr 2008 habe man beispielsweise die internationale Tagung „Verantwortung wahrnehmen – NS-Raubkunst – Eine Herausforderung an Museen, Bibliotheken und Archive“ veranstaltet, die durch die Stiftung Preußischer Kulturbesitz und den BKM finanziert worden sei. Desweiteren habe man im September 2010 gemeinsam mit der Initiative Fortbildung für wissenschaftliche Spezialbibliotheken und verwandten Einrichtungen e.V. und der Zentral- und Landesbibliothek Berlin eine Tagung zu NS-Raubgut in Bibliotheken und Archiven durchgeführt.

Der Gedanke der Restitution von NS-Raubgut kann so auf direktem Weg an die Teilnehmer der Versammlungen weitergegeben werden.

Wie bereits in Kapitel 4.3 erwähnt, liegt die Geschäftsstelle der „Beratenen Kommission“ bei der KK. Die Kommission fungiere als Mediatorin und gebe Empfehlungen heraus, wenn beide streitenden Parteien die Hilfe in Anspruch nehmen würden, berichtet Franz weiter.³¹⁸ Auf www.lostart.de kann der interessierte Leser sich genau über jede bereits gegebene Empfehlung detailliert informieren.³¹⁹

Die Website bietet darüber hinaus weitere Informationsangebote: Unter dem Reiter „Aktuelles“ werden Berichte über neuere Entwicklungen, Terminveranstaltungen, Restitutionserfolge etc. eingestellt. Zudem findet der Besucher unter „Service“ ein Forum, die Möglichkeit zur Inskription in eine Mailingliste, einen Warenkorb zur Erwerbung der Publikationsbände oder den kostenlosen Downloadbereich.

³¹⁶ Ebd., S. 88.

³¹⁷ Vgl. Baresel-Brand: Verantwortung wahrgenommen. ..., S. 62.

³¹⁸ Vgl. Franz: Bibliotheken, www.lostart.de und die Arbeit der Koordinierungsstelle Magdeburg, S. 88 f.

³¹⁹ Vgl. Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste in Magdeburg (Website): *Beratene Kommission*. URL: <http://www.lostart.de/Web/DE/Kommission/Index.html> – Download vom 1.10.2012.

Ein neues Aufgabenfeld stellt die Website www.kulturgutschutz-deutschland.de dar. Diese Website verzeichne nach Franz national wertvolles Kulturgut, Kontaktdaten der Ansprechpartner, rechtliche Grundlagen etc. und verdeutliche damit die Bedeutung des in- und ausländischen Kulturgutschutz. Die Schaffung von Transparenz für die Weltöffentlichkeit sei auch hier ein großes Anliegen.

Mit dem Angebot werde ein entscheidender Beitrag Deutschlands zur Bekämpfung des illegalen Kulturgüterhandels geleistet. Die Website und die dazugehörige Datenbank sei 2010 online zugänglich gemacht worden, wobei die Fachadministration bei der KK liege.³²⁰ Dieses Angebot, das an dieser Stelle nur kurz angerissen werden kann, hat insofern einen positiven Einfluss auf das Thema Auffindung und Restitution von NS-Raubgut, als dass es die Sinne des Kunsthandels wie auch der Öffentlichkeit als potentielle Kunden sensibilisiert. Die Möglichkeit, dass mit dem Verkauf von NS-Raubgut weiter Gewinn erzielt wird, wird somit eingeschränkt.

Die Arbeit der Koordinierungsstelle hat großen Anteil an der, gewiss nur in einem begrenzten Rahmen möglichen, Kompensation von NS-Unrecht. Die seelischen und körperlichen Repressalien der Opfer sind nicht wiedergutzumachen, doch es wäre falsch, die wenigen Gelegenheiten, die sich bieten, verstreichen zu lassen. Es ist daher zu hoffen, dass in Zukunft mehr Bibliotheken den Mut haben, unrechtmäßige Erwerbungen und Verlustmeldungen in der Datenbank zu verzeichnen und damit dem Entwicklungsprozess weiteren Auftrieb zu geben. Dies betrifft auch die Kooperation mit Kulturgut bewahrenden Institutionen des Auslands. Die gemeinsame Arbeit würde, so ist der Autor dieser Arbeit sich sicher, die interterritorialen Beziehungen stetig verbessern und zur Beseitigung bestehender Ressentiments beitragen.

4.7 Die Arbeitsstelle für Provenienzforschung/ -forschung in Berlin

Die Arbeitsstelle für Provenienzforschung/ -forschung (AfP) ist am Institut für Museumsforschung der Staatlichen Museen zu Berlin – Stiftung Preußischer Kulturbesitz angesiedelt und existiert seit Juli 2008. Ihre Aufgabe ist es, Museen, Bibliotheken, Archiven und anderen deutschen öffentlichen Kulturgut bewahrenden Institutionen bei der Suche nach NS-Raubgut behilflich zu sein und eine Restitution zu ermöglichen. Dies geschieht durch die Vergabe von Fördermitteln und die fachliche Unterstützung bei Fragestellungen.

³²⁰ Vgl. ebd., S. 89.

Ihrer Gründung vorausgegangen sei der Beschluss der vom BKM instruierten Arbeitsgruppe zu Restitutionsfragen vom 13. November 2007 und habe in nuce die Verbesserung der Provenienzforschung bezüglich der Restitution vorgesehen, berichtet Hartmann in seinem Beitrag „Verbesserte Rahmenbedingungen für die Suche nach NS-Raubgut in deutschen öffentlichen Sammlungen“ (Bibliothek: Forschung und Praxis, Vol. 34, S. 47–50). Neben der Überarbeitung der „Handreichung“ (s. Kapitel 4.3) habe man expliziert, finanzielle Mittel aus dem Haushalt des BKM zur Durchführung von Projekten bereitstellen und die AfP bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) einrichten zu wollen. Im Juli 2008 sei die Arbeit begonnen worden. Unterhalten werde die AfP durch die Kulturstiftung der Länder, welche 200.000 Euro jährlich zur Verfügung stelle.³²¹

Aus dem Haushalt des BKM ging der AfP jedes Jahr eine Förderung von einer Millionen Euro zu, bis Bernd Neumann in einer Pressemitteilung vom 2.12.2012 verkünden ließ, die Unterstützung auf zwei Millionen Euro pro Jahr zu verdoppeln. Besonders kleinere und mittlere Einrichtungen, so heißt es in dem Kommuniké, sollen von der Erhöhung profitieren.³²²

Nach Hartmann werden einzelfallbezogene Rechercheprojekte und die systematische Überprüfung von Sammlungskonvoluten oder Gesamtbeständen unterstützt. Ferner sei die Förderung von Rechtsgutachten oder die Aufarbeitung von Einzelfällen durch Juristen möglich. Die Fördermittel könne man für Werkverträge oder auch als Personal- oder Sachmittel vergeben. Antragsberechtigt seien gemäß der „Gemeinsamen Erklärung“ (s. Kapitel 4.2) alle öffentlich geführten Institutionen. Bis zum 1. März oder zum 1. September können die Einrichtungen Anträge für umfangreiche Rechercheprojekte einreichen. Die Projekte würden jedoch nicht ganz finanziert, sondern müssten von den Antragsstellern mitfinanziert werden. Der von der Institution zu erbringende Anteil sei jedoch nicht festgelegt.³²³ Auf der Website findet sich der Hinweis, dass diese Projekte bis zu einer Laufzeit von 24 Monaten unterstützt würden, eine Verlängerung um ergän-

³²¹ Vgl. Hartmann, Uwe: Verbesserte Rahmenbedingungen für die Suche nach NS-Raubgut in deutschen öffentlichen Sammlungen. In: *Bibliothek: Forschung und Praxis* 34 (2010) 1, S. 47–50, S. 47.

³²² Vgl. Arbeitsstelle für Provenienzforschung/ -forschung: *Vergaberichtlinien und Bewilligungsgrundsätze* (Auszug). URL: <http://www.arbeitsstelle-provenienzforschung.de/index.php/formulare-und-antraege/vergaberichtlinien> – Download vom 3.10.2012; Vgl. Arbeitsstelle für Provenienzforschung/ -forschung Berlin (Website): Kulturstatsminister Bernd Neumann (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Pressemitteilung: 445): *Mittel für die Provenienzforschung werden verdoppelt – kleinere Einrichtungen sollen gestärkt werden*. URL: <http://www.arbeitsstelle-provenienzforschung.de/index.php/-presse-mitteilungen/pressemitteilungen-afp-bkm/83-mittel-werden-verdoppelt> – Download vom 20.1.2013.

³²³ Vgl. Hartmann, Uwe: Verbesserte Rahmenbedingungen für die Suche nach NS-Raubgut in deutschen öffentlichen Sammlungen, S. 48.

zende 12 Monate jedoch möglich sei.³²⁴ Ein Beirat bestehend aus 11 Personen, vom BKM zusammen mit der Generalsekretärin der Kulturstiftung der Länder und dem Präsidenten der SPK für drei Jahre berufen, habe für die AfP eine beratende Funktion und entscheide über die Bewilligung der Anträge.³²⁵

Für Projekte mit kurzfristigem Recherchebedarf könne die AfP die Einrichtungen mit bis zu 15.000 Euro bezuschussen. Eine Vollförderung sei aber möglich, heißt es auf der Website weiter. Dieselben Grundsätze bestünden auch für Anträge auf die Erstellung von Rechtsgutachten oder juristischen Aufarbeitungen.³²⁶

Die Mitarbeiter und die Website liefern darüber hinaus wichtige Informationen zur Antragsstellung, Bewilligungsverfahren, Vorbereitung und Durchführung eines Projektes und der angemessenen Dokumentation. Der interessierte Besucher kann so beispielsweise auf der Website unter dem Reiter „Projekte“ die bisher geleisteten oder noch laufenden Unterstützungen (Stand November 2011) disjunkt nach Einrichtung einsehen. Nach den Museen (46 Beiträge) sind die Bibliotheken (15 Beiträge) die zweitgrößte Gruppe. Es folgen die Archive (5 Beiträge), Institute (2 Beiträge) und Sonstige (1 Beitrag).³²⁷

Hartmann kann konstatieren, dass bis zum April 2011 insgesamt 84 Anträge auf Förderung eingereicht worden seien, von denen man 59 stattgegeben habe. Davon seien allein im zweiten Jahr der Tätigkeit 68 Anträge gestellt worden, sodass er einen erheblichen Anstieg gegenüber dem Vorjahr habe verzeichnen können.³²⁸ Auf schriftliche Nachfrage des Autors konnte Hartmann die Anzahl für gestellte Anträge auf 184 (140 zu langfristigen, 43 zu kurzfristigen Projekten und einer zur Erstellung von Rechtsgutachten) und für bewilligte Förderungen auf insgesamt 134 (= 72,83 Prozent; 100 langfristige, 34 kurzfristige Projekte und kein Projekt zur Erstellung von Rechtsgutachten) beziffern. Weitere Anträge seien zur zweiten Antragsfrist (1. Oktober) gestellt worden, Zahlen und Namen würden jedoch erst nach der Beiratssitzung am 15. November veröffentlicht.³²⁹

³²⁴ Vgl. Arbeitsstelle für Provenienzforschung Berlin (Website): *Vergaberichtlinien und Bewilligungsgrundsätze (Auszug)*. (Webdokument).

³²⁵ Vgl. Arbeitsstelle für Provenienzforschung Berlin (Website): *Beirat*. URL: <http://www.arbeitsstelle-provenienzforschung.de/index.php/ueber-uns/beirat> – Download vom 3.10.2012.

³²⁶ Vgl. ebd.: *Vergaberichtlinien und Bewilligungsgrundsätze (Auszug)*. (Webdokument).

³²⁷ Vgl. ebd.: *Projekte: Stand November 2011*. URL: <http://www.arbeitsstelle-provenienzforschung.de/index.php/projekte> – Download vom 3.10.2012.

³²⁸ Vgl. Hartmann: *Verbesserte Rahmenbedingungen für die Suche nach NS-Raubgut in deutschen öffentlichen Sammlungen*, S. 49.

³²⁹ Vgl. Hartmann 2.10.2012 (E-Mail-Auskunft, s. Anhang).

Im Bericht spricht Hartmann noch von 15 Bibliotheken, von denen 11 eine langfristige und 4 eine kurzfristige Unterstützung erhalten hätten.³³⁰ Auch diese Anzahl hat sich auf 18 erhöht. Man könne zwar nicht von einer enormen Steigerung sprechen, doch die Zahlen seien konstant. Steigerungspotenzial sei definitiv vorhanden. Entgegen den Museen habe sich auch noch keine öffentliche Bibliothek unter den Antragstellern befunden.³³¹

Alle Bibliotheken, die Fördermittel erhalten, seien verpflichtet, ihre Ergebnisse zu dokumentieren und zu veröffentlichen. Dabei bestünde eine Kooperation mit der Koordinierungsstelle in Magdeburg, denn jedes Buch, bei dem während der Projektzeit der Rechtsnachfolger nicht herausgefunden werden könne, müsse in www.lostart.de verzeichnet werden.

In seinem Bericht weist Hartmann abschließend explizit auf den Arbeitsumfang der AfP hin, der sich nicht nur auf die Antragsbearbeitung und Mittelzuweisung beschränke, sondern durch die Dokumentation die nach NS-Raubgut suchenden Einrichtungen unterstützen möchte.³³² Hartmann erklärte, dass die Dokumentation auf der Website verstärkt ausgebaut werden soll. Desweiteren implementiere man eine webbasierte Plattform (nur für die Provenienzforschung zugänglich) mit „Projekträumen“, in denen die Einrichtungen „Livedokumentationen“ einpflegen können.

Die Herausgabe einer Publikationsreihe werde momentan diskutiert.³³³

Die AfP stellt somit eine unerlässliche Hilfe für die nach NS-Raubgut suchenden Kultureinrichtungen dar. Ohne sie würden weit weniger Bibliotheken Provenienzforschung betreiben können, da in Zeiten geringer Finanzmittel die Gelder genau eingeteilt werden und solche Projekte aller Wahrscheinlichkeit nach nicht unterstützt würden.

Doch nicht nur die Bibliotheken stehen in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis. Die Unterhaltung der AfP ist nur dank der Kulturstiftung der Länder und den Fördermitteln aus dem Haushalt des BKM möglich. Würden diese Förderungen eingeschränkt, hätte dies für die Provenienzforschung schwere Folgen. Dank dem Beschluss des BKM Bernd Neumann zur Erhöhung des Etats von einer auf zwei Millionen Euro besteht jedoch die Chance, die Suche nach NS-Raubgut in Zukunft weiter zu forcieren.

³³⁰ Vgl. Hartmann: Verbesserte Rahmenbedingungen für die Suche nach NS-Raubgut in deutschen öffentlichen Sammlungen, S. 49.

³³¹ Vgl. Hartmann 2.10.2012 (E-Mail-Auskunft, s. Anhang).

³³² Vgl. Hartmann: Verbesserte Rahmenbedingungen für die Suche nach NS-Raubgut in deutschen öffentlichen Sammlungen, S. 50.

³³³ Vgl. Hartmann 2.10.2012 (E-Mail-Auskunft, s. Anhang).

4.8 Verantwortung und Chancen

Das Ausmaß des nationalsozialistischen Terrors gegen Millionen von Menschen, die aus rassistischen, politischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen kollektiv verfolgt, ausgebeutet und ermordet wurden, hat bis in die heutige Zeit seine Spuren hinterlassen. Tausende Menschen leiden noch immer unter den Folgen der Diktatur und den Auswirkungen des Krieges. Viele sind krank, allein und verarmt. Diese Menschen sind auf Unterstützung z.B. von Hilfsorganisationen angewiesen. Die Jewish Claims Conference hat nach eigener Aussage beispielsweise im Jahr 2009 ca. 127 Millionen Euro für Sozialdienste (häusliche Betreuung, medizinische Dienstleistungen, Lebensmittelprogramme etc.) in 43 Ländern aufgebracht.³³⁴ Allein die Höhe dieses Betrags verdeutlicht, wie groß der Bedarf ist, diesen Menschen zu helfen.

Die Schäden an Leben, Körper, Geist, Gesundheit und Vermögen sind so vielfältig, unzählbar und exorbitant, dass es heute unmöglich ist, die Geschichte eines jeden Opfers zu reprimieren.

Wie schwer muss das Leben für diese Menschen damals gewesen sein? Wie groß muss die Angst und Verzweiflung gewesen sein, die sich mit jedem Jahr der nationalsozialistischen Diktatur durch immer neue Gesetze und Repressalien potenzierte? Welche Qualen und Einschränkungen mussten die Menschen täglich erleben?

Durch Verordnungen, gesonderte Ausweise und später durch das Stigma des Judentums als „minderwertig“ diffamiert, wurden deutsche Juden aus der Gesellschaft exkludiert, obwohl viele in diesem Land aufgewachsen waren und sich als Deutsche fühlten. Dass 100.000 deutsche Juden im ersten Weltkrieg noch für Deutschland gekämpft hatten und 12.000 dabei starben, hielt die NS-Machthaber nicht lange davon ab, auch diese Menschen zu verfolgen.³³⁵ Die Verfolgung beschränkte sich jedoch nicht nur auf die Juden innerhalb und außerhalb Deutschlands. Neben den Juden richtete sich die Hetze auch gegen viele andere Gruppen der in- und ausländischen Bevölkerung, wie Freimaurer, Sinti und Roma, Behinderte, Slawen etc.

Oftmals ist es heutzutage schwer, die damalige Zeit nachzuvollziehen, doch in Gesprächen mit Betroffenen oder durch die Beschäftigung mit der Geschichte lässt sich das Leid besser erfahren.

³³⁴ Claims Conference (Website): *Projektförderung*. URL: <http://www.claims-conference.de/-projektfoerderung/> – Download vom 7.10.2012.

³³⁵ Vgl. Jüdisches Museum Berlin (Website): *Ordenssammlung von Max Haller*. URL: <http://www.jmberlin.de/main/DE/03-Sammlung-und-Forschung/00-LPdetails/haller-orden-content.php?-slide=2> – Download vom 7.10.2012.

Die Verbrechen ungeschehen zu machen, ist nicht möglich. All die erlittenen Schäden sind durch nichts zu kompensieren. Ein ausgelöschtes Leben kann nicht durch Geld nivelliert werden und zugefügtes Leid, ob in physischer oder psychischer Form, ist nicht messbar. Was kann also getan werden, um dem begangenen Unrecht entgegenzuwirken, wenn doch die Möglichkeiten stark begrenzt sind?

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich, beeinflusst auch durch die Westalliierten und jüdischen Organisationen in den Nachkriegsjahren, dazu entschlossen, durch die in Kapitel 3 vorgestellten Maßnahmen den Opfern nationalsozialistischer Verbrechen, Schadensersatz zu leisten. Die Wiedergutmachung kann entweder durch die Naturalrestitution oder durch eine Geldleistung erfolgen. Wenn möglich, werden so feststellbare Vermögenswerte rückerstattet oder Entschädigungsleistungen wie Renten, Krankenversicherung und Abfindungen gezahlt.³³⁶

Der Gebrauch solcher Begriffe wie „Wiedergutmachung“ ist ein strittiges Feld und hat in dieser Arbeit bereits Erwähnung gefunden (Kapitel 3.4). Der Verfasser verwendet ihn, da der Terminus sich nicht nur in der Fachliteratur durchgesetzt hat, sondern auch aus Ermangelung eines die Thematik besser umschreibenden Begriffs.

Auch wurde bereits mehrmals auf das Problem hingewiesen, dass man die infernalischen Verbrechen nicht wiedergutmachen kann. Diese Betonung ist wichtig und muss stets präsent sein.

Hockerts setzt sich in seinem Bericht „Wiedergutmachung in Germany: Balancing Historical Accounts 1945–2000“ differenziert mit dem Terminus auseinander und soll daher an dieser Stelle ebenfalls Geltung erfahren. Er hält die Gegenargumente der Verwendung des Wortes für schlüssig, verweist jedoch auf die Definition des Wortes „gutmachen“ im Grimm’schen Wörterbuch. Dort würde es mit den Begriffen „ersetzen“, „bezahlen“ und „sühnen“ erklärt. Die Befürworter in Nachkriegsdeutschland hätten die „Wiedergutmachung“ als moralische Pflicht und als Sühneleistung verstanden; es sei nicht um Schadenskompensation gegangen. Man habe einen, wenn auch nur in begrenztem Maße möglichen, Beitrag zur Linderung der Untaten leisten wollen.

„For that reason, an emphatic, even metaphoric concept was preferred, one that was morally binding in its very semantics over a discourse that limited itself to anemic, colorless technical/ legal terms, such as “compensation” (Entschädigung).“³³⁷

³³⁶ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (Website): *Wiedergutmachung*. URL: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/40410/wiedergutmachung?p=all> – Download vom 7.10.2012.

³³⁷ Hockerts, Hans Günter: *Wiedergutmachung in Germany : balancing historical accounts 1945-2000*. In: Diner, Dan (Hrsg.): *Restitution and memory: material restoration in Europe*. New York [u.a.]: Berghahn Books 2007, S. 323–382, hier: S. 324.

Dieser Satz von Hockerts bringt gut zum Ausdruck, dass mit dem Begriff „Wiedergutmachung“ Gefühle assoziiert wurden und es nicht lediglich um eine Bezahlung gehen sollte.

Heutzutage erfahre der Begriff vor allem da Anwendung, wo bestätigt werden soll, dass viele Leistungen bereits erbracht worden seien, führt Hockerts weiter aus. So habe das Bundesfinanzministerium im Jahr 2000 davon berichtet, 136,5 Milliarden DM im Zuge der „Wiedergutmachung“ gezahlt zu haben.³³⁸ Neben der Suggestionsgefahr zu denken, dass eine hohe Geldsumme ausreiche, um Verbrechen zu neutralisieren, kommt die Tatsache hinzu, dass der Mensch einen solch astronomischen Betrag nicht realisieren und so auch nicht einschätzen kann, ob in Relation viel oder wenig Schadensersatz geleistet worden ist.

Hockerts ist der Ansicht, dass der Terminus, unabhängig von den verschiedenen Argumenten, die einzige Möglichkeit darstellt, die Rückerstattung von Vermögenswerten, die Entschädigungsleistungen, die Sonderregelungen, die Annullierung von unrechtmäßigen Gerichtsurteilen, die internationalen Abkommen und somit die ganze Dimension des Themas zu paraphrasieren.³³⁹

Die Meinungen mögen sich bei diesem Thema segregieren, Einigkeit sollte allerdings in dem Punkt bestehen, dass die „Wiedergutmachung“ Deutschlands der richtige, wichtige und nützliche Weg ist. Die Vergangenheit ist nicht wieder rückgängig zu machen, doch viel Gutes kann getan werden. Angefangen von den Unterstützungen der überlebenden NS-Opfer, über die Restitution an Erben bis hin zu einer umfangreichen Aufklärung.

Seit der „Gemeinsamen Erklärung“ wurden auch Bibliotheken mit der Problematik von NS-Raubgut und der Restitution konfrontiert. Auch sie besitzen eine moralische Verpflichtung gegenüber all jenen Menschen, deren Bücher und Sammlungen sie aufnahmen und damit als Nutznießer vom System profitierten.

Was kann eine Restitution von Kulturgütern, speziell Druckwerken, bewirken? Bücher sind, im Gegensatz zu Kunstwerken, in den meisten Fällen kaum etwas wert. Hinweise auf den Vorbesitzer sind oftmals nicht mehr vorhanden und die Durchsicht eines Bestands nimmt ungemein viel Zeit in Anspruch. Wozu also sich die Mühe machen und nach NS-Raubgut forschen?

Diner attribuiert dem Eigentum in seinem Bericht „Restitution: Über die Suche des Eigentums nach seinem Eigentümer“ eine ganz besondere Bedeutung. Das Recht, Eigen-

³³⁸ Vgl. ebd., S. 324 f.

³³⁹ Vgl. ebd., S. 325.

tum an die Nachfolgeneration übertragen zu können, mache es den Erben nicht nur möglich über den Gegenstand zu verfügen, sondern auch die Geschichte der vorigen Besitzer zu erfahren. So „reflektiert das Eigentum die Tugenden der Person des Eigentümers; es ist im materiellen wie im geistigen Sinne Ausdruck seiner Persönlichkeit“³⁴⁰. Denn Eigentum habe nicht nur materiellen sondern auch ideellen Wert. Die „legitime transgenerationelle Übertragung“ mache „Kontinuität sichtbar“³⁴¹ und gebe den Nachkommen die Möglichkeit, den eigenen Platz in der Historie zu finden und sich mit dem Vorbesitzer zu identifizieren.³⁴² Die Zeit, die Besitz durch seine Beständigkeit und das Recht vererbt zu werden, absorbieren könne, sei dabei ein entscheidender Faktor, der diese Erfahrung möglich mache. Ein Buch kann daher das einzige noch existierende Erinnerungsstück an einen ermordeten Verwandten sein. Es ist der Schlüssel, um die Geschichte der Personen ein wenig zu rekonstruieren. So offenbaren beispielsweise Titel und Genre den Lesegeschmack, eine Widmung kann Hinweise über eine gepflegte Beziehung liefern und ein Exlibris erlaubt Rückschlüsse auf die Interessen des Verwandten.

Welche Bedeutung eine Restitution haben kann, zeigt das Beispiel einer Buchübergabe durch die Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg vom 15. Mai 2012. Die Bibliothek konnte ein Buch mit dem Exlibris Emil W. Netters ausfindig machen und an dessen Großnichte restituieren. Gegenüber der Zeitung „taz“ bezeichnete die Erbin das Projekt der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg als ein für sie wichtiges Symbol, das ihr das Gefühl gebe, in Deutschland willkommen zu sein und die Identifikation mit ihren „jüdischen Wurzeln“³⁴³ erlaube. Die Restitution des Buches mache die Rehabilitation ihres Großonkels und ihres Vaters, der an den Folgen der Konzentrationslagerhaft in Auschwitz nach dem Sieg der Alliierten starb, möglich. Wie es in dem Artikel geschrieben steht, soll sich diese Erkenntnis bei der Großnichte in Tränen geäußert haben.³⁴⁴

Dieser Fall steht stellvertretend für viele andere bereits erfolgreich realisierte Restitutionsen. Die Reaktion der Erben, auf die Nachricht, entzogenen Familienbesitz zurückzuerhalten, kann allerdings stark variieren. Sie kann Gefühle der Freude und Erleichterung, aber auch Trauer oder Angst, alte Erinnerungen nochmals durchleiden zu müssen, aus-

³⁴⁰ Diner, Dan: Restitution. Über die Suche des Eigentums nach seinem Eigentümer. In: Bertz, Inka (Hrsg.): Raub und Restitution ..., S. 16–29, hier: S. 16.

³⁴¹ Ebd.

³⁴² Vgl. ebd., S. 16.

³⁴³ Ulrich, Amadeus (taz.de): *Rückgabe von Raubgut : die Spur der Bücher*. URL: <http://www.taz.de/-196644/> – Download vom 7.10.2012.

³⁴⁴ Vgl. ebd.

lösen. Nicht immer möchten Erben den Besitz wiedererhalten. Die von der Tübinger Universitätsbibliothek restituierte Bibliothek Cäsar Hirschs an dessen in den USA lebenden Sohn, habe dieser nicht für sich behalten, sondern der Louise M. Darling Biomedical Library der Universität Kalifornien gestiftet.³⁴⁵ Ein anderes aktuelles Beispiel liefert die Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar. Diese hatte die wertvolle Almanachsammlung des Kaufmanns und Büchersammlers Arthur Goldschmidt an die Erben restituieren wollen. Nach Gesprächen habe man schlussendlich beiderseitig stipuliert, dass die Bibliothek die Sammlung ankaufen kann.³⁴⁶ Es ist unerheblich, ob die Erben das Buch bzw. die Bücher behalten, verschenken oder verkaufen möchten. Wichtig und dezisiv ist, dass ihnen von bibliothekarischer Seite die ihnen gebührende Chance konzidiert wird, sich entscheiden zu können. Es ist ihr Eigentum und daher auch ihr Recht zu überlegen, ob ihnen das retournierte Objekt hilft, die Familiengeschichte zu rekonstruieren oder sie durch einen Verkauf einen Abschluss der Vergangenheit anstreben.

Dass an ein Buch Erinnerungen an den Vorbesitzer geknüpft sind, wie Diner argumentiert, ist evident, betrachtet man den von Bibliotheken betriebenen Arbeitsaufwand, Nachlässe verschiedenster Persönlichkeiten – meist in Abstimmung zu ihrem Sammlungsprofil – zu erwerben und nach den „Regeln für die Erschließung von Nachlässen und Autographen“ (RNA) aufzubereiten. Neben der besonderen Katalogisierung sind eine separate Aufstellung und die Zuweisung einer eigenen Systematik üblich. Die Sammlung wird nach der Persönlichkeit benannt. Die Nachlässe erfüllen dabei nicht nur die Grundfunktionen der Bewahrung, Sammlung, Erschließung und Vermittlung, sondern dienen in besonderer Weise der Forschung über den Nachlasser selbst.³⁴⁷ Für Universitätsbibliotheken sind die Erwerbungen von eigenen Professorenachlässen zudem ein Identifikationsmerkmal und dienen in gewisser Hinsicht auch der Repräsentanz. Die Datenbank „Kalliope“ der Staatsbibliothek zu Berlin ist mit über einer Millionen Nachweisen aus mehr als 100 Kulturgut bewahrenden Einrichtungen das für den Bibliotheksbereich größte Nachlassverzeichnis.³⁴⁸ Wenn Nachlässe also eine besondere Rolle spielen und die Bibliotheken solche Anstrengungen unternehmen, sollten diese ihrer

³⁴⁵ Vgl. Rueß, Susanne: *Stuttgarter jüdische Ärzte während des Nationalsozialismus*. Würzburg: Königshausen & Neumann, 2009 (zugleich Dissertation Universität Tübingen 2009), S. 141.

³⁴⁶ Vgl. Mönch, Regine (FAZ): *Bücherraub gesühnt*. URL: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/-restitution-buecherraub-gesuehnt-11814123.html> – Download vom 7.10.2012.

³⁴⁷ Vgl. Dilger, Janet: *Bibliothekarische und archivische Nachlasserschließung. Der historische „Kompetenzstreitfall“*. In: *Archiv und Wirtschaft* 44 (2011) 2, S. 67–74, hier: S. 67.

³⁴⁸ Vgl. Kalliope Verbundkatalog, Nachlässe und Autographen (Website): Startseite. URL: <http://kalliope.staatsbibliothek-berlin.de/> – Download vom 7.10.2012.

moralischen Verpflichtung nachkommen und nach NS-Raubgut suchen. Eine Restitution kann überdies einer Bibliothek zu einer Aufwertung der Reputation und zu Nimbus verhelfen. Denn eine Bibliothek, die bemüht ist, Rückerstattung zu betreiben, zeigt sich als fortschrittlich und wird eine Signalwirkung erzielen. Restitutionen sollten daher im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung mit medialer Präsenz ablaufen, um auf das Thema und die Arbeit der Bibliothek aufmerksam zu machen. Es darf nicht vergessen werden, dass die Bibliothek nicht nur sich selbst, sondern im weiteren Sinne auch die Bundesrepublik repräsentiert, indem sie die in der „Gemeinsame Erklärung“ formulierte Bereitschaft durch Umsetzung affirmiert. Restitutionserfolge werden auch, besonders wenn die Erben dort leben, im Ausland wahrgenommen und manifestieren den ernsthaften Willen zur Aufarbeitung der Vergangenheit. In der Verantwortung bergen sich demnach Chancen; u.a. die internationalen Beziehungen zu verstärken.

Diner weist der Restitution von Eigentum jedoch noch eine andere Bedeutung zu: Da der Holocaust das Auslöschen ganzer Familien herbeigeführt habe, sei es zu Unmengen an erbenlosem Eigentum gekommen. Die Situation habe es nötig gemacht, als gesamtes jüdisches Volk die Rechtsnachfolge anzutreten, damit das Eigentum der Opfer nicht in dem Staat verbliebe, der sie einst bekämpft hatte. So sei es zu einem Zusammengehörigkeitsgefühl und einer Vereinigung der Juden gekommen, die aus den Schrecken während der NS-Diktatur resultieren.³⁴⁹

Folglich hat der Holocaust sein Ziel, die vollständige Liquidation der Juden herbeizuführen, verfehlt und genau Diametrales bewirkt.

Eine weitere Besonderheit misst Diner dem Zusammenbruch des Kommunismus und der Vereinigung Deutschlands bei. Mit der Annullierung von sozialisiertem Privateigentum sei eine Beschäftigung mit der Vergangenheit möglich geworden.

„Neben der Wiedereinsetzung der Eigentümer bzw. ihrer Erben handelt es sich bei der Re-Privatisierung vormals enteigneten Eigentums also auch um eine Wiedereinsetzung der mit diesem Eigentum verbundenen Erinnerungen.“³⁵⁰

Die in Osteuropa begonnene Bewegung habe wenig später Westeuropa ergriffen und dazu geführt, dass neben der Wiederherstellung alter Besitzverhältnisse bei Privateigentum auch eine kritische Betrachtung der Kulturgüter in öffentlichen Sammlungen ergangen sei. Mit dem Versuch, die alten Besitzverhältnisse wiederherzustellen, sei die Beschäftigung mit den Verbrechen und ihren Opfern so fest verbunden. Die Restitution halte die Erinnerung an die Verbrechen der NS-Diktatur somit in ganz Europa wach.

³⁴⁹ Vgl. Diner: Restitution. ..., S. 18 ff.

³⁵⁰ Ebd., S. 22.

Diner ist der Meinung, dass die NS-Herrschaft und der Holocaust sich auf diese Weise stark in das europäische Gedächtnis eingeprägt haben.³⁵¹

Trotz der positiven Entwicklung sind die Kulturgut bewahrenden Einrichtungen nicht verpflichtet, den Forderungen der „Gemeinsamen Erklärung“ nachzukommen. Aufgrund der oben beschriebenen Argumente und in Anbetracht der bibliothekarischen Einstellung gemäß der UN-Menschenrechtserklärung (Artikel 19) und dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (Artikel 5, Absatz 1) freiheitlich-demokratisch zu handeln, sollten sie nach unrechtmäßig entzogenem Besitz suchen und diesen, wenn möglich, den Eigentümern bzw. Rechtsnachfolgern zurückgeben.

Je schneller dies geschieht, desto größer ist die Chance, noch den Überlebenden Gerechtigkeit zukommen zu lassen und dem Erinnerungsverlust entgegenzuwirken.

5. Beispielhafte Restitutionsbemühungen in deutschen Bibliotheken

5.1 Universitäts- und Landesbibliothek Münster

Der Verfasser dieser Arbeit hat die Universitäts- und Landesbibliothek (ULB) Münster aus mehreren Gründen als Beispiel ausgewählt. Zwei bereits absolvierte Praktika haben ihm ermöglicht, die Bibliothek und ihre Arbeitsbereiche kennenzulernen. Das letzte Praktikum fand im Rahmen des Studiums als Praxisphase von Februar bis Juli 2011 statt. Dabei bearbeitete er das Projekt „Vorarbeiten für einen Projektantrag zur Restitution von NS-Raubgut“ (s. Kapitel 5.1.3.1) und kam somit erstmals mit dem Sujet in Kontakt. In der ULB waren bis zu diesem Zeitpunkt einige Listen mit Freimaurerbeständen gefunden und Stichproben unternommen worden, die ergaben, dass auch die ULB NS-verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut in ihren Beständen hat. Durch das Interesse und die intrinsische Motivation durch Frau Pophanken vom Dezernat „Historische Bestände“ wurde das Thema in die Bibliothek hineingetragen. Teilnahmen an Vorträgen und den „Hannoverschen Symposien“ vermehrten das Wissen um die unter der NS-Diktatur geschehenen Expropriationen. Eine vollständige Konzentration auf diesen Bereich wurde jedoch durch eine im Jahr 2007 begonnene zweieinhalbjährige Umbau- und Erweiterungsphase des Gebäudes hinausgezögert. Dazu fand eine Um- bzw. Neuorganisation der Arbeitsbereiche im Dezernat statt, sodass die Provenienzforschung nicht in Vollzeit bearbeitet werden konnte.

³⁵¹ Vgl. ebd., S. 21–26.

Die aus der Praxisphase gewonnenen Erfahrungen über die münsteraner Bestandzusammensetzung, Erwerbungspolitik und anderen Spezifika boten dem Verfasser die Grundlage und den Anreiz, sich weiter mit der Bibliothek zu beschäftigen. Besondere Unterstützung erfuhr er hier durch mehrere Gespräche mit Frau Pophanken (Historische Drucke) und dem Dezernatsleiter der Historischen Bestände Herrn Feldmann. Der Verfasser sah sich in der glücklichen Position, Einsicht in sämtliche Unterlagen der Arbeitsstelle und des ULB-Archivs, die mit der Geschichte der Bibliothek und den bisher erfolgten Ermittlungen nach NS-Raub- und Beutegut kohärieren, zu nehmen und sich für die Bearbeitung gegebenenfalls Kopien machen zu dürfen. Die Benutzung eines Arbeitsplatzes, sei es nun direkt im Büroraum oder im Handschriftenlesesaal, erleichterte die Arbeit eminent und bot die Möglichkeit, Rücksprachen mit Frau Pophanken zu halten. Fragen zu Unterlagen aus dem Archiv wurden von Frau Müllmann kompetent beantwortet.

Um das Bild der Bibliothek im Zeitraum von 1933 bis nach 1945 zu komplettieren, nahm der Autor zudem die Gelegenheit wahr, das Archiv der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (WWU Münster) aufzusuchen, um in mehrtägiger Arbeit, zusätzliche Informationen aus Personal- oder Sachakten zu eruieren und zu selektieren. Dies hat sich ex eventu als richtige Entscheidung und zwingende Notwendigkeit herausgestellt, da viele Akten im ULB Archiv nicht vorhanden waren.

Die Geschichte der Bibliothek während des Nationalsozialismus war bisher nicht Gegenstand wissenschaftlicher Abhandlungen, sodass der Verfasser versucht, diese erstmals zu rekonstruieren und damit auch eine nützliche Basis für mögliche weitere Beschäftigungen schaffen möchte. Für die ULB Münster, so hofft er, stellt die Arbeit eine nützliche Quelle dar, die über das Thema der Restitution hinaus, die Bibliothek als Institution der Universität im Zusammenspiel mit den damaligen Behörden und ihren Personen beleuchtet.

Anhand der verschiedenen Persönlichkeiten versucht der Verfasser in den folgenden Kapiteln chronologisch durch die Geschichte der Bibliothek im oben genannten Zeitraum zu leiten, um auf diese Weise die besondere Ereignisse und Erwerbungen zu veranschaulichen. Dies erscheint ihm in der Hinsicht als sinnvoll, da hinter den Entscheidungen für oder gegen etwas Personen und deren Lebensläufe stehen und durch eine Beschäftigung mit ihnen die damalige Situation besser erfahrbar wird. Viele Dokumente werden daher in Auszügen oder vollständig aufgeführt; sie erscheinen eingerückt. Das

Auslassungszeichen [...] wurde verwendet, wenn vor oder nach der zitierten Passage Sätze im Originaldokument stehen, die für die Betrachtung irrelevant sind.

Der Autor war bemüht die Typografie der Archivalien einzuhalten. Alte Schreibweisen, häufig das „ß“ anstatt der heute verwendeten Buchstaben „ss“ und das „J“ anstatt des Buchstaben „I“, und Fehler werden beibehalten. Fehler werden als (sic) gekennzeichnet. Ergänzende Anmerkungen des Verfassers und Berichtigungen von Fehlern erfolgen in []-Klammern. Sind in einem Schriftstück Wörter unterstrichen worden, werden diese Unterstreichungen ebenfalls angezeigt. Gleiches gilt für Zusammenschreibungen und Abkürzungen.

Dokumente wurden vom damalige Direktor Joseph Kindervater stets handschriftlich unterzeichnet. In Bezug auf Kindervater sah der Autor auch dessen Teilnachlass in der ULB Münster (drei Kapseln mit jeweils unterschiedlicher Blattanzahl) ein, konnte jedoch für das Thema keine relevanten Informationen extrahieren.

Von Direktor Christoph Weber, der im zweiten Kapitel eine Rolle spielen wird, befindet sich in Münster kein Nachlass.

5.1.1 Die Bibliothek zur Zeit des Nationalsozialismus

Seit dem Jahr 1906 war die Universitätsbibliothek Münster (UB Münster), die erst 1993 in Universitäts- und Landesbibliothek umbenannt wird, am Bispinghof 24/25 angesiedelt und wurde von Prof. Dr. Aloys Bömer bis 1933 geleitet. Dieser trat, so belegt es der Jahresbericht von 1933–34, nach 18 Jahren Dienstzeit in Münster aufgrund der Erreichung des 65. Lebensjahres in den Ruhestand und wurde für seine „höchst verdienstvolle Tätigkeit“³⁵² am 30. September 1933 mit einer Abschiedsfeier gewürdigt.

Die kommissarische Führung der UB übernahm ab dem 1. Oktober 1933 der Bibliotheksrat Dr. Heinrich Jansen. Von diesem stammt auch der Jahresbericht, der noch einige weitere interessante Hinweise enthält. Die Bibliothek hatte mit stetig sinkenden Studentenzahlen zu kämpfen, was konkret bedeutete, dass ihr durch den Rückgang weniger Geld aus Studiengebühren zukam und sie daher Sorge hatte, die Anschaffung von Büchern nicht zur vollsten Zufriedenheit der Universität und deren fünf Fakultäten leisten zu können. Allerdings kamen der UB Mehreinnahmen aus Promotionsgebühren und ein bewilligter Staatszuschuss zugute, sodass ihr dennoch 97.592 RM für Bücherkäufe und Bindung zur Verfügung standen. Laut Jansen

³⁵² Jahresbericht der Universitäts-Bibliothek zu Münster i. W. 1933–34 Sonderabdruck aus der Chronik der Universität. Münster: C. J. Fahle GmbH, 1935.

„konnte die wichtigste Inlandsliteratur und darunter in bevorzugtem Ausmaße das gerade im Berichtsjahr umfangreich erschienene nationalsozialistische Schrifttum erworben werden. Demgegenüber mußten die eigenen Ausgaben für die Auslandsliteratur wie in den früheren Jahren sich in bestimmten Grenzen halten.“³⁵³

Die Bibliothek bemühte sich demnach besonders das NS-Schrifttum zu erwerben und vernachlässigte bewusst andere Literatur. Jansen, der später selbst der NSDAP beitrug, macht dies durch seine Wortwahl deutlich. Weiter unten in seinem Bericht nennt er dafür den Grund:

„[...] In dem mit dem ersten Jahre der nationalsozialistischen Regierung zusammenfallenden Rechnungsjahre 1933 wurden die bedeutsamen Maßnahmen zur staatspolitischen Schulung und körperlichen Ertüchtigung der Studentenschaft getroffen und durchgeführt. Aus dem Charakter der von den hiesigen Studenten gemachten Bücherbestellungen vermochte die Bibliotheksverwaltung den Schluß zu ziehen, daß sie sich ihrer allgemeinen und fachlichen Ausbildung konzentrierter und disziplinierter widmen als früher. [...]“³⁵⁴

Anfang 1934 sei die Ausstellung „Wie treibt man Familienkunde?“ vom Landesmuseum veranstaltet worden, an der sich auch die Bibliothek mit Ausstellungsstücken beteiligt habe und die vom Oberpräsidenten der Provinz Westfalen eröffnet worden sei.³⁵⁵ Ob dies bereits eine erste Maßnahme der neuen Regierung war, die Bevölkerung zu einer stärkeren Beschäftigung mit der Familiengeschichte und zu einer Identifikation mit den „arischen“ Wurzeln zu bewegen, kann nur vermutet werden.

Durch Unterlagen belegt ist jedoch die Tatsache, dass bereits am 8. Juni 1933 ein Schreiben des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an sämtliche Universitätskuratoren ergangen war, das hier vollständig wiedergegeben werden soll:

„Aus Anlaß einer Anfrage weise ich darauf hin, daß für die wissenschaftlichen Bibliotheken die Beschlagnahme oder Vernichtung jüdischer oder marxistischer Literatur nicht in Frage kommt. Der Ausleihung diese Literatur ist aber in Zukunft besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Sie darf nur noch erfolgen, wenn der Entleiher den Nachweis führt, daß er die Bücher zu ernster wissenschaftlicher Forschungsarbeit benötigt.

Für die Universitäts-Hochschul-Akademie-Bibliothek (sic) liegt ein Durchschlag dieses Erlasses bei.

Jm (sic) Auftrage

Gemlin [?][Die Unterschrift wurde mit schwarzer Tinte hinzugefügt]“³⁵⁶

Dass „verbotene Literatur“ bereits in diesem frühen Stadium der nationalsozialistischen Herrschaft in die UB Münster gelangte, wurde dem Verfasser durch Gespräche mit Frau Pophanken und durch die eigene Einsicht in die noch erhaltenen Akzessionsjournale deutlich.

³⁵³ Ebd.

³⁵⁴ Ebd.

³⁵⁵ Vgl. ebd.

³⁵⁶ WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 351; Der Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an die Universitätskuratoren u.a. Dienststellen vom 8. Juni 1933.

In einem Arbeitsbericht aus dem Jahre 2008 listet Frau Pophanken ihre Ergebnisse der Durchsicht auf. Ihre Ermittlungen ergaben, dass bereits seit dem 19. Oktober 1933 Bücher von Polizeistellen, Staatsanwaltschaften und Bürgermeistern an die Bibliothek „überwiesen“ wurden.³⁵⁷ Leider sind aus dieser Zeit keine Dokumente mehr erhalten, wie die Literatur damals behandelt wurde und ob es interne Anweisungen gab, wie diese an Nutzer zu entleihen war. Da die sekretierte Literatur aber unter dem neuen Direktor an Bedeutung gewann und hier Unterlagen vorliegen, soll später auf dieses Thema näher eingegangen werden.

Ab dem 1. Januar 1934 wurde Prof. Dr. Karl Julius Hartmann neuer Direktor. Während seiner Dienstzeit in Münster griff das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933. Betroffen war der erst 40-jährige Bibliotheksrat Dr. Günther Goldschmidt. In dem Jahresbericht 1933–34 heißt es nüchtern und in einer dreizeiligen Meldung unter dem Punkt Personalien, dass dieser angesichts des § 3 in den Ruhestand entlassen worden sei.³⁵⁸ Durch Recherchen im WWU Archiv konnte der Verfasser ermitteln, dass Goldschmidt nach eigener Aussage am 1. April 1934 der Stellvertreter des Direktors und erster Bibliotheksrat hätte werden sollen, aufgrund der nationalsozialistischen Herrschaft jedoch gezwungen war, ins Ausland zu flüchten.

„[...] Ich war gezwungen, in die Schweiz zu fliehen, um nicht der nationalsozialistischen Verfolgung zum Opfer zu fallen.

In der Schweiz bin ich nicht untätig gewesen. Trotz schwierigster Verhältnisse und ständiger finanzieller Not und Bedrängnis stellte ich in den Jahren 1934 bis 1944 im Auftrag der grossen (sic) [ungewolltes Spatium] Schweizerischen Bibliotheken und der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften einen sehr umfangreichen Katalog der medizinischen und alchimistischen Handschriften der Bibliotheken der Hochschulen Bern, Basel, Zürich, Genf mit ausführlichen Registern und Regesten auf.[...]“³⁵⁹

Über Goldschmidt, dessen Vater der Kantforscher und Professor am Herzoglichen Gymnasium Ernestinum in Gotha, Ludwig Goldschmidt, war, liegen wichtige Dokumente vor, da er sich im Mai 1956 um die Stelle des Direktors bewarb und dabei seinen Werdegang schilderte und diesen zudem in einem ausführlichen Lebenslauf äußerte. Die Argumentation, warum ihm die Leitung übertragen werden sollte, und noch einige andere Hinweise sind interessant:

„[...] Ich wurde am 31. Juli 1952 auf Grund des Wiedergutmachungsgesetzes zum ersten Bibliotheksrat an der Universitätsbibliothek Münster ernannt und zwar mit rückwirkender Kraft bis zum 1.

³⁵⁷ Vgl. Pophanken, Elke: Verbotene und beschlagnahmte Bücher aus der Zeit von 1933 bis 1945 im Bestand der Universitäts- und Landesbibliothek Münster. In: Dehnel, Regine (Hrsg.): NS-Raubgut in Bibliotheken. ..., S. 143–155, hier: S. 145 f.

³⁵⁸ Vgl. Jahresbericht der Universitäts-Bibliothek zu Münster i. W. 1933–34.

³⁵⁹ WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 2162; Kopie des Lebenslaufs von Dr. Günther Goldschmidt (Datum evtl. 4. Juni 1956 da mit Bleistift hinzugefügt; „zu: Wiederbesetzung der Stelle des Direktors der Univ. Bibliothek“ Unterschrift unleserlich).

April 1934. Der erste Bibliotheksrat war und ist stets identisch mit dem Stellvertreter des Direktors. Meine Ernennung konnte ich jedoch nur als Geste auffassen, da ein Kollege damals zum stellvertretenden Direktor ernannt wurde. Da ich mit diesem Kollegen ein durchaus gutes Verhältnis habe, sah ich von einem Einspruch gegen diese Zurücksetzung und Kränkung beim Verwaltungsgericht ab.

Im gleichen Zeitpunkt wurde damals die Stelle des Bibliotheksdirektors neu besetzt. Eigentlich hätte die Wiedergutmachung bei mir dahin gehen müssen, mich zum Direktor zu ernennen. Ich hatte (sic) schon lange vor der Besetzung die Direktorenstelle geltend gemacht, wenn ich nicht 1933 meines Amtes verlustig gegangen wäre. Im Jahre 1931 äusserte nämlich der Direktor der Universitätsbibliothek Jena Dr. Lockemann mir gegenüber, dass er mich zu seinem Nachfolger wünsche. Ferner wurde mir fast zur gleichen Zeit zu zwei Malen die Stelle des Direktors an der Herzoglichen Landesbibliothek GÖTTA (sic) durch den dereinstigen Herzog von Gotha angetragen. Leider sind alle Unterlagen für jene Vorgänge in den Jahren 1933 ff. zugrunde gegangen auch als Folge der nationalsozialistischen Verfolgung. Ich habe damals aber, d.h. als die Wiedergutmachungsansprüche geltend gemacht wurden, diese Tatsachen eidesstattlich versichert

Nun ist die Stelle des Bibliotheksdirektors an unserer Universitätsbibliothek wieder frei geworden, da Herr Direktor Steinborn am 17. April verstorben ist. Ich bin der klaren Auffassung, dass es jetzt an der Zeit wäre, die kränkelnde Zurücksetzung von 1952 zu korrigieren,

Mit dem Ausdruck meines Dankes und meiner vollkommenen Hochachtung

gez. H. Goldschmidt.³⁶⁰

Goldschmidt sah die Wiedergutmachung also nicht nur durch die Wiederherstellung des Amtes des ersten Bibliotheksrats abgegolten, sondern verlangte die Stelle des Direktors. Der Kollege und stellvertretende Direktor, zu dem Goldschmidt ein „gutes Verhältnis“ hatte, war Heinrich Jansen. Jansen, der der NSDAP beitrug, hat sich demzufolge nie antisemitisch gegenüber seinem Kollegen verhalten. Goldschmidt hätte, wäre die Situation eine andere gewesen, dies und das Verhalten anderer Kollegen sicher erwähnt, um seiner Forderung noch mehr Nachdruck zu verleihen.

Günther Goldschmidt wurde jedoch nicht zum Direktor ernannt. Ab dem 1. November 1948 konnte er im Zuge der Wiedergutmachung wieder sein altes Amt ausführen³⁶¹ und arbeitete bis 1959 als Leiter der Handschriftenabteilung³⁶².

Ob der Direktor Hartmann und andere Bibliotheksmitarbeiter Parteimitglieder waren, konnte der Verfasser leider nicht feststellen. Auffällig war bei der Recherche, dass im Zusammenhang mit zweifelhaften Ereignissen stets dieselben Namen in den Dokumenten auftauchen. Dabei muss noch hinzugefügt werden, dass dem Verfasser bei der Durchsicht aller Akten der Eindruck entstand, dass die teilweise großen Lücken in verschiedenen Angelegenheiten nicht nur auf Vernichtung durch die zahlreichen Bombenangriffe und dem großen Hochwasser der Aa im Februar 1946 zurückzuführen sind, sondern auch mögliche kompromittierende Beweise vorsätzlich entfernt wurden. Dieser

³⁶⁰ WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 2162; Dr. Günther Goldschmidt an den Herrn Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf) vom 7. Mai 1956.

³⁶¹ WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 2162; Kopie des Lebenslaufs von Dr. Günther Goldschmidt.

³⁶² Vgl. Overgaauf, Eef: Die mittelalterlichen Handschriften der Universitäts- und Landesbibliothek Münster. Wiesbaden: Harrassowitz 1996, S. 31.

Eindruck wurde nach Rücksprache mit Archivmitarbeitern bekräftigt, kann letztendlich jedoch mangels Beweise nur eine Vermutung bleiben.

Paul Krause

Eine zweifelhafte Erwerbung der UB liegt bei dem Fall Prof. Dr. Paul Krause vor. Der studierte Humanmediziner und Experte auf dem Gebiet der Röntgenologie sei seit 1931 Rektor der Medizinischen Fakultät, Verwaltungsdirektor der Kliniken und Vorsitzender der akademischen Krankenkassen gewesen, schreiben Ferdinand und Kirchner in ihrem Aufsatz „Geheimrat Prof. Dr. med. Paul Krause (1871–1934) – Pionier der Röntgendiagnostik und frühes Opfer der (sic) nationalsozialistischen Regimes“. Er habe eine nationale Gesinnung besessen und sei der Weimarer Republik ablehnend gegenüber gestanden.

In einem Brief an einen Freund habe Krause einen Entwurf, der unter der Fürsprache von Rudolf Heß konzipiert worden war, bezüglich eines Heilpraktikergesetzes kritisiert, seine Gegenaktionen mitgeteilt und den Kollegen darum gebeten, ebenfalls Maßnahmen zu ergreifen. Dieser Brief sei unabsichtlich in fremde Hände gelangt, die das belastende Schreiben dem „Führer der deutschen Ärzte“, Gerhard Wagner zugeleitet haben sollen. Wagner habe den Inhalt der Korrespondenz als Sabotage aufgefasst, Krause einen warnenden Brief geschrieben und die Absetzung des Professors verlangt. Krause habe daraufhin entrüstet und beleidigt reagiert und ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst eingeleitet. Unterstützung habe er zwar von verschiedenen Seiten erfahren, doch mit dem Schreiben vom 7. Dezember 1933 sei eine Welle von Diskreditierungen entbrannt.³⁶³ Köhler schreibt, dass Krause im Wintersemester 1933/34 „Diffamierungen, Intrigen und öffentlichen Beschimpfungen von der Dozentenschaftsleitung, von den Nazis unter seinen Ärzten und Assistenten, von der faschistischen Studentenschaft ausgesetzt“³⁶⁴ gewesen sei. Krause habe versucht sich gegen die Hetze zu wehren, doch letztlich sei der Druck auf ihn so groß geworden, dass er am 3. Mai 1934 seine Emeritierung beantragt habe. Den Ausgang habe er jedoch nicht erlebt, da er sich am 7. Mai 1933 durch einen Pistolenschuss im Wald von Frücht bei Bad Ems das Leben nahm.³⁶⁵

³⁶³ Vgl. Ferdinand, Ursula; Kirchner, Johannes: *Geheimrat Prof. Dr. med. Paul Krause (1871–1934) – Pionier der Röntgendiagnostik und frühes Opfer der (sic) nationalsozialistischen Regimes*. URL: <http://www.rwrg.de/fileadmin/pdf/RWRG-Paul%20Krause.pdf> – Download vom 22.10.2012 S. 4 f.

³⁶⁴ Köhler, Fritz: Zur Vertreibung humanistischer Gelehrter 1933/34. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 11 (1966) S. 696–707, hier: S. 699.

³⁶⁵ Vgl. Ferdinand; Kirchner, Johannes: *Geheimrat Prof. Dr. med. Paul Krause (1871–1934)*, S. 6

Sowohl bei Ferdinand und Kirchner, als auch bei Köhler wird sein kurzes politisches Testament zitiert:

„Mein letzter Gedanke gilt meinem Vaterlande, dem heißgeliebten; ich habe treue Arbeit und Dienste ihm geleistet. Gott schütze es in seiner Not. Gott schütze die deutschen Universitäten und ihre Lehrer, möge der furchtbare terroristische Druck, die Verfolgung, welche ungerecht und überflüssig ist, aufhören. Einen ehrerbietigen Gruß dem Vater des Vaterlandes, dem großen Feldherrn von Hindenburg und seinem Kanzler, möchten sie bald die irrsinnige Verfolgung der Hochschullehrer abblasen.“³⁶⁶

Die UB, so konnte Frau Pophanken ermitteln, begann Anfang 1934 mit der Einarbeitung der Korrespondenz und der privaten Bibliothek von Professor Krause. Jansen schrieb im „Zentralblatt für Bibliothekswesen“ aus dem Jahre 1934, das Krause der UB aufgrund der Bemühungen des Bibliotheksrates Dr. Kreyenborg seine Bibliothek testamentarisch vermacht habe.³⁶⁷ Ein letzter Wille mit dem oben wiedergegebenen Abschiedsbrief ist ebenso vorhanden wie ein Testament. Laut den Nachforschungen der Historikerin Gisela Möllenhoff im WWU Archiv habe Krause am 23. April 1934 sein Testament (geschrieben am 20. Februar 1934) geändert und u.a. den Nachtrag hinzugefügt, dass seine medizinisch-wissenschaftliche Bibliothek der UB vermacht werden solle. Seine familiengeschichtliche und seine belletristische Sammlung seien an zwei Familienmitglieder vererbt worden (Krause war unverheiratet).³⁶⁸ Pophanken versuchte bereits 2008 in ihrem Aufsatz „Verbotene und beschlagnahmte Bücher aus der Zeit von 1933 bis 1945 im Bestand der Universitäts- und Landesbibliothek Münster“ den Fall Krause zu erläutern. Zum damaligen Zeitpunkt lag ihr allerdings Möllenhoffs Abschrift der Archivunterlagen mit dem Beweis für die Existenz eines Testaments nicht vor, so dass sich heute anhand der neuen Erkenntnisse die Überlegungen modifizieren lassen. Unverändert bleibt die Tatsache, dass lediglich zwei Briefe von Professor Krause an Dr. Kreyenborg den Kontakt zwischen NS-Opfer und Bibliothek belegen. Pophanken berichtet in dem oben genannten Aufsatz, dass der erste Brief vom 2. Februar das Zugeständnis Krauses enthält, in dem er der UB acht Gelehrtenbriefe schenkt, da sie für ihn nicht mehr nützlich seien. Den Grund für die Abgabe habe Krause damit angegeben, dass er die geplante graphologische Untersuchung nicht mehr beginnen könne und daher dem Bitten Kreyenborgs nachkomme.³⁶⁹ Möglicherweise zielt diese Aussage bereits auf seinen geplanten Selbstmord ab oder sie bezog sich auf die Hetze gegen ihn und dem Wissen, nicht mehr lange in seinem Amt verweilen zu können. Das Krause bereits

³⁶⁶ Ebd., S. 6 f.; Köhler: Zur Vertreibung humanistischer Gelehrter 1933/34, S. 699.

³⁶⁷ Vgl. Jansen, Heinrich: Krause-Bibliothek u. Löns-Briefe. In: *Zentralblatt für Bibliothekswesen* 51 (1934), S. 540, hier: S. 540.

³⁶⁸ Vgl. ULB Münster, Ordner „Freimaurer etc.“, Abschrift der Nachforschungen zu Paul Krause von Gisela Möllenhoff.

³⁶⁹ Vgl. Pophanken: Verbotene und beschlagnahmte Bücher ..., S. 149.

am 20. Februar 1934 sein politisches Testament geschrieben hat³⁷⁰, ist ein Indiz für die erste These.

In dem zweiten Brief habe Krause der UB Schriften zur Medizingeschichte und zwei Steuergesetze geschenkt, führt Pophanken weiter aus.³⁷¹

Ob Jansen von dem Inhalt des Testaments wusste ist nicht bekannt, da für Krause die Kontaktperson in der UB Dr. Kreyenborg war. Entgegen Jansens Aussage im „Zentralblatt für Bibliothekswesen“ vererbte Krause der UB „nur“ die medizinisch-wissenschaftliche Literatur. Warum dennoch seine gesamte Bibliothek – auch die in Pophankens Bericht genannte Sammlung erotischer Literatur – in den Besitz der UB Münster gelangte, ließe sich auf verschiedenen Wegen erklären. Im Interview mit dem Verfasser nannte die Bibliothekarin mehrere mögliche Theorien. So sei es beispielsweise imaginabel, dass die zwei Erben der familiengeschichtlichen und der belletristischen Literatur die Sammlungen der UB überlassen hätten, um der damaligen Gefahr der Sippenhaft zu entgehen. Während des NS-Regimes diente die Sippenhaft als Terrormaßnahme, welche Familienangehörige für die Taten eines Bestraften zur Rechenschaft zog. Die UB könnte, so Pophanken weiter, in Anbetracht des großen Büchergewinns den Erben möglicherweise auch unterstützend „geholfen“ oder sich einfach in der glücklichen Lage gesehen haben, mehr Bücher als vorher abgesprochen zu erhalten. Dabei hätte sie nicht zwingend in „Aktion“ treten müssen. Andererseits sei es auch denkbar, dass Kreyenborg, der vielleicht sogar den Inhalt des Testaments gekannt habe, sich gerade deswegen um den Erhalt der Sammlungen bemühte.³⁷² Eine Beschlagnahme des Erbes durch die Gestapo und die Zuweisung der Bücher an die UB ist ebenfalls ein möglicher Erklärungsversuch.

Es gibt diesbezüglich viele verschiedenen Theorien, die jedoch alle Spekulationen bleiben müssen, da keine Beweise für sie vorliegen.

Der Sonderfall Krause ist aus Sicht der Restitutionsarbeit interessant. Die Bibliothek profitierte aus der gegen den Professor betriebenen Hetze, beteiligte sich aber nicht an dem Streit. Zumindest geht dies aus keinem Dokument hervor. Dr. Kreyenborg könnte den Professor vielleicht in der Entscheidung beeinflusst haben, doch hätte er sicher nicht die Macht besessen, ihn dazu zu zwingen.

Ein Detail soll allerdings nicht unerwähnt bleiben. In dem Jahresbericht 1933–34 taucht der Name Krause zweimal bei der Liste von Spendern auf. Einmal unter dem Punkt

³⁷⁰ Vgl. Köhler: Zur Vertreibung humanistischer Gelehrter 1933/34, S. 699.

³⁷¹ Vgl. Pophanken: Verbotene und beschlagnahmte Bücher ..., S. 149.

³⁷² Vgl. Pophanken 7.11.2012 (Interview, s. Anhang).

„Angehörige der Universität und der Bibliothek“ mit der in runden Klammern hinter dem Namen stehenden Zahl „5“, und einmal unter dem Punkt „geschenkte Handschriften und Autographen überwiesen die Professoren“ mit der Zahl 360.³⁷³ Ein Berichtsjahr darauf beschreibt Hartmann die ca. 3.000 Bände große Privatbibliothek als „modern“ und „wertvolle Bereicherung“, welche der UB durch Krauses Vermächtnis zugegangen sei.³⁷⁴ Auch im Jahresbericht stehen keine weiteren Informationen wie die UB in den Besitz der gesamten Bibliothek gelangte. Der Fall Krause ist daher angesichts des Mangels an beweiskräftigen Dokumenten nicht eindeutig zu beantworten.

Zweifelhafte „Geschenke“

Der Bericht hält darüber hinaus andere Hinweise bereit, die auf einen möglichen Besitz von NS-Raubgut schließen. Waren von der Reichstauschstelle des Inneren (s. Kapitel 2.4.2) im Berichtsjahr 1932–33 bereits 641 Bände der Bibliothek zugeführt worden³⁷⁵, waren dies ein Berichtsjahr später „nur“ 397 Bände³⁷⁶. Wiederum ein Berichtsjahr weiter (1934–35) wurde der Bibliothek die bis dahin größte Anzahl an Bänden (755) geschenkt³⁷⁷, die jedoch 1935–36 nochmals übertroffen wurde (769 Bände)³⁷⁸. Mit 657 zugeleiteten Bänden im Berichtsjahr 1936–37³⁷⁹ und 89 Bänden für 1937–38 nehmen die Zahlen wieder ab³⁸⁰. Weitere Zahlenvergleiche sind nicht möglich, da keine weiteren Berichte erhalten sind.

Die Angabe der Reichstauschstelle ist ein wichtiges Signal, dass auf den Besitz von Raubgut hindeutet. Diese Zugänge sind auch in den Akzessionsjournalen in der Spalte „Bemerkungen“, die für Lieferanten benutzt wurde, als Herkunftsquelle mit „Reichstauschstelle“ bzw. einer Abkürzung versehen. Oftmals sind diese Bücher noch mit der Angabe „Geschenk“ gekennzeichnet.

Bucheinkäufe in Antiquariaten im Inland und in okkupierten Ländern sind ein anderes Signal. Antiquariatskäufe im Inland sind grundsätzlich mit größter Sorgfalt zu untersu-

³⁷³ Vgl. Jahresbericht der Universitäts-Bibliothek zu Münster i. W. 1933–34.

³⁷⁴ Vgl. Jahresbericht der Universitäts-Bibliothek zu Münster i. W. 1934–35 Sonderabdruck aus der Chronik der Universität. Münster: C. J. Fahle GmbH, 1935.

³⁷⁵ Vgl. Jahresbericht der Universitäts-Bibliothek zu Münster i. W. 1932–33 Sonderabdruck aus der Chronik der Universität. Münster: C. J. Fahle GmbH, 1934.

³⁷⁶ Vgl. Jahresbericht der Universitäts-Bibliothek zu Münster i. W. 1933–34.

³⁷⁷ Vgl. Jahresbericht der Universitäts-Bibliothek zu Münster i. W. 1934–35.

³⁷⁸ Vgl. Jahresbericht der Universitäts-Bibliothek zu Münster i. W. 1935–36 Sonderabdruck aus der Chronik der Universität. Münster: C. J. Fahle GmbH, 1936.

³⁷⁹ Vgl. Kindervater, Joseph: Jahresbericht der Universitäts-Bibliothek zu Münster i. W. 1. April 1936–31. März 1937 (Schreibmaschinenschrift unveröffentlicht).

³⁸⁰ Vgl. Kindervater, Joseph: Jahresbericht der Universitäts-Bibliothek zu Münster i. W. 1. April 1937–31. April 1938 (Schreibmaschinenschrift unveröffentlicht).

chen. Im Ausland kaufte die UB nur in den Niederlanden ein. Dies tat sie bereits vor Kriegsbeginn. Pophanken konnte bisher eruieren, dass für die Niederlande in der Erwerbungspolitik keine besonderen Veränderungen vorliegen.³⁸¹

Bisher wurden die Akzessionsjournale lediglich grob durchgesehen, da für die aufwendige Arbeit bisher die Zeit fehlte. Durch Umsignierungen nach dem Krieg entsprechen die Signaturen nicht mehr in allen Fällen den vor 1945 vergebenen Jahrgangssignaturen, sodass jede Signaturengruppe berücksichtigt werden muss, um Raubgutbände zu ermitteln. In Zukunft soll dies jedoch geschehen.

Die Angabe „Geschenk“ in den Zugangsbüchern muss ebenfalls genau überprüft werden. Die von den verschiedenen Behörden zugewiesene Literatur wurde flächendeckend in allen Bibliotheken als Geschenke verzeichnet.³⁸² In Münster ist dies ebenso geschehen.

Im Berichtsjahr 1932–33 erhielt die Bibliothek 3.833 Büchergeschenke; davon wurden beispielsweise 11 von Ministerien, 375 von staatlichen Behörden und 104 von ständischen und städtischen Behörden überwiesen.³⁸³ Ein Berichtsjahr weiter wurden 11 Bände von dem vorgesetzten Minister, 16 von anderen Ministerien, 251 von staatlichen Behörden und 186 von ständischen und städtischen Behörden der UB geschenkt. Die Zahl der Gesamtabgaben wird hier mit 2.375 beziffert.³⁸⁴ In die Gesamtzahlen fließen zudem noch etliche andere Spender, wie z.B. Privatpersonen, mit ein.

Die Bücher von der Reichstauschstelle oder der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft sind dabei in den Gesamtzahlen nicht mit eingerechnet und werden in jedem Bericht separat erwähnt (s.o. für die Zahlen der Reichstauschstelle).

Für die weiteren Jahre konnte die Bibliothek ebenfalls hohe Zahlen geschenkter Bücher von staatlichen Behörden verzeichnen: 1934–35: 449 Bände, 1935–36: 518 Bände, 1936–37: 657 Bände und 1937–38: 252 Bände.³⁸⁵

Sicher sind nicht alle Bücher NS-Raubgut, doch eine Überprüfung ist allein wegen der Herkunftsquellen nötig.

In den letzten beiden Berichten werden zudem der Bibliotheksausschuss und der Deutsch-Ausländische Buchtausch erwähnt (1936–37: 146 Bände und 1937–38: 150

³⁸¹ Vgl. Pophanken: Verbotene und beschlagnahmte Bücher ..., S. 154.

³⁸² Vgl. Albrink; Babendreier; Reifenberg: *Leitfaden* ..., S. 4, 6–8, 10, 12 (Webdokument).

³⁸³ Vgl. Jahresbericht der Universitäts-Bibliothek zu Münster i. W. 1932–33.

³⁸⁴ Vgl. Jahresbericht der Universitäts-Bibliothek zu Münster i. W. 1933–34.

³⁸⁵ Vgl. Jahresberichte der Universitäts-Bibliothek zu Münster i. W. 1934–35, 1935–36, 1936–37, 1937–38.

Bände).³⁸⁶ Aus Kapitel 2.4.2 ist bekannt, dass aus dem Bibliotheksausschuss die Institutionen Reichstauschstelle, Beschaffungsamt der Deutschen Bibliotheken und Deutsch-Ausländischer Büchertausch hervorgingen. Es ist anzunehmen, dass der Verfasser des Berichts den Ausschuss mit dem Beschaffungsamt gleichsetzte. Das Beschaffungsamt und der Deutsch-Ausländische Buchtausch hatten die Aufgabe, ausländische Literatur für die Bibliotheken zu besorgen. Nach Beginn des Krieges konnte so Literatur in den besetzten Gebieten günstig erworben werden, da die Wehrmacht die Wechselkurse der besiegten Länder bestimmte. Da jedoch die Geschenke in Münster vor dem Beginn des Krieges in die Bibliothek kamen, kann davon ausgegangen werden, dass diese kein Beutegut darstellen. Ob nach 1938 Literatur dieser Behörden ins Haus gelangt ist, kann anhand der fehlenden Berichte an dieser Stelle nicht ermittelt werden.

In der Direktionszeit von Prof. Dr. Hartmann begann demnach die Einlieferung zweifelhafter „Geschenke“. Wie man damals mit den nationalsozialistischen Gesetzen verfuhr bzw. ihre Umsetzung war und welche Position die führenden Personen dabei vertraten, ist nicht mehr rekonstruierbar. In Hartmanns einzigen verfassten Bericht findet sich lediglich noch der Hinweis, dass der „Rassenhygienische Literatur-Apparat“ erweitert und „sehr stark benutzt“ worden sei.³⁸⁷

Beginn der Amtszeit von Dr. phil. Joseph Wilhelm Kindervater

Hartmann wurde am 1. Juli 1935 an die UB Göttingen versetzt, um dort ebenfalls die Stelle des Direktors zu übernehmen. Auf ihn folgte in Münster Dr. phil. Joseph Wilhelm Kindervater, der am 1. September 1935 seinen Dienst antrat. Da Dr. Kindervater bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft in Münster Direktor war und er einen immensen Einfluss auf die Bibliothek hatte, soll auf seine Person und seine Entscheidungen genau eingegangen werden. Der Vorname Kindervaters wird in den Dokumenten stets in verschiedenen Schreibweisen benutzt, der Verfasser verwendet allerdings ausschließlich die korrekte Form.

Joseph Wilhelm Kindervater wurde am 30. Oktober 1891 geboren, besuchte ein Gymnasium in Wolfenbüttel und studierte nach dem erfolgreichen Abschluss Rechtswissenschaften in Freiburg im Breisgau und Philosophie in Göttingen. Am 27. Juli 1921 wurde er zum Dr. phil. ernannt und machte sein Staatsexamen für das höhere Lehramt am 2. Februar 1922. Anschließend trat er in den bibliothekarischen Vorbereitungsdienst am 1.

³⁸⁶ Vgl. Jahresberichte der Universitäts-Bibliothek zu Münster i. W. 1936–37, 1937–38.

³⁸⁷ Vgl. Jahresbericht der Universitäts-Bibliothek zu Münster i. W. 1934–35.

April 1922 ein. Am 1. April 1922 wurde er Bibliotheksvolontär in Göttingen und erhielt, nachdem er am 26. März 1923 die bibliothekarische Fachprüfung in Berlin bestanden hatte, die Ernennung zum Assistenten.³⁸⁸ Dabei ist eine Akte vom 19. April 1923 des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung interessant:

„Nachdem die Volontäre Dr. Kindervater und Dr. Goldschmidt an der dortigen Universitätsbibliothek am 26. Mai d.Js. (sic) die Prüfung für den wissenschaftl. Bibliotheksdienst bestanden haben und dadurch Assistenten geworden sind, kommen die ihnen durch Erlass vom 2. Oktober 1922 – U I K 8770 – gewährten Unterhaltszuschüsse mit Ende d. Js. in Wegfall. [...]“³⁸⁹

Kindervater war demnach mit Goldschmidt bekannt, da sie beide ihre Volontärzeit an der UB Göttingen verbracht und absolviert hatten. Während Goldschmidt am 1. März 1932 an die Bibliothek in Münster versetzt und wenig später aus dem Dienst wegen seiner Abstammung entlassen wurde³⁹⁰, gelangte Kindervater erst drei Jahre später nach Münster und konnte die Stelle des Direktors übernehmen. Zuvor war Kindervater noch an den UBs Marburg, Göttingen, Kiel und wieder Göttingen beschäftigt.³⁹¹ Eine Versetzung nach Berlin konnte Kindervater erfolgreich abwehren. Dies gelang aufgrund seiner „mündlich vorgetragenen besonderen Verhältnisse“³⁹². Das Kindervater noch zweimal nach Göttingen zurückkehren konnte, verdankte er den Fürsprachen des Göttinger Direktors Firk und dem Göttinger Professor für englische Philologie Dr. Hecht. Kindervater wurde als „tüchtige[r] Anglist“³⁹³ und „vorzügliche[r] Morsbachschüler“³⁹⁴ gelobt und Firk attestierte ihm zudem noch eine „hervorragende organisatorische Befähigung“³⁹⁵. Bereits während seiner Dienstzeit in Göttingen habe Kindervater als Leiter der Erwerbsabteilung entscheidend daran mitgewirkt, dass beschlagnahmte Literatur in die UB aufgenommen wurde. Dies befürchten die Mitarbeiter der „Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek“ (SUB) Göttingen in ihrer Publikation „Bücher unter Verdacht“, da Kindervater eine Korrespondenz mit dem Tübinger Direktor Georg Leyh

³⁸⁸ Vgl. WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 3519; Listenmässiger (sic) Ernennungsvorschlag (Kindervater) der Antragsstellenden oberste Reichs- und Landesbehörde an den Staatssekretär und Chef der Präsidialkanzlei Berlin, Datum nicht genannt.

³⁸⁹ WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 3519; Der Preußische Minister für Wiss., Kunst u. Volksbildung an den Universitätskurator in Göttingen vom 19. April 1923.

³⁹⁰ Vgl. WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 2162; Kopie des Lebenslaufs von Dr. Günther Goldschmidt.

³⁹¹ Vgl. WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 3519; Listenmässiger (sic) Ernennungsvorschlag ...

³⁹² Vgl. WWU Archiv: Bestand 10, Nr.: 3519; Der Preußische Minister für Wiss., Kunst u. Volksbildung an den Universitätskurator in Göttingen vom 19. Mai 1923.

³⁹³ WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 3519; Direktor der Universitätsbibliothek Göttingen Nr. 698 an den Kurator der Georg August Universität Göttingen vom 15. Oktober 1923, Abschrift.

³⁹⁴ WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 3519; Prof. Dr. Hans Hecht an den Direktor der UB Göttingen vom 15. Juni 1928.

³⁹⁵ WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 3519; Direktor Firk der Universitätsbibliothek Göttingen an den Kurator der Georg August Universität Göttingen vom 16. Juni 1928.

unterhielt, in der er seine nationalsozialistische Einstellung angesprochen habe.³⁹⁶ Der Nachlass Leyh befindet sich heute in der Staatsbibliothek zu Berlin. Leider hatte der Verfasser dieser Arbeit keine Gelegenheit, die Briefe einzusehen, nahm allerdings Kontakt zu Herrn Dr. Enderle von der SUB Göttingen auf, um von ihm Hinweise zu bekommen. Der Projektleiter teilte mit, dass die Aussage in der Publikation sich auf drei Briefe stütze. Am 5. Januar 1934 habe Kindervater mitgeteilt, dass er als Redner, Schulungs- und stellvertretender Ortsgruppenleiter für das „Reich“ fungiere. Noch im selben Monat (26. Januar 1933) habe er seine „Verbundenheit mit der Bewegung“ angesprochen. In einem letzten Brief vom 31. Mai 1934 habe er sich schließlich als „alten Nationalsozialisten“ bezeichnet.³⁹⁷

Die Ansicht des Verfassers kongruiert mit der Aussage Happels in dessen Werk „Das wissenschaftliche Bibliothekswesen im Nationalsozialismus“, dass man Vorsicht bei voreiligen Aussagen über eine Person und ihre Zuordnung zu nationalsozialistischen Kreisen walten lassen muss. Das vielen Personen, die nicht hinter den NS-Ideologien standen, eine Parteimitgliedschaft dazu verhalf, Karriere zu machen, darf supponiert werden. Die Mitgliedschaft sei die „unumstößliche Voraussetzung für die Beamtenlaufbahn gewesen“³⁹⁸ und nicht immer habe man auf eine Zusage der betreffenden Person gewartet, um sie in die Partei aufzunehmen, meint Happel. Viele Mitglieder unter den Beamten hätten zudem nicht immer alle Anweisungen konsequent umgesetzt, sodass man ohne vorherige Überprüfung der Vita nicht jeden als Nationalsozialisten bezeichnen dürfe. Happels Nachforschung sollen ergeben haben, dass lediglich 13 Bibliothekare vor 1933 der NSDAP beigetreten seien, von denen nur vier Personen wirklich bedeutende Positionen hätten einnehmen können. Von den 34 Direktoren seien nur 12 Parteimitglieder gewesen.³⁹⁹

„[...] Von diesen 12 Bibliotheksdirektoren ist jedoch mit Ausnahme Kirchners, Oehlers und Abbs keiner besonders aktiv für den Nationalsozialismus innerhalb und außerhalb der Partei eingetreten, ja es fällt hier sogar besonders schwer, irgendeine Äußerung dieser Direktoren zu finden, die als pronationalsozialistisch interpretiert werden könnte, so daß zum Beispiel von Corsten, Preisendanz und Kindervater nur von nominellen Nationalsozialisten gesprochen werden kann. [...]“⁴⁰⁰

³⁹⁶ Vgl. Bartels, Nicole u.a. (Hrsg.): Bücher unter Verdacht. NS-Raub- und Beutegut an der SUB Göttingen ; Katalog der Ausstellung vom 13. Mai–10. Juli 2011. URL: <http://www.oapen.org/download?type=document&docid=403508> – Download vom 26.10.2012.

³⁹⁷ Vgl. Enderle 22.10.2012 (E-Mail-Auskunft, s. Anhang).

³⁹⁸ Happel, Hans-Gerd: Das wissenschaftliche Bibliothekswesen im Nationalsozialismus: Unter besonderer Berücksichtigung der Universitätsbibliotheken. München [u.a.]: Saur, 1989 (Beiträge zur Bibliothekstheorie und Bibliotheksgeschichte; Bd. 1) (zugleich Dissertation Universität Köln), S. 28.

³⁹⁹ Vgl. ebd., S. 28.

⁴⁰⁰ Ebd., S. 28 f.

Konnte der Autor bisher Happel zustimmen, so muss er die letzte Aussage revidieren. Die laut Enderle von Kindervater an Leyh geschriebenen Briefe weisen klare pronationalsozialistische Tendenzen auf. Desweiteren konnte der Verfasser durch die Bearbeitung der verschiedenen Archivunterlagen weitere Hinweise finden, die hier im weiteren Verlauf Anklang erfahren.

Die andere genannte und für diese Arbeit relevante Person ist Hermann Corsten, über den in Kapitel 5.2.1 zu berichten sein wird. Doch erst zurück zu Kindervater.

Richtig ist die Ansicht, dass der studierte Anglist von seinem Parteieintritt profitierte. Nach Münster gelangte Kindervater durch die Entscheidung des „Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung“. Dies belegt ein Schreiben an den Universitätskurator Curt Beyer vom 8. Juni 1935 das mit den Worten „Sofort! Vertraulich!“ gekennzeichnet war:

„An Stelle des nach Göttingen versetzten Bibliotheksdirektors Dr. Hartmann habe ich für die Leitung der dortigen Universitätsbibliothek den Bibliotheksrat Dr. Kindervater an der Universitätsbibliothek in Göttingen in Aussicht genommen. Ich ersuche um baldigen Bericht, ob Ihrerseits gegen diese Berufung Bedenken zu erheben sind. Gleichzeitig ersuche ich um Einreichung des listenmässigen Ernen-
nungsvorschlages (Erlaß vom 23. März 1935 Z II a 962) nebst den von Göttingen anzufordernden Personalakten des Bibliotheksrats Dr. Kindervater, den Formalblättern 1 und 2 und den Nachweisen über seine arische Abstammung.

ImAuftrag (sic)

gez. Bachér“⁴⁰¹

Bedenken wurden aus Münster keine geäußert und der stellvertretende Universitätskurator schrieb nur drei Tage später an den Universitätskurator in Göttingen, um sämtliche Unterlagen zu erbitten.⁴⁰² Obwohl keine Dokumente vorliegen, darf es als sicher gelten, dass der Universitätskurator dem Wunsch entsprach. In den Akten des WWU Archivs ist ein von Kindervater ausgefüllter Fragebogen (Formalblatt 1 und 2) erhalten, der einige wichtige Hinweise liefert. Der Fragebogen war so konzipiert, dass in einer linken Spalte vorgegebene Fragen eingetragen waren und die rechte Spalte freie Linien bereit hielt, die von der betreffenden Person ausgefüllt werden mussten. Den Antworten Kindervater zu urteilen, war er weder in einer kommunistischen, sozialdemokratischen oder republikanischen Organisation tätig gewesen. Ebenso war in keiner Gewerkschaft aktiv und gehörte keiner anderen politischen Vereinigung (es wurde explizit nach Logen und Orden gefragt) an. Alle Fragen beantwortete er mit einem schlichten „Nein“. Es wurde

⁴⁰¹ WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 3519; Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den stellvertretenden Universitätskurator Münster vom 8. Juni 1935.

⁴⁰² WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 3519; Der stellvertretene Universitätskurator an den Universitätskurator in Göttingen vom 11. Juni 1935.

auch nach seiner Zugehörigkeit zur NSDAP oder einer anderen nationalsozialistischen Vereinigung gefragt. Hier schrieb Kindervater:

„M. [gemeint ist „Mitglied“, Anm. d. Verf.] NSDAP seit 1.5.1933. Pol. [gemeint ist „Politischer“, Anm. d. Verf.] Leiter seit Mai 1933, jetzt Kreiskulturwart.“⁴⁰³

Die Frage ob er nicht „arisch“ und besonders jüdische Eltern oder Großeltern habe, beantwortete er wiederum mit „Nein“. Anschließend gab er Auskunft über seine Eltern und deren Eltern (sowohl väterlicher- als auch mütterlicherseits) und machte dieselben Angaben ebenso für die Eltern und Großeltern seiner Ehefrau.⁴⁰⁴ Besonders die Meldung bezüglich seiner Mitgliedschaft in der NSDAP ist interessant. Sie belegt die Richtigkeit der gegenüber Leyh gemachten Aussage und gibt Einblick welche Funktion und Hierarchiestufe Kindervater in der Partei einnahm. Die Aufgaben eines Politischen Leiters waren die Überwachung einer festgesetzten Anzahl an Haushalten in einer Ortsgruppe und die Indoktrination der in diesem Bereich lebenden Menschen. Dies konnte durch z.B. Reden und Schulungen erfolgen. Kindervater hat in seinem Brief an Leyh eine solche Funktion erwähnt, in welchem Ausmaß er jedoch dieser Tätigkeit nachgekommen ist, bleibt fraglich. Der Verfasser konnte lediglich eine kleine Passage in einem Bericht von Kindervater im „Zentralblatt für Bibliothekswesen“ finden, die besagt:

„[...] Auf Anregungen des Berichterstatters veranstaltete die Landesdienststelle zur Förderung des deutschen Schrifttums im Gau Westfalen-Nord in Verbindung mit dem Gauschulungsamt im Stadtweinhaus zu Münster vom 7. bis 15. November 1936 eine von Gauleiter Dr. Meyer eröffnete und überaus stark besuchte Ausstellung „Das wehrhafte Deutschland“, an der sich alle kulturfördernden Einrichtungen der Provinzialhauptstadt (Bibliotheken, Archive und Museen) beteiligten. Die Universitätsbibliothek hatte den geschichtlichen, von Bibliotheksrat Dr. Jansen bearbeiteten Teil ausgestellt. [...]“⁴⁰⁵

Eine ähnliche Erwähnung mit beinahe gleichem Wortlaut machte er auch in seinem Jahresbericht 1936–37.⁴⁰⁶ Die Position eines stellvertretenden Ortsgruppenleiters war im Hierarchiesystem der NS-Diktatur zwar relativ niedrig angesiedelt, doch unter ihr standen noch Zellenleiter und Blockwart. Von der Position her betrachtet, war eine Einflussnahme auf die Bevölkerung also möglich. Sie war allerdings günstig, um einen Direktionsposten übernehmen zu dürfen. Zudem kam es Kindervater sehr gelegen, alle „arischen“ Kriterien erfüllen zu können. Die Tatsache, dass er im 1. Weltkrieg von 1914–1918 gedient hatte und als Leutnant d. Reserve von der II. Ersatzabteilung Feldartillerie-Regiment 46 am 25. April 1919 entlassen wurde, war zudem sicher hilf-

⁴⁰³ WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 3519; Von Kindervater ausgefüllter Fragebogen vom 5. Juli 1935 (Formblatt 1), sowie den Zusatzbogen für Verheiratete (Formblatt 2).

⁴⁰⁴ Vgl. ebd.

⁴⁰⁵ Kindervater, Joseph: Die Universitätsbibliothek Münster 1933–1941. In: *Zentralblatt für Bibliothekswesen* 59 (1942) 7/8, S. 297–320, hier: S. 318.

⁴⁰⁶ Vgl. Jahresbericht der Universitäts-Bibliothek zu Münster i. W. 1. April 1936–31. März 1937.

reich.⁴⁰⁷ Kindervater wurde das Eiserne Kreuz I Klasse, das braunschweigische Kriegsverdienstkreuz, das Verwundetenabzeichen (schwarz), das Ehrenkreuz für Frontkämpfer und das Bewährungsabzeichen zum Kriegsverdienstkreuz II Klasse verliehen.⁴⁰⁸ Diese Vita dürfte den Reichsminister überzeugt haben, Kindervater nach Münster zu beordern. An Kindervater ging folgende Direktive vom 20. August 1935:

„Nachdem der Führer und Reichskanzler Sie zum Direktor der Universitätsbibliothek in Münster i.W. ernannt hat, übersende ich Ihnen (sic) in der Anlage die darüber ausgefertigte Bestallung. Zugleich beauftrage ich Sie, zum 1. September d.Js. (sic) die Leitung dieser Bibliothek zu übernehmen. [...]“⁴⁰⁹

Mit dem Amtsantritt Kindervaters beginnen die sogenannten Umläufe. Auf einen Umlaufzettel schrieb der Direktor bestimmte themenrelevante Informationen und Arbeitsanweisungen, der zur Kenntnisnahme einem in der Größe stets variierenden Mitarbeiterkreis zugeleitet wurden. Je nach Sachlage wurden demnach alle oder nur einige ausgewählte Personen informiert.

Die Umläufe sind bis in das Jahr 1942 erhalten und liefern wichtige Einblicke in die bibliotheksinternen Arbeitsabläufe und besprochenen Inhalte. Bei der Durchsicht dieser Rundschreiben war auffällig, dass Kindervater stets bemüht war, die Regulativen von übergeordneter Stelle (bspw. des Universitätskurators) und auch seine eigenen prinzipientreu, pflichtbewusst, ja beinahe konformistisch an seine Mitarbeiter weiterzugeben und seine Mitteilungen sachlich und fachlich adäquat zu formulieren. Dennoch lassen manche Aussage eine Interpretation auf die persönliche Einstellung und Meinung des Direktors zu, die nicht zu vernachlässigen sind. Die oftmals zu vernehmende Strenge und das geäußerte Unverständnis für manches Verhalten seiner Mitarbeiter – besonders in der Kriegszeit – zeigen, dass er seine Position als Direktor sehr ernst nahm und bestrebt war, das Beste für die Bibliothek zu erreichen.

Die nach 1942 eintretende, beinahe dreijährige Lücke in den Umläufen lässt sich auf zwei verschiedene Weisen erklären. Münster wurde im Krieg durch Fliegerangriffe stark bombardiert. Die Bibliothek wurde dabei so stark zerstört, dass sie rund zwei Drittel ihres Bestandes einbüßen musste.⁴¹⁰ Möglicherweise sind dabei auch Umläufe verbrannt. Ebenso muss man in Erwägung ziehen, dass kompromittierende Unterlagen

⁴⁰⁷ Vgl. WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 3519; Kindervater Formularausfüllung seiner militärischen Tätigkeit, beglaubigt von Wolf (Vertreter des Universitätskurator).

⁴⁰⁸ Vgl. WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 3519; Der stellvertretende Bibliotheksdirektor Jansen zu den Auszeichnungen von Kindervater vom 26. Oktober 1936.

⁴⁰⁹ WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 3519; Der Preußische Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den stellvertretenden Universitätskurator in Münster i. W. vom 20. August 1935.

⁴¹⁰ Vgl. Leyh, Georg: Die deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken nach dem Krieg. Tübingen: Mohr, 1947, S. 169.

eventuell vernichtet wurden. Wahrscheinlicher ist jedoch die These, dass aufgrund des Papiermangels keine Umläufe geschrieben werden konnten. Dies scheint auch angesichts der chaotischen Arbeitsbedingungen logisch, da der Betrieb zu keinem Zeitpunkt eingestellt worden ist. Kindervater und die meisten der Angestellten flüchteten mitsamt Inventar im Dezember 1944 nach Bad Salzuflen und versuchten den Dienstbetrieb aufrecht zu erhalten. Dies sei ihnen nach Leyh erheblich erschwert worden. Zu Anfang noch in einem Schulgebäude einquartiert, habe die Bibliothek zuerst in zwei große Zimmer des Kurhauses wechseln müssen. Nach der Besetzung des Gebäudes seien die Besatzungstruppen dort eingezogen und hätten die Bibliothek in das Badehaus IV verdrängt. Dort sei wenig später dann über das gesamte Gebiet eine Sperrzone mit Betretungsverbot ausgerufen worden, sodass mit großer Mühe Teile des Inventars in eine Fremdenpension überführt worden seien. Dabei sei es zu einigen Verlusten unterschiedlicher Materialien gekommen. Mitte 1945 habe schließlich die Rückverlagerung nach Münster eingesetzt.⁴¹¹

Die Beschreibungen Leyhs konnten von dem Verfasser anhand einiger Dokumente größtenteils nachvollzogen werden. Aus einem Aktenvermerk von dem Universitätskurator Curt Beyer vom 21. Dezember 1944 wird ersichtlich, dass es tatsächlich eine Evakuierung nach Bad Salzuflen gegeben hat. Beyer schreibt u.a., dass der Direktor die Situation als „ungenügend gelöst“⁴¹² bewertet habe, da ein Dienstzimmer für ihn fehle und er 20 Personen unterbringen müsse.⁴¹³ Über das gelagerte Inventar im Badehaus IV existiert sogar noch eine von Kindervater erstellte Liste⁴¹⁴ und auch die Verlustmeldung ist aufzufinden⁴¹⁵. Demnach sind Anweisungen von Kindervater sehr wahrscheinlich mündlich ergangen.

Doch blicken wir vorerst wieder auf die Anfangszeit des Direktors in Münster zurück. Mehrere Umläufe belegen, dass Kindervater pflichtgetreu die unterschiedlichen neuen Erlasse an seine Mitarbeiter weitergab. So notierte er beispielsweise eine Erklärung wie der „Deutsche Gruß“ auszuführen sei⁴¹⁶, wann man im Schriftverkehr die Worte „Heil

⁴¹¹ Vgl. ebd., S. 172 f.

⁴¹² WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 353; Aktenvermerk Curt Beyer über die Situation der Bibliotheksangestellten in Bad Salzuflen vom 21. Dezember 1944.

⁴¹³ Vgl. Ebd.

⁴¹⁴ Vgl. WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 353; Inventarliste von Kindervater vom 15. Mai 1945.

⁴¹⁵ Vgl. WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 351; Kindervater (auf halbem Zettel) an den Universitätskurator in Münster vom 18. August 1945.

⁴¹⁶ Vgl. ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 30. November 1935.

Hitler!“ verwenden dürfe⁴¹⁷ und wie die Anrede von Vorgesetzten zu lauten habe⁴¹⁸.

Die letzte Mitteilung lautete:

„RdErl. D. FM vom 18.8.1938, betr. Anrede von Vorgesetzten (I C 1500/4.8.)

Die Anrede in dritter Person entspricht nicht dem nationalsozialistischen Gemeinschafts- und Kameradschaftsgedanken. Sie muss deshalb endgültig fortfallen. Ich ersuche, das Erforderliche zu veranlassen und insbesondere auch alle Beamten und Angestellten darauf hinzuweisen, dass sie nicht nur selbst als Untergebene die Anrede in dritter Person unterlassen, sondern auch in ihrer Eigenschaft als Vorgesetzte diese Anrede nicht dulden.

[Handschriftlich hinzugefügt:] Diesen Erlass gebe ich allen Bibl. Angehörigen zur Kenntnis und ersuche um Beachtung.

Kindervater [Es folgen die Namen der Adressaten, ihre Kürzel und das Datum der Einsicht]⁴¹⁹

Der Direktor ließ in keinem der genannten Beispiele auch nur ansatzweise seine persönliche Meinung durchscheinen. Er bediente sich auch, wie im ersten Fall, dem Mittel der Zitation, um nicht selbst den Erlass beschreiben zu müssen. Wichtig ist jedoch die Erkenntnis, dass er die Direktiven weitergab.

Geschenkte Sammlung zur Varusschlacht

Am 15. März 1937 informierte er über ein Geschenk des verstorbenen Landgerichtspräsident Dr. Rieck aus Krefeld. Dieser hatte der Bibliothek eine 400 Nummern große Sammlung zur Varusschlacht vermacht.

„[...] Diese Sammlung hat die Bibliothek übernommen und wird sie als Dauerleihgabe der Bibliothek der SS-Schule Haus Wewelsburg – Wewelsburg i. W. für einen vom Reichsführer SS gegebenen Forschungsauftrag zur Verfügung stellen. [...]“⁴²⁰

Diese Sammlung ist nach dem Krieg nicht mehr nach Münster zurückgekehrt und gilt als vernichtet. Die Wewelsburg war abgebrannt, nachdem Himmler im März 1945 die Sprengung beauftragt hatte. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Dokument der sowjetischen Bibliothekarin Frau Rudomino mit dem Titel „Auflistung einiger deutscher Bibliotheken, deren Bestände zweckmäßigerweise in die Verfügungsgewalt der UdSSR zu überführen sind, unabhängig von den Bücherreparationszahlungen Deutschlands an die Sowjetunion“ (s. Kapitel 3.7). Kolasa hat es im Zuge seiner Aktenforschung in russischen Archiven gefunden, sein Entstehungsdatum auf Ende 1944 eingeschätzt und es in die Dokumentensammlung „Die Tropähenkommissionen der Roten Armee“ eingebunden. In diesem Dokument listet Frau Rudomino u.a. die Bibliothek der

⁴¹⁷ Vgl. ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 5. September 1936.

⁴¹⁸ Vgl. ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 9. September 1938.

⁴¹⁹ Ebd.

⁴²⁰ ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 15. März 1937.

SS-Schule Haus Wewelsburg auf.⁴²¹ Dies signalisiert das Interesse der Trophäenkommission an der Bibliothek und lässt die Schlussfolgerung zu, dass die Leihgabe aus Münster sicher beschlagnahmt worden wäre. Da die Rote Armee allerdings nicht so weit nach Deutschland vorgedrungen ist, dürfte es als sicher gelten, dass sie sich nicht in russischen Depots befindet. Allerdings besteht die Möglichkeit, dass sie, zumindest teilweise, von Privatpersonen vor den Flammen gerettet worden ist. Laut einem Artikel von Nekrasova sollen die Menschen aus der Stadt alles aus der Burg entwendet haben, was ihnen in die Hände gefallen sei.⁴²²

Verbotene Literatur

Ein Thema, das in den Umläufen häufig behandelt wird ist das der verbotenen Literatur. Wie bereits zu Anfang des Kapitels beschrieben, erhielt die UB von den unterschiedlichsten Dienststellen und Behörden „Geschenke“. Es ist zwar bisher noch nicht ermittelt worden, wie viele Bücher der UB zugleitet worden sind, allerdings konnte Frau Pophanken eine Liste mit Zulieferern anfertigen. Diese umfasst folgende 20 Stellen: Polizeipräsidium Bochum, Schutzpolizei Hamm, Polizeipräsidium Recklinghausen, Amtsbürgermeister Lahden, Amtsbürgermeister Bork, Bürgermeister Schwerte, Ratshverwaltung Werl, Bürgermeister Hohenlimburg, Amtsbürgermeister Störmede, Amtsbürgermeister Beverungen, Amtsbürgermeister Herford-Hiddenhausen, Amtsbürgermeister Herford, Bürgermeister Vlotho, Staatsbibliothek Berlin, Oberstaatsanwalt Bielefeld, Ortspolizei Sprengel, Ortspolizei Unna, Ortspolizei Lünen, Ortspolizeibehörde Bielefeld und Geheime Staatspolizei Bielefeld. Die meisten Zuweisungen erfolgten demnach aus der Provinz Westfalen. Überregional erhielt die Bibliothek Literatur u.a. von der Reichstauschstelle und der Staatsbibliothek zu Berlin, sowie der Sächsischen Landesbibliothek Dresden. Letztgenannte wird noch im Zusammenhang mit überwiesenen Freimaurerbeständen in Kapitel 5.1.3 eine Rolle spielen. Für die Behörden aus Berlin konnte der Verfasser nach einer groben Durchsicht der Akzessionsjournale bestimmen, dass von diesen wohl die größte Anzahl an Lieferungen in die UB einging.

⁴²¹ Vgl. Allrussische Staatliche Bibliothek für Ausländische Literatur, Archiv (strukturnaja čast direktcija, god 1944 i 1945, delo 7/398, op. 24, papka 31) zit. n. Lehmann; Kolasa: Die Trophäenkommissionen der Roten Armee. ..., S. 34.

⁴²² Vgl. Nekrasova, Svetlana: *Deutsche Archive über das Schicksal der verschleppten russischen Kulturgüter nach dem Zweiten Weltkrieg*. URL: <http://www.bukas-humboldt.ru/nekrasova%20reflections.pdf> – Download vom 26.10.2012.

Kindervater erhielt durch den Universitätskurator Beyer die Erlasse des „Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung“ wie mit der eingezogenen Literatur zu verfahren sei. Diese finden sich in den Unterlagen des WWU Archivs. Einer lautet so:

„W I e Er.828

Die von den Gerichts- oder Polizei-Behörden beschlagnahmte und zur Vernichtung bestimmte Literatur (Bücher, Broschüren, Zeitschriften, Zeitungen, wie überhaupt die gesamte unterirdische politische Propagandaliteratur), soweit sie den Bibliotheken von obigen Behörden für die spätere wissenschaftliche Forschung in einem Exemplar überwiesen wird, ist von den Bibliotheken unter besonderem Verschuß zu halten. Die Benutzung ist nach strenger Prüfung im Einzelfall nur freizugeben, (und zwar nur in den Räumen der Bibliothek) , (sic) [Spatium vergessen] wenn der Nachweis ernster wissenschaftlicher Forschung geführt wird. [Es folgen die verschiedenen Adressaten; auf der nächsten Seite geht es mit dem Text weiter] Es liegt Veranlassung vor, auf die Notwendigkeit einer strengen Durchführung der Sekretierung nochmals besonders hinzuweisen. Ich (sic) würde mich zu meinem Bedauern genötigt sehen, wegen Verstößen gegen die bestehenden Vorschriften gegen die Schuldigen unnachlässig vorzugehen. Die Sekretierung dieser Literatur ist nicht dadurch vollzogen, daß sie im Dienstzimmer irgend eines leitenden Beamten aufgestellt wird, sondern sie ist in einer besonderen Abteilung der Bibliothek, die ständig unter Verschuß zu halten ist, durchzuführen, zu der auch nur die zur Überwachung dieser Literatur bestimmten Beamten Zutritt haben dürfen. Diese sind dafür verantwortlich, daß die Bestimmungen für die Benutzung gewissenhaft beachtet werden und daß diese Literatur auch denjenigen Bibliotheksbeamten vorenthalten bleibt, die nicht unmittelbar mit der Bewachung zu tun haben.

Für die Bibliothek liegt ein Durchschlag bei.

Jm (sic) Auftrage

gez. Vahlen.“⁴²³

Der Direktor informierte die Bibliotheksangestellten erstmals am 12. Oktober 1935. Es verwundert, dass zwischen dem oben genannten Erlass und dem Umlauf rund ein halbes Jahr liegt. War Kindervater über die zusätzliche Arbeit nicht erfreut? Versuchte er die Anordnung solange wie möglich hinauszuschieben oder ignorierte er sie sogar? Immerhin habe er laut Happel einmal die Weisung des Reichserziehungsministeriums, die Bibliotheken müssten alles NS-Schrifttum in ihren Beständen genau verzeichnen, in einem Brief als „überflüssige Doppelarbeit“ bezeichnet.⁴²⁴ Kindervater mag tatsächlich so gedacht haben, letztlich formulierte er seinen Umlauf dann doch „linientreu“:

„[...] Die Behandlung des verbotenen Schrifttums d.h. des vom Staat verbotenen bzw. beschlagnahmten und eingezogenen Schrifttums, sowie auch des unerwünschten Schrifttums erfolgt in Zukunft so, daß bei der Zugangstelle über die Aufbewahrung der betreffenden Bücher entschieden wird. Generell verbotene Bücher d.h. solche die auch bevorzugten Benutzern nur in Ausnahmefällen mit Genehmigung des Direktors zur Verfügung gestellt werden dürfen, tragen im Buch auf der Innenseite (sic) des vorderen Buchdeckels die Bemerkung: V.B.G. (d.h. verbotenes Buch, geheim); sie werden in einem Schrank aufbewahrt, dessen Schlüssel der Direktor persönlich in Verwahrung hat.

Alle übrigen hierunter fallenden Bücher erhalten die Bezeichnung V.B. (verbotenes Buch) bzw. U.B. (unerwünschtes Buch) und werden mit einem roten bzw. (gelben Streifen auf dem Buchdeckel versehen und im Magazin aufbewahrt. Ihre (sic) Verleihung ist den bekannten Bedingungen unterworfen, wobei die Entscheidung bei dem Leiter des Benutzungsdienstes liegt.

⁴²³ WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 351; Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung mit einem Runderlass vom 3. April 1935.

⁴²⁴ Vgl. Happel: Das wissenschaftliche Bibliothekswesen im Nationalsozialismus, S. 105 f.

Für die ganze Frage verweise ich auf den Aufsatz „Das verbotene Schrifttum und die wissenschaftlichen Bibliotheken“ von Hans Peter Des Coudres im neusten Heft der ZfB.

Kindervater⁴²⁵

Mit der Zuweisung des Amtsbürgermeisters Lahden (als Ortspolizeibehörde) vom 24. Oktober 1935 beginnt die Kennzeichnung der Bücher mit V.B.G.⁴²⁶ Leider ist nicht bekannt, wie zuvor die überwiesenden Bücher gekennzeichnet wurden. Wahrscheinlich wurden sie als „Geschenk“ aufgeführt. Bei einer Durchsicht der Akzessionsjournale in der Zukunft, muss daher für den Zeitraum von 1933 bis 1935 prinzipiell jeder Eintrag genau überprüft werden. Über den Zulieferer und die Angabe „Geschenk“ könnte NS-Raubgut gefunden werden. Ab Oktober 1935 ist jedes Buch mit der V.B.G.-Kennzeichnung verdächtig und bedarf ebenso der eingehenden Überprüfung.

Dem Dokument nach zu urteilen, gab Kindervater alle Anweisungen weiter. Er verwies sogar auf den Aufsatz des Direktors der Bibliothek der SS-Führerschule Wewelsburg. Sein Handeln steht hier im Widerspruch zu der von Toussaint gemachten Aussage, dass viele Bibliothekare sich sträubten, die Anordnungen durchzusetzen und „sich nicht nach den Vorstellungen ihres eifernden jungen Kollegen Hans Peter Des Coudres (Jahrgang 1905) richteten [...]“⁴²⁷.

Weitere Erlasse ergingen in den folgenden Jahren. Da diese bereits in Kapitel 2.4.1 thematisiert wurden und es in den Umläufen keinen direkten Bezug zu ihnen gibt, wird nicht mehr auf sie eingegangen.

Im Mai 1938 verschärfte Kindervater seine Instruktion an die Mitarbeiter.

„[...] 1. Das betr. Schrifttum wird aus dem Magazin herausgezogen und in den Handschriftenraum untergebracht.

2. Als äusseres Zeichen erhalten diese Bücher einen roten Streifen auf der unteren Hälfte des Vorderdeckels.

3. Auf der Innenseite des Vorderdeckels werden diese Bücher nach wie vor durch VBG kenntlich gemacht.

4. Die entsprechenden Zettel in den Katalogen erhalten einen Stempelaufdruck: Wird nicht ausgeliehen. [auf das Rundschreiben aufgestempelt]

5. Die Bücher können nur mit Genehmigung des Direktors oder seines Vertreters [gemeint ist Jansen] ausgeliehen werden. Diese Sperre gilt für sämtliche Benutzer und Angehörige der Bibliothek.

Da der Minister den Direktor persönlich für die Durchführung seiner Bestimmungen haftbar gemacht hat, ersuche ich um strengste Befolgung der Vorschriften.

Kindervater⁴²⁸.

⁴²⁵ ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 12. Oktober 1935.

⁴²⁶ Pophanken: Verbotene und beschlagnahmte Bücher ... , S. 145 f.

⁴²⁷ Toussaint: Wissenschaftliche Bibliotheken und verbotene Literatur im "Dritten Reich", S. 91.

⁴²⁸ ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 2. Mai 1938.

Der letzte Satz belegt den Willen Kindervaters die Instruktionen vorschriftsgemäß umzusetzen, damit ihm kein persönlicher Schaden zugefügt werde. Es darf supponiert werden, dass dies auf eine große Anzahl der von ihm diktierten Weisungen zutrifft und er so als opportunistischer Erfüllungsgehilfe dem System Geltung verschaffte und dessen Ideologie verbreitete. Seine tadellose Einstellung verhalf ihm vielleicht auch zu der zweimaligen Berufung in den Reichsbeirat für Bibliotheksangelegenheiten. Im Archiv der WWU findet sich ein Dokument, das Auskunft über das Aufgabenfeld des Beirates gibt. Wie der Name bereits vermuten lässt, hatte der Reichsbeirat eine beratende Funktion in allgemeinen Angelegenheiten, welche die wissenschaftlichen Bibliotheken betrafen. Den Vorsitz übernahm der Direktor der Preußischen Staatsbibliothek, der Rest des Rates bestand aus fünf weiteren Personen. Diese wurden vom Reichsminister eingesetzt und konnten dem Reichsminister aus eigenem Antrieb Vorschläge unterbreiten und so in geringem Maße an der Ausarbeitung von Erlassen mitwirken.⁴²⁹ Dass in den Reichsbeirat für Bibliotheksangelegenheiten deshalb nur regimetreue Bibliothekare aufgenommen wurden, kann als sicher gelten. Eine Parteimitgliedschaft muss aber nicht zwingende Notwendigkeit besessen haben, wie das Beispiel des Vorsitzenden Hugo Andres Krüss zeigt. Obwohl viele Quellen (z.B. die Neue Deutsche Biographie) Krüss ab dem Jahr 1937 der NSDAP zurechnen⁴³⁰, legen andere Quelle das Eintrittsdatum auf das Jahr 1940 fest. Gering gibt auf dieses Phänomen eine Antwort. Die Antragstellung könne tatsächlich 1937 erfolgt sein, da es keine Seltenheit gewesen sei, erst Jahre später die Mitgliedschaft bestätigt zu bekommen.⁴³¹ Dieser Gedanke wirft im Hinblick auf die Mitgliedschaft von Kindervater die Frage auf, ob dessen Aufnahmeantrag eventuell noch früher als angenommen ergangen ist. Letztlich muss sie aber mangels aussagekräftiger Beweise offen bleiben.

Fest steht, dass Kindervater also in Kontakt mit Krüss gestanden hatte. Wahrscheinlich erhielt er so auch genaue Kenntnis von den Machenschaften der Reichstauschstelle, dessen Leiter Krüss war.

Der „Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung“, Bernhard Rust, ernannte Kindervater erstmals am 7. Dezember 1936 unter Vorbehalt des Widerrufs für

⁴²⁹ Vgl. WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 351; Abschrift eines Schreibens betreffend den Reichsbeirat für Bibliotheksangelegenheiten von Rust vom 7. Dezember 1936.

⁴³⁰ Vgl. Neue Deutsche Biographie (Website): *Hugo Andres Krüss*. URL: <http://www.deutsche-biographie.de/sfz46325.html> – Download vom 28.10.2012.

⁴³¹ Vgl. Gering, Eberhardt: *Die Gründer der Deutschen Gesellschaft für Dokumentation im NS-Staat. Biographische Skizzen. Geheimrat Prof. Dr. Hugo Krüß (1879–1945)*. URL: <http://homepages.uni-tuebingen.de/gerd.simon/GeringKruess.pdf> – Download vom 28.10.2012, S. 5.

zwei Jahre.⁴³² Zwar wurde der Reichsbeirat bereits im Februar 1937 wieder aufgelöst und Kindervater verlor den Posten⁴³³, doch ein anderes Dokument bezeugt, dass der Direktor der UB Münster vom 1. Dezember 1938 von Rust wieder in den Rat berufen worden ist⁴³⁴. Folglich war der Rat in der Zwischenzeit wieder neu gegründet worden. Wann dies geschah und aus welchem Grund der Beirat erst aufgelöst und dann wieder eingerichtet wurde, konnte der Autor leider nicht ermitteln.

Kindervater saß demnach an der Quelle und erfuhr als einer der ersten Direktoren, welche neuen Erlasse im Reichsministerium ausgearbeitet wurden. Im Archiv der WWU konnte der Autor eine große Anzahl an Erlassen und anderen Direktiven finden, die alle mit dem Thema „Sekretierung“ zusammenhängen. Neben den allgemein gehaltenen Schreiben wie mit der Literatur zu verfahren sei, gab es auch solche, die direkt auf einzelne Werke eingingen. Ein Beispiel:

„Jm (sic) Nachgang zu meinem Erlaß vom 14. Oktober 19.7.1937 – W R 3687/ 37 wegen der Dr.-Arbeit von Martin Horn "Die geschichtliche Entwicklung des neuzeitlichen Neutralitätsbegriffes".

Jn (sic) der Arbeit gelangte der Verfasser, der sich in starkem Maße auf jüdische und pazifistische Autoren stützt, zu Schlußfolgerungen, die im schroffen Gegensatz zu der vom Deutschen Reich vertretenen Politik, besonders in der Frage des Völkerbundes, stehen. Ich (sic) ersuche daher, die dortigen Universitätsbibliotheken anzuweisen, die Dissertation, die inzwischen aus dem Buchhandel entfernt worden ist, nicht mehr zum Tausch zu verwenden und sie entsprechend meinem Runderlaß vom 3. April 1935 –W I e 828 – über die Behandlung sekretieren Schrifttums aus dem Verkehr zu ziehen.

Jm (sic) Auftrage

gez. Groh.“⁴³⁵

Von November 1937 bis Juli 1939 war sogar die sehr bedeutende und für die naturwissenschaftliche Forschung unerlässliche Fachzeitschrift „Nature“ zu sekretieren gewesen, da in ihr laut Rust „unerhörte und niedrige Angriffe gegen die deutsche Wissenschaft und den nationalsozialistischen Staat“⁴³⁶ enthalten waren.

Im Jahr 1940 gingen zwei „Listen des schädlichen und unerwünschten Schrifttums“ in der Bibliothek ein.⁴³⁷ Beide waren mit „Eilt!“, „Streng vertraulich!“ und „Nur für den

⁴³² Vgl. WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 351; Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den Generaldirektor der Preußischen Staatsbibliothek vom 7. Dezember 1936.

⁴³³ Vgl. WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 351; Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an die Universitätskuratoren, Rektoren etc. vom 4. Februar 1937.

⁴³⁴ WWU Archiv: Bestand 10, Nr.:3519 Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den Universitätskurator in Münster vom 18. Januar 1939.

⁴³⁵ WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 351; Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den Universitätskurator in Halle, die Hochschulverwaltung der Länder – außer Preußen –, die Vorsteher der nachgeordneten preußischen Dienststellen vom 22. September 1938.

⁴³⁶ WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 351; Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an die nachgeordneten Dienststellen der preußischen Hochschulverwaltung und die Hochschulverwaltung der außerpreußischen Länder vom 7. Juli 1939.

⁴³⁷ Vgl. WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352; Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den Universitätskurator vom 8. Januar 1940; Vgl. WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, Blatt 6/159

Dienstgebrauch!“ beschriftet. Ob in den Jahren davor auch schon Listen eingegangen waren, lässt sich nicht mehr sagen.

Inwieweit Kindervater den Anordnungen bezüglich einzelner Dissertationen, Doktorarbeiten etc. nachkam, ist nicht bekannt. In dem Archiv der ULB Münster sind sie nicht erhalten, obwohl Abschriften von dem Kurator Curt Beyer an Kindervater geschickt wurden. Die Umläufe weisen ebenfalls keine entsprechenden Hinweise auf. Es kann allerdings davon ausgegangen werden, da Kindervater nach dem Eindruck des Verfassers anderen Erlassen Folge leistete. Am 17. Juli 1939 modifizierte er nämlich nochmals seine bisherigen Instruktionen die „verbotene“ Literatur betreffend. Das Dokument soll komplett wiedergegeben werden, da es nicht nur Einblick in die Extension der Sicherungs- und Kennzeichnungsmaßnahmen gewährt, sondern auch eine sehr aussagekräftige Textpassage am Ende enthält.

„Behandlung der verbotenen [mit Rotstift unterstrichen] und unerwünschten Literatur. [mit Rotstift unterstrichen]

1. Die verbotene und unerwünschte Literatur wird allmählich aus dem Magazin herausgezogen und geschlossen im Handschriftenraum untergebracht. Besonders berüchtigte Erotika werden an einer nur dem Direktor, seinem Stellvertreter und dem Leiter des Benutzungsdienstes bekannten Stelle aufbewahrt. Diese Literatur gilt also als geheim und darf nur unter bestimmten Bedingungen und nur im Lesesaal benutzt werden [die Wörter zusätzlich mit Rotstift unterstrichen]. Die Erlaubnis zur Benutzung erteilt in einem ausdrücklichen Auftrag der Leiter des Benutzungsdienstes nach Vorlage einer Bescheinigung, aus der hervorgehen muss, dass der Benutzer das gewünschte Buch zu wissenschaftlichem Studium gebraucht. Diese Bescheinigung darf nur von Dozenten, Arbeitsstellen (z.B. Kammern, Industriewerken u.ä.), staatlichen, städtischen und parteiamtlichen Dienststellen usw. ausgestellt werden. Bei den letzteren (sic) muss die Unterschrift stets von dem Behörden-, Dienststellen- oder Amtsleiter oder deren Vertreter im Amt herrühren. I.A.-Unterschriften können nur ausnahmsweise und nach gründlicher Prüfung des Falles und nur in Verbindung mit einem Amtsstempel anerkannt werden. Ich bitte die verantwortlichen Stellen sehr scharf darauf zu achten, dass diese Bestimmungen, die durch Min.-Erlasse und durch Gesetz vorgeschrieben sind, unbedingt eingehalten werden. Bei Zuwiderhandlungen macht sich der Bibliotheksangehörige strafbar.

2. Die Verleihung und Rückgabe ~~an~~ „durch“ handschriftlich ergänzt] die Lesesaalaufsicht geschieht nur auf dem Wege über den Leiter des Benutzungsdienstes, der neben dem Handschriften-Beamten und dem Magazinverwalter Zutritt zum Handschriftenraum hat. Im Lesesaal sind die Bücher im Handschriftenschränk aufzubewahren.

3. Die katalogmässige Behandlung dieser Bücher geschieht so: Zunächst werden aus dem Benutzerkatalog sämtliche Titelzettel der verbotenen und unerwünschten Literatur herausgenommen und in einem Sonderalphabet zusammengefasst, das beim Leiter des Benutzungsdienstes verschlossen aufbewahrt wird. Die entsprechenden Titelzettel des Verwaltungskatalogs ab 1912 und die in Betracht kommenden Zettel des alten A K erhalten in der linken oberen Ecke ein Zeichen (s .Beispiel). Der rote Kreis bedeutet also: dieses Buch darf nur unter bestimmten Bedingungen im Lesesaal benutzt werden. Die bislang übliche Bemerkung "Wird nicht ausgeliehen" fällt fort, behält aber Wirkungskraft.

Neue beschaffte Bücher werden entsprechend behandelt [die Wörter mit Rotstift unterstrichen].

Irgendeine äussere „äussere“ wurde eine Zeile darunter maschinenschriftlich hinzugefügt] Kennzeichnung der Bücher selbst findet nicht statt.

4. Die verbotenen und unerwünschten Bücher dürfen nie offen auf Tischen oder Regalen aufbewahrt, sondern müssen stets unter Verschluss gehalten werden. Das gilt für sämtliche Dienststellen, die damit zu tun haben.

5. Die Entscheidung, ob ein Buch als verboten oder unerwünscht zu bezeichnen ist, liegt beim Direktor, der auch alle Zweifelsfälle klärt.

6. Bei der Wichtigkeit dieser Angelegenheit ist die tatkräftige und verständnisvolle Mitarbeit aller erforderlich. Jeder muss davon durchdrungen sein, dass von Volks- und Landesverrätern durch Nachlässigkeit der Bibliotheken kein Vorschub geleistet wird.

Kindervater⁴³⁸

Der Direktor ordnete also straffe Veränderungen im Umgang mit der verbotenen Literatur an. Wie von übergeordneter Stelle gewünscht, wurde die Literatur separat aufgestellt und nur noch wenigen Personen der Zugang ermöglicht.

Leider sind die Kataloge durch die Kriegseinwirkungen verbrannt. Ansonsten hätte eine Überprüfung auf NS-Raubgut anhand der Zettelkataloge vorgenommen werden können. Der Autor hofft, dass andere deutsche Bibliotheken, mit weniger Zerstörung und einer ähnlichen strikten Umsetzung wie in Münster, diese Option auf Überprüfung noch offen steht.

Das Dokument liefert zu den oben beschriebenen Sekretierungsmaßnahmen noch ein anderes Indiz. Die letzten Zeilen lassen eine klare pronationalsozialistische Einstellung vermuten. Kindervater sah hier die Bibliothekare gefordert, den Anordnungen Folge zu leisten, um ihren Beitrag für das Regime zu leisten. Andere Beispielaussagen werden später folgen.

Versuch der Übernahme der Theodorianischen Bibliothek

Im April 1938 begann der Versuch einer geplanten Bibliotheksübernahme, bei der die UB eine nicht unbedeutende Rolle spielte. Der Verfasser konnte dazu im WWU Archiv 23 Dokumente aus verschiedenen Ordnern zusammentragen und den Prozess so rekapitulieren.

Auf Veranlassung Rusts sollte der Universitätskurator in Münster, Curt Beyer einen Leihvertrag, der zwischen dem staatlichen Gymnasium in Paderborn und dem Bischöflichen Stuhl in Paderborn seit August 1928 bestand, zum 1. Januar 1939 auflösen und die Handschriften und Archivalien der Theodorianischen Bibliothek des vormaligen Jesuitenkollegs abtransportieren lassen. Der Direktor der UB und der Direktor des Staatsarchiv Münster wurden beauftragt, den Kurator bei der Durchführung zu unterstützen, da bestimmt werden musste, wie die Bestände aufzuteilen seien. Ein zweites

⁴³⁸ ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 17. Juli 1939.

Regulativ trug Curt Beyer auf, einen noch älteren Vertrag vom 28. Dezember 1908/ 14. März 1909 aufzukündigen und die theologischen Werke der Theodorianischen Bibliothek der UB zuzuführen.⁴³⁹ Auf der Rückseite des hier nur resümierten Schriftstücks, schrieb Beyer diese kurze Anmerkung:

„1.) Vermerk: Es handelt sich um die ~~Überführung~~ [mit schwarzer Tinte handschriftlich durchgestrichen] Bibliothek des Gymnasium-Theodorianische [ersetzte er durch „um“, sodass er das „Theodorianum“ meinte] zu Paderborn, die als Leihgabe an die Philosophische-Theologische Akademie in Paderborn abgegeben worden ist, wieder zurückzuziehen, um sie dann bei der hiesigen Universitätsbibliothek, im Staatsarchiv, und im Gymnasium-Theodorianum zu Paderborn zu verwenden. [...]“⁴⁴⁰

Interessant sind hierbei die verwendeten Termini „Überführung“ und „zurückzuziehen“. Warum strich Beyer „Überführung“ durch, wenn dies doch dem eigentlichen Anliegen entsprach? Dem erzbischöflichen Stuhl wollte man keine andere Wahl lassen; es galt die Sammlung zu expropriieren. Es steht außer Frage, dass hier der Vertrag nur fingiertes Mittel war, um den Bestand der Bibliothek und dem Archiv einverleiben zu können. Zwar gab es diese Verträge tatsächlich, doch wollte man dadurch nur der Konfiskation Tür und Tor öffnen. Der Fall „Theodoriana“ ist ein eindeutiges Beispiel für den Versuch, die Stellung der Kirche zu schwächen und ihren Einfluss auf das gesellschaftliche Leben einzudämmen.

Anfang Mai 1938 informierte der Oberpräsident der Provinz Westfalen, Freiherr von Lüninck (Oberpräsident bis 1938), das Bischöfliche Generalvikariat in Paderborn von der Anordnung. Den Grund für die Aufkündigung des Vertrags und die Übernahme der Bibliothek gab er mit „zur anderweitigen Verwendung“⁴⁴¹ an. Die Auflösung des Vertrags geschah demnach ohne die Nennung besonderer Gründe. Der Erzbischöfliche Stuhl wollte dies jedoch nicht hinnehmen und stellte einen Antrag beim Reichsminister, beide Verträge weiterhin aufrecht zu erhalten. Diesen wollte Rust allerdings nicht anerkennen und ordnete an, die Bücher und Archivalien schnellstmöglich in die UB und in das Staatsarchiv bringen zu lassen.⁴⁴² In den nächsten Monaten versuchten die unterschiedlichen Instanzen (Oberpräsident, Kurator, Direktor des Staatsarchivs und Kinder- vater) einen gemeinsamen Termin für die Besichtigung der Bestände festzulegen, da man keine genaue Kenntnis über die Zusammensetzung und Größe der Sammlung be-

⁴³⁹ Vgl. WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352; Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den Universitätskurator in Münster vom 21. April 1938.

⁴⁴⁰ WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352; Der Universitätskurator mit Anmerkungen (umseitig zu dem ersten Dokument) vom 30. April 1938.

⁴⁴¹ WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352; Der Oberpräsident der Provinz Westfalen Abteilung für höheres Schulwesen an das Bischöfliche Generalvikariat in Paderborn und den Universitätskurator Münster vom 2. Mai 1938.

⁴⁴² Vgl. WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 351; Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den Universitätskurator in Münster vom 20. August 1938.

saß. Man traf dabei im Voraus schon grobe Abmachungen, welche Bestände bei der Aushebung wem zufallen würden. Rasch einigten sich Kindervater und der Direktor des Preußischen Staatsarchivs Münster über die Aufteilung und besprachen Details, wie vorzugehen sei.⁴⁴³ Unterdessen stellte sich heraus, dass der potentiell dritte Interessent, das Gymnasium Theodorianum, keine gesteigerten Ansprüche mehr erhob. Man war lediglich an dem Erhalt einiger Wiegendrucke interessiert.⁴⁴⁴

Das Generalvikariat unterrichtete den Oberpräsidenten jedoch bereits am 19. Oktober 1938, dass man es nicht zuließe, dass die Bücher aus Paderborn weggeschafft würden und man, wenn nötig, Klage einreiche. Nur fünf Tage später teilte Gauleiter und Oberpräsident (ab 1938) Alfred Meyer den Direktoren des Staatsarchivs und der UB mit, dass der Oberbürgermeister von Paderborn die Theodoriana in der Stadt belassen wolle.⁴⁴⁵ An den Oberbürgermeister schrieb er, dass dieser erst genaue Vorschläge einreichen müsse, wie man die Bibliothek verwalten wolle, bis man seinem Wunsch nachkomme. An die beiden Direktoren in Münster sandte er die Anweisung, bis zu der Einreichung eines Antrages mit der Überführung zu warten.⁴⁴⁶ Dem Generalvikariat in Paderborn teilte Meyer mit, dass man weiter an der Aufkündigung festhalte und die Bestände zurückführen werde.⁴⁴⁷ Schließlich kam es zu dem Besichtigungstermin der Theodoriana durch Kindervater. In seinem Bericht vom 18. Januar 1938 machte er Angaben zu der Zusammensetzung, Größe, Beschaffenheit und dem Katalog und sprach sich schließlich für eine Übernahme durch die UB aus.

„[...] 4. Soll die Theodorianische Bibliothek jemals benutzt werden, kann das nur in einer wissenschaftlichen Bibliothek geschehen, die einen großen Wirkungskreis hat. An allen anderen Stellen ist sie fehl am Ort. Da es sich um eine Bibliothek westfälischen Ursprungs handelt, käme hierfür nur die vom Reichserziehungsminister bereits bestimmte Universitätsbibliothek Münster in Frage. [...]“⁴⁴⁸

Nur fünf Tage später schrieb er an den Oberpräsidenten, dass

⁴⁴³ Vgl. WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 351; Preußisches Staatsarchiv an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen vom 7. September 1938; vgl. auch WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/68; Kindervater an Universitätskurator vom 4. Oktober 1938.

⁴⁴⁴ Vgl. WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/69; Der Oberpräsident der Provinz Westfalen Abteilung für höheres Schulwesen an den Direktor des Preuss. Staatsarchivs, Münster i.W. vom 4. Oktober 1938.

⁴⁴⁵ Vgl. WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/89; Abschrift Preuss. Staatsarchiv: Erzbischöfliche Generalvikariat an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen – Abteilung für höheres Schulwesen in Münster i.W., Abschrift des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen an Kindervater und Direktors des Preuss. Staatsarchivs in Münster i.W. vom 12. Januar 1939, sowie die am 24. Oktober 1938 ergangene Abschrift des Oberpräsidenten.

⁴⁴⁶ Vgl. WWU Archiv; Bestand 9, Nr.: 352, 6/92; Abschrift des Staatsarchivs vom 9. Januar 1939 einer Abschrift des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen (Abt. für höheres Schulwesen) (23. Dezember 1938) an den Bürgermeister der Stadt Paderborn, weitere Abschrift an den Direktor des Preuss. Staatsarchivs in Münster, Abschrift ging auch an Kindervater.

⁴⁴⁷ Vgl. WWU Archiv Bestand 9, Nr.: 352, 6/93; vom 9. Januar 1939.

⁴⁴⁸ WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/87; Bericht Kindervater an Oberpräsident vom 18. Januar 1939.

„[...] die Überführung der Bibliothek [...] nicht gefördert worden [sei], da die Stadt Paderborn einen Antrag beim Reichserziehungsministerium gestellt [habe], die Bibliothek in Paderborn zu lassen.“⁴⁴⁹

Es scheint, als sei Kindervater in der Angelegenheit allmählich ungeduldig geworden. Dies ist verständlich, beachtet man, dass das Tauziehen um die Sammlung sich schon fast über 10 Monate zog und durch die Klage des bischöflichen Stuhls und die Anträge der Stadt Paderborn die Konfiskation erheblich verlangsamte wurde. Im März 1939 wurde dahingehend eine Regelung getroffen, dass man an dem eigentlichen Vorhaben weiter festhielt, der Stadt Paderborn aber Leihgaben versprach, über die man später genauer verhandeln wollte.⁴⁵⁰ Im April erhielt Kindervater eine Abschrift von Meyer. Dieser hatte am selben Tag den Direktor des Staatsarchivs kontaktiert.

„Nach der mir vom 22.4.39 zugegangenen Weisung des Herrn Reichs- und Erziehungsministers ist es – da der erzbischöfliche Stuhl gerichtliche Klage in Aussicht gestellt hat – aus taktischen Gründen angezeigt, den Transport schleunigst, und zwar möglichst noch im Laufe dieser Woche durchzuführen; eine vorherige Ankündigung der Rücknahme des Leihgutes an den derzeitigen Besitzer soll, wenn sie nicht überhaupt zu vermeiden ist, möglichst kurze Zeit vor dem Abtransport erfolgen, damit der Gegner nicht in der Lage ist, eine einstweilige Verfügung zu erwirken. Über die Durchführung des ministeriellen Auftrages hat mein Sachbearbeiter am 22.4. ds. Js. mit dem Direktor der Universitätsbibliothek eingehend verhandelt; ich bitte sich mit diesem in Verbindung zu setzen [...] Als Tag der Überführung der Bestände sowohl des Archivs als auch der Bibliothek schlage ich Freitag, den 28. April vor. Ich bitte Sie, sich zu diesem Zwecke persönlich in Paderborn einfinden zu wollen. Ferner bitte ich wegen der Gestellung der Fahrzeuge, des Arbeits- und des Überwachungspersonals das Erforderliche zu veranlassen. Ein Sachbearbeiter wird zu der angegebenen Zeit in Paderborn anwesend sein.

Im Auftrag

gez. Losse

[Darunter folgte eine Terminänderung der Übernahme] telefon. geändert in Mittwoch, 26.4.39.⁴⁵¹

Die Aussagen in diesem Dokument sind unmissverständlich: Erstmals wurde das Generalvikariat als „Gegner“ titulierte, obwohl es von Anfang an als ein solcher gesehen wurde. Dass man nun versuchte, den Abtransport schnellstmöglich durchzuführen, ohne den erzbischöflichen Stuhl zu informieren, zeigt eine der typischen Vorgehensweisen bei der Konfiskation. Zugleich gab es die Anweisung, sich um das benötigte Personal zu kümmern. Auch ein Termin war jetzt bestimmt worden, der telefonisch noch einmal geändert wurde. Der Fall ging in die entscheidende Phase. Wie das Ergebnis der Übernahme ausgefallen ist, kann anhand eines Schreibens von Kindervater an Beyer nachvollzogen werden:

„[...] Nach einer Besprechung mit den beteiligten münsterischen Stellen wurde deshalb der Abtransport auf den 26. April festgesetzt, die Speditionsfirma August Peters, Münster, mit der Durchführung des Transports beauftragt und zwei Beamte der Universitätsbibliothek zur Übernahme der 12.000

⁴⁴⁹ WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/89; Kindervater an Universitätskurator vom 23. Januar 1939.

⁴⁵⁰ Vgl. WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/102 und 6/103; Oberpräsident an Kindervater vom 20. März 1939.

⁴⁵¹ WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/122; Oberpräsident der Provinz Westfalen sendet Abschrift von einem Schreiben an den Direktor des Preußischen Staatsarchivs Münster vom 24. April 1939 an Kindervater vom 24. April 1939.

Bände nach Paderborn gesandt. Ich selbst wollte mit dem Vertreter des Herrn Oberpräsidenten und dem Staatsarchivdirektor in dessen Kraftwagen nach Paderborn fahren, wo um 10:00 Uhr die Übernahme stattfinden sollte.

Am 26. April 1939 wurde mir morgens um 8:00 Uhr von dem Vertreter des Herrn Oberpräsidenten eröffnet, dass das Erzbischöfliche Vikariat in Paderborn am späten Abend des 25. die Herausgabe der Bücher und Archivalien telegrafisch verweigert habe. Ein Eilbrief aus Paderborn, der inzwischen beim Oberpräsidium eingegangen war, bestätigte dies. Der Sachbearbeiter des Herrn Oberpräsidenten hat dann sofort fernmündliche Rücksprache mit dem Sachbearbeiter des Reichserziehungsministeriums genommen mit dem Ergebnis, dass unter diesen Umständen von einem Transport der Bibliothek und des Archivs nach Münster Abstand genommen und neue Weisung abgewartet werden sollten. Die bestellten Möbelwagen konnten dank der Umsicht des betr. Vertreters des Oberpräsidenten am 26. April morgens um 6:00 Uhr angehalten werden, so dass ich den Auftrag im Laufe des Vormittags nach Eingang der Entscheidung aus Berlin zurückziehen konnte. [...]“⁴⁵²

Es kam somit nicht zur Übernahme. Der Erzbischöfliche Stuhl hatte rechtzeitig handeln können. Die beiden Bibliotheksmitarbeiter, Dr. Kreyenborg und der namentlich nicht genannte Magazin-Verwalter, trafen in Paderborn ein und mussten erkennen, dass die Anreise umsonst gewesen war.

Die Nachricht muss Reichsminister Bernhard Rust sehr verärgert haben. Ungehalten teilte er Alfred Meyer und in Abschriften den anderen Instanzen mit:

„[...] Ich, der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, ersuche nunmehr, mit möglichster Beschleunigung im Klagewege die Herausgabe der Theodorianischen Bibliothek und der Archivalien zur ungehinderten freien Verfügung des Preuss. Staates (Paderborner Studienfonds) zu erwirken. Über den Verlauf des Prozesses, auf dessen möglichst baldige Entscheidung ich Wert lege, bitte ich, mich auf dem Laufenden zu halten. [...] Ich hebe jedoch ausdrücklich hervor, dass - was ich auch dem Erzbischöflichen Generalvikariat gegenüber zum Ausdruck zu bringen bitte - ich hiermit ein irgendwie geartetes Benutzungsrecht kirchlicher Stellen sowie ein Recht auf Verbleiben dieser Archivalien in Paderborn selbst nicht anerkenne, dieses nach wie vor vielmehr im vollen Umfange bestreite. Ich bin jedoch bereit, die Archivalien bis zur endgültigen Entscheidung des Rechtsstreites in Paderborn im Gewahrsam des Staatsarchivs zu belassen. [...] gez. Melsheimer“⁴⁵³

Das Landgericht Paderborn wies jedoch am 9. April 1940 die Klage des Preußischen Staates zurück. Rust wollte das Judikat nicht sanktionieren und stellte sich auf eine Verlängerung des Rechtsstreits ein. In diesem Zusammenhang bat er Kindervater am 27. Mai 1940 um eine gutachtliche Stellungnahme. Interessant ist an diesem Dokument, dass der Reichsminister Kindervater genau vorschrieb, auf welche Punkte dieser einzugehen habe. So forderte er u.a.

„[...] besonders hervorzuheben, dass der Wunsch auf Fortschaffung der Theodorianischen Bibliothek nicht etwa ein Willkürakt ist, nur um dem Erzbischöflichen Stuhl zu schaden, sondern dass unser [gemeint sind die preußischen Instanzen] Handeln lediglich von dem Wunsche bestimmt ist, der alten und wertvollen Bibliothek nunmehr den Platz zu verschaffen, der ihrer wissenschaftlichen Bedeutung angemessen ist, und der allein eine ihrer Wichtigkeit entsprechende wissenschaftliche und volkstümliche Auswertung und Ausnutzung ermöglicht.“⁴⁵⁴

⁴⁵² WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/121; Kindervater an Universitätskurator vom 2. Mai 1939.

⁴⁵³ WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/116; 22. Mai 1939, Abschrift: 30. Mai 1939.

⁴⁵⁴ WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/116; Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an Kindervater vom 27. Mai 1940.

Diese Aussage war natürlich eine Lüge, schließlich wollte man sich der Theodoriana bemächtigen.

Kindervater folgte der Anordnung. Am 3. Juni 1940 verfasste er einen sechs Seiten umfassenden Bericht, in dem er sich eindeutig für eine Übernahme durch die UB aussprach. Am Ende zog er folgendes Fazit:

„[...] eine ordnungsmäßige Behandlung der Theodoriana in katalogmässiger und nutzbarer Hinsicht ist nur in der grössten westfälischen Bibliothek, der Universitätsbibliothek Münster, möglich und gewährleistet. [...]“⁴⁵⁵

Kindervater gehorchte und setzte jeden Punkt von Rusts Schreiben um. Letztlich brachte aber auch dieser Schritt nichts. Nach mehr als zweijährigen Streitigkeiten verblieb die Theodoriana in Paderborn.

„Schreibersche Institute“

Ein weiterer unrühmlicher Fall sind die „Schreiberschen Institute“. Der Prälat und Zentrumsabgeordnete Georg Schreiber war ein angesehener Mann. Im Jahre 1927 war es dem Leiter des kirchenhistorischen Institutes der Universität Münster mithilfe von finanziellen Mitteln des Auswärtigen Amtes vergönnt, eine „Forschungsstelle für Auslandsdeutschtum und Auslandskunde e.V.“ zu konstituieren. Drei Jahre später erfuhr sie eine Umbenennung in „Deutsches Institut für Auslandskunde“ und war gelegen am Breul 21a/22. Mitte März 1933 entstand ein, im selben Haus angesiedeltes, zweites Institut mit dem Titel „Deutsches Institut für Volkskunde e.V.“.⁴⁵⁶ Im Zuge des nationalsozialistischen Machtzuwachses habe sich für Schreiber eine prekäre Situation entwickelt, berichtet Morsey in seinem Bericht „Gelehrter, Kulturpolitiker und Wissenschaftsorganisator in vier Epochen deutscher Geschichte – Georg Schreiber (1882–1963)“. Aufgrund des „Gleichschaltungsprozesses“ und dem Bestreben verschiedener Nationalsozialisten, darunter auch Alfred Meyer, sei Schreiber durch Rust an die Theologische Fakultät der Staatlichen Akademie in Braunsberg versetzt worden. Schreiber habe sich jedoch durch ärztliche Atteste beurlauben und dann 1936 emeritieren lassen. Der Prälat habe seine Institute weiterführen und an seinen Publikationen arbeiten können, was Morsey auf Schreibers viele Beziehungen und Bekanntschaften, u.a. mit Rust, zurückführt. Allerdings habe seine Tätigkeit die Aufmerksamkeit des Amtes Rosenberg erregt und auch Himmler sei auf ihn aufmerksam geworden. Ab 1936 sei der Wissenschaftler vom SD überwacht worden. Nur drei Jahre später habe die Gestapo seine Insti-

⁴⁵⁵ WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/156–158; Bericht Kindervater vom 3. Juni 1940.

⁴⁵⁶ WWU Münster (Website): *Geschichte des Instituts für Religiöse Volkskunde E.V.* URL: http://www.uni-muenster.de/FB2/religioese_volkskunde/geschichte/index.html – Download vom 30.10.2012.

tute konfisziert. Um die Institute sei heftig zwischen Münster und Berlin gestritten worden; ein Streit, der erst durch eine Abmachung zur Aufteilung im April 1942 beigelegt worden sei.⁴⁵⁷ Die Bibliothek des „Instituts für Auslandskunde“ wurde vom 10.–14. November 1942 von 12 französischen Kriegsgefangenen, die von der Bauunternehmung Heinrich König in Münster gestellt worden waren, in die UB transportiert. Dies belegen ein kurzes Schriftstück von Kindervater und eine Rechnung.⁴⁵⁸ Kindervater habe, so heißt es in dem Artikel von Pophanken, die Teilung durchgeführt. Der Abtransport sei jedoch aufgrund der Luftangriffe nicht durchgeführt worden.

Nach dem Krieg habe Schreiber 1946 seine Institute wiedergegründet und selber mit der Restitution in seinem Haus in Münster begonnen. Bis zu seinem Tod im Jahre 1963 habe er versucht, die Sammlung wieder zu vervollständigen und sei dazu auch mehrmals in der UB vorstellig geworden. Da der Betrieb der Bibliothek (hier die Katalogisierungsarbeiten) auch noch 1954 nicht vollständig rehabilitiert gewesen sei, habe man die Bücher jedoch nicht auffinden können.

Was mit den Instituten nach Schreibers Tod passierte, ist heute noch nicht geklärt. Da die Alleinerbin 1965 die Andachtsbuchsammlung an die UB verkaufte, vermutet Pophanken, dass dies auch mit den Schreiberschen Institutsbibliotheken passiert ist.⁴⁵⁹

Kindervaters Verdienste und der UB-Betrieb während der Kriegszeit

Neben diesen unrühmlichen Erwerbungen bzw. den Versuchen, vollbrachte Kindervater jedoch auch viel Gutes für die UB. Bereits vor seinem Dienstantritt war das Gebäude den gewaltigen Büchermassen nicht gewachsen und sorgte für einigen Unmut. Die Verfasser der verschiedenen Jahresberichte kritisierten immer wieder die missliche Lage. Helga Oesterreich hat in den „Bibliotheksnachrichten“ aus dem Jahre 1975 diesbezüglich bereits herausgestellt, dass es erst Kindervater durch stetig wiederholte Schreiben an das Kuratorium der Universität und das zuständige Ministerium gelungen sei, den Umbau und die notwendigen Gelder bewilligt zu bekommen. Dabei habe der Direktor die schon existierenden Baupläne noch einmal entscheidend verändert. Neben dem Umbau und der Erweiterung des Verwaltungstraktes, sollte das Magazin Platz für 480.000 Bände haben. Obwohl der Kriegsbeginn den Umbau des Magazin verhindert habe, sei

⁴⁵⁷ Vgl. Morsey, Rudolf: Gelehrter, Kulturpolitiker und Wissenschaftsorganisator in vier Epochen deutscher Geschichte – Georg Schreiber (1882–1963). In: Hein, Bastian, Kittel, Manfred; Möller, Horst (Hrsg.): Gesichter der Demokratie. Porträts zur deutschen Zeitgeschichte ; eine Veröffentlichung des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin. München: Oldenbourg, 2012, S. 7–19, hier: S. 13 ff.

⁴⁵⁸ Vgl. WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352; Rechnung vom 13. November 1942 und Nachricht Kindervater vom 17. März 1943.

⁴⁵⁹ Vgl. Pophanken: Verbotene und beschlagnahmte Bücher ..., S. 149 ff.

von 1936 bis Sommer 1939 der neue Verwaltungstrakt entstanden, bei dem man darauf geachtet habe, „den Benutzern größtmögliche Bequemlichkeit, der Verwaltung angemessene, praktische Arbeitsräume zu schaffen.“⁴⁶⁰ Zudem habe Kindervater den Verwaltungsapparat generalüberholt. Auf dem Gebiet der, das muss hier so gesagt werden, legalen Anschaffungen, habe der Direktor sich für den Bestandsaufbau der Rechtswissenschaften, Medizin und Naturwissenschaften engagiert. Ganz besonders wichtig sei ihm die Extensivierung und Pflege des Sondersammelgebiets Niederländisch-Flämischer Kulturkreis gewesen.⁴⁶¹ Aus den Akten des WWU Archivs ging zudem hervor, dass er für besonders bedeutende Sammlungen Fördermittel eintrieb. So konnte er, um nur eine Sammlung zu nennen, den Rückert-Nachlass erwerben. Bei diesen Erwerbungen handelt es sich um keine Notverkäufe oder Geschäfte, die unter Pressuren getätigt wurden.

Wie gerade erwähnt, wirkte der Krieg sich negativ auf den Arbeitsbetrieb der UB aus. In den Umläufen wurden die neuen Sparmaßnahmen zum Dauerthema. Stetig machte Kindervater seine Mitarbeiter auf neue Erlasse bezüglich des Licht-, Kohlen- und Stromverbrauchs aufmerksam. Ende November 1939 bestimmte er, keine Gelder mehr für Neuanschaffungen, ausländisches Schrifttum und Antiquaria auszugeben. Die Referenten sollten bestimmen, welche Zeitschriften abzubestellen seien.⁴⁶² Zu Weihnachten bat er um Spenden, um drei zum Heeresdienst eingezogenen „Gefolgschaftsmitgliedern“ einen Gruß senden zu können.⁴⁶³ Regeln zur Benutzung des Fernsprechers gab der Direktor mehrere bekannt; ebenso wie die zur Verdunkelung. Da Verdunkelungsmöglichkeiten nur mangelhaft vorhanden waren und eine entsprechende Anlage nicht installiert war, wurden die Öffnungs- und Arbeitszeiten am 25. September und dann wieder am 2. November 1939 geändert. Mehrmals disziplinierte Kindervater seine Mitarbeiter, darauf zu achten, nicht benötigtes Licht abzuschalten und die Räume zu verdunkeln. Im Februar 1940 informierte er, dass die Zulieferung von Seife, Handtücher und Papier in Frage gestellt sei. Er schloss seinen Umlauf mit diesen Worten:

„[...] Alle diese Einschränkungen werden nicht etwa von mir vorgenommen, sondern sind eine Folge des Krieges. Es geht jetzt um mehr als um Kleinigkeiten, die das Leben bequem machen, es geht jetzt um den Bestand und die Zukunft unseres Volkes und Reiches. Dafür Opfer zu bringen ist eine Selbstverständlichkeit. Vergleiche mit der Weltkriegszeit sind garnicht (sic) möglich, weil die in-

⁴⁶⁰ Oesterreich, Helga: Vor dreißig Jahren ... (1975). In: Oesterreich, Helga (Hrsg.): Universitätsbibliothek Münster. Bibliotheksnachrichten, Berichte, Mitteilungen. Münster: Universitätsbibliothek Münster, 1988; S. 9–17, hier: S. 13.

⁴⁶¹ Vgl. ebd., S. 13 f.

⁴⁶² Vgl. ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 2. November 1939.

⁴⁶³ Vgl. ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 19. Dezember 1939.

nen- und außenpolitischen Verhältnisse bei uns gegenüber damals völlig verändert sind. Ich erwarte von allen Gefolgschaftsmitgliedern, dass sie auch in diesem Punkte ihre Pflicht tun. [...]⁴⁶⁴

Mit dieser Aussage, die eine eindeutige Unterstützung des Nationalsozialismus darstellt, wollte der Direktor auf die Dringlichkeit seiner Apelle hinweisen. Im Vorfeld zu diesem Rundschreiben geäußerter Unmut (Kreyenborgs Betragen führte zu einem Beschwerdeschreiben an den Kurator), Apathie oder andere Verstöße wurden demnach nicht geduldet. Kindervater war der Ansicht, dass „an allen Ecken und Enden für den Sieg der deutschen Waffen gespart werden muss.“⁴⁶⁵ „Auch beim Sparen in unseren kleinen Verhältnisse helfen wir zum Siege“⁴⁶⁶, schrieb er im Januar 1941. Er war der festen Überzeugung, dass die Wehrmacht siegreich sein und bleiben würde. Im April informierte er die Mitarbeiter über den Referendar Dr. Meyer, der bei der Luftwaffe als Aufklärungsflieger tätig war.

„[...] Er sei nicht der im Heeresbericht erwähnte Lt. Meyer (ich hatte ihn danach gefragt), da er keine Kampfmaschine flöge. Aber folgende Worte sind doch ganz erfreulich: „An Wehrmachtsbericht-Erfolgen war ich bis jetzt einmal beteiligt (ohne Namensnennung): die im Bericht vom 4.6. erwähnten Schiffe, die am Ausgang des Firth of Forth erwischt wurden, gehen mit auf mein Konto.“

Kindervater“⁴⁶⁷

Die Worte „sind doch ganz erfreulich“ bedürfen keiner Erklärung und belegen die Anteilnahme des Direktors am Kriegsgeschehen.

Die Einschränkungen waren auch für ihn sicher ärgerlich, doch er stellte sich in den Dienst der Sache und hielt sie für ein bald vorübergehendes Moment. Sie hinderten die Bibliothek auch nicht an der Beteiligung der vom 26. Oktober bis zum 8. November eingerichteten Buch- und Dokumentenschau „Reich und Reichsfeinde“.⁴⁶⁸

Enteignung von Klosterbibliotheken

Anfang 1942 erreichte der sogenannte „Klostersturm“ auch die Provinz Westfalen. An den Kurator wurde ein Schreiben gerichtet, dass dieser an Kindervater weiterreichte und folgenden Inhalts war:

„Bei mehreren der kürzlich durch Einziehung in das Eigentum des Reiches übergegangenen Klöster sind umfangreiche Bibliothekn [letzten beiden Wörter farbig unterstrichen, ein handschriftliches „e“ bei „Bibliothekn“ hinzugefügt] vorhanden, über deren spätere Verwendung ich dem Reichsminister des Innern [„n“ durch Bindestrich ersetzt, da das Wort getrennt wurde] Vorschläge zu machen habe. Zur Vorbereitung dieser Vorschläge bitte ich durch den Herrn Direktor der Universitätsbibliothek, den Bestand der Bibliotheken überprüfen zu lassen und mir alsdann mitteilen zu wollen, wie nach dortiger Ansicht die Bibliotheken zweckmäßig zu verwenden sein werden.

⁴⁶⁴ ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 6. Februar 1940.

⁴⁶⁵ ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 7. Juni 1940.

⁴⁶⁶ ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 28. Januar 1941.

⁴⁶⁷ ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 21. April 1941.

⁴⁶⁸ Vgl. Kindervater: Die Universitätsbibliothek Münster 1933–1941, S. 318 f.

Die weiteren Einzelheiten, insbesondere wegen der Besichtigung, bitte ich mit meinem Sachbearbeiter zu besprechen.

gez. Dr. Graf von Stosch.⁴⁶⁹

Es handelte, so lässt es sich den aufgefundenen Dokumenten entnehmen, um die Klöster Gerleve, Hilstrup, Vinnenberg und das Stift Essen-Werden, sowie die Häuser Sentmaring, Königstrasse 35/36a (Münster) und Camillus-Colleg (Sudmühle).

Obwohl der Sachverhalt dem Oberfinanzpräsidenten übertragen wurde und so die Hilfe Kindervaters überflüssig geworden war, schrieb der Direktor an den Kurator mit dem Wunsch, dieser möge sich für ihn einsetzen, damit er nicht ausgeschlossen werde. Er argumentierte:

„[...] Da es sich aber um westfälisches Kulturgut handelt, das in erster Linie für die wissenschaftliche Forschung an der Landes-Universität und sonstiger Wissenschaftler der Provinz, mit anderen Worten zur Aufnahme in die einzige grosse wissenschaftliche Bibliothek Westfalens, die Universitäts-Bibliothek Münster, bestimmt sein dürfte, aber auch für die Erforschung der landgebundenen Geschichte der Partei und ihrer Gliederungen sowie ihrer Beeinflussung durch konfessionelle Einrichtungen innerhalb der Provinz, bzw. des Gaugebiets von nicht geringem Wert sein wird, darf ich mein Interesse von den freiwerdenden Büchersammlungen nicht abwenden. [...]“⁴⁷⁰.

Kindervater wollte damit verhindern, so verdeutlichte er weiter unten im Schreiben, dass die Bücher die Provinz verließen. Seine Bibliothek sollte von der „Aushebung“ profitieren. Beyer schrieb nur fünf Tage später an den Gauleiter Meyer und trug den Wunsch des Direktors vor, mit dem Hinweis, dass Kindervater in der Parteiarbeit stehe und daher genau wüsste, welche Schriften der Universität und welche der Partei nützlich seien.⁴⁷¹ Der Adjutant der NSDAP antwortete dem Kurator am 18. April und wies ihn darauf hin, er selbst (Beyer) müsse sich mit dem Oberfinanzpräsidenten auseinandersetzen. Weiter erklärte er, dass der SS-Untersturmführer Korten des SD Münster bereits das Kloster Gerleve und das Haus Sentmaring besichtigt hätte, aber die Anweisung habe, keine Bücher mitzunehmen. Man habe Korten deutlich gemacht, dass „die vorjährigen Gangstermethoden bei der Aufteilung des Schreiber'schen Instituts weder von ihm noch von Seiten des Sicherheitsdienstes wiederholt“⁴⁷² werden dürften. Hier wird der Beleg für den oben beschriebenen Fall „Prälat Schreiber“ geliefert, dass der namentlich genannte SS-Untersturmführer die Institute auseinandergerissen und dies Verärgerung beim Gauleiter hervorgerufen hatte.

⁴⁶⁹ WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/186; Regierungspräsident an Kurator vom 13. Februar 1942.

⁴⁷⁰ WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/192; Kindervater an Kurator vom 2. April 1942.

⁴⁷¹ Vgl. WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/193; Beyer an Gauleiter und Reichsstatthalter des Gaues Westfalen – Nord, Oberpräsident Dr. Alfred Meyer vom 7. April 1942.

⁴⁷² WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/195; Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Gauleiter und Oberpräsident – Adjutant – an Curt Beyer vom 18. April 1942.

Am 5. Mai bekam Kindervater jedoch die Meldung, die Sichtung vornehmen zu dürfen.⁴⁷³ Am 27. Mai besuchten Kindervater, Kreyenborg, der Gauschulungsleiter, ein Vertreter des Amtes Rosenberg und der Stabsamtleiter das Kloster Gerleve. Am 18. Juni gab es eine zweite Besichtigung mit einem veränderten Personenkreis. Die anderen Klöster wurden dann am 22. Juni besichtigt. Von Kindervater erfolgten zwei Berichte, die sich in Aufbau und Inhalt sehr ähneln. Nach der Beschreibung jeder einzelnen Einrichtung und den sich dort befindenden Sammlungen, empfahl Kindervater, was mit ihnen geschehen sollte. Der Vertreter des ARO bekundete sein Interesse, die Bibliotheken Sentmaring und Essen-Werden – sie stellten den wertvollsten Teil dar – für Forschungszwecke zu verwenden. Ob diese tatsächlich nach Berlin gelangt sind, konnte der Autor nicht herausfinden. Aufgrund der Kriegslage hielt es der Direktor für sinnvoll, die Bibliotheken „verstreut im Münsterland zu belassen“⁴⁷⁴. Die wertvollsten Bestände sollten nach Gerleve und Vinneberg verlagert werden. Alle Bibliotheken in die beiden Klöster, die über ausreichend große und vor Luftangriffen geschützte Räume verfügten, zu bringen, scheiterte an dem großen Aufwand, der nötig gewesen wäre. Dafür führte Kindervater auch eine Beispielrechnung an.⁴⁷⁵ Der Krieg machte es unmöglich, Personal, Lastwagen und Fahrer zu bekommen. So mussten die Bestände erst einmal bleiben, wo sie waren.

Evakuierung der UB-Bestände und Bombardierung des Gebäudes

Der Direktor hatte mit der Sicherung seiner eigenen Bestände auch genug Arbeit. Am 2. April 1942 hatte er angeordnet, die Santini-Sammlung im Luftschutzbunker der UB unterzubringen⁴⁷⁶ und spätestens als die Landesbibliothek in Karlsruhe ausgebombt wurde (September 1942), war ihm bewusst, dass seine eigene Bibliothek in massiver Gefahr schwebte⁴⁷⁷. Die „Sicherungsfrage“ machte er „zur dringenden Pflicht, die allen anderen vorzugehen hat“⁴⁷⁸. Wenig später enden die Umläufe.

Das offizielle Dekret, die Bestände zu evakuieren, erfolgte am 2. November 1943.⁴⁷⁹ Viel zu spät, denn am 10. Oktober hatte die UB den ersten empfindlichen Angriff erlei-

⁴⁷³ Vgl. WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/198; Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Gauleiter Alfred Meyer an Kindervater vom 5. Mai 1942, Abschrift von Kindervater an Beyer 7. Mai 1942.

⁴⁷⁴ WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/205–207; Kindervater an Gauleiter Meyer vom 25. Juni 1942.

⁴⁷⁵ Vgl. ebd.; Vgl. WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352; Kindervater an Gauleiter Meyer vom 4. Juli 1942.

⁴⁷⁶ Vgl. ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 2. April 1944.

⁴⁷⁷ Vgl. ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 14. September 1944.

⁴⁷⁸ Ebd.

⁴⁷⁹ Vgl. WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 351; Der Universitätskurator über den Vermerk des Universitäts-oberinspektors Hannak vom 2. November 1943.

den müssen. Waren bei zwei vorherigen Bombentreffern nur Fensterscheiben und Dachziegel zu Bruch gegangen, vernichteten nun die Brandbomben den Lesesaal, den Zeitschriftensaal, den Katalograum, das Katalogisierungszimmer, den Dozentenarbeitsraum und die Leihstelle.⁴⁸⁰ Oesterreich zufolge seien an diesem Tag neben 10.000 Bänden aus dem Lesesaal, mehrere tausende bibliographische Verzeichnisse und Nachschlagewerke und die beiden Alphabetischen Kataloge (vier bis fünf Millionen Zettel) verbrannt.

Ein Hochwasser der Aa habe dann im Januar/Februar 1944 mehrere tausend Bände, die in den Keller verbracht worden waren, zerstört. Rund 120.000 Bände seien im Oktober 1944 durch einen Sprengbombenangriff und dem daraus resultierenden Feuer der Vernichtung anheimgefallen.⁴⁸¹

Wie bereits erwähnt, flüchtete Kindervater mit den meisten der Mitarbeiter im Dezember schließlich nach Bad Salzuflen.

Den letzten schweren Angriff erlebte die Bibliothek an Palmsonntag im März 1945. Insgesamt seien 200.000 Bände verbrannt, schreibt Oesterreich. Der noch bis zu diesem Tag unversehrt gebliebene Gebäudeteil sei nun auch getroffen worden und sei vollständig ausgebrannt. So seien auch noch die zum Abtransport bestimmten 260 Bücherkisten mit knapp 36.000 Bänden den Flammen zum Opfer gefallen.⁴⁸² Im Sommer 1945 habe man mit dem Rücktransport nach Münster begonnen, schreibt Leyh. Die Bibliothek habe zwei Drittel ihres Bestandes verloren.⁴⁸³

Kindervater wurde auf Anordnung der Militärregierung vom 5. September 1945 aus dem Amt enthoben; er übergab die Führung Jansen.⁴⁸⁴

Damit ist die Personalie Joseph Kindervater jedoch nicht abgeschlossen. Die oben beschriebenen Zerstörungen durch Bombentreffer und die angegebenen Verlustzahlen konnte der Autor aufgrund eines Berichtes von Kindervater nachvollziehen. Nach dem Krieg beschuldigte man ihn, dass er zu spät mit der Evakuierung begonnen und für den Transport nur Autos anstatt Wagen (die vorhanden waren) verlangt habe. Die großen Verlustzahlen der mittelalterlichen theologischen Handschriften und die verbrannten Werke der Theologie allgemein seien auf seine ablehnende Haltung ihr gegenüber zu-

⁴⁸⁰ Vgl. Weber, Christoph: Der Wiederaufbau der Universitätsbibliothek Münster i/W. Der Bibliothekartag 1951 in Münster /Westf. In: *Nachrichten für wissenschaftliche Bibliotheken* 4 (1951) 4, S. 117–130, hier: S. 122.

⁴⁸¹ Vgl. Oesterreich: Vor dreißig Jahren ... (1975), S. 10 ff.

⁴⁸² Vgl. ebd., S. 12.

⁴⁸³ Vgl. Leyh: Die deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken nach dem Krieg, S. 173.

⁴⁸⁴ Vgl. WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 351; Kindervater an Kurator vom 20. September 1945.

rückzuführen, da er diese Werke bei der Auslagerung absichtlich vernachlässigt habe.⁴⁸⁵ Kindervater verteidigte sich vehement und gab in mehrseitigen Berichten Auskunft über die damalige Situation. Er habe bereits am 22. Dezember 1942 mit dem ersten Auslagerungstransport nach Assen bei Lippborg begonnen, schrieb er. In Berlin habe er vorgesprochen und über den Angriff vom 10. Oktober 1943 berichtet, um die Evakuierung auch offiziell bestätigt zu bekommen. Doch die Anordnungen seien andere gewesen, sodass er Rettungsmaßnahmen „ohne Wissen des Ministeriums, aber in voller Übereinstimmung mit dem Universitätskurator ausgeführt“⁴⁸⁶ habe. So seien Bücherkisten für je 100–120 Bände gebaut worden. Allerdings habe er nur vereinzelt Transportfahrzeuge bekommen, da die Wehrmacht oder anderen Stellen diese für den Krieg benötigten. Die „Klein- und Reichsbahn“ hätten für diesen Zweck erhalten müssen. Ab Januar 1944 habe er keine Fahrzeuge mehr erhalten, bis auf die Ausnahme eines „3-Tonner-Wagen“ von der Luftwaffe, den ein ihm bekannter Flakoffizier bereitgestellt habe. Die „Reichsbahn“ habe auch nicht mehr benutzt werden können. Die Anschuldigung, dass er keine Pferdewagen in Anspruch genommen habe, wies Kindervater energisch von sich. Zum einen sei dies durch die Tieffliegerangriffe nicht möglich gewesen und zum anderen sei niemand zu solchen Fahrten bereit gewesen. Er sei auch im Februar 1945 beim „Gauleiter“ vorstellig geworden, doch auch dieser habe ihm die Hilfe verwehrt.⁴⁸⁷

Der 13-seitige Bericht ist so detailliert, dass der Autor hier nur einige Stellen ausgesucht hat. Die bereits zitierten Anordnungen in den Umläufen und mehrere Dokumente aus der Kriegszeit belegen, dass Kindervater in diesen Berichten die Wahrheit sprach. Im WWU Archiv finden sich mehrere Aktenvermerke von Beyer und auch ein Schreiben Kindervaters vom 6. Mai 1944, in dem er mitteilte, welche Bestände fortgeschafft waren. Dazu gehörten beispielsweise auch Altbestände der Theologie. Die Sammlungen waren – zu diesem Zeitpunkt – in sieben verschiedenen Lagern (darunter mehrere Schlösser und eine Zeche) untergebracht worden; elf Orte waren zudem noch angedacht.⁴⁸⁸ Letztlich wurden die geretteten Bestände auf elf Sicherungsorte verteilt: 1 Schloss im Kreis Lippe (Schloss Wöbbel), 6 westfälische Schlösser (Haus Assen in Lippborg, Schloss Crassenstein in Wadersloh-Diestedde, Schloss Vornholz in Ostenfelde, Schloss Alme in Brilon-Alme und Schloss Nordkirchen), 2 Klöster (Kloster Hall bei

⁴⁸⁵ Vgl. ULB Archiv, Ordner Kindervater 2. Weltkrieg Auslagerung der Buchbestände, Nr.: 926; Abschrift Kultusminister NRW an Kindervater vom 13. Juli 1950.

⁴⁸⁶ ULB Archiv, Ordner Kindervater 2. Weltkrieg Auslagerung der Buchbestände, Nr.: 926; Abschrift Schreiben Kindervaters an Kultusministerium NRW vom 10. April 1950.

⁴⁸⁷ Vgl. ebd.

⁴⁸⁸ Vgl. WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 351; Kindervater auf halben Zettel welche Bücher fortgeschafft sind, vom 6. Mai 1944.

Gescher und Kloster Rietberg), 1 Pfarrhaus (Pfarrei Marienmünster) und 1 Zeche (Zeche König Ludwig I/II in Recklinghausen-Süd).⁴⁸⁹ Laut Aussage Kindervaters konnten etwa 170.000 Bände sowie die 39 Kisten umfassende Santini-Sammlung gerettet werden.⁴⁹⁰ Sein Nachfolger Christoph Weber bezifferte den geretteten Bestand in dem Bericht „Der Wiederaufbau der Universitätsbibliothek Münster i/W.“ allerdings „nur“ mit rund 130.000 Bänden.⁴⁹¹

Die Durchsicht all dieser Archivalien lassen den Verfasser zu dem Schluss kommen, dass die Vorwürfe an Kindervater haltlos und ungerechtfertigt waren. Man imputierte Kindervater vieler Vergehen, doch diese entbehren, man beachte die Versuche des Direktors und die schwierige Lage der damaligen Zeit, jeder Grundlage. Kindervater bemühte sich sehr wohl um die Evakuierung. Die Theologischen Bestände tauchen in seiner Liste verlagelter Sammlungen ebenfalls auf und die Anschuldigung nicht Pferdewagen benutzt zu haben, so meinte schon Oesterreich, war aufgrund der großen Gefahr durch Tiefflieger nicht zu realisieren⁴⁹².

Man kann supponieren, dass man Kindervater, der, so schrieb er im August 1950, „politisch völlig rehabilitiert wurde“⁴⁹³, mit allen Mitteln aus dem Amt entheben wollte. Dies ist wiederum verständlich, denn Kindervater war aufgrund seiner Position an vielen nationalsozialistischen Machenschaften beteiligt und kann daher nicht, wie Happel schreibt, nur als „nomineller Nationalsozialist“ bezeichnet werden⁴⁹⁴. Kindervater verstand sich selbst als „Diener am Buch“⁴⁹⁵ und war um die Entwicklung der UB sehr bemüht, doch leider oftmals als aktiver Mitläufer des Nationalsozialismus.

5.1.2 Die Bibliothek nach 1945

Unmittelbar nach dem Krieg standen die Bibliotheksmitarbeiter vor der schwierigen Aufgabe, den Betrieb schnellstmöglich wieder aufzunehmen. Das Gebäude zeigte sich schwer gezeichnet; das Verwaltungsgebäude war restlos ausgebrannt, das Magazin teils ausgebrannt, teils zerstört, überall verteilt lag der Schutt. Alle Mitarbeiter, egal ob Mann oder Frau, begannen mit den Aufräumarbeiten und provisorischen Reparaturen. Seit

⁴⁸⁹ Vgl. ULB Archiv, Ordner Kindervater 2. Weltkrieg Auslagerung der Buchbestände, Nr. 926; Abschrift Schreiben Kindervaters an Kultusministerium NRW vom 11. August 1950.

⁴⁹⁰ Vgl. ULB Archiv, Ordner Kindervater 2. Weltkrieg Auslagerung der Buchbestände, Nr. 926; Abschrift Schreiben Kindervaters an Kultusministerium NRW vom 15. April 1954.

⁴⁹¹ Vgl. Weber, Christoph: Der Wiederaufbau der Universitätsbibliothek Münster i/W., S. 123.

⁴⁹² Vgl. Oesterreich: Vor dreißig Jahren ... (1975), S. 16.

⁴⁹³ ULB Archiv, Ordner Kindervater 2. Weltkrieg Auslagerung der Buchbestände, Nr.: 926; Abschrift Schreiben Kindervaters an Kultusministerium NRW vom 2. August 1950.

⁴⁹⁴ Vgl. Happel: Das wissenschaftliche Bibliothekswesen im Nationalsozialismus, S. 29.

⁴⁹⁵ ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 24. Februar 1942.

Sommer 1945 erfolgte der schrittweise Rücktransport der ausgelagerten Bestände und des Inventars aus Bad Salzuflen. Dafür musste die UB in dem Maße wieder instand gesetzt werden, dass sie die minimalsten organisatorischen Anforderungen erfüllen konnte. Diese betrafen hauptsächlich die sichere Lagerung, um die Bücher vor den Wetterverhältnissen und Diebstählen zu schützen und die Einrichtung von Arbeitsräumen.

Im Herbst 1945 und im Winter 1945/46 führte man die Bestände, bis auf die im Schloss Wöbbel und in der Zeche in Recklinghausen lagernden Bücher, aus anderen Sicherungsorten (s. hierzu S. 148) zurück nach Münster. Direktor Kindervater war von der Militärregierung bereits im September abgesetzt worden und hatte die Leitung Jansen übertragen.

Die in dieser Zeit vollbrachte Arbeitsleistung der Mitarbeiter zeigt die große Einsatzbereitschaft und den Willen, zur Normalität zurückzukehren. Obwohl viele Personen sicher zusätzlich eigenes Leid, sei es durch den Verlust von Familienmitgliedern oder von Eigentum, erfahren hatten, beteiligten sich alle am Wiederaufbau.

Im Januar 1946 bewarb sich der 62-jährige Dr. Christoph Weber um die Stelle des Direktors. In seinem Bewerbungsschreiben berichtete er u.a.:

„[...] Ich wurde 1935 von den Nationalsozialisten als Direktor der Universitätsbibliothek Kiel aus politischen Gründen abgebaut. In Königsberg habe ich mein gesamtes Hab und Gut verloren. Meine beiden Söhne fielen im April 1945. [...]“⁴⁹⁶

Weber wurde am 27. Oktober 1883 in Guxhagen (Hessen) geboren. Wie Samulski in dem Artikel „Christoph Weber“ berichtet, habe er nach dem Abschluss des Gymnasiums Theologie, Geschichte, Germanistik und semitische Philologie in Münster studiert. An der UB Münster habe er sein Volontariat gemacht und seine Fachprüfung in Göttingen bestanden. Nach drei Jahren Assistentenzeit sei er nach Berlin gewechselt. 1924 sei er dann Direktor an der UB Kiel geworden. Ab dem 1. Dezember 1935 habe er in der Position eines Bibliotheksrats an der Staats- und Universitätsbibliothek Königsberg arbeiten müssen, da ihn die Nationalsozialisten aus dem Amt des Direktors entlassen hätten. Nachdem er von Januar bis April 1943 interimistisch an der Technischen Hochschule Hannover beschäftigt gewesen sei, habe man ihn dann im August 1943 an die Reichstauschstelle in Berlin versetzt, wo er laut Samulski bis zum Dezember 1945 gearbeitet habe.⁴⁹⁷ Nach dieser Anstellung bewarb sich Weber in Münster.

⁴⁹⁶ WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 7342; Weber an Oberpräsident der Provinz Westfalen, z.Hd. Universitätskurator vom 28. Januar 1946.

⁴⁹⁷ Vgl. Samulski, Robert: Christoph Weber. In: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, 1958, S. 167–17, hier: S. 167 f.

Unterstützung erfuhr er von Professor Heinrich Schotz an der hiesigen Universität. Schotz schickte ein Empfehlungsschreiben an den Universitätskurator, in dem er mitteilte, dass er den Angesprochenen aus Kiel kenne und dieser „ein ausgezeichneter Bibliotheksdirektor“, „ein sehr entgegenkommender sympathischer Mensch und ein überzeugter Katholik“⁴⁹⁸ sei.

Aus den Unterlagen im WWU Archiv geht hervor, dass sich mehrere Personen um die freie Stelle beworben hatten, wie z.B. der in Kapitel 5.1.1 genannte Günther Goldschmidt. Letztlich entschied man sich jedoch für Weber. Oberstleutnant Savage von der Militärregierung Westfalen schrieb diesbezüglich an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen:

„Betrifft: Bibliothekar für die Universität Münster

1. Der Oberpräsident und der Rektor der Universität Münster [Rektor war Prälat Georg Schreiber (s. Kapitel 5.1.1)] erklären sich während einer Unterredung mit Mr. Hewervon (sic) [Spatium fehlt] von der Kontrollkommission am 9. April 1946 beide mit der Bewerbung von Dr. Christoph WEBER als Bibliothekar an der Universität Münster einverstanden.

2. Reichen Sie bitte dem hiesigen HQ die Anschrift von Dr. Weber, der zur Zeit (sic) in Fulda wohnt, ein, desgleichen alle weiteren Informationen, die von Mr. Hewer benötigt werden. [...]“⁴⁹⁹

Am 10. Mai 1946 wurde Weber als Direktor kommissarisch bestätigt, mit der Anweisung, er müsse bei dem örtlichen Kreisdennazifizierungsausschuss vorstellig werden.⁵⁰⁰

Wie in der Nachricht ersichtlich, lebte Weber zu diesem Zeitpunkt noch in Fulda. Am 27. Mai wurde er vom „Minister für Wiederaufbau und politische Befreiung des Großhessischen Staatsministeriums“ zum Vorsitzenden der Spruchkammer in Fulda-Land designiert.⁵⁰¹ Dies machte eine nochmalige Überprüfung überflüssig, da ein Mitglied der Spruchkammer selbstredend frei von nationalsozialistischen Zusammenhängen sein musste. Weber berichtete dem Kurator dann auch am 12. Juli 1946 schriftlich davon, legte seine Ernennungsurkunde bei und machte noch eine sehr interessante Angabe.

„[...] Ich darf dazu noch bemerken, daß ich 1935 aus politischen und religiösen Gründen als Direktor der Universitäts-Bibliothek Kiel abgebaut wurde. Seit 1942 gehörte [das „t“ im letzten Wort mit schwarzer Tinte hinzugefügt] ich zum Kreise von Karl Gördeler, der die Beseitigung Hitlers und seiner Partei erstrebte. Ich hatte mich ausdrücklich bereit erklärt, nach erfolgtem Umsturz ein Amt in der neuen Regierung zu übernehmen. Wenn ich trotzdem nicht strafrechtlich verfolgt worden bin, so verdanke ich dies meinen Freunden, von denen einer, Fritz Gördeler, ein jüngerer Bruder von Karl Gördeler, hingerichtet wurde [„wurde“ hinzugefügt mit schwarzer Tinte], während ein anderer, Ober-

⁴⁹⁸ WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 7342; Prof. Heinrich Schotz (Logistisches Seminar der Universität Münster i. W.) an den Universitätskurator vom 1. Februar 1946.

⁴⁹⁹ WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 7342; Oberstleutnant Savage (Prov. Mil. Reg. Westfalen 307/Edn/1552/B) an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, abschriftlich zur Kenntnisnahme an: Dr. Schreiber (gemeint ist sicher Schreiber), Universität Münster vom 16. April 1946.

⁵⁰⁰ Vgl. WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 7342; Perraudin (Abt. Erziehung, Univ.) von der Prov. Mil. Reg. Westfalen an Dr. Schreiber und Abschrift an Abt. Erziehung Kontrollkommission Bünde von 10. Mai 1946 (ein identisches Schreiben in Englisch liegt ebenfalls vor).

⁵⁰¹ Vgl. WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 7342; Großhessisches Staatsministerium: Der Minister für Wiederaufbau und politische Befreiung, Ernennungsurkunde für Weber vom 27. Mai 1946.

bürgermeister a.D. Dr. Cuno Raabe, bis zur Ankunft der Russen in Haft saß und wohl nur deshalb nicht hingerichtet wurde, weil seine Akten – er hatte bereits eine Anklage wegen Landes- und Hochverrats – wahrscheinlich bei dem Fliegerangriff, dem Freisler zum Opfer fiel, verbrannt sind. Beide haben meinen Namen verschwiegen. [...]“⁵⁰²

Dass Weber tatsächlich Mitglied des Widerstands und Mitwisser des Attentats vom 20. Juli 1944 gewesen sei soll, ist eine bedeutende Information und bedarf einer genaueren Betrachtung. Carl Friedrich Goerdeler war einer der bedeutenden zivilen Widerständler und sollte nach dem Attentat im Führerhauptquartier „Wolfsschanze“, bei dem Hitler durch eine von Claus Schenk Graf von Stauffenberg versteckt platzierte Bombe sterben sollte, das Amt des Reichskanzlers übernehmen. Nachdem das Attentat misslungen war, wurden er und sein Bruder Fritz, ebenfalls im Widerstand aktiv, später zum Tode verurteilt. Ob tatsächlich eine Verbindung zwischen Weber und dem Widerstand bestand, muss überprüft werden.

Laut der „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ sei Fritz Goerdeler nach 1933 Stadtkämmerer von Königsberg geworden und habe dort ab 1943 versucht, Verbündete anzuwerben.⁵⁰³ Von Weber wissen wir, dass er von Dezember 1935 bis August 1943 in Königsberg angestellt war. Es ist daher vorstellbar, dass sich die beiden Männer in dieser Zeit kennengelernt und Freundschaft geschlossen haben. Gelegenheiten gab es dazu genug, bedenkt man, dass beide Personen sicherlich in ähnlichen Kreisen verkehrten oder sich bei Angelegenheiten die Bibliothek bzw. die Stadt betreffend, begegnen konnten. Möglicherweise haben sie auch durch die im Brief erwähnte zweite Person Bekanntschaft geschlossen. Bei Cuno Raabe ist der Kontakt und eine enge Freundschaft zu Weber nachgewiesen. Weber hatte ab 1954 die Schriftleitung der „Fuldaer Geschichtsblätter“ inne. In diesen veröffentlichte auch Cuno Raabe einige Beiträge. Nach dem Tod Webers schrieb Raabe einen Nachruf, der u.a. diese Zeilen immaniert:

„[...] Die gemeinsame Zeit in Königsberg für mich mit ihm von 1938 bis 1944, meine Gefängniszeit 1944/45 im Gestapo-Gefängnis Lehrter Straße, anschließend unsere gemeinsame Berliner Zeit und später in Fulda gestaltete sich zu einer wahren Lebensfreundschaft. Gerade in dieser Zeit des Lebens im bewußten Gegensatz zu den Machthabern des Dritten Reiches stehend, nahm ich aus dieser Freundschaft die Menschheit umfassende Treue, Güte und Liebe mit in unser Leben. [...]“⁵⁰⁴

Es steht zwar leider nichts über den Widerstandskreis geschrieben, doch laut der „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ habe Raabe in Berlin mit Carl Goerdeler persönlich

⁵⁰² WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 7342; Weber an Kurator der Universität vom 12. Juli 1946.

⁵⁰³ Vgl. Gedenkstätte Deutscher Widerstand: *Biografie Fritz Goerdeler*. URL: <http://www.gdw-berlin.de/-/nc/de/vertiefung/biographien/biografie/view-bio/goerdeler-1/> – Download vom 6.11.2012.

⁵⁰⁴ Raabe, Cuno: Christoph Weber. In: *Fuldaer Geschichtsblätter* 34 (1958) 1/8, S. 1–7 (digitalisiert von der Hochschul- und Landesbibliothek Fulda. URL: http://fuldig.hs-fulda.de/viewer/image/-/PPN230515436_34/12/ – Download vom 6.11.2012, S. 4.

über „verkehrspolitische Probleme“⁵⁰⁵ debattiert und hätte das Amt des Verkehrsministers übernehmen sollen. Er sei nach der Niederschlagung des Putschversuches erneut inhaftiert und dem Volksgerichtshof überstellt worden. Dem sicheren Todesurteil sei er nur dadurch entkommen, da seine Akten bei einem Bombenangriff verbrannt worden seien.⁵⁰⁶ Bei einer so engen Freundschaft, wie sie Raabe selber beschreibt, darf davon ausgegangen werden, dass sich beide auch über den Widerstand unterhalten haben. Ein weiteres Indiz für die Richtigkeit der Aussage Webers ist, dass er relativ früh nach dem Krieg (12. Juli 1946) und recht detailliert seine Zugehörigkeit zum Widerstandskreis und seine Beziehung zu einigen Personen beschreibt. Dass sich in den Akten des WWU Archivs keine Dokumente finden, die auf diese Aussage eingehen, mag daran liegen, dass zum damaligen Zeitpunkt die Erkenntnisse über den Widerstand sicher noch nicht allzu weit fortgeschritten waren. Erst im Juni 1969 fragte der Oberstadtdirektor Münster den Kurator, ob dieser ihm Informationen zu Weber geben könne. In dem Brief ging es hauptsächlich um die Überprüfung der Aussage eines Zeugen. Dieser hatte Weber als Mitwisser des Attentats beschrieben, der sein Eigentum wegen der Flucht aus Königsberg verloren habe. In diesem Zusammenhang interessierte sich der Oberstadtdirektor auch, ob Weber nach dem Attentat noch wissenschaftlich gearbeitet habe und sein Vermögen oder die Bücherei konfisziert worden sei.⁵⁰⁷ Der Kurator muss die Fragen an den Direktor der UB, Prof. Dr. Liebers weitergeleitet haben, denn dieser antwortete am 9. Juli 1969.

„[...] Während dieser Zeit hat er [gemeint ist Weber] seine ständige Wohnung in Königsberg beibehalten. Nachrichten über eine Flucht aus Königsberg im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 sind hier nicht bekannt, obwohl es feststeht, daß er mit der damaligen Widerstandsbewegung sympathisiert hat. Vermutlich beruhen die Angaben hierzu auf einem Mißverständnis (sic).

Als langjähriger Direktor einer wissenschaftlichen Bibliothek (Universitätsbibliothek Kiel) und auch weiterhin an wesentlichen Stellen des wissenschaftlichen Bibliothekswesens tätiger Beamter des höheren Dienstes an wissenschaftlichen Bibliotheken gehörte es zu den selbstverständlichen dienstlichen und außerdienstlichen Aufgaben von Dr. Weber, in ständigem Kontakt mit seinen wissenschaftlichen Fachgebieten zu bleiben und, soweit möglich, auch Arbeiten dazu zu veröffentlichen. [...] Daß er zwischen dem 20. Juli 1944 und dem Kriegsende größere wissenschaftliche Arbeiten herausgebracht hat, ist bei seinen damaligen Verpflichtungen kaum zu erwarten. Er wird deshalb aber nicht seine Bücherei verkauft oder verschenkt haben. Ob er damals wissenschaftliche Arbeiten gemacht hat, zu deren Veröffentlichung es nicht mehr gekommen ist, ist nicht bekannt, bei seiner außerordentlichen Aktivität kann aber auch damit gerechnet werden. [...]“⁵⁰⁸

⁵⁰⁵ Gedenkstätte Deutscher Widerstand: *Biografie Cuno Raabe*. URL: <http://www.gdw-berlin.de/nc/de/-vertiefung/biographien/biografie/view-bio/raabe/> – Download vom 6.11.2012.

⁵⁰⁶ Vgl. ebd.

⁵⁰⁷ Vgl. WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 7342; Oberstadtdirektor von Münster an Kurator vom 10. Juni 1969.

⁵⁰⁸ WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 7342; Direktor Prof. Dr. Liebers an Kurator vom 9. Juli 1969.

Der Kurator sandte dieses Schreiben am 16. Juli 1969 an den Oberstadtdirektor. Leider enden damit die Dokumente in dieser Angelegenheit. Fest steht, dass kein Schriftstück eine eindeutige Angabe bezüglich einer Flucht aus Königsberg enthält. Allerdings wirft ein Brief an Universitätskurator Clemens Steinbicker vom 17. August 1948 einige Fragen auf. Ein Detail des Schreibens ist an dieser Stelle weggelassen, da es später noch Beachtung findet.

„[...] Ich füge auch eine Reisekostenrechnung bei, da ich zum Umzug notwendig nach Hause fahren mußte. Die wenigen Sachen, die wir inzwischen anschaffen konnten, waren bei meiner Frau in Melzdorf [Ortsname gesperrt gestellt] bei Fulda. Die Bücher, die ich gerettet habe, konnten wir aber in Melzdorf nicht unterbringen. Der Hauptteil, etwa 8 Kisten, stand in Eichenzell [Ortsname gesperrt gestellt] bei Fulda. [...] meine Bücher mußten für den Transport gepackt werden, da die Kisten, in denen sie von Königsberg bzw. Berlin, Marburg oder Altenburg nach Eichenzell geschickt worden waren, einen weiteren Transport nicht mehr aushielten. Weitere Bücher hatte ich in Eckweisbach [Ortsname gesperrt gestellt] und Oberbimbach [Ortsname gesperrt gestellt], beide im Landkreis Fulda, untergestellt. Ich bitte daher, auch meine Reisekosten als notwendig für den Umzug anzuerkennen. [...]“⁵⁰⁹

Anscheinend hatte seine Familie große Verluste erlitten. Einen Teil seiner geretteten Bücher hatte Weber an verschiedenen Stellen in Fulda untergebracht. Es ist denkbar, dass er sein Hab und Gut durch den Krieg verloren hat.

Sehr wahrscheinlich liegt Liebers daher korrekt in der Annahme, dass bei der Aussage des Zeugen ein Missverständnis vorliegt. Auch über die Konfiskation von Eigentum oder seiner Bücherei gibt es keine Beweise. Da, wie Weber selbst schrieb, sein Kontakt zu der Widerstandsbewegung nicht verraten wurde, kann eine Flucht und Konfiskation ausgeschlossen werden. Auch das Wort „sympathisieren“ ist von Liebers gut gewählt worden. Das Weber Kontakt zu der Widerstandsgruppe um Carl Goerdeler pflegte, steht außer Frage, jedoch ist nicht bekannt, in welchem Ausmaß er sich an den Vorbereitungen zum Attentat bzw. zur Neuordnung des Staates beteiligte. Durch seine Mitwisserschaft schwebte er dennoch in großer Gefahr. Weber ist daher als Antipode zu sehen, der sich nicht mit dem Nationalsozialismus identifizieren konnte. Dies erklärt sich auch aus der Amtsentlassung als Direktor in Kiel. Als Katholik und Mitglied in der Zentrumsparterie wurde er nach Paragraph 5 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums abgebaut.⁵¹⁰

Dass wir heute von der Teilnahme am Widerstand wissen, ist dem Brief zu verdanken, den Weber anlässlich der Aufforderung der Militärregierung, sich entnazifizieren zu lassen, verfasste. Seine Einwände gegen ein erneutes Entnazifizierungsverfahren brach-

⁵⁰⁹ WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 7342; Weber an Universitätskurator vom 17. August 1948.

⁵¹⁰ Vgl. WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 7342; Schreiben Webers gelangt durch den Universitätskurator an die Kultusministerin des Landes Nordrhein-Westfalens vom 28. März 1951.

ten letztlich aber keinen Erfolg, da den Amerikanern viel daran gelegen war, seine Position gegenüber der Bevölkerung zu festigen.⁵¹¹

Mit der Erreichung des 65. Lebensjahres am 1. November 1948 hätte Weber in den Ruhestand gehen können, doch schon im März bat der Universitätskurator Steinbicker die Kultusministerin von NRW seine Pensionierung zu verschieben.⁵¹² Auch die Bibliotheksmitarbeiter hatten durch Jansen um eine Verlängerung gebeten.⁵¹³ Im Juni 1948 entschied sich die Kultusministerin Webers Dienstzeit bis zum 31. Oktober 1951, also um drei weitere Jahre, zu verlängern.⁵¹⁴ Weber konnte sein Werk fortsetzen.

Verdienste Webers

Am Wiederaufbau der UB hatte der Direktor maßgeblichen Anteil. Die ersten Nachkriegsjahre war man gezwungen, das Gebäude von Schutt und Asche zu reinigen, Wände und Decken zu reparieren, Büchergestelle zu bauen und nebenbei bibliothekarische Arbeiten zu verrichten. Besonders Webers Verhandlungsgeschick ist es zu verdanken, dass in einer Zeit, in der es an fast Allem mangelte, Baumaterialien beschafft und so der Wiederaufbau vorangetrieben werden konnte. Auch der Bücherbestand konnte ab Herbst 1945 wieder aufgestockt werden. In einem Artikel Webers aus dem Jahr 1951 ist zu lesen, dass durch einige Aufrufe des Oberpräsidenten an die staatlichen Institutionen in der Provinz, an die deutschen UBs und an alle Absolventen der Universität, entbehrliche Bücher und Abschlussarbeiten der UB zugegangen seien. Unter seiner Leitung habe die UB eine ca. 30.000 Bände umfassende Sammlung der ehemaligen Wehrkreisbücherei Münster erhalten und zudem habe man „alle Möglichkeiten des Bücherkaufs im wiederauflebenden Antiquariat – vor der Währungsreform besonders in Berlin –, auf Versteigerungen und aus Privathand ausgenutzt und einen großen Teil der Bücher noch vor der Währungsreform beschafft“⁵¹⁵.

In dieser Methode liegt allerdings aus Sicht der Restitutionsforschung ein großes Problem. Es ist hinlänglich bekannt, dass eine große, nicht zu beziffernde Zahl expropriierter Bücher auch den Weg in Antiquariate fand. Dort wurden sie weitervertrieben und gelangten in unterschiedliche Hände. Auf den sogenannten „Judenauktionen“ konnte

⁵¹¹ Vgl. WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 7342; F. R. Perraudin an Kurator vom 26. Juli 1946 (identisches Schreiben liegt auch in Englisch vor).

⁵¹² Vgl. WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 7342; Universitätskurator an Kultusministerin des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf vom 11. März 1948.

⁵¹³ Vgl. WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 7342; Jansen an Universitätskurator vom 16. März 1948.

⁵¹⁴ Vgl. WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 7342; Kultusministerin des Landes Nordrhein-Westfalen an Universitätskurator vom 14. Juni 1948.

⁵¹⁵ Weber: Der Wiederaufbau der Universitätsbibliothek Münster i/W, S. 127.

sämtliches jüdisches Eigentum (auch Bücher) gekauft werden. Hier bereicherten sich vor allem Privatpersonen. Erwarb die UB auf einem der drei oben erwähnten Wege – besonders aus Antiquariaten – Bücher, so kaufte sie mit großer Wahrscheinlichkeit auch NS-Raubgut ein. Aus den gesichteten Unterlagen geht hervor, dass sich in Berlin eine Kontaktperson befand (Adresse ist in einem Schreiben angegeben), die für die UB in Ostberliner Antiquariaten einkaufte. In einem Brief Webers an den Kurator vom 15. Januar 1952 heißt es:

„[...] Fräulein Schultze-Krantz soll den Betrag benutzen, um Rechnungen für Bücher zu begleichen, die sie im russischen Sektor von Berlin und in der russischen Zone für uns kauft. [...]“⁵¹⁶

Laut einer Aussage Briels, sei Fräulein Schultze-Krantz eine ehemalige Kollegin Webers in der Reichstauschstelle gewesen.⁵¹⁷ Dies erklärt den Kontakt nach Berlin.

Dass konfiszierte Bücher aus dem In- und Ausland auch schon während der NS-Zeit in die Bibliotheken gelangte, kann Weber bekannt gewesen sein. Wie oben erwähnt, war er im August 1943 an die Reichstauschstelle nach Berlin versetzt worden und arbeitete dort bis Dezember 1945. Raabe beschreibt Webers Zeit so:

„[...] In den letzten beiden Kriegsjahren hatte Christoph Weber einen Sonderauftrag bei der Reichstauschstelle Berlin erhalten, für die durch Kriegseinwirkung zerstörten wissenschaftlichen Bibliotheken Ersatz durch Einkäufe aus privaten Beständen zu beschaffen. Eine Aufgabe, die er mit großem Verständnis, insbesondere auch für materiell arm gewordene, aber geistig reiche Eigentümer solcher wertvollen Büchersammlungen durchführte. [...]“⁵¹⁸

In der Not, die Bestände wieder aufzubauen und die Bibliothek nutzbar zu machen, ist der Gedanke an zweifelhafte Erwerbungen sicher nicht aufgekommen. So gelangte Raubgut vermutlich auch nach 1945 in die UB.

Das ist Weber nicht vorzuwerfen, da in den Nachkriegsjahren andere Prioritäten gesetzt wurden. Zudem ist es fraglich, inwieweit damals das Ausmaß der Expropriation schon bekannt war und ob es überhaupt ein Unrechtsbewusstsein für Beute- und Raubgut gab. Viele Bibliotheken hatten schließlich von den Enteignungen profitiert, sei es durch günstige Einkäufe (s. Kapitel 5.2.3.2) oder behördliche „Geschenkzuweisungen“.

Aus dem oben bereits partiell zitierten Dokument vom 17. August 1948 wissen wir, dass Weber eigene Bücher nach Fulda verbracht hat. Das Dokument enthält jedoch auch eine Bemerkung zu der Reichstauschstelle, die nicht zu unterschlagen ist. Das Dokument soll der Vollständigkeit halber hier ergänzt wiedergegeben werden.

„[...] Ich füge auch eine Reisekostenrechnung bei, da ich zum Umzug notwendig nach Hause fahren mußte. Die wenigen Sachen, die wir inzwischen anschaffen konnten, waren bei meiner Frau in Melzdorf [Ortsname gesperrt gestellt] bei Fulda. Die Bücher, die ich gerettet habe, konnten wir aber in

⁵¹⁶ ULB Archiv, Ordner Weber; Weber an Kurator vom 15. Januar 1952.

⁵¹⁷ Vgl. Pophanken 7.11.2012 (Interview, s. Anhang).

⁵¹⁸ Raabe: Christoph Weber, S. 4 (Webdokument).

Melzdorf nicht unterbringen. Der Hauptteil, etwa 8 Kisten, stand in Eichenzell [Ortsname gesperrt gestellt] bei Fulda. Hier waren auch etwa 8 Kisten von Büchern der ehemaligen Reichstauschstelle Berlin, die ich für die Universitäts-Bibliothek Münster mitgenommen habe, da kein Rechtsnachfolger der Reichstauschstelle vorhanden ist. Sowohl die Bücher der Reichstauschstelle wie meine Bücher mußten für den Transport gepackt werden, da die Kisten, in denen sie von Königsberg bzw. Berlin, Marburg oder Altenburg nach Eichenzell geschickt worden waren, einen weiteren Transport nicht mehr aushielten. Weitere Bücher hatte ich in Eckweisbach [Ortsname gesperrt gestellt] und Oberbimbach [Ortsname gesperrt gestellt], beide im Landkreis Fulda, untergestellt. Ich bitte daher, auch meine Reisekosten als notwendig für den Umzug anzuerkennen. [...]⁵¹⁹

Weber hatte „8 Kisten von Büchern der ehemaligen Reichstauschstelle“ für die UB vorgesehen. Warum die Kisten in Eichenzell standen und wie sie dorthin gelangten, bleibt unklar. Da die Reichstauschstelle keinen Rechtsnachfolger hatte, sah er die Möglichkeit, die Bücher für Münster zu verwenden. Leider ist nichts über den Inhalt der Bücherkisten genannt, sodass die Möglichkeit besteht, dass auch NS-Raubgut enthalten war und dies mit anderen Büchern in den Bestand der UB gelangte.

Da sämtliche Kataloge vernichtet waren, wurde ab Dezember 1949 mit der sogenannten „Schnellaktion“ als Katalogisierungsmethode begonnen. Für die Bücher ohne Signatur wurden laufende Nummern vergeben und die Katalogzettel handschriftlich angefertigt. Dies geschah in der Anfangszeit auch durch Laien.

Da Weber ständig neue Bücher kaufte, um den Bestand zu dilatieren, bot dies die einzige Möglichkeit, die Werke in einen der beiden neu angefertigten alphabetischen Kataloge zu integrieren und so für die Benutzer überhaupt zugänglich zu machen. Wurden die Bücher von Nutzern bestellt, suchten die Mitarbeiter sie heraus und katalogisierten sie anschließend regelkonform.⁵²⁰

Bestandsmehrung

Der Verfasser hat viele Dokumente im WWU Archiv ausfindig machen können, in denen Webers Ehrgeiz, den Bestand der Bibliothek zu mehren, deutlich wird. So bat er beispielsweise am 17. Mai 1950 den Kurator um 3.000 DM um Landesliteratur kaufen zu können und die Abteilung Westfalen zu verstärken.⁵²¹ Ein anderes Schriftstück berichtet über die Bitte Webers, eine Bibliothek kaufen zu dürfen.

„Am 3. August d. Js. bat ich um die Genehmigung, die Bibliothek des früheren münsterschen Anglisten Professor Dr. Wolfgang Keller [Keller gesperrt gestellt] zum Preis von DM 24 000,-- zu kaufen. Die Bibliothek ergänzt unsere anglistischen Bestände aufs allerglücklichste und würde uns endlich in die Lage versetzen, für das Studium der Anglistik die notwendigste Literatur zur Verfügung zu stellen. Als Preis gab ich die Summe von DM 24 000,-- an. Der Preis ist als durchaus günstig zu bezeichnen.

Die Witwe von Professor Keller bittet nun sehr um Entscheidung, da sie in großen Geldschwierigkeiten ist. Sie hat allein für den Transport der Bücher von Weimar, wohin die Bibliothek sichergestellt

⁵¹⁹ WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 7342; Weber an Universitätskurator vom 17. August 1948.

⁵²⁰ Vgl. WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 2104, 199; Weber an Kurator vom 16. Februar 1950.

⁵²¹ Vgl. WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 2104, 209; Weber an Kurator vom 17. Mai 1950.

war, nach hier DM 4 500,-- bezahlen müssen und war gezwungen, ein Darlehen in Höhe dieses Betrages aufzunehmen. Frau Keller ist mit folgendem [das „m“ ergänzt] Zahlungsmodie [die Endung „die“ ergänzt] einverstanden:

DM 5 000,-- Anzahlung und dann monatlich DM 2 000,--.

Ich glaube nicht, daß wie eine günstigere Möglichkeit bekommen, eine anglistische Bibliothek von diesem Wert zu kaufen und bitte daher um baldgefl. Entscheidung, ob ich die Bibliothek kaufen darf. Professor Keller war ein angesehenes Mitglied des hiesigen Lehrkörpers; es wäre deshalb auch schon aus diesem Grunde zu begrüßen, wenn seine Bibliothek nach Münster käme. Politisch wurde er wegen seiner anti-nationalsozialistischen Einstellung scharf bekämpft, er wurde im März 1933 als Rektor abgesetzt und mußte die Universität verlassen. Es kann daher als eine Wiedergutmachung gelten, wenn wir seine Bibliothek kaufen.

Weber⁵²²

Den Kauf betrachtete der Direktor nicht nur als Gewinn für die Bibliothek sondern auch als Wiedergutmachungsleistung. Die Aussage „Der Preis ist als durchaus günstig zu bezeichnen“ überrascht jedoch beim Lesen, da sie nicht nach Wiedergutmachung klingt. Vielleicht diente sie ihm nur als Argument, andererseits könnte die UB durch die Geldschwierigkeiten der Frau tatsächlich profitiert und relativ preiswert eine wichtige Sammlung erworben haben. Wäre der Verkauf noch zur Zeit des NS-Regimes erfolgt, hätte man den Fall auf den Verdacht des Notverkaufs überprüfen müssen. So hat er jedoch für die Restitutionsforschung keine Bedeutung.

Aus einer Auflistung vom 12. April 1951 wird deutlich, dass Weber große Geldsummen für den umfangreichen Wiederaufbau benötigte. Allein für Antiquariatskäufe listete er 80.000 DM für Monographien und 100.000 DM für Zeitschriften auf.⁵²³ Bei den Antiquariaten „Bücherwurm“ und „Streisand“ kaufte Weber am häufigsten ein. Da diese ihm von Anfang an einen langfristigen Kredit gewährt hatten, konnte er trotz der finanziell schwierigen Situation den Bestand der UB weiter ausbauen.⁵²⁴ Seine Beziehung zu den Antiquariaten muss von einer guten Natur gewesen sein, denn in seinem Artikel aus dem Jahre 1951 dankte er ihnen für ihre Hilfe.⁵²⁵

Dem Kurator berichtete er stets von den neusten Entwicklungen. So gelang es ihm beispielsweise, dass bis zum August 1947 45 neue Mitarbeiter eingestellt wurden und die Personalstärke auf 70 Personen anwuchs.⁵²⁶ Damit konnten u.a. die Katalogisierungsarbeiten beschleunigt werden. Andererseits warb er auch um neue Geldzuweisungen und dies z.T. auch recht eindringlich:

„[...] Ich bitte, mir daher zunächst die Summe von DM 100 000,-- zur Verfügung zu stellen. Sollte dies unmöglich sein, solange der Etat nicht verabschiedet ist, bitte ich, mir wenigstens im Laufe dieser

⁵²² WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 2104, Weber an Kurator vom 16. September 1950.

⁵²³ Vgl. WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 2104; Weber an Kurator vom 12. April 1951.

⁵²⁴ Vgl. WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 2104; Weber an Kurator vom 30. Oktober 1951.

⁵²⁵ Vgl. Weber: Der Wiederaufbau der Universitätsbibliothek Münster i/W, S. 129.

⁵²⁶ Vgl. ebd.

Woche noch DM 30 000,--, aber in dieser Woche noch, zur Verfügung zu stellen, da wir sonst nicht weiter arbeiten können. [...]“⁵²⁷.

Diese leidenschaftlichen Bemühungen, Gelder bewilligt zu bekommen, störten allerdings seine Kritiker. Diese warfen ihm vor, er kaufe mehr Bücher ein, als er bearbeiten könne. Dies betraf vor allem die Erwerbungen von Privatbibliotheken.⁵²⁸

Im Jahre 1951 schrieb er in einem Bericht, 30 Gelehrten- und Sammlerbibliotheken in Teilen oder sogar vollständig erworben zu haben.⁵²⁹ Weber rechtfertigte die Käufe so:

„[...] Sollte wiederum der alte Vorwurf erhoben werden, ich hätte in den vergangenen Jahren mehr Bücher gekauft, als wir gleichzeitig verarbeiten konnten, so bitte ich darauf zu erwidern, daß der schnelle Wiederaufbau der Universitäts-Bibliothek nur dadurch möglich war, daß ich aus dem großen Reservoir der gekauften Privatbibliotheken immer wieder die Bücher heraussuchen konnte, die verlangt wurden. Es war ja nicht möglich, im Antiquariat bestimmte Bücher zu suchen und zu kaufen; man mußte immer das kaufen, was angeboten wurde, einerlei, ob es jetzt oder vielleicht erst nach Jahren gebraucht würde. Auch heute holen wir noch immer aus den gekauften Bibliotheken Bücher heraus, die gerade bestellt werden, aber noch nicht bearbeitet sind.

Die ganze Schnellaktion, d.h. die kurze provisorische Aufnahme der noch unbearbeiteten Bestände in einen der beiden alphabetischen Kataloge wäre gar nicht möglich gewesen, wenn wir nicht die großen Büchermengen im Hause hätten; [Semikolon mit schwarzer Tinte aus dem Komma gemacht] und aus den nur durch die Schnellaktion erfaßten Bücher werden anhand der Bestellung täglich 20 – 30 Werke geholt und der allgemeinen Benutzung zugänglich gemacht. [...]“⁵³⁰

Viele der Sammlungen, die geretteten Bestände und die Neuerwerbungen waren lange Zeit nicht nutzbar, da sie erst einmal durch die Schnellaktionen erfasst werden mussten, bevor der Nutzer sie überhaupt bestellen konnte. Dies erschwerte die heutige Suche nach NS-Raubgut erheblich, da eine Monographie aus einer rechtmäßig erworbenen Privatbibliothek im Regal neben NS-Raubgut stehen kann. Die Angaben der Schnellaktion in den Akzessionsjournalen sind derart knapp gehalten, dass eine Überprüfung am Regal nötig ist. Den Büchern ist dabei von außen nicht anzusehen, ob sie Raubgut sind oder nicht. Der Verfasser hielt bei seinem Praktikumsprojekt (s. Kapitel 5.1.3.1) beispielsweise Bücher aus den Sammlungen Brandt und Kittel in den Händen, die er zuerst nicht zuordnen konnte und einer Provenienzforschung unterzog. Hintergrundinformationen über die Bestandszusammensetzung bzw. die Akzession sind daher für die Suche nach NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut eine unerlässliche Hilfsquelle.

Entlassung Webers und Kritik an Kindervater

Webers letztes Dokument als Direktor der UB ist datiert auf den 29. Oktober 1951. Neben der Information, noch 37.000 DM offene Schulden zu haben, erfährt der Leser, dass Weber nicht mitgeteilt worden war, ob er im Amt bleibe oder die Leitung der Bibliothek

⁵²⁷ WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 2104; Weber an Kurator vom 31. Juli 1951.

⁵²⁸ Vgl. WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 2104; Weber an Kurator vom 24. November 1950.

⁵²⁹ Vgl. Weber: Der Wiederaufbau der Universitätsbibliothek Münster i/W, S. 127.

⁵³⁰ WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 2104; Weber an Kurator vom 24. November 1950.

abgegeben müsse. Er setzte sich trotzdem vehement gegen eine Wiedereinsetzung Kindervaters als potentiellen Nachfolger ein. So schrieb er:

„[...] Einen besonderen Beweis für die "Wertschätzung" meiner Arbeit sehe ich darin, daß man im Kultusministerium den Gedanken, Herrn Dr. Kindervater [Kindervater gesperrt gestellt] zu meinem Nachfolger zu machen, noch immer nicht endgültig aufgegeben hat, trotzdem dort sehr wohl bekannt ist, daß er mich als seinen größten Feind betrachtet, weil ich ihn 1946 nicht erst gefragt habe, bevor ich die Universitäts-Bibliothek übernommen habe. Es ist überall bekannt, daß Herr Dr. Kindervater prinzipiell alles anders macht als seine Vorgänger, er wird also von meinem [„meinem“ gesperrt gestellt] Werk nicht allzu viel bestehen lassen. Er kritisiert die Bibliothek und ihre Einrichtungen jetzt schon in der Öffentlichkeit und erzählt, was er alles ändern werde, wenn er die Leitung der Bibliothek wieder bekomme. Damit soll gegen seine fachlichen Fähigkeiten nichts gesagt werden. [...]

Ich weiß nicht, ob Herr Dr. Kindervater aufgrund seiner Entnazifizierung einen Anspruch hat, wieder Direktor einer Universitäts-Bibliothek zu werden. Aber wenn er den Anspruch auch hat, so muß es doch nicht die hiesige Universitäts-Bibliothek sein, und schließlich könnte ja der Anspruch auch mit Gehalt abgegolten werden. Gewiß widerspricht es den Staatsgrundsätzen, ein Gehalt zu zahlen, wenn keine entsprechende Arbeit geleistet wird. Aber ich glaube, daß das Gehalt, das Herr Kindervater bekommt, in keinem Vergleich zu dem Schaden steht, den eine starke Umwälzung der hiesigen Bibliothek verursachen würde. Es ist auch nicht einerlei, ob das Personal mit Freude oder nur gezwungen arbeitet. Der Rückkehr von Herrn Dr. Kindervater sieht jedenfalls fast das gesamte Personal mit großer Sorge entgegen. [...]⁵³¹

Weber warnte eindringlich vor der Wiedereinsetzung Kindervaters in sein ehemaliges Amt. Dem Brief nach zu urteilen, stand nicht nur der Direktor, sondern beinahe das ganze Personal Kindervater ablehnend gegenüber. Allein der Vorschlag, ihm lediglich ein Gehalt auszuzahlen, um ihm bloß nicht die Stelle zu geben, ist sehr bezeichnend. Ob Webers Argumentation Einfluss auf die Entscheidung des Kurators hatte, Kindervater nicht wiedereinzusetzen, ist unbekannt. Weber selbst wurde zum 31. Oktober 1951 pensioniert. Laut Samulski sei er für seine Verdienste zum Ehrenbürger der WWU ernannt worden. Nach der Zeit in Münster habe er noch für fünf Jahre das Stadtarchiv in Fulda geleitet und einige wissenschaftliche Aufsätze verfasst. Weber starb am 25. März 1958.⁵³²

Die Leistungen Webers sind außerordentlich beachtlich und sollen keineswegs geschmälert werden. Seine Erwerbungspolitik brachte, wenn auch ungewollt, NS-Raubgut bzw. Beutegut in den Bestand der UB, welches es heute zu extrahieren und nach Möglichkeit zu restituieren gilt. Nach Schätzungen Pophankens müssten ca. 200.000 bis 300.000 Bände, die unter Weber zumeist antiquarisch beschafft wurden, per Autopsie auf NS-verfolgungsbedingt entzogenem Hintergrund überprüft werden.⁵³³

Bedenkt man, dass die unter Kindervater erfolgten Einkäufe bzw. Zuweisungen noch nicht miteinkalkuliert sind, eröffnet sich die ganze Dimension des Sujets. Erfreulicherweise verschließt sich die ULB dieser Tatsache nicht und bemüht sich um Aufarbeitung.

⁵³¹ WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 2104; Weber an Kurator vom 29. Oktober 1951.

⁵³² Vgl. Samulski: Christoph Weber, S. 167 ff.

⁵³³ Vgl. Pophanken: Verbotene und beschlagnahmte Bücher ..., S. 155.

Die Erfolge und Restitutionsbemühungen werden im nächsten Kapitel vorgestellt. Das im Jahr 2011 dazu stattgefundene Projekt war ein weiterer Schritt in diese Richtung und wird in Kapitel 5.1.3.1 erläutert.

5.1.3 Funde und Restitutionsbemühungen

In Kapitel 5.1.1 sind bereits viele Fälle präsentiert worden, bei denen die UB in differentem Ausmaß an der Innbesitznahme von Büchersammlungen beteiligt war. Ganz bewusst davon ausgenommen hat der Verfasser zwei Fälle, die bereits konkrete Restitutionsbemühungen erfahren haben und hier *expressis verbis* zum Tragen kommen sollen.

Freimaurerbestände

Am 30. Oktober 2006 wurde im ULB-Archiv zufällig der Hefter „Katalog der Bibliothek u. des Archivs der Loge „Zu den drei Balken“ in Münster i/W. Diepenbrockstr. 30“ gefunden. In diesem Hefter befand sich eine handgeschriebene Liste mit 39 Titeln Freimaurerliteratur. Dieser Hinweis besitzt Signalwirkung, da die Freimaurer in der NS-Zeit zu der Gruppe verfolgter Personen gehörten. Wie Endler und Schwarze-Neuß schreiben, war die Auflösung von Logen und die Verfolgung von Einzelpersonen ein zweijähriger Prozess. Zu Beginn des Jahres 1933 habe man noch nicht systematisch Logenmitglieder verfolgt, obwohl es schon zu vereinzelt Übergriffen durch SA und SS gekommen sei. Anfang 1935 habe dann der Preußische Ministerpräsident die Logen zur Selbstauflösung gezwungen. Durch eine Verordnung vom 17. August 1935 seien schließlich auch die letzten noch existenten Logen aufgelöst worden. Als Folge seien Gebäude besetzt sowie Grundstücke, Vermögen und sämtliche Einrichtungsgegenstände konfisziert worden. Die Bibliotheken der Freimaurer hätten die Nationalsozialisten „meist in alle Winde zerstreut“^{534 535}.

Die Liste erregte die Aufmerksamkeit von Frau Pophanken. Über die Investigation berichtet sie in ihrem Artikel „Verbotene und beschlagnahmte Bücher aus der Zeit von 1933 bis 1945 im Bestand der Universitäts- und Landesbibliothek Münster“ (2007). Die Durchsicht der Akzessionsjournale habe ergeben, dass vom 6. Juli 1934 bis zum 13. August 1936 in verschiedenen Zeitintervallen insgesamt neun Geschenk-Lieferungen aus der „Sächsischen Landesbibliothek“ (SLB) Dresden in Münster eingegangen seien.

⁵³⁴ Endler, Renate; Schwarze-Neuß, Elisabeth: Die Freimaurerbestände im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz. Bd. 2 Tochterlogen. Frankfurt am Main [u.a.]: Lang, 1996 (Schriftenreihe der Internationalen Forschungsstelle "Demokratische Bewegungen in Mitteleuropa 1770–1850"; 18), S. 44.

⁵³⁵ Vgl. ebd., S. 41 ff.

Die erste Eintragung für die Spalte des Lieferanten laute „Reichstauschstelle (Sächsische Landesbibliothek Dresden)“. Daraufhin habe sie die Werke nach der Katalogrecherche am Regal in Augenschein genommen und feststellen können, dass die angrenzenden Bücher in ihrem blauen Einband eine frappierende Ähnlichkeit zu den Werken der Liste besaßen. Es habe den Schluss nahegelegt, dass die Bücher zusammengehören. Die bestehende Liste sei somit auf 49 verdächtige Titel erweitert worden. Von diesen habe Pophanken 13 Werke nicht eindeutig als Freimaurerbesitz dezinieren können, da Titel und Provenienz äquivok gewesen seien. 13 andere Titel hätten sich zwar der Freimaurerliteratur zuordnen lassen, Provenienznachweise hätten jedoch gefehlt. Eindeutige Nachweise habe sie aber in den verbleibenden 23 Büchern auffinden können. Dazu gehören die Logenstempel „Zur goldenen Mauer“ (Bautzen), „Loge zum Goldenen Anker“ (Dresden) und „Loge zur Akazie“ (Meißen). Diejenigen Bücher ohne Stempel seien aufgrund des gleichen Einbands, des Vorsatzes „Br.“ für Bruder oder dem Eintrag „Rudolph Reinhardt“ zuordenbar gewesen.

Ein Bleistiftsdreieck habe zu Anfang suggeriert, dass es sich bei allen Büchern um Freimaurerbesitz handelt. Diese Annahme sei durch Nachfrage bei der „Sächsischen Landes- und Universitätsbibliothek“ (SLUB) Dresden, sowie bei dem Projekt „Reichstauschstelle an der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz“ in Berlin widerlegt worden. Die SLUB habe mitteilen können, dass es sich bei dem Bleistiftsdreieck um ein Dublettenkennzeichen handelt. Die Antwort aus Berlin habe ergeben, dass die in Münster gefundenen Titel nicht im „Akzessionsjournal Freimaurer“ gelistet sind und das Dreieck als Sekretierungszeichen verwendet worden sei. Dies habe ebenfalls bei weitergeleiteten Bänden Anwendung gefunden.⁵³⁶

Demnach konnten nicht alle Werke ehemaliger Freimaurerbesitz sein. Das Bleistiftsdreieck schied als Nachweismerkmal aus. Pophanken recherchierte weiter und ermittelte, dass man die Bibliotheken der Logen in Bautzen und Meißen im Jahr 1934 in den Bücherbestand der SLB integriert habe. Die exproprierten Bände seien vermutlich ohne große Umwege nach Münster versendet worden, schreibt sie. Dies bedeute wiederum, dass die Reichstauschstelle in der Angelegenheit lediglich vermittelnd tätig gewesen sei.⁵³⁷

Somit war zwar ein Teil der Herkunftsgeschichte rekonstruiert, die Frage der Rechtsnachfolger aber noch nicht geklärt. Die Suche nach den ehemaligen Besitzern „Johan-

⁵³⁶ Vgl. Pophanken: Verbotene und beschlagnahmte Bücher ..., S. 153.

⁵³⁷ Vgl. ebd., S. 152 f.

nisloge zum Golden Apfel“ (Dresden), „Johannisloge zur Akazie“ (Meißen) und „Schottenloge zur Goldenen Mauer“ (vormals Anker) (Bautzen) ging weiter. In einem Internetartikel habe Pophanken den Hinweis gefunden, dass die „Weltkugelstiftung“, welche von der Großen National-Mutterloge „Zu den drei Weltkugeln“ in Berlin unterhalten wird und an die u.a. ein Grundstück in Bautzen restituiert wurde, den Antrag auf Rückerstattung von Logenhäusern gestellt habe. Sie schlussfolgert, dass eine Ausweitung des Antrags auf den gesamten entzogenen Besitz für die Restitution wichtige Konsequenzen habe. Denn so erhalte die Rückerstattung nicht nur eine moralische, sondern auch eine juristische Grundlage.⁵³⁸

Am 25. Oktober 2012 gelang der ULB die erste Restitution von NS-Raubgut. Es wurden 26 Bände mit Titeln wie „Die Hohenzollern und die Freimaurerei“ oder „Lieder und Gesänge für Freimaurer“ aus dem Besitz der Bautzener Loge dem Großmeister der „Großloge der Alten Freien und Angenommenen Maurer von Deutschland“, Axel Pohlmann, übergeben. Nicht nur für die ULB Münster war dies ein besonderes Ereignis, sondern auch für die Bautzener Freimaurer. Im Zuge der sogenannten Lichteinbringung, ergo die Gründung, am 3. November 2012 übergab Pohlmann der wiedergegründeten Bautzener Loge den kleinen restituierten Teil ihres früheren Bibliotheksbestands. Pohlmann beschrieb die Bedeutung der Restitution mit den Worten:

„Der ideelle Wert der Bücher geht aus unserer Sicht weit über die bibliothekarische Bedeutung hinaus.“⁵³⁹

Nun stehen noch insgesamt 15 Titel aus, bei denen keine direkte Provenienz, dafür aber ein Zusammenhang zu den Logen in Dresden und Meißen ermittelt werden konnte. Beide Logen wurden bisher nicht wiedergegründet. Im Januar 2013 werden die Bücher jedoch nach erneuter schriftlicher Benachrichtigung durch die ULB Münster und einer telefonischen Antwort seitens der „Vereinigten Großloge“ an diese restituiert. Sie ist auch zukünftig, sollte weitere Freimaurerliteratur zurückzugeben sein, der entscheidende Ansprechpartner.⁵⁴⁰

Friedrich Johannes Muckermann

Weitere Restitutionsbemühungen wurden im Fall des Jesuitenpaters Friedrich Johannes Muckermann durchgeführt. Muckermann wurde am 17. August 1883 in Bückeburg ge-

⁵³⁸ Vgl. ebd., S. 154.

⁵³⁹ ULB Münster (Website): *Geraubte Bücher gehen zurück. Universitäts- und Landesbibliothek (ULB) konnte erstmals unrechtmäßig erworbene Bände zurückgeben.* URL: http://www.ulb.uni-muenster.de/forum/nachrichten/2012-10-26_restitution.html – Download vom 17.12.2012.

⁵⁴⁰ Pophanken 7.11.2012 (Interview, s. Anhang).

boren und trat 1899 in Bleyenbeck (Niederlande) in den Jesuitenorden ein, verkündet der Eintrag der „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“.⁵⁴¹ Er habe lange vor der „Machtergreifung“ gegen die Nationalsozialisten opponiert und dazu in Münster ein Korrespondenzbüro instituiert, berichtet Thien. Unterstützung habe er durch die dem Faschismus und Bolschewismus ablehnend gegenüberstehende katholische Bevölkerung Münsters erfahren.⁵⁴² Kritik übte er in der literarischen Zeitschrift „Der Gral“, dessen Herausgeber er war, schreibt Schwarte. Seine grundehrlichen, mutigen Äußerungen gegenüber dem Regime hätten bereits früh den Blick der Gestapo auf ihn gelenkt, sodass er am 14. Juli 1934 gezwungen gewesen sei in die Niederlande zu flüchten. Von dort aus habe er weiteragiert und die Zeitschrift „Der Deutsche Weg“ herausgegeben. Dies brachte ihm jedoch nicht nur die Feindschaft der Nationalsozialisten ein, sondern auch aus der Reihe der Kirche, die er für ihre Passivität kritisierte, erhoben sich viele Stimme gegen ihn, führt Schwarte weiter aus. Den Kontakt zu der Redaktionsstelle des „Grals“ habe er durch seine Verbindungsperson Nanda Herbermann halten können, die ihm auch in dieser gefährlichen Zeit unterstützend zur Seite gestanden sei. Diesen Kontakt habe Muckermann, der 1935 erst nach Rom, dann nach Wien und später nach Paris gezogen sei, sogar noch in Italien halten können.⁵⁴³ Ein längerer Kontakt wurde 1938 von der Gestapo unterbunden. Nanda Habermann schrieb 1946 in ihrem Werk „Der gesegnete Abgrund“ über das Jahr 1938:

„[...] erschien die Gestapo im Redaktionsgebäude [des „Grals“], untersagten die weitere Arbeit, beschlagnahmten alle Redaktionsräume und setzten uns auf die Straße, natürlich ohne jede Begründung, wie das im Dritten Reich an der Tagesordnung war. [...] Die gesamte Einrichtung der Gralredaktion, sieben Räume, ebenso der Korrespondenzverlag mit allen Möbeln und hochwertigen Büromaschinen, wurde auf Nimmerwiedersehen auf Lastwagen zum Hof hinausgefahren. Die große wertvolle Bibliothek Pater Muckermanns warf man aus der ersten Etage zum Fenster hinaus auf die Lastwagen – diese herrliche, in vielen Jahren durch intensive Arbeit zusammengebrachte Spezialbibliothek.“⁵⁴⁴

Sie selbst sei wegen ihrer Mitarbeit im Februar 1941 verhaftet, im Konzentrationslager (KZ) Ravensbrück interniert und nur durch Intervention ihres Bruders 1943 freigelassen worden.⁵⁴⁵

Friedrich Muckermann, so berichtet Schwarte, flüchtete im März 1943 aus Frankreich in die Schweiz und verstarb dort am 2. April 1946 in Montreux.⁵⁴⁶

⁵⁴¹ Vgl. Gedenkstätte Deutscher Widerstand: *Biografie Friedrich Muckermann*. URL: <http://www.gdw-berlin.de/nc/de/vertiefung/biographien/biografie/view-bio/muckermann/druckversion.html> – Download vom 20.11.2012.

⁵⁴² Vgl. Thien, Hans-Günther; Wienold, Hanns; Preuß, Sabine: (Hrsg.): *Münster – Spuren aus der Zeit des Faschismus : zum 50. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung*, 1983, S. 73 f.

⁵⁴³ Vgl. Schwarte, Johannes: *Friedrich Muckermann SJ (1883–1946)*. URL: <http://web.tuomi-media.de/dno2/Dateien/NO306.pdf> – Download vom 21.11.2012.

⁵⁴⁴ Herbermann, Nanda: *Der gesegnete Abgrund*. Schutzhäftling Nr. 6582 im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Nürnberg [u.a.]: Glock & Lutz, 1946, S. 10.

⁵⁴⁵ Vgl. ebd., S. 14 ff., 29 ff., 175 f., 181.

Im Zugangsbuch 1944 der ULB Münster sind 29 Titel der Redaktion Gral als „Geschenk“ verzeichnet. Die Bibliothek bemüht sich derzeit um eine Restitution an die rechtmäßigen Erben.

SPD Bielefeld

Weiterhin habe man die SPD Bielefeld über das 2006 gefundene Werk „Handbuch des öffentlichen Lebens“ informiert und die Restitution vorgeschlagen, sagte Pophanken im Interview. Sie habe es bei der Durchsicht der überwiesenden beschlagnahmten Literatur gefunden. Der oben genannte Titel sei 1936 durch die Ortspolizei Bielefeld als „Geschenk“ überwiesen worden. Bisher sei aber – auch nachdem ein erneuter Brief versandt wurde – noch kein Interesse an einer Rückerstattung signalisiert worden.⁵⁴⁷

5.1.3.1 Projekt „Vorarbeiten für einen Projektantrag zur Restitution von NS-Raubgut“ (2011)

Im Rahmen seines Studiums absolvierte der Verfasser im Zeitraum vom 28. Februar 2011 bis 15. Juli 2011 ein Praxissemester an der ULB Münster. Der Verfasser hat seine Erfahrungen aus dieser Zeit in einem Praxisphasenbericht niedergeschrieben. Dieser Bericht ist der Fachhochschule Köln zugegangen, da er einen Teil der Prüfungsleistung darstellt. Inhaltlich wird der Verfasser sich auf diesen Bericht beziehen. Zitiert wird er einmal am Ende des Kapitels.

Einen wichtigen Bestandteil der Praxisphase bildete die Bearbeitung eines Projektes. Dieses Projekt trug den Titel „Vorarbeiten für einen Projektantrag zur Restitution von NS-Raubgut“. Die Bearbeitungsdauer lag bei acht Wochen und war im Dezernat „Historische Bestände“ angesiedelt. Wie die Intitulation bereits besagt, war es erklärtes Ziel, kraft der im Projekt ermittelten statistischen Daten einen Projektantrag zur Restitution von NS-Raubgut (Erwerbungszeitraum nach 1945) bei der Arbeitsstelle für Provenienzforschung/ -forschung in Berlin zu stellen. Das Projekt sollte die Grundlage und eine Vorstellung liefern, welche Arbeitsabläufe obligat sind, welcher ungefähre Zeitrahmen nötig und wie groß die Anzahl zu bearbeitender Bestandstitel ist.

Wie in seinem Ausbildungsplan vorgesehen, arbeitete der Verfasser in zeitlich unterschiedlichen Abständen an dem Projekt. Die ersten zwei Wochen musste er sich mit der Materie vertraut machen, da sie nicht Gegenstand des Studienlehrplans ist. Dies geschah

⁵⁴⁶ Vgl. Schwarte: *Friedrich Muckermann SJ (1883–1946)*. (Webdokument).

⁵⁴⁷ Vgl. Pophanken 7.11.2012 (Interview, s. Anhang).

anhand der ihm zur Verfügung gestellten Literatur sowie diversen Gesprächen mit Frau Pophanken. In zwei einzeln terminierten Wochen erledigte er erste Arbeiten, bis schließlich ein vierwöchiger Arbeitszeitraum es möglich machte, intensiv Provenienzforschung zu betreiben.

Nachdem er erfahren hatte, dass sich der Bestand aus bereits überprüfter verbotener, politischer Literatur (durch unterschiedliche staatlichen Behörden in die UB gelangt), verschiedenen Nachlässen, Sammlungen, Pflichtablieferungen, Käufen bei Privatpersonen und Antiquariaten zusammensetzte, begann er mit einigen Übungsrecherchen anhand von Kopien des Akzessionsjournal 1945/46. Obwohl die Bibliothek starke Verluste hatte hinnehmen müssen, haben sich die Akzessionsjournale erhalten. Die darin niedergeschriebenen Angaben zu Titel, Autorennamen, Erscheinungsort und -jahr, sowie Preis, Art der Erwerbung und Bezugsquelle sind die grundlegende Informationsquelle, um nach NS-Raubgut zu forschen. Die Übungskopien vermitteln dem Autor einen ersten Eindruck, wie die Eintragungen auszuwerten und die Arbeitsabläufe zu planen sind. Besonders die Spalte „Bezugsquelle“ lieferte nützliche Hinweise. Da vermehrt Privatpersonen eingetragen waren, war es notwendig im Internet bzw. in Büchern zu recherchieren, ob die betreffende Person möglicherweise an beschlagnahmte Literatur gelangt war. Diese Arbeit war sehr zeitaufwendig, da zumeist nur der Vor- und Nachname, sowie der angegebene Ort Anhaltspunkte für eine Recherche bildeten. Nicht immer waren die ersten Suchbefehle zielführend und lieferten ausreichende Informationen. Hinweise aus verschiedenen Trefferanzeigen waren zu kumulieren und mussten mit den bereits vorhandenen Indizien kombiniert werden, damit neue Suchstrategien entstehen konnten. Stets musste der Informationsgehalt der Quellen überprüft werden. In manchen Fällen gelang es so, einen Lebenslauf zu rekonstruieren, der die nötigen Rückschlüsse auf die Ausgangsfrage zuließ.

Die agglomerierten Informationen wurden von dem Bearbeiter sowohl digital als auch analog im Ordner aufbewahrt, um eine zukünftige Doppelbearbeitung zu vermeiden.

Nützlich waren neben der „Bezugsquelle“ jedoch auch die Eintragungen in den anderen Spalten.

Titel, die nach 1945 erschienen oder als Erwerbungskriterium „Pflicht“ in die UB gelangt waren, bedurften keiner Beachtung, da diese sowohl unter dem zeitlichen, als auch unter dem, in der Provinz Westfalen bzw. (für spätere Titel) in NRW verlegt worden zu sein, Aspekt definitiv kein Raubgut sein können. Dieser Fall trat allerdings eher selten auf.

Im Umkehrschluss war jedoch jede Erwerbung interessant, die, wie oben bereits beschrieben, von einer Privatperson, einem Antiquariat, der Reichstauschstelle, als Dublette einer anderen Bibliothek, als Geschenk von der Berliner Staatsbibliothek, von dem Beschaffungsamt der Deutschen Bibliotheken, von dem Deutsch-Ausländischen Buchtausch, von der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft oder von sonstigen Behörden stammte. Besonderes Augenmerk galt auch einem Erscheinungsjahr vor 1945, einem Verfassernamen oder einem Buchtitel auf den „Schwarzen Listen“ mit „schädlichem oder unerwünschtem“⁵⁴⁸ Schrifttum.

Im Anschluss daran wurde die Signatur für jeweils 10 Literatureinheiten im „Online Public Access Catalogue“ (OPAC) oder im SISIS-Erwerbungs-Client der ULB Münster ermittelt. Die Entscheidung für eine sukzessive Bearbeitung von je 10 Werken war bewusst getroffen worden. Zum einen konnte so der Überblick gewahrt, zum anderen eine Zeitmessung durchgeführt werden, welche für die statistische Datensammlung notwendig war.

Die Ermittlung der Signatur erwies sich bei der Majorität der Bücher als schwierige Angelegenheit. Durch die Schnellaktion war eine laufende Nummernvergabe erfolgt. Wie in Kapitel 5.1.2 bereits angesprochen, waren Bücher nach dem Bedarf der Studenten inventarisiert worden. Dies hatte u.a. zur Folge, dass Bücher aus Sammlungen neben Büchern aus altem geretteten Bestand und neu erworbener Literatur nach 1945 im Akzessionsjournal gemischt aufgeführt wurden. Die Eile bei der damaligen Bearbeitung hatte zu vielen Fehlern (besonders Autorennamen und Buchtiteln) geführt, sodass sich dadurch die Recherche verlängerte. Die Signatur für jede Enumeration musste neu ermittelt werden, da die Signatur oftmals nicht vorhanden war. In der UB Münster wurden von 1945 bis 1959 Jahrgangssignaturen vergeben, die aus einer zweistelligen Zahl für das Erwerbungsjahr und der Akzessionsnummer aus diesem Jahr bestanden (z.B. 46 1436). War sie vorhanden, war sie durch eine Umsignierung teilweise nicht mehr gültig. War dieser Arbeitsschritt getan, ging es zur Autopsie an das Regal im geschlossenen, für Nutzer nicht zugänglichen Magazin. Die in Außenmagazinen oder im RARA befindlichen Werke bestellte der Bearbeiter.

Die Überprüfung der Bücher am Regal ergab weitere sachdienliche Hinweise. Konnten in einem Buch ein oder mehrere Provenienzmerkmale (handschriftliche Eintragung, Exlibris, Stempel, Widmung, Zahlenfolge, kleine Aufkleber der Buchhandlung etc.)

⁵⁴⁸ Vgl. BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG: *Verbrannte Bücher. Online-Veröffentlichung der Liste der von den Nationalsozialisten verbotenen Schriften*. URL: http://www.berlin.de/rubrik/-hauptstadt/verbannte_buecher/index.php – Download vom 14.11.2012.

nachgewiesen werden, entlieh der Autor sie auf einen gesonderten Ausweis des Dezernats, um eine gründlichere Nachforschung mit dem Vorteil der zeitlich unbegrenzten Ausleihe vorzunehmen. Die Ermittlung der Provenienz bzw. den Provenienzen geschah erneut durch Internetrecherche.

Die Dokumentation sollte nach Rücksprache der Projektbetreuerin Frau Pophanken in einer Allegro-Datenbank erfolgen. Um sie für das Projekt geeignet werden zu lassen, legte der Autor zusätzliche Kategorienfelder an, die neben der reinen Titeldatenanzeige und der Signatur, auch die Akzessionsnummer, die Bezugsquelle (Lieferant etc.), das Erwerbungsjahr, den Standort, die Provenienzeintragung/en und den Weg des Buches bzw. die verschiedenen Besitzstationen, die Erwerbungsart (Antiquariatskauf, Tausch, Geschenk etc.) und einen Bearbeitungsstatus verzeichneten. Nach einer akribischen Recherche, rief der Bearbeiter den passenden Datensatz in ALEPH auf und importierte ihn in die Allegro-Datenbank. Die oben beschriebenen Kategorien wurden mit den ermittelten Informationen gefüllt und bekamen einen Bearbeitungsstatus. Der Verfasser unterteilte in: 1= geklärt, kein Raubgut; 2= wahrscheinlich kein Raubgut; 3= verdächtig; 4= wahrscheinlich Raubgut; 5= geklärt, Raubgut; 6= Raubgut mit Vorbesitzer; 7= geklärt: Raubgut kann nicht restituiert werden; 8= kein direktes Raubgut; vermutlich Verkauf vor zunehmenden Repressionen. Die Einteilung lehnt sich an keine einheitlichen Standards an und könnte daher kontrovers diskutiert werden. Status 8 müsste nach der heutigen Erkenntnis vom Wortlaut geändert werden, da Notverkäufe als Raubgut gewertet werden. Hätten beispielsweise Juden ihr Eigentum nicht verkaufen müssen, um die gegen sie erhobenen Steuern zu bezahlen oder Geld für die Auswanderung zu bekommen, wäre es nicht zu diesen Geschäften gekommen.

Ebenso ließen sich ähnliche Status auch für NS-Beutegut anfertigen. Da dies jedoch bisher nicht in Münster gefunden wurde, wurde dieser Aspekt ausgeklammert.

Ein zentraler Punkt der Arbeit bildete die vollständige Verzeichnung. Nicht nur potentielle und definitive Raubgutfälle wurden verzeichnet, sondern alle Bücher, die im Akzessionsjournal aufgeführt wurden. So wurde garantiert, dass auch Provenienzen von „sauberen“ Büchern, ergo ohne NS-Zusammenhang, in die Datenbank aufgenommen wurden. Sollten neue Erkenntnisse im Verlaufe der Arbeit gewonnen werden, war eine schnelle, effektive Nachbearbeitung gewährleistet.

Nach der Inaugenscheinnahme und der Verzeichnung der Bücher auf den Übungskopien des Journals von 1945, widmete sich der Autor dem Akzessionsjournal von 1948. Hier stieß er in der Majorität auf Antiquariatskäufe. Dieses und die Tatsache, dass die meis-

ten dieser Lieferanten in Berlin ansässig gewesen waren, machten es zwingend erforderlich, jeden einzelnen Titel am Regal genau zu überprüfen. Wiederum waren Investigationen zu den Zulieferern anzustellen. Der Bearbeiter konnte beispielsweise eruieren, dass die Antiquariate „Kapieske“ und „Heybutzki“, bei denen große Einkäufe getätigt worden waren, von der Gestapo oder anderen Nazi-Behörden in regelmäßigen Abständen beschlagnahmte Bücher erhalten hatten, „mit der Auflage ‚Verbotenes‘ auszusondern und zu vernichten“⁵⁴⁹. Wie bereits bei den Privatpersonen begonnen, wurden Informationen zu den Antiquariaten und allen Buchbesitzern kumuliert und diese gesichert. Ein wesentlicher Bestandteil des Projektes war die Ermittlung von statistischen Daten. In einer eigens dazu angefertigten Liste wurde jedes bearbeitete Buch eingetragen und dessen spezifische Charakteristika festgehalten. Daneben führte der Bearbeiter Zeitmessungen durch, um später eine Vorstellung davon zu bekommen, welcher Zeitrahmen für ein Projekt angesetzt werden sollte. Für eine Signaturrecherche von 10 Titeln benötigt man ca. 15–20 Minuten, für den Gang an das Regal und einer ersten Autopsie von 10 Titeln benötigt man ca. 42 Minuten und 10 Allegro-Titelaufnahmen können zwischen ca. 23 Minuten (bei einem Reihentitel mit vielen Einzelbänden) und ca. 81 Minuten dauern (bei unterschiedlichen Titeln). Die große Spanne zwischen dem letzten Punkt kommt vor allem dadurch zustande, dass Provenienzeintragungen von z.B. Stempeln, Exlibris etc. besonders viel Zeit in Anspruch nehmen. Der Autor hielt es für sinnvoll, das Aussehen, die Elemente und auch die Farbe jedes einzelnen Provenienzmerkmals detailliert zu dokumentieren, da es in Allegro nicht möglich ist, Bilder in die Titelaufnahme zu integrieren. Dessen ungeachtet, fertigte er mithilfe eines Buchscanners der Marke Zeutschel Digitalisate der Provenienzen, des Titelblattes und des Schmutztitels an, damit auch hier der Nachweis gesichert war. Die Digitalisate wurden in einem dafür speziell erstellten Ordner zusammengeführt, nach Namen alphabetisch sortiert und auf der Festplatte abgespeichert. Vielleicht ist eine spätere Verknüpfung der Komponenten möglich, berücksichtigt man den Anspruch, alle Forschungsergebnisse in eine öffentlich zugängliche Datenbank wie LOSTART hochzuladen.

Während der gesamten Projektzeit konnten 249 Akzessionsnummern bearbeitet werden, von denen der Autor 9 Objekte dem 1. Status (geklärt, kein Raubgut), 128 dem 2. Status

⁵⁴⁹ Hirche, Kurt: Meine Sammlung. In: Revolutionäre des Geistes : illustrierte Zeitschriften, Flugblätter und Publikationen des deutschen Expressionismus aus der "Sammlung Professor Dr. Kurt Hirche, Bonn" ; Katalog zur gleichnamigen Ausstellung der Galerie der Friedrich-Ebert-Stiftung/[Konzeption und Realisierung: Dagmar Clasen]. - Bonn , [1994], S. 6–14. Electronic ed.: Bonn: FES Library, 2000. URL: <http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/00731.htm> – Download vom 16.11.2012.

(wahrscheinlich kein Raubgut), 69 dem 3. Status (verdächtig), 40 dem 4. Status (wahrscheinlich Raubgut), 1 dem 7. Status (geklärt: Raubgut kann nicht restituiert werden) und 2 dem 8. Status (kein direktes Raubgut; vermutlich Verkauf vor zunehmenden Repressionen) zuordnen konnte. Status 5 (geklärt, Raubgut) und 6 (Raubgut mit Vorbesitzer) traten nicht auf. Bei der Klassifizierung ist die vorsichtige Haltung des Bearbeiters erkennbar, Bücher voreilig als „sauber“ zu verifizieren. Konnte mit absoluter Gewissheit ein NS-Zusammenhang nicht ausgeschlossen werden, bekam das Objekt den Status 2. Bücher bei denen ganz offensichtlich der Nachweis eines Vorbesitzers entfernt worden war, beispielsweise durch Tilgung des Stempels oder durch Herausschneiden, wurden dem 3. oder 4. Status zugeordnet. Aufgrund der Hintergrundgeschichte der Erwerbung und der Bezugsquelle war dies sinnvoll.



Abbildung 10: Digitalisat vom Exlibris des Lessing-Museums.

Ein Beispiel für Raubgut ist ein Werk von Willomitzer, Franz: Christian Lammfell: ein Beitrag zur Charakteristik von Holtei's als Romanschriftsteller, Breslau: Trewendt, 1878“. Auf der ersten Seite trägt es ein Exlibris des nicht mehr existenten Lessing-Museum Berlin (s. Abb. 10).

Die Investigation ergab, dass dieses Museum jüdisch kuratiert worden war und deshalb von den Nationalsozialisten im Jahr 1936 geschlossen wurde. Das Inventar sei anschließend in das städtische Museum Emerlerhaus und in die Stadtbibliothek gelangt.⁵⁵⁰

Das Museum wurde nach 1945 nicht wieder instituiert und besitzt keine direkten Erben bzw. Rechtsnachfolger, denen man das Werk zurückgeben könnte.

Demnach hat es den Status 7 erhalten.

Ein Beispiel für ein Objekt der Stufe 8, das unter Pression verkauft wurde, ist das Werk: „Schreyvogel, Joseph: Biographie Schiller's und Anleitung zur Critic seiner Werke: 2. Abtheilung, Wien: Graeff, 1810“. Ein Exlibris der „Bibliothek Gotthilf Weisstein, Berlin“ wurde auf dem Buchinnendeckel angebracht (s. Abb. 11).

Einer Internetquelle der UB der Freien Universität Berlin, die sich mit dem jüdischen Journalisten und Bibliophilen Gotthilf Weisstein befasst hatte, war zu entnehmen, dass

⁵⁵⁰ Vgl. Cullen, Michael: Haus der sieben Tafeln. In: *Der Tagesspiegel*, 1998. URL: <http://www.tagesspiegel.de/kultur/haus-der-sieben-tafeln/53072.html> – Download vom 16.11.2012.

die Bibliothek sehr wahrscheinlich „unter dem Eindruck zunehmender antijüdischer Repressionen, [...] 1933 durch den Antiquar Martin Breslauer verkauf[t]“ und die letzte Besitzerin – die Schwägerin Gotthilf Weissteins – „ihren gesamten Besitz im Zuge der wirtschaftlichen Ausplünderung der Juden durch die Nazis [verlor]“⁵⁵¹. Viele der Bücher seien in unterschiedliche Antiquariate gelangt⁵⁵², was den Weg nach Münster erklärt. Exlibris, wie das von Weisstein, schrauben den Preis für antiquarische Bücher extrem in die Höhe. Antiquariate nutzen dies aus, um bei dem



Abbildung 11: Digitalisat vom Exlibris "Bibliothek Gotthilf Weisstein".

Verkauf einen besseren Gewinn zu erzielen. Obwohl Bücher im Vergleich zu anderen Kunstgegenständen (z.B. Bildern) kaum einen finanziellen Wert besitzen, sind mit ihnen andere ideelle Relevanzen verbunden und bedürfen der Restitution (s. Kapitel 4.8). Auf der Basis der im Projekt ermittelten Daten, wäre es möglich einen Antrag bei der Arbeitsstelle für Provenienzforschung/ -forschung in Berlin zu beantragen. Zudem lieferten die Ergebnisse ihren unprätentiösen Beitrag zur Dokumentation von NS-Raubgut im Online-Katalog.⁵⁵³

5.1.4 Ergebnis und Ausblick in die Zukunft

Nachdem im Oktober 2012 die ersten Bücher zurückgegeben wurden, wird die ULB Münster auch weiter nach NS-Raub- bzw. Beutegut suchen.

Seit Oktober 2011 kann im OPAC der Bibliothek nach den (SISIS-Titeldaten-) Kategorienfeldern „Provenienz“ und „NS-Raubgut“ gesucht werden. Zu beiden Suchmöglichkeiten wird dem Nutzer bei der Auswahl ein kurzer Hilfetext angegeben. Mit den Suchbegriffen „Lieferant“ oder „Besitzer“ in dem Feld „Ns-Raubgut“ (Kategorie 1311) werden alle als Raubgut identifizierten Bücher angezeigt, sodass der Nutzer eine Übersicht über den bisherigen Arbeitsstand erhält. Derzeit sind es – Stand Januar 2013 – 68 Titel. Unter diesen befinden sich auch in Kapitel 5.1.3 bereits beschriebenen Kontingente.

⁵⁵¹ Goerdten, Ulrich: Ausstellung im Foyer der Universitätsbibliothek der Freien Universität Berlin 26.02.–15.04.2008: Gotthilf Weisstein und sein verschollenes Werk. Berlin 2008. URL: http://www-ub.fu-berlin.de/service_neu/ausstellung/archiv/weisstein.pdf – Download vom 16.2.2012.

⁵⁵² Vgl. ebd.

⁵⁵³ Vgl. Hentzschel, Jan-Philipp: Bericht zur Praxisphase. Köln: Fachhochschule, Fakultät für Informations- und Kommunikationswissenschaften 2011.

Die vom Autor während seiner Projektzeit ermittelten Werke sind nicht enthalten, da ihre Bearbeitung noch nicht abgeschlossen ist.

Wählt der Nutzer aus der Trefferanzeige ein Buch aus, so ist unter dem Punkt „Signatur Fußnoten“ eine Information zu der Provenienz, der Zugangsnummer und des Konfiskationshintergrundes gelistet. Die Detailanzeige führt die Punkte Signatur, Zugangsnummer bzw. Erwerbungsart, Lieferant, Provenienz, Umstand des verfolgungsbedingten Entzuges und Stand der Restitution auf, sofern es dazu Angaben gibt. So heißt es beispielsweise bei dem Punkt „Stand der Restitution“ für das Werk „Vom Geiste der Feldlogen“ das ein Restitutionsangebot am 28. Juni 2012 erfolgt ist (s. Abb. 12).

Katalog (36/68) | < < > > |

Vom Geiste der Feldlogen

Verfasser: Witt-Hoë, Felix
Erscheinungsort, Verlag: Leipzig, Verl. des Vereins dt. Freimaurer
Ausgabe, Jahr: Hs. für Brüder Freimaurer, 1917
Umfangsangabe: 29 S., [1] Bl.
[in die Merkliste](#)

Exemplare | **Bestellung/Vormerkung** | **mehr zum Titel** |

Verfasser: Witt-Hoë, Felix
Titel: Vom Geiste der Feldlogen
Verfasser Vorl.: von Br Felix Witt-Hoë gew. 1. zugeordn. Meister und Mitgründer der Feldloge "Zum aufgehenden Licht an der Somme"
Beigef. Werk(e): Anhang: Bauplan / von Br W. Ohr
Ausgabe: Hs. für Brüder Freimaurer
Erscheinungsort: Leipzig
Verlag: Verl. des Vereins dt. Freimaurer
Erscheinungsjahr: 1917
Umfangsangabe: 29 S., [1] Bl.
Ang. zum Inhalt: Auf den Text folgen 2 S. "Kriegs- und Freimaurer-Schriften von Vereinsmitgliedern" sowie 1 S. "Vom Verein deutscher Freimaurer geförderte Schriften"
NS-Raubgut: r+1 2610/30 / Zugangsnummer: 1936 G 617 / Lieferant: Sächsische Landesbibliothek, Dresden / Besitzer: Freimaurerloge N. N. / Restitutionsangebot 2012.06.28
Stichwörter (modern): geist

Abbildung 12: Screenshot OPAC-Anzeige mit NS-Raubgut-Kategorie.

Die unterschiedlichen Suchbegriffe sind durch ein „/“ in der Kategorie 1311 der Detailanzeige getrennt. Sie sind wortindexiert und können daher recherchiert werden.

Auf Nachfrage des Autors, ob die Anzeige mit Bildern der Provenienzen etc. angereichert wird, erklärte Pophanken, dass dies mit Schwierigkeiten verbunden sei, da das Implementieren von Bildern im ULB-Katalog datentechnisch über das „Hochschulbibliothekszentrum des Landes Nordrhein-Westfalen“ (hbz) erfolgen müsste.⁵⁵⁴ Die Möglichkeit, den Provenienznachweis auch in digitaler Form anzeigen zu können, würde die Recherche ungemein aufwerten. Der Autor sieht darin vor allem das Potenzial der Arbeitserleichterung bzw. der Vermeidung von Doppelarbeit für andere Institutionen, die

⁵⁵⁴ Vgl. Pophanken 7.11.2012 (Interview, s. Anhang).

möglicherweise dieselben Nachweise ermitteln konnten und dadurch wichtige Informationen erhalten würden. Oftmals hilft ein Bild bereits, um Raubgut überhaupt erkennen zu können.

Die Entscheidung für die Erhaltung der Datensätze bei gelungener Restitution, wie Pophanken im Interview erwähnt, ist wiederum sehr positiv zu bewerten⁵⁵⁵. Eine Löschung würde zu einem Informationsverlust in Bezug auf die Dokumentation der durchgeführten Restitutionsarbeiten führen.

Projekt:

Laut Pophanken wird im Jahr 2013 mit einer wiederholten, intensiveren Durchsicht der Zugangsbücher des Erwerbszeitraums 1933 bis 1945 begonnen. Für die Sichtung der Zugangsbücher nach 1945 sei bisher noch kein Projekt bewilligt worden.⁵⁵⁶ Es bleibt zu hoffen, dass dieses Projekt zu einem späteren Zeitpunkt auch durchgeführt werden kann.

Für die geplante Suche nach NS-Raubgut aus dem Erwerbszeitraum 1933 bis 1945 sind bereits einige Grundlagen geschaffen worden. So sind alle Zugangsbücher vollständig digitalisiert und werden z.Z. in PDF-Dateien überführt, damit sie zeitnah genutzt werden können, schreibt Pophanken in einem unveröffentlichten Arbeitsbericht. Dies ermögliche die Durchsicht am Bildschirm. Dabei werde sie die Listen auf der Grundlage, der seit 2006 bekannt gewordenen Forschungsergebnisse, durchsehen, da vorher nur auf verbotene Literatur und eindeutige Raubgutfälle geachtet worden sei. Neben Geschenken von der Reichstauschstelle, allen staatlichen Behörden etc., würden auch Tauschobjekte nähere Betrachtung finden. Zugänge nach dem Anschluss Österreichs im Jahr 1938 seien dabei inbegriffen. Verstärkt spiele auch die Komponente des Beutegutes eine Rolle. Hier müsse man alle Einkäufe nach Kriegsbeginn aus Antiquariaten mit Sitz im Ausland, vor allem Niederlandistica, genau überprüfen. Die Seiten mit verdächtigen Zugängen könne sie ausdrucken und dann mit der eigentlichen Ermittlung beginnen, schreibt Pophanken. Die Signaturen seien zu ermitteln und die Bände am Standort zu überprüfen. Stimme die eingetragene Zugangsnummer mit der des Akzessionsjournals überein, werde weiter ermittelt. Bei einem Objekt ohne Zugangsnummern wäre die Recherche erst abgeschlossen, wenn festgestellt werden könne, dass es nicht vor 1945 ins Haus gelangt sei. Unverdächtig erworbene Bücher ohne Provenienz von einem „sauberen“ Lieferanten, seien von der weiteren Recherche auszuschließen. Ver-

⁵⁵⁵ Vgl. ebd.

⁵⁵⁶ Vgl. ebd.

dächtig erscheinende Bücher und diejenigen mit Provenienznachweisen werde sie auf einen Dezernatsausweis entleihen und am Arbeitsplatz genau überprüfen, führt Pophanken aus. Die Investigationsergebnisse halte sie in der Kategorie 1311 fest und könne diese je nach Erkenntnisstand ändern bzw. erweitern. Bei Objekten mit Provenienzen die eine Konfiskation ausschließen, ende die weitere Recherche. Diese bekämen die Fußnote „Provenienz“ und würden zurückgebucht. Raubgutfälle seien der weiteren Nutzung vorzuenthalten. Könne man bei Raubgutfällen keinen Rechtsnachfolger ermitteln, werde die Kategorie 1311 mit der Angabe „Rechtsnachfolger nicht ermittelt“ versehen und zurückgebucht. Bei erfolgreicher Ermittlung eines oder mehrerer Erben, erfolge das Restitutionsangebot. Später gefundenen Objekte seien nachträglich zu retournieren. Titeldaten seien stets zu korrigieren. Werde das Angebot abgelehnt, erhalte der Datensatz eine dem Fall entsprechende Bemerkung. Bei angenommenen Angeboten und nach der Klärung der Übergabemodalitäten seien verschiedene Schritte durchzuführen. Der UB-Stempel werde mit „ULB Münster restituiert“ überstempelt, das Zugangsbuch mit dem Stempel „restituiert“ versehen, der Buchdatensatz in „nicht entleihbar“ geändert und die Kategorie 1311 mit der Angabe „restituiert JJJJ.MM.TT“ besetzt.

Die Digitalisierung erfolge nur, wenn der Rechtsnachfolger dem zustimmt und das Buch im Karlsruher Virtuellen Katalog (KVK) noch nicht nachgewiesen sei.

Sämtliche Investigationsergebnisse würden gespeichert und statistisch erfasst. Ob zu einem späteren Zeitpunkt die Ermittlungen an LOSTART gemeldet werden, müsse noch entschieden werden.

Seit Dezember 2012 ist die Homepage „Restitution“ online, welche den Leser über das Projekt und die Restitutionserfolge der ULB Münster informiert. Sie soll im Zuge der Arbeiten mit weiteren Punkten versehen werden. Die OPAC-Kategorie „NS-Raubgut“ bildet transparent den jeweils aktuellen Status der Bearbeitung ab. Sie schafft Transparenz und ist gemeinsam mit der Homepage Teil der Öffentlichkeitsarbeit.⁵⁵⁷

Es bleibt spannend, die Bemühungen der ULB Münster in Zukunft weiter zu verfolgen.

5.2 Universitäts- und Stadtbibliothek Köln

Die Universitäts- und Stadtbibliothek Köln (USB Köln) ist aufgrund ihrer fortgeschrittenen Restitutionsarbeit als Vergleichsbibliothek sehr interessant. Der Verfasser hofft, durch die Erläuterung einiger ihrer Spezifika die Unterschiede zu der NS-Raubgut-

⁵⁵⁷ Vgl. Pophanken, Elke: Geplanter Ablauf der Suche nach NS-Raubgut in der ULB Münster für den Erwerbungszeitraum 1933 bis 1945. Münster: ULB, 2012.

Forschung in Münster verdeutlichen zu können. Dabei stützt er sich auf diverse Publikationen und ein ausführliches Gespräch mit Frau Christiane Hoffrath. Frau Hoffrath ist die entscheidende Ansprechpartnerin für Provenienzforschung, darunter auch NS-Raubgut, an der USB. Ihren Bemühungen ist es zu verdanken, dass der Gedanke NS-Raubgut zu restituieren, in die Bibliothek hineingetragen wurde. Ihr Engagement führte bisher zu der Aufarbeitung der Bibliothek Richter und der Restitution von Gewerkschaftsbüchern. Zu dem Fall Richter veröffentlichte sie das Buch „Bücherspuren: Das Schicksal von Elise und Helene Richter und ihrer Bibliothek im „Dritten Reich““ (2009). Es basiert größtenteils auf dem Tagebuch „Summe des Lebens“ von Elise Richter, Korrespondenzakten mit dem Direktor der Bibliothek, Herrmann Corsten, und eigenen Arbeitsbeschreibungen.

Anders als in Kapitel 5.1 wird der Verfasser weit weniger ausführlich auf die Geschichte der Bibliothek vor und nach 1945 eingehen. Sie war bisher bereits Gegenstand der Forschung, wobei gesagt werden muss, dass die wenigen Publikationen sich auf eine nur sehr geringe Anzahl von Quellen berufen können. Das hängt, wie Hoffrath aussagt, zum einen mit dem Aktenverlust durch die Auslagerung während des 2. Weltkrieges, zum anderen mit dem Einsturz des Kölner Historischen Stadtarchivs am 3. März 2009 zusammen.⁵⁵⁸ Happel, der 1989 im Rahmen seiner Dissertation Akten aus dem Historischen Stadtarchiv einsah und somit eine bessere Situation hätte vorfinden müssen als heute, bezeichnet die Quellenlage jedoch ebenfalls als äußerst schlecht. Sowohl in der Bibliothek selber als auch, noch bei anderen mit der Bibliothek verknüpften Institutionen (Kuratorium, Rektorat etc.) habe er keine Archivalien mehr ausfindig machen können.⁵⁵⁹

Der Schwerpunkt dieses Kapitels konzentriert sich daher verstärkt auf die Restitutionsbemühungen der jüngeren Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

5.2.1 Die Bibliothek zur Zeit des Nationalsozialismus

Bevor sich der Autor dem Zeitraum von 1933–1945 zuwendet, wird er einige Hintergrundinformationen vermitteln, die wichtig für das Verständnis der Entwicklung der

⁵⁵⁸ Vgl. Hoffrath, Christiane: Hermann Corsten in Köln. In: Knoche, Michael; Schmitz, Wolfgang (Hrsg.): Wissenschaftliche Bibliothekare im Nationalsozialismus. Handlungsspielräume, Kontinuitäten, Deutungsmuster. Wiesbaden: Harrassowitz, 2011 (Wolfenbütteler Schriften zur Geschichte des Buchwesens; 46), S. 225–242, hier: S. 225.

⁵⁵⁹ Vgl. Happel, Hans-Gerd: Die Universitäts- und Stadtbibliothek Köln im Dritten Reich. In: Toussaint, Ingo (Hrsg.): Die Universitätsbibliotheken Heidelberg, Jena und Köln unter dem Nationalsozialismus. München [u.a.]: Saur, 1989 (Beiträge zur Bibliothekstheorie und Bibliotheksgeschichte; 2), S. 289–328, hier: S. 290 f.

USB sind und eine Einschätzung der Erfolge des späteren Direktors, Hermann Corsten, erlauben.

Die Universität zu Köln war im Jahre 1798 durch die eingerückten französischen Truppen geschlossen worden und hatte danach lange Zeit nicht existiert. Als der Oberbürgermeister der Stadt Köln, Konrad Adenauer, sich im Jahre 1919 um die Wiedereröffnung der Universität bemühte, hatte dies auch Konsequenzen für die drei städtischen Bibliotheken, schreibt Hoffrath. Zuvor hätten die Stadtbibliothek, die Bibliothek der Handelshochschule und die Bibliothek der Akademie für praktische Medizin unabhängig voneinander bestanden. Im Jahr 1920 seien sie zur USB zusammengeführt und unter Leitung von Prof. Dr. Klemens Löffler gestellt worden.⁵⁶⁰ Wie Happel erklärt, hat Löffler die Zusammenlegung der räumlich weit voneinander entfernt liegenden Bibliotheken organisiert doch nicht durchführen können. Die verschiedenen Standorte hätten die Führung dermaßen erschwert, dass Kritik von verschiedener Seite laut geworden sei. Man habe ihm mangelnde Führungskompetenz vorgeworfen und seine Absetzung vorgesehen. Durch den Tod Löfflers (17. März 1933) sei es dazu jedoch nicht mehr gekommen.⁵⁶¹

Es waren mehrere Kandidaten für die Position des Direktors im Gespräch, man entschied sich letztlich für Hermann Corsten. Corsten, geboren am 18. Juli 1889 in Geilenkirchen, absolvierte in Heinsberg die Volksschule und Höhere Stadtschule und machte sein Abitur am Humanistischen Gymnasium in Saarlouis, schreibt Hoffrath. Er habe das Studium der Mathematik, Physik und Chemie im Jahre 1912 begonnen und schloss es zehn Jahre später als Diplom-Ingenieur ab. Zwischenzeitlich sei er als Soldat einberufen worden und habe kurz vor Kriegsende durch eine Schusswunde den rechten Unterschenkel verloren. Nach dem Studium arbeitete er in dem großen Unternehmen seines Schwiegervaters, führt die Bibliothekarin aus. Da seine Verletzung ihn jedoch behinderte, habe Corsten weiterstudiert und schließlich an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln zum Dr. rer. pol. promoviert (1927). Noch im gleichen Jahr habe er als Volontär für den höheren Bibliotheksdienst an der UB Bonn Aufnahme gefunden. 1928 sei er an die Preußische Staatsbibliothek versetzt worden und habe dort, früher als normal üblich, seine Fachprüfung abgelegt. Danach habe er an der Bibliothek der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg und wieder

⁵⁶⁰ Vgl. Hoffrath: Hermann Corsten in Köln, S. 227.

⁵⁶¹ Vgl. Happel: Die Universitäts- und Stadtbibliothek Köln im Dritten Reich, S. 292–296.

an der Staatsbibliothek gearbeitet. Mit 44 Jahren sei er am 1. Oktober 1933 Direktor der USB Köln geworden.⁵⁶²

Anders als Happel, dem 1989 die Personalakte Corsten noch nicht zugänglich war, erklärt Hoffrath, dass der Direktor freiwillig, aus persönlichem Ehrgeiz und mit Überzeugung, am 1. Mai 1933 der NSDAP beigetreten war und damit zu den sogenannten „Märzgefallenen“ gehörte. Dieser Schluss resultiert aus einer Aussage Corstens:

„Als ich im Jahr 1933 in die Partei eintrat, glaubte ich dies mit meiner christlichen Weltanschauung vereinbaren zu können (...).“⁵⁶³

Auch wenn Corsten meinte, die Parteimitgliedschaft habe ihm nicht zu der Direktorenstelle verholfen, so ist sich Hoffrath sicher, dass sie die Garantie war, um im Amt zu bleiben.⁵⁶⁴

Über die Arbeit Corstens lässt sich einiges Interessantes berichten. Wie oben bereits durch die Vorgeschichte erwähnt, gehörte die Zusammenlegung der Bibliotheksbestände zu seinen Verdiensten. Innerhalb eines Dreivierteljahres sei das neu errichtete Bibliotheksgebäude bezugsfertig gewesen. Bei der Bestandsüberführung habe man ca. 600.000 Bände bewegt. Lediglich die Medizinische Abteilung sei an ihrem Standort (heute: Deutsche Zentralbibliothek für Medizin) verblieben.⁵⁶⁵ Für Happel ein eindeutiger Beweis für Corstens „Organisationstalent“ und „Führungsqualität“. Der Personalstand habe keine gravierenden Veränderungen erfahren, wenngleich bisher nicht zu erklären gewesen sei, warum die wissenschaftlichen Bibliothekare Georg Witzel und Joseph Gotzen vorzeitig in den Ruhestand treten mussten. Happel zufolge seien bei Witzel krankheitsbedingte Gründe eine mögliche Erklärung.⁵⁶⁶ Bei Hoffrath findet sich noch der Hinweis, dass der Direktor versuchte, die entlassene Bibliothekarin Elsbet Colmi in der Bibliothek weiterarbeiten zu lassen. Mit seinem Vertreter Paul Körholz, soll Corsten dessen Parteieintritt abgesprochen haben, damit der durch nationalsozialistische Beziehungen zum wissenschaftlichen Bibliothekar avancierte Wilhelm Rohlfing, nicht mehr die Position des stellvertretenden Direktors übernehmen konnte. Dem jüdischen Verleger Balduin Pick habe Corsten weiterhin und trotz Verbot Druckaufträge erteilt. Pieck habe über Corsten und die Bibliotheksmitarbeiter erzählt:

„Die ganze Abteilung des Herrn Professor Corsten war, mit Ausnahme von drei oder vier Personen, eine geschlossene Gruppe gegen die Partei, in der eine Sprache geführt wurde, die ohne entsprechende Einstellung des Chefs nicht möglich gewesen wäre. Durch die bei mir erscheinende Rheinische Bibli-

⁵⁶² Vgl. Hoffrath: Hermann Corsten in Köln, S. 225 ff.

⁵⁶³ Entnazifizierungsakte Hermann Corsten, in: Landesarchiv Düsseldorf/ Abt. Rheinland / NW 1049/23.634 zit. n. Hoffrath: Hermann Corsten in Köln, S. 229.

⁵⁶⁴ Vgl. ebd., S. 229 f.

⁵⁶⁵ Vgl. Happel: Die Universitäts- und Stadtbibliothek Köln im Dritten Reich, S. 300.

⁵⁶⁶ Vgl. ebd., S. 298.

ographie hatte ich fast jede Woche mit fast allen Angestellten zu tun und ich konnte feststellen, dass nicht nur Herr Professor Corsten, sondern auch die Herren Körholz und Thomann sowie andere leitende Angestellte selbst in Gegenwart der Mitarbeiter aus ihrer Gegnerschaft zum Nationalsozialismus kein Hehl machten. Unter diesem Geist war es möglich, dass in der Universitätsbibliothek schon vor dem Kriege und auch in allen Phasen des Krieges selbst ein Zeremoniell verabredet wurde, mit dem das Ende des Hitler-Regimes befeiert [sic] werden sollte.“⁵⁶⁷

Aufgrund dieser und weiterer Aussagen in anderen Quellen schließt die Autorin darauf, dass die Mehrheit der damaligen Belegschaft tatsächlich keine glühenden Vertreter des Hitler-Regimes waren.⁵⁶⁸ Happel kommt zu demselben Ergebnis.⁵⁶⁹

Auch auf dem Gebiet der Bestandserweiterung leistete Corsten gute Arbeit. So konnte er mehrere Privatbibliotheken erwerben, darunter auch die Bibliothek von Elise und Helene Richter (s. Kapitel 5.2.3.2). 1941 besuchte er für mehrere Wochen Belgien und Frankreich, wo er Bücher einkaufte, berichtet die Autorin. Bedeutsam sei auch die Rettung der Bibliothek des Dominikanerklosters in Walberberg gewesen. Hoffrath vermutet, dass es Corsten war, der Kontakt mit Pater Laurentius Siemer aufnahm, um die Bibliothek dem Zugriff der Gestapo zu entziehen, die zuvor den verbleibenden Klosterbesitz beschlagnahmten und Siemer verhaften lassen hatte. Der Dominikaner habe am 24. Dezember 1941 mit dem Rektor der Universität Köln vertraglich festgehalten, die „nicht beschlagnahmte Bibliothek“ für 30 Jahre der USB als Depositum zu überlassen. Corsten habe nach 1945 die Bibliothek an Siemer zurückgegeben. Die Rettung der Büchersammlung habe ihn jedoch ins Blickfeld der Gestapo gebracht. Zudem habe er sich gegen Anschuldigungen eines Volontärs wehren müssen. Die Gestapo habe daraufhin eine bedrohliche Warnung gegen ihn ausgesprochen, über die Corsten schrieb:

„(...) dass man nur mit Rücksicht auf meine schwere Kriegsschädigung zunächst davon absähe, weitere Massnahmen [sic] gegen mich zu ergreifen und dass der geringste Anlass schwerwiegende Folgen für mich haben würde.“⁵⁷⁰

In den folgenden Monaten habe sich Corsten daher zurückgehalten; über weitere Hilfsmaßnahmen sei nichts bekannt.

Die verschiedenen Erlasse des Reichsministeriums wurden nicht in der Konsequenz ausgeführt, wie es in anderen Bibliotheken (z.B. Münster) der Fall war. Happel schreibt, dass sich 1933 der Kölner Bibliothekar Joseph Gotzen erfolgreich gegen die angeordneten Sekretierungsmaßnahmen wehrte. Mit einem Brief an das Rektorat habe Gotzen

⁵⁶⁷ Schreiben von Balduin Pieck vom 6. September 1946. Entnazifizierungsakte Hermann Corsten, in: Landesarchiv Düsseldorf / Abt. Rheinland / NW 1049/23.634 zit. n. Hoffrath: Hermann Corsten in Köln, S. 232.

⁵⁶⁸ Vgl. Hoffrath: Hermann Corsten in Köln, S. 232 f.

⁵⁶⁹ Vgl. Happel: Die Universitäts- und Stadtbibliothek Köln im Dritten Reich, S. 299.

⁵⁷⁰ Hermann Corsten Anlage zum Fragebogen vom 26. August 1945. Entnazifizierungsakte Hermann Corsten, in: Landesarchiv Düsseldorf / Abt. Rheinland / NW 1049/23.634 zit. n. Hoffrath: Hermann Corsten in Köln, S. 236.

deutlich gemacht, dass eine solche Maßnahme aus Gründen des knappen Personalstandes nicht möglich sei und es an geeignetem Hilfsmaterial mangle. Von Corsten gäbe es zudem keine erhalten gebliebenen Dienstanweisungen mehr, sodass Happel vermutet, dass es mündliche Absprachen gegeben habe. Dies gelte sowohl für die Sekretierungsmaßnahmen als auch für die Behandlung von regimefeindlichen Nutzern.⁵⁷¹ Im Vergleich zu Münster sind hier Aussagen nur schwer zu treffen, ob die Erlasse tatsächlich umgesetzt wurden. Es ist anhand der Ausführungen Hoffraths und Happels allerdings vorstellbar, dass versucht wurde, so wenig umzusetzen, wie nur eben möglich.

Auch auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit kann Happel keine nationalsozialistischen Aktivitäten bzw. Beteiligungen (Ausstellungen, Literaturlisten, Sonderkataloge etc.) feststellen. Auch in den Publikationen von Corsten seien keine pronationalsozialistischen Aussagen enthalten.⁵⁷² Im Gegensatz zu der UB Münster, die an zahlreichen Ausstellungen beteiligt war, nahm die USB Köln Abstand.

Allerdings meldete Corsten 1939 dem Kuratorium ein Flugblatt mit aufständischem Inhalt, berichten beide Autoren. Er habe mittgeteilt:

„Es scheint mir doch notwendig, die Aufmerksamkeit der Polizei auf das Treiben dieser dunklen Elemente zu lenken, die glauben, auf die Weise Propaganda treiben zu wollen.“⁵⁷³

Happel kann ein ähnliches Verhalten bei der in die Bibliothek eingegangenen Zeitschrift „Pax“ aus Prag nachweisen.⁵⁷⁴

Während der Kriegszeit sei es Corsten von 1943 bis 1944 gelungen, die Bestände der USB in 17 unterschiedlichen Auslagerungsorten unterzubringen. So habe die Bibliothek lediglich 3.000 Bände verloren, die durch Wasserschäden oder Bombenangriffen auf die Wohnungen der Nutzer vernichtet worden seien. Die Bibliothek habe zwar einige Treffer abbekommen, allerdings hätten sich die Schäden in Grenzen gehalten. Nach der Auslagerung sei die Bibliothek geschlossen und von Bacharach am Rhein verwaltet worden.⁵⁷⁵

Es wird deutlich, dass sowohl Corsten als auch Kindervater sich frühzeitig für eine Auslagerung einsetzten. Kindervater brachte bereits im Dezember 1942 die ersten Bestände

⁵⁷¹ Vgl. Happel: Die Universitäts- und Stadtbibliothek Köln im Dritten Reich, S. 304 ff.

⁵⁷² Vgl. ebd., S. 297 f., 307.

⁵⁷³ Hermann Corsten an das Kuratorium der Universität Köln vom 11. September 1935, in: UAK, Zug. 9/539 zit. n. Hoffrath: Hermann Corsten in Köln, S. 238; sowie Happel: Die Universitäts- und Stadtbibliothek Köln im Dritten Reich, S. 308.

⁵⁷⁴ Vgl. Happel: Die Universitäts- und Stadtbibliothek Köln im Dritten Reich, S. 208.

⁵⁷⁵ Vgl. Hoffrath 14.11.2012 (Interview, s. Anhang); Vgl. Hoffrath, Christiane: Bücherspuren. Das Schicksal von Elise und Helene Richter und ihrer Bibliothek im „Dritten Reich“. Köln, Weimar, Wien: Böhlau, 2009, S. 95 f.; Vgl. Happel: Die Universitäts- und Stadtbibliothek Köln im Dritten Reich, S. 308 ff.; Hier ist die Rede von 17 Auslagerungsorten.

in Sicherheit. Der Vergleich mit Köln ist ein weiterer Beleg dafür, dass die Anschuldigungen zu spät ausgelagert zu haben, ungerechtfertigt waren.

Im Gegensatz zu Kindervater konnte Corsten, wie im nächsten Kapitel beschrieben, seine Arbeit fortsetzen.

5.2.2 Die Bibliothek nach 1945

Kurz nach Kriegsende bemühten sich die Amerikaner um die Wiederherstellung des Universitätsbetriebes, schreibt Hoffrath. Corsten sei auf Anweisung des Rektors in Bacharach besucht worden, damit man Angelegenheiten der Bibliothek hätte besprechen und die Rücktransporte der ausgelagerten Bestände vorbereiten können. Die Autorin geht davon aus, dass die Entscheidung der Wiedereinsetzung Corstens zwischen dem Rektor und dem zuständigen britischen Universitätsoffizier abgesprochen war. Corstens Rückkehr sei demnach ausdrücklich erwünscht gewesen und das, bevor die Besatzer sein Entnazifizierungsverfahren eingeleitet hätten. Die Personen, die er an die Bibliothek holte bzw. für sie gewann, seien dabei auch ehemalige Nationalsozialisten gewesen. Corsten habe sie aus fachlichen und menschlichen Gründen eingestellt.

Neun weitere Jahre führte er die USB als Direktor, bis er am 1. August 1954 in den Ruhestand trat, berichtet Hoffrath. Vierzehn Jahre später sei er nach schwerer Krankheit am 23. Juli 1968 gestorben.⁵⁷⁶

Die mangelnde Quellenlage lässt kein abschließendes Urteil über Corsten und die Aktivitäten der Bibliothek zu, doch kann anhand der ausgearbeiteten Berichte Hoffraths und Happels der Schluss gezogen werden, dass Corsten anders als andere Direktoren während des NS-Regimes gewirkt und gehandelt hat. Die Aufarbeitung der Geschichte und die Suche nach NS-Raub- bzw. Beutegut kann in den nächsten Jahren möglicherweise mehr Auskunft geben. Festzuhalten ist, dass sich NS-Raubgut in der USB befindet. Die nachfolgenden Kapitel erläutern die Bemühungen und Funde.

5.2.3 Methoden, Funde und Restitutionsbemühungen

5.2.3.1 Die ehemalige Gewerkschaftsbibliothek Köln

Wie bereits im Einleitungstext zu diesem Kapitel erwähnt, richtete sich erstmals im Jahr 2005 der Blick auf mögliche zweifelhafte Erwerbungen aus der Zeit des Nationalsozia-

⁵⁷⁶ Vgl. Hoffrath: Hermann Corsten in Köln, S. 240 ff.

lismus. Den Anstoß dazu habe der Bibliothekartag in Düsseldorf (17. März 2005) geliefert, erzählte Frau Hoffrath im Interview. Bereits am nächsten Tag habe sie eine erste Stichprobe durchgeführt, da ihr bekannt war, dass die Bibliothek als Depotbibliothek fungiert hatte. Dazu sei sie ins Magazin gegangen und habe bei den Büchern angefangen zu suchen, die nach der alten fachspezifischen Aufstellung (heutzutage eine gruppenakzessorische Aufstellung nach der Eingangsnummer, dem Numerus Currens) sortiert sind. Die Wahl bei den Deutschen Schriftstellern zu beginnen, deren Bücher verbrannt wurden, habe sich als effektive Entscheidung herausgestellt. Nach nur ca. fünf Minuten Suche sei sie bei dem Buchstaben „M“ fündig geworden. In dem Buch „Heinrich Mann: Flöten und Dolche. Novellen. Berlin“ sei der Stempel „Die Deutsche Arbeitsfront Gauverwaltung Köln-Aachen Archiv und Bibliothek“ nachzuweisen gewesen.

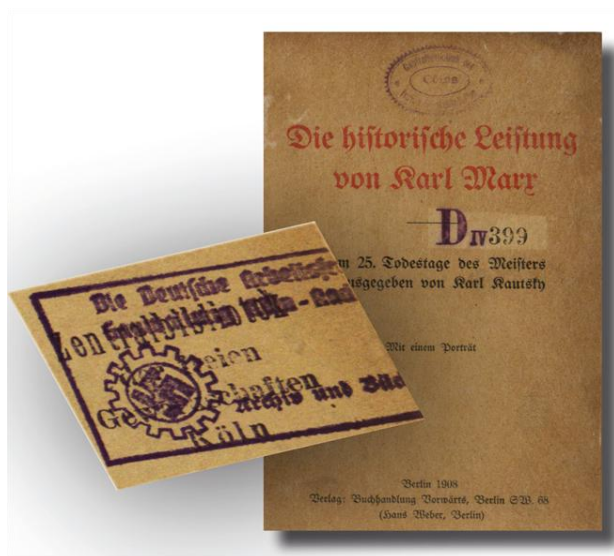


Abbildung 13: Überstempelter Besitzeintrag der Gewerkschaftsbibliothek Köln (Quelle: USB Köln).

Diese Stempel überdecken beinahe vollständig den Besitznachweis des vormaligen Besitzers, erklärte Hoffrath (s. Abb. 13). Die nachlässige Arbeit habe jedoch dazu geführt, dass man einen Stempel des rechtmäßigen Besitzers, die „Zentralbibliothek der freien Gewerkschaften Köln“, übersehen habe.⁵⁷⁷ Nach dem Feiertag am 1. Mai 1933 wurden sämtliche Gewerkschaftshäuser in ganz Deutschland von SA und SS

gestürmt und geplündert, schreibt Hoffrath in dem Bericht „Zerschlagen und verschollen“ (2009). Sämtlicher Besitz (auch Bibliotheken und Archive) sei der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF), der einzigen legitimierten Gewerkschaft, zugeführt worden. In Köln habe man das Volkshaus in der Severinstrasse gestürmt. Der Buchbestand, den Hoffrath im Jahr 1933 auf 12.000–15.000 Bände schätzt, sei konfisziert worden. Heutzutage seien weder Kataloge, Akten noch Bücher vorhanden. Die in Deutschland beschlagnahmten Bücher seien entweder vernichtet, in Universitätsbibliotheken eingelagert oder den Parteiarchiven der NSDAP und der DAF zugeleitet worden. Die Bücher im Bestand des NSDAP-Archivs seien teilweise durch Bombentreffer zerstört worden, während der Restbestand durch amerikanische Truppen erst ins OAD und dann später nach Washing-

⁵⁷⁷ Vgl. Hoffrath 14.11.2012 (Interview, s. Anhang).

ton (100.000 Bände) gelangt sei. Im Jahr 1947 habe es dann eine Rückgabe von 60.000 Bänden an den Deutschen Gewerkschaftsbund gegeben. Was mit den übrigen 40.000 Bänden geschah, ist ungewiss, führt Hoffrath aus. Die Bücher im Bestand des DAF-Archivs hätten den Krieg durch Auslagerung überstanden und wären später durch das OAD restituiert worden.

Das gefundene Buch „Flöten und Dolche“ sei 1951 als Geschenk inventarisiert worden; wie es jedoch in den Bestand gelangen konnte, könne nicht geklärt werden. Neben diesem Werk habe sie noch ein weiteres gefunden: „Die historische Leistung von Karl Marx: Zum 25 Todestage des Meisters herausgegeben von Karl Kautsky. Berlin: Vorwärts, 1908“. Dies weise keinen DAF-Stempel, dafür aber den Nachweis „Centralbibliothek freie Gewerkschaften Köln“ auf. Auch hier sei der Weg der Broschüre völlig unklar. Sie sei von bibliothekshistorischem Wert, da sie eine eingeklebte „Bibliotheksordnung“ enthalte und somit Auskunft über die damalige Benutzung gebe. Mit dem Einverständnis der Universität zu Köln und dem Oberbürgermeister der Stadt habe man beide Bücher am 1. September 2009 an die Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn (Rechtsnachfolgerin) restituiert, schließt Hoffrath den Bericht.⁵⁷⁸

Auf Nachfrage versicherte Frau Hoffrath, dass weitere Gewerkschaftsbücher derzeit in Bearbeitung sind. Sie schließt auch für die Zukunft nicht aus, dass weitere Bücher gefunden werden können.⁵⁷⁹

5.2.3.2 Bibliothek Elise und Helene Richter

Die Rekonstruktion der Lebensgeschichte von Elise und Helene Richter sowie die Auffindung ihrer Bibliothek ist eines der spektakulärsten Bibliotheksprojekte mit dem Hintergrund der NS-Provenienzforschung. Es soll hier Besprechung finden.

Die Schwestern Helene (geboren am 4. August 1861) und Elise (geboren am 2. März 1865) kamen als Töchter des arrivierten Chefarztes der kaiserlichen und königlichen Südbahn Wien-Triest, Dr. Maximilian Richter, zur Welt, berichtet Hoffrath in ihrer Monographie „Bücherspuren“ (s. Abb. 14 und 15).

Die Mutter sei Hausfrau gewesen. Beide Schwestern seien in einer behüteten, bürgerlichen Umgebung aufgewachsen und hätten durch eine private Lehrerin eine ausgesprochen fundierte Ausbildung erhalten.

⁵⁷⁸ Vgl. Hoffrath, Christiane: Zerschlagen und verschollen : der Sturm auf die Gewerkschaftsbibliotheken am 2. Mai 1933. In: *ProLibris* 14 (2009) 3, S. 129–133.

⁵⁷⁹ Vgl. Hoffrath 14.11.2012 (Interview, s. Anhang).

Nach dem Tod der Eltern im Jahre 1889 und 1890, seien sie wohlhabend, aber auf sich allein gestellt, zurückgelassen worden. Sie hätten sich fortan um ihre Fortbildung gekümmert, schreibt die Autorin. Obwohl beide schon als junge Mädchen die Matura hätten ablegen wollen, habe sich diese Möglichkeit erst durch Umwälzungen im patriarchalischen Wissenschaftssystem ergeben. Elise habe so erst ihre Matura nachgeholt, später



Abbildung 14: Elise Richter (Quelle: Fotografie in Kern, Elga (Hrsg.): Führende Frauen Europas).



Abbildung 15: Helene Richter (Quelle: ÖNB/Wien).

dann an der Philosophischen Fakultät der Universität Wien Romanistik, Germanistik, Indogermanistik, Allgemeine Sprachwissenschaften und Klassische Philologie studiert. Ihre dreieinhalb Jahre ältere Schwester Helene habe zu diesem Zeitpunkt bereits als Anglistin verschiedene Publikationen veröffentlicht und Erfolge gefeiert. Später habe sie sich dann noch der Theaterwissenschaft gewidmet. Elise erhielt, so erklärt es Hoffrath, erst nach Jahren der unlauteren Einflussnahme und Versuchen der Verhinderung, im Jahre 1907 die *venia legendi*. Damit sei sie die erste Privatdozentin in Österreich und Deutschland gewesen. Ihre gesellschaftliche Stellung und der Erfolg hätten ihnen ein komfortables Leben und einen großen Freundeskreis angesehener Persönlichkeiten beschert. Der erste Weltkrieg und die darauffolgenden Jahren seien jedoch finanziell schwierige Zeiten gewesen. So habe man beispielsweise das gemeinsame Haus verkaufen müssen, wobei ihnen das lebenslange Wohnrecht gestattet worden sei. Im Jahr 1938 erlebte Österreich den Anschluss an das „Altreich“ und schwerwiegende Veränderungen. Obwohl beide Damen zu diesem Zeitpunkt schon über 70 Jahre alt waren, verdeutlicht die Autorin, dachte keiner an einen Rückzug aus der wissenschaftlichen Tätigkeit. Bald jedoch sei diese, wie ihr ganzes Leben, mit

deutlichen Einschränkungen verbunden gewesen. Die nationalsozialistische Ideologie habe sie aufgrund ihrer jüdischen Großeltern als sogenannte „Volljuden“ determiniert. Bald darauf habe Elise die Lehrerlaubnis entzogen bekommen; ihr Gehalt sei erst nur unregelmäßig, später dann überhaupt nicht mehr ausgezahlt worden. Mit den einsetzenden „Judensteuern“ und anderen Abgaben hätten die Schwestern immer mehr Gegenstände verkaufen müssen. Darunter gehörten auch die ersten wertvollen Bücher ihrer gemeinsamen Privatbibliothek, schreibt Hoffrath. Während sich der Freundeskreis durch den Tod und die Auswanderung vieler Leute stetig dezimiert habe, sei es den Schwestern aufgrund ihres Alters, des Geldmangels und der tiefen Verbundenheit mit der Heimat nicht möglich gewesen, auszuwandern. Am 10. März 1942 wären sie für einen Umzug in ein jüdisches Altersheim abgeholt worden. Im Oktober desselben Jahres seien beide in das KZ Theresienstadt deportiert worden. Hoffrath kann hier nur über die Zustände und die Situation der Schwestern mutmaßen, da die Tagebucheinträge von Elise in Theresienstadt enden. Fest stehe hingegen, dass beide Schwestern dort starben. Helene Richter sei am 8. November 1942, Elise Richter am 21. Juni 1943 gestorben.⁵⁸⁰

Rekonstruktion der Bibliothek

Gleich nach dem Fund des ersten Gewerkschaftsbuches (s. Kapitel 5.2.3.1) wurde Frau Hoffrath die Akte Richter zugeleitet. Die Bibliothek sei nie in der USB vergessen worden, erzählte sie dem Verfasser. Man habe sie stets in mehreren Artikeln erwähnt und in den neunziger Jahren sogar versucht zu rekonstruieren. Dies geschah alles jedoch nicht aus Sicht der NS-Provenienzforschung, die damals noch keine Bedeutung hatte, erklärte Hoffrath.⁵⁸¹ Folglich musste die Erwerbung der Sammlung aus einem völlig neuen Blickwinkel untersucht werden. Dazu habe die Direktion der USB sofort ein eigenes Projekt eingerichtet, das sich über den Zeitraum von Mai 2005 bis März 2009 erstreckte und größtenteils mit Eigenmitteln der Bibliothek finanziert worden sei.⁵⁸²

Elise und Helene Richter hatten, wie oben beschrieben, bereits kurz nach dem Anschluss Österreichs die Härte des nationalsozialistischen Regimes zu spüren bekommen. Die ihnen aufgebürdeten Steuern mussten auf irgendeinem Weg bezahlt werden. 1941 habe sich, als ihnen noch kaum etwas geblieben war, dann der Verkauf der Bibliothek angeboten. Anhand der Originalakte Richter, die 55 paginierte und 21 ungezählte Do-

⁵⁸⁰ Vgl. Hoffrath: *Bücherspuren*. ..., S. 21–83.

⁵⁸¹ Vgl. Hoffrath 14.11.2012 (Interview, s. Anhang).

⁵⁸² Vgl. Hoffrath, Christiane: Die Bibliothek von Elise und Helene Richter in der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln. In: *Bibliothek Forschung und Praxis* 34 (2010) 1, S. 77–80, S. 77.

kumente beinhalte, sei eine Rückverfolgung der Erwerbungsverhandlungen möglich gewesen. Entgegen dem Verlust der Akzessionsjournale, habe sich die Akte erhalten, da Direktor Hermann Corsten sie bei sich zuhause aufbewahrt habe. Er war der Verhandlungspartner von Elise Richter, schreibt die Autorin. Neben dieser Korrespondenz habe Corsten jedoch auch Unterredungen mit dem stellvertretenden Generaldirektor der Österreichischen Nationalbibliothek (ÖNB) in Wien, Dr. Robert Teichel, geführt. Teichel sei ebenfalls an dem Erwerb einiger Bücher interessiert gewesen. Zudem gehöre der Akte noch ein Teil der von Elise selbst verfassten Bücherlisten an. Einen anderen, kleineren Teil habe man noch in einem Sammelordner von Aktenresten finden können.

Hoffrath schildert in ihrem Werk „Bücherspuren“ die Verkaufsverhandlungen. Diese zogen sich über mehrere Monate hin und spiegeln die verschiedenen Interessenlagen wieder. Die von Verzweiflung getriebenen Schwestern (Elise führte die Verhandlungen) benötigten dringend Geld, waren jedoch darauf bedacht, ihre Interessen zu wahren, die ihnen aufgezwungenen Bezahlungsmodalitäten einzuhalten und möglichst wenig Aufsehens zu erregen. Corstens hingegen erwies sich bei der Verhandlung eines Notverkaufs als vorsichtiger und nicht erfahrener Partner. Mehrere von Hoffrath aufgeführte Dokumente verdeutlichen, dass er sich bei den zuständigen Behörden und seinem Kontaktmann Teichel informierte. Ungeachtet dessen war er an dem Kauf interessiert und wollte seiner und Teichels Intention (er sollte für ihn die Theater- und Autographensammlung erwerben) gerecht werden. Teichel, der deutlich erfahrener und radikaler in seinen Aussagen wirkt, versuchte die Bibliothek sogar mithilfe der Gestapo zu bekommen, als Komplikationen seitens der Schwestern die Verhandlungen hemmten. Die Autorin hebt hervor, dass es zu einem richtigen Vertragsabschluss nicht kam. Die rund 2.700–3.000 an die USB verkauften Bücher seien erst nach der Umsiedlung der Schwestern in das jüdische Altersheim nach Köln versandt worden. Corsten habe zwar den Kaufpreis zahlen wollen, doch da ihm nicht mitgeteilt worden sei, wohin man die Damen verbracht hatte, konnte er es nicht. Hoffrath schreibt, dass letztlich die Schwestern das Geld nicht erhielten.

Ein unverkaufter Rest von ca. 2.000 Büchern habe in der Wohnung verbleiben müssen und gelte als verschollen.⁵⁸³ Da in der UB Salzburg sich heute einige Richter-Bücher gefunden haben, ist Frau Hoffrath der Ansicht, dass diese wahrscheinlich zusammen mit den Büchern eines Wiener Professors in die Bibliothek gelangten. Dieser habe damals zusammen mit seiner Frau das Haus der Richters erworben und über ihnen gewohnt.

⁵⁸³ Vgl. Hoffrath: *Bücherspuren*. ..., S. 94–169.

Der Verdacht läge nahe, dass dieser einige Bücher aus der leeren Wohnung entwendet habe. Weiterhin könne man Werke heutzutage in der ÖNB, anderen Institutionen, Privatbesitz oder auch in Antiquariaten finden.

Das eigentliche Arbeitsinstrument bei der Suche nach Richter-Büchern hätten die von Elise angefertigten Bücherlisten (68 Blätter) dargestellt. Anhand dieser Listen habe sie nach den Büchern gesucht. Zuerst sei die Signaturrecherche begonnen worden, anschließend die Autopsie im Magazin. Exlibris, Widmungen oder andere handschriftliche Eintragungen seien nicht immer vorhanden gewesen, sodass die Bücher nach einem „Richter-Indiz“ überprüft worden wären. Bücher die keinen Provenienzeintrag, aber einen Bibliothekseinband der USB und eine passende Inventarnummer haben, sowie auf der Liste aufgeführt und als einziges Buch im Bestand vorhanden sind, können nur aus der Richter-Bibliothek stammen, schreibt Hoffrath. Dabei habe sie herausgefunden, dass die Listen nicht vollständig sind, was de facto die Gesamtanzahl gekaufter Bücher beeinflusse. Hoffrath schätzt die Zahl auf ca. 2.700–3.000 Bücher.

Als Ergebnis habe sie jedoch nur ein Viertel (534 Bücher) definitiv als Werke der Richter-Bibliothek substantzieren können. Rund 485 andere Listeneinträge seien entweder im Bestand nicht vorhanden oder könnten eindeutig als ehemaliger Richterbesitz ausgeschlossen werden.⁵⁸⁴

Dokumentation

Im Jahr 2005 fiel die Entscheidung die Bücher nicht nur im Onlinekatalog, sondern zusätzlich einem separaten Katalog zu erfassen, schreibt die Autorin. Nach einer Katalogisierung in den Client der Bibliothekssoftware Sisis-Sunrise habe man die Datensätze in das Portal der „Virtuellen Bibliothek Elise und Helene Richter“ eingespeist. Zusätzlich seien in einer Datenbank Kategorien für die Provenienzforschung angelegt worden, die man neben der weiteren Bearbeitung auch für Meldungen an LOSTART verwendet habe.⁵⁸⁵ Bemerkenswert ist aus Sicht des Verfassers der fortschrittliche Gedanke, dem Nutzer auf diese Weise eine transparente Einsicht in den Arbeitsfortschritt zu ermöglichen.

Das Portal kann auf vielfältige Weise genutzt werden. Es erlaubt die einfache und erweiterte Recherche nach den Büchern und bietet biographische Informationen, Abbil-

⁵⁸⁴ Vgl. Hoffrath: Die Bibliothek von Elise und Helene Richter in der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln, S. 79.

⁵⁸⁵ Vgl. Hoffrath: Bücherspuren. ..., S. 176.

dungen und weiterführende Quellen.⁵⁸⁶ Die Verzeichnung wird, sollten Bücher gefunden werden, fortgeführt.⁵⁸⁷

Restitution

Die Restitution, wie es in den „Bücherspuren“ beschrieben ist, gestaltet sich different. Für Österreich gelte das Kunstrückgabegesetz, wohingegen in Deutschland eine „faire und gerechte“ Lösung angestrebt werde. Demnach fänden Restitutionen in Deutschland freiwillig statt; das Rektorat der Universität zu Köln sei jedoch dazu bereit. Die Suche nach den rechtmäßigen Erben sei allerdings aufgrund der Tatsache, dass beide Schwestern kinderlos waren und wenige Informationen über die Familie vorlägen, schwierig. Die USB habe sich die Unterstützung der „Commission for Looted Art in Europe“ (CLAE) gesichert, um mit dieser mögliche Erben ausfindig zu machen. Sollte dies nicht gelingen und auch die ÖNB ebenfalls keinen Erfolg haben, werde die Bibliothek in der USB verbleiben.

Ergebnis und Ausblick in die Zukunft

Im Interview berichtete Frau Hoffrath, dass für die NS-Provenienzforschung sehr wenig Zeit bleibt. Sie selbst sei größtenteils mit der Aufgabe der Sammlungskoordination, bei der u.a. für die Ausstellungen Programme, Texte und Bilder entworfen werden müssen, und der Betreuung der 150 Institutsbibliothek beschäftigt. Dies erkläre auch, warum in den letzten zwei Jahren sehr wenig auf diesem Gebiet in Köln geschehen sei. Allerdings plane sie nun wieder vermehrt daran zu arbeiten. Besonders treffe das auf die Rückgabe von Büchern aus kirchlichen Institutionen zu. Vier Bücher mit dem Stempel „Bücherei Sankt Augustin Siegburg“ könne man der heute noch dort ansässigen Ordensgemeinschaft der Steyler Missionare zurückgeben. Die Gestapo habe sämtlichen Besitz beschlagnahmt, das Militär das Gelände. Dass sich die Bücher heute im Bestand der USB befinden, läge an der damaligen Oberfinanzdirektion, die Corsten über die Bibliothek informiert habe. Der Direktor habe einige Bücher vor der Vernichtung in die USB gebracht. Ein anderes, zur Restitution bereitstehendes, Beispiel sei ein im Jahr 1943 als „Geschenk“ inventarisiertes Buch mit dem Stempel der „Missionsbibliothek der Jesuiten Bonn“. Aber auch entzogenen jüdischen Buchbesitz könne sie restituieren. Im Bestand habe sie ein Buch gefunden, bei dem man versucht habe, Stempel zu tilgen. An-

⁵⁸⁶ Vgl. USB Köln (Website): Virtuelle Bibliothek Elise und Helene Richter (Onlineportal) URL: <http://richterbibliothek.ub.uni-koeln.de/> – Download vom 24.11.2012.

⁵⁸⁷ Vgl. Hoffrath 14.11.2012 (Interview, s. Anhang).

hand der erhaltenen Nachweise habe sie zurückverfolgen können, dass ein jüdischer Unternehmer mit dem Nachnamen Marcus dem Deutsch-Israelischen Gemeindebund ein Buch geschenkt hatte. Das Buch gelangte in die USB und wird möglicherweise bereits nächstes Jahr an die Jüdische Gemeinde Berlin retourniert, sagte Hoffrath. Weiterhin erzählte sie, dass ihr die Stärkung des Bewusstseins der Mitarbeiter in der Bibliothek ein wichtiges Anliegen sei. Wären diese für das Sujet sensibilisiert, könne man Raubgut effizienter ausfindig machen. So habe man es beispielsweise im Jahr 2004 versäumt, dass von einer Nutzerin an der Rückgabetheke geschenkte Buch sachgemäß zu verzeichnen. Das Buch enthält ein Exlibris mit einem jüdisch klingenden Namen. Recherchen hätten kein eindeutiges Ergebnis gebracht, sodass durch ein Aufschreiben des Namens der Nutzerin an der Theke, dies eventuell zu einem schnelleren Ergebnis geführt hätte. Ein anderer, vielleicht sogar der wichtigste Punkt, sei die Dokumentation der Arbeitsergebnisse. In NRW (hbz) sei die Verzeichnung von Provenienzen noch längst nicht so ausgeprägt, wie beispielsweise im „Gemeinsamer Bibliotheksverbund“ (GBV). Hier bestehe dringender Nachholbedarf. Auch im Onlinekatalog der USB sei es wichtig, Hinweise über Provenienzforschung einzubinden.

Desweiteren plane man in den kommenden Jahren (Zeitpunkt noch nicht festgesetzt) ein umfangreiches NS-Provenienzprojekt bei der AfP Berlin zu beantragen, bei dem der ganze Altbestand überprüft werden soll. Da die Akzessionsjournale bis 1948 nicht mehr vorhanden sind, werde dies fast ausschließlich per Autopsie möglich sein.⁵⁸⁸

6. Resümee und generelle Empfehlungen für NS-Provenienzprojekte in Bibliotheken

Die ULB Münster und die USB Köln stehen als Beispiel stellvertretend für viele andere Bibliotheken in Deutschland. In beiden wurde NS-verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut nachgewiesen. Diese Tatsache und die Restitutionserfolge rechtfertigen die zeitaufwendigen Recherchen und große Mühe, die damit verbunden sind.

Bis es jedoch zu einer Restitution kommen kann, sind viele Arbeitsschritte vorher zu erledigen. Dass die Voraussetzungen dafür in jeder Bibliothek andere sind, beweisen die beschriebenen Kapitel. Zu Beginn ist eines der wichtigsten Kriterien, dass die Direktion die Verantwortung und Chancen (s. Kapitel 4.8) des Themas erkennt und gewillt ist, daran arbeiten zu lassen. Die heterogene geschichtliche Entwicklung deutscher Bibliothek und die heterogen ausgeprägte Einflussnahme der Direktoren auf diese verdeut-

⁵⁸⁸ Vgl. Hoffrath 14.11.2012 (Interview, s. Anhang).

licht, dass bei der Suche nach NS-Raub- und Beutegut die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zwingend erforderlich ist. Sie liefert wichtige Hinweise, ob und in welchem Ausmaß eine Bibliothek von den nationalsozialistischen Raubzügen profitierte.

Zudem benötigt man Mitarbeiter, die ein großes Engagement mitbringen und sich mit der NS-Provenienzforschung vertraut machen.

In Münster und Köln werden diese Kriterien erfüllt. Einige andere Bibliotheken sind ebenfalls mit der Suche beschäftigt. Es gibt aber auch Bibliotheken die dieses, zugeben-ermaßen unrühmliche, Kapitel deutscher Bibliotheksgeschichte noch nicht angerührt haben.

Dass die Suche nach NS-Raubgut auf vielfältige Weise geschehen kann, belegen die Beispielbibliotheken. In Münster ist man in der glücklichen Position auf die Akzessionsjournale zurückgreifen zu können, die sich trotz der schweren Verluste erhalten haben. Diese bilden immer die erfolversprechendste Anlaufquelle für die Suche. Allerdings wird die Investigation durch das münstersche Spezifikum erschwert, dass nach dem Krieg sowohl geretteter Altbestand als auch Neuerwerbungen und Antiquariatskäufe durch die Schnellaktion erfasst wurden. Somit wurde in der Eile, den Betrieb schnellstmöglich wieder aufzunehmen, nicht zwischen den Erwerbungen differenziert. Die zahlreichen Umsignierungsmaßnahmen seit 1945 machen eine Überprüfung aller Signaturengruppen – unabhängig vom Zeitraum der Vergabe in der ULB – notwendig.

In Köln liegen die Akzessionsjournale bis 1948 nicht vor. Die nach 1948 folgenden Inventarbücher enthalten eingeklebte Katalogkarten. Zwischen den Katalogkarten der gekauften Bücher wurden auf einer Karte für geschenkte Werke lediglich unkonkrete Nummernkreise vergeben, berichtet Hoffrath. Zudem habe sich in den 50er Jahren der Status für Richter-Bücher von „Kauf“ in „Geschenk“ umgewandelt; bei geschenkten Büchern sei dabei der Lieferant nicht notiert worden.⁵⁸⁹ Dies erschwert die Suche eminent. Eine Recherche muss daher auf anderem Wege erfolgen. Realiter bedeutet das in den meisten Fällen anhand der Autopsie. Auf diese Weise wurden beispielsweise die zwei Gewerkschaftsbücher gefunden. Die Bibliothek Richter zeigt hingegen, dass auch anhand von erhalten gebliebenen Akten eine Rückverfolgung der Geschehnisse möglich ist. Die Korrespondenz von Corsten und Elise Richters Bücherlisten halfen Hoffrath bei der Auffindung der Bücher.

⁵⁸⁹ Vgl. Hoffrath, Christiane: Von der ersten Spur zur Onlineverzeichnung – Möglichkeiten und Probleme in der Praxis. URL: http://www.initiativefortbildung.de/pdf/NS_Raubgut2010/Hoffrath.pdf – Download vom 8.12.2012.

Archivunterlagen, sofern sie denn erhalten sind, geben Auskunft auf mögliche zweifelhafte Aktivitäten und können Fragen nach der Rolle des Bibliotheksdirektors zur Zeit des NS-Regimes, der Umsetzung von Direktiven der verschiedenen Dienststellen oder die Erwerbungspolitik etc. beantworten. Über die Geschichte der Bibliothek lässt sich der Weg von NS-Raubgut in die Bibliothek nachvollziehen.

Neben diesen unterschiedlichen Voraussetzungen gibt es jedoch auch Parallelen bei der Arbeit. So ist jeder Provenienzforscher auf Informationen angewiesen. Der Fall Richter exemplifiziert, warum die Zusammenarbeit der Institutionen und damit der Informationsaustausch so wichtig sind. Neben der UB Köln erhielten auch die ÖNB Wien und die UB Salzburg Richter-Bücher. Ihre Auffindung war oft nur möglich, da Frau Hoffrath ihre Ermittlungsergebnisse öffentlich gemacht hat.

Der Informationsaustausch hilft nicht nur, Probleme und Unsicherheiten im Arbeitsprozess zu lösen, sondern ist eine Optimierung von Quantität und Qualität zugleich.

Arbeitsschritte wie die Recherche nach Buchsignaturen muss die bearbeitende Bibliothek selbst leisten. Keine andere Bibliothek kann ihr solche Aufgaben abnehmen. Doch die ohnehin schon knapp bemessene Projektzeit könnte besser genutzt werden, wenn die Bibliotheken ihre Arbeit vermehrt dokumentieren würden. Der Koordinierungsstelle Magdeburg (s. Kapitel 4.5) kommt hierbei eine entscheidende Bedeutung zu. Die als Tagungen konzipierten Hannoverschen Symposien bieten die Basis für alle Provenienzforscher in Deutschland und dem Ausland sich über aktuelle Entwicklungen zu informieren. Weiterhin ermöglicht die Datenbank LOSTART jeder Bibliothek den Abgleich von eigenen Funden (z.B. Exlibris) um Gewissheit zu bekommen, ob das gerade zu bearbeitende Buch Raubgut ist. Sie stellt eine Hilfequelle dar, die von der Mitarbeit der Institutionen abhängig ist. Leider verzeichnen viele Bibliotheken (darunter auch Münster) noch nicht in LOSTART.

Bevor dies überhaupt geschehen kann, sind zumeist erst eigene Verzeichnungsprobleme zu beheben. Und diese hängen oftmals mit dem Bibliotheksverbund (z.B. hbz) zusammen. In anderen Verbünden wie dem GBV oder dem „Hessischen Bibliotheks- und Informationssystem“ (HeBIS) nutzt man den „Thesaurus der Provenienzbegriffe“ (T-PRO) oder die „Personennamendatei“ (PND)/ „Gemeinsame Körperschaftsdatei“ (GKD) zur Verzeichnung. Die Verbundzentrale des GBV hat dazu auch im Jahr 2007 ein ProvenienzWiki eingerichtet. Die Plattform befindet sich noch im Aufbau.⁵⁹⁰

⁵⁹⁰ Vgl. ProvenienzWiki: *Über ProvenienzWiki*. URL: http://provenienz.gbv.de/ProvenienzWiki:Über_ProvenienzWiki – Download vom 27.11.2012.

In Münster verzeichnet man seit Oktober 2012 auf lokaler Ebene und kann sich eine Zusammenarbeit mit anderen Bibliotheken (z.B. der USB Köln) vorstellen. Damit ist der Versuch einer besseren Dokumentation unternommen. Es bleibt zu hoffen, dass die Zukunft eine positive Entwicklung für alle Verbünde bringt.

Dies sollte oberste Priorität haben, lehrt uns doch die Vergangenheit, dass die Dokumentation einen großen Stellenwert besitzt. Die Arbeit des OAD (s. Kapitel 3.1.1) wäre sicher nicht so erfolgreich verlaufen, hätte der zweite Leiter, Isaac Bencowitz, nicht die einfache wie geniale Idee gehabt, über sämtliche Provenienzmerkmale Listen und Verzeichnisse anlegen zu lassen. So wurden beispielsweise Exlibris abfotografiert und mit Nummern versehen, sodass sich der Restitutionsprozess beschleunigen ließ. Heute würde nicht nur die Raubgut-, sondern die gesamte Provenienzforschung von der Verzeichnung profitieren. Wie Weber bereits schrieb, sind

„[d]ie Herkunfts- und Benutzungsprofile einzelner Bücher [...] ein wichtiges Hilfsmittel für Fragestellungen der historischen und literaturwissenschaftlichen Forschung sowie der Textedition; sie dienen als Selektionskriterien für Ausstellungen und Buchpräsentationen und sind bei der Abwägung bestandserhaltender Maßnahmen unabdingbar.“⁵⁹¹

Doch die Kommunikation darf sich nicht nur auf die Bibliotheken beschränken, meint der Verfasser. Die Zusammenarbeit mit anderen Kultureinrichtungen wie Archiven und Museen würde einen enormen Synergieeffekt hervorbringen. In Bezug auf die NS-Provenienzforschung wäre auch eine Sensibilisierung des Handels (hier vor allem der Antiquariate) wünschenswert.

Was kann von bibliothekarischer Seite aus noch geschehen, um auf das Thema NS-Raubgut aufmerksam zu machen?

Schulungen, Vorträge und Aufsätze wären nützliche Maßnahmen; nicht nur für Teilnehmer auf Fachtagungen, ebenso für die Mitarbeiter in der eigenen Bibliothek. Hier gilt: Je mehr Leute involviert sind, desto effektiver wird die Suche nach NS-Raubgut verlaufen. Und es beschränkt sich nicht nur auf die Suche. Die Neuerwerbung und Weiterverteilung im Rahmen von Tauschgeschäften kann verhindert werden. Geschenke von Bibliothekskunden können sofort bei der Annahme einer Vorkontrolle unterzogen und der Spender bei Unsicherheiten wegen möglicher Provenienzmerkmale gefragt werden. So wird kein Raubgut mehr unabsichtlich in die Bibliothek gelangen.

⁵⁹¹ Weber, Jürgen: Arbeitsgemeinschaft Alte Drucke (AAD) beim Gemeinsamen Bibliotheksverbund, <http://aad.gbv.de/>. Empfehlungen zur Provenienzverzeichnung. Version: 25. Januar 2003. URL: http://aad.gbv.de/empfehlung/aad_provenienz.pdf – Download vom 27.11.2012.

Desweiteren wäre die Einbettung in die bibliothekarische Ausbildung äußerst sinnvoll. Im Studium könnte die NS-Provenienzforschung bzw. die Provenienzforschung allgemein in Lehrveranstaltungen wie „Bibliotheksgeschichte“ integriert werden.

Der Öffentlichkeit könnte man u.a. durch Ausstellungen das Thema näher bringen. Die Erstellung von Berichten und die Nutzung der medialen Präsenz bei erfolgreichen Restitutionsen hätten informierenden Charakter.

Ein guter Anfang ist gemacht. Nun kommt es darauf an, welche Bereitschaft die Bibliotheken in Zukunft zeigen und ob die Politik bereit ist, die Aufarbeitung der Vergangenheit weiterhin zu unterstützen.

7. Abschluss

Die Arbeit hat gezeigt, dass unter dem Nationalsozialismus Millionen von Büchern aus dem In- und Ausland von Rauborganisationen konfisziert und kumuliert wurden. Sie dienten u.a. als Verkaufsware um Geld in die Staatskasse zu treiben, als Konsumartikel, um die Bedürfnisse der Leute zu befriedigen, oder als Material um „Gegnerforschung“ zu betreiben. Hohe Parteifunktionäre wie Rosenberg und Himmler stritten sich um die Aufgabenverteilung, sie konfiszieren und nutzen zu dürfen.

Nach dem Krieg begannen die Westalliierten mit der Restitution, die heute noch immer nicht abgeschlossen ist. Mehr als 60 Jahre nach Kriegsende befinden sich in den Bibliotheksbeständen hunderte oder gar tausende Bücher, die vormals der Expropriation zum Opfer fielen. Erwerbungen ab 1933, egal welcher Zugangsart, sind bisher nicht in jeder Bibliothek überprüft worden, obwohl Deutschland seine Bereitschaft zur Auffindung und zur Rückgabe an die rechtmäßigen Eigentümer bzw. den Erben zugesagt hat und eine moralische Verpflichtung existiert.

Der Verfasser hofft mit seiner Arbeit einen bescheidenen Beitrag zur Weiterverbreitung und Verbesserung der NS-Provenienzforschung leisten zu können. Auf die Darstellung der Dimension des NS-Bücherraubes, der Entwicklung des Restitutionsprozesses und der Umsetzung in zwei Beispielbibliotheken legte er ebenso großen Wert, wie auf die Vorstellung der geschichtlichen Hintergründe. Denn nur wenn das Thema in den historischen Kontext gestellt wird, lässt sich verstehen, welches Ausmaß der Bücherraub annahm, inwiefern die Bibliotheken davon profitierten und welchen großen Stellenwert die Restitutionsarbeit in der heutigen Zeit einnimmt. Das hinter den Entscheidungen, ob nun bei der Konfiskation oder der Übernahme von Bibliotheken jüdischer Verfolgter, verschiedene Personen standen, machte es zwingend notwendig, diese genauer vorzu-

stellen. Dies trifft ebenso auf die Schicksale der NS-Opfer und ihre Verluste zu. In Bezug auf die Geschichte der ULB Münster hofft der Verfasser eine nützliche Arbeitshilfe für die weitere Forschung liefern zu können.

Die Beispielbibliotheken haben gezeigt, dass in jeder Bibliothek die Ausgangssituation für die Suche nach NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut eine andere ist. Die Schwierigkeiten, die mit dem Auffinden zusammenhängen, bergen jedoch auch vielfältige Chancen für Bibliotheken.

Wenn der Verfasser den Leser von der Thematik in Kenntnis setzen und den Bibliotheken nützliche Arbeitshinweise liefern konnte, hat er zu der Erreichung eines Gesamtziels beitragen können. Dieses lautet: Die Bibliotheksbestände von Raubgut befreien, es nach Möglichkeit zu restituieren und umfangreich zu dokumentieren.

Für die Zukunft wäre es wünschenswert, wenn NS-Provenienzprojekte auch in den Bibliotheken bearbeitet würden, die eine Durchsicht ihres Bestandes bisher noch nicht wahrgenommen haben. Dies betrifft neben wissenschaftlichen, vor allem auch öffentliche Bibliotheken. Obwohl auf diese kaum eingegangen worden ist, wird sich auch in ihren Beständen NS-Raubgut finden lassen.

Ein zurückgegebenes Buch repräsentiert für den rechtmäßigen Eigentümer bzw. Erben viel mehr als nur schriftlich fixierte Worte; es ist ein Zeitzeuge mit großem ideellen Wert und häufig das einzige Überbleibsel aus einer schrecklichen Zeit. Bibliotheken müssen sich ihrer Verantwortung bewusst sein und dafür Sorge tragen, dass die Zeit des „Dritten Reichs“ als Mahnmal stets in den Köpfen der Menschen präsent bleibt.

8. Literaturverzeichnis

100(0) Schlüsseldokumente zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. *Haager Landkriegsordnung 1907*. URL: http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0201_haa&object=pdf&st=HAAGER%20LANDKRIEGSORDNUNG&l=de – Download vom 6.8.2012

Adunka, Evelyn: *Der Raub der Bücher. Plünderung in der NS-Zeit und ihre Restitution nach 1945*. Wien: Czernin, 2002 (Die Bibliothek des Raubes; 9)

Albrink, Veronica; Babendreier, Jürgen; Reifernberg, Bernd (Hrsg.): *Leitfaden für die Ermittlung von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut in deutschen Bibliotheken*. URL: http://staatsbibliothek-berlin.de/fileadmin/user_upload/zentrale_Seiten/-historische_drucke/pdf/leitfaden.pdf – Download vom 26.9.2012

Albrink, Veronica: *Restitution nach 1945. Ein Schrecken ohne Ende?* URL: <http://www.topo-graphie.de/aggb/treffen/bisherige-treffen/2004-maerz/vortrag-albrink/> – Download vom 6.8.2012

Allrussische Staatliche Bibliothek für Ausländische Literatur, Archiv (strukturnaja čast direktija, god 1944 i 1945, delo 7/398, op. 24, papka 31)

Aly, Götz: *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*. 2. Aufl. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl., 2011 (Fischer-Taschenbuch: Die Zeit des Nationalsozialismus; 15863)

Arbeitsstelle für Provenienzforschung Berlin (Website): *Beirat*. URL: <http://www.arbeitsstelle-provenienzforschung.de/index.php/ueber-uns/beirat> – Download vom 3.10.2012

Arbeitsstelle für Provenienzforschung Berlin (Website): Kulturstaaatsminister Bernd Neumann (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Pressemitteilung: 445): *Mittel für die Provenienzforschung werden verdoppelt – kleinere Einrichtungen sollen gestärkt werden*. URL: <http://www.arbeitsstelle-provenienzforschung.de/index.php/pressemitteilungen/pressemitteilungen-afp-bkm/83-mittel-werden-verdoppelt> – Download vom 3.10.2012

Arbeitsstelle für Provenienzforschung Berlin (Website): *Projekte: Stand November 2011*. URL: <http://www.arbeitsstelle-provenienzforschung.de/index.php/projekte> – Download vom 3.10.2012

Arbeitsstelle für Provenienzforschung Berlin (Website): *Vergaberichtlinien und Bewilligungsgrundsätze (Auszug)*. URL: <http://www.arbeitsstelle-provenienzforschung.de/index.php/formulare-und-antraege/vergaberichtlinien> – Download vom 3.10.2012

Armbruster, Thomas: *Rückerstattung der Nazi-Beute. Die Suche, Bergung und Restitution von Kulturgütern durch die westlichen Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg*. Berlin: de Gruyter Recht, 2008 (Schriften zum Kulturgüterschutz) (zugleich Dissertation Universität Zürich 2007)

Auerbach, Hellmuth: Hitlers politische Lehrjahre und die Münchner Gesellschaft 1919–1923. Versuch einer Bilanz anhand der neueren Forschung. In: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 25 (1977) 1, S. 1–45

Auerbach, Hellmuth: Regionale Wurzeln und Differenzen der NSDAP 1919–1923. In: Möller, Horst; Wirsching, Andreas; Ziegler, Walter (Hrsg.): *Nationalsozialismus in der Region : Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich*. München: Oldenbourg, 1996 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte Sondernummer), S. 65–86

Barbian, Jan-Pieter: *Literaturpolitik im „Dritten Reich“ : Institutionen, Kompetenzen, Betätigungsfelder*. überarb. und aktualisierte Aufl. München: Dt. Taschenbuch-Verl., 1995 (zugleich Dissertation Universität Trier 1991)

BArch NS 8 (Kanzlei Rosenberg)/259, fol. 1 – , pag. 3. Schreiben Keitels vom 5.7.1940. URL: http://startext.net-build.de:8080/barch/Midosasearch/NS8/mets-/NS8_259/index.htm?target=midosaFraContent&backlink=http://startext.net-build.de:8080/barch/Midosasearch/NS8/-index.htm-kid-85dd35f6-606b-4265-a138-f37cce-829c9f&sign=NS%208/259#3 – Download vom 26.7.2012

BArch NS 8 (Kanzlei Rosenberg)/259, fol. 1 – , pag. 25 ff. Erlass Göring vom 5.11.1940. URL: http://startext.net-build.de:8080/barch/Midosasearch/NS8/mets-/NS8_259/index.htm?target=midosaFraContent&backlink=http://startext.net-build.de:8080/barch/Midosasearch/NS8/-index.htm-kid-85dd35f6-606b-4265-a138-f37cce-829c9f&sign=NS%208/259#25 – Download vom 26.7.2012

BArch NS 8 (Kanzlei Rosenberg)/176, fol 1 – , pag. 84. Verfügung VG/40 Hitlers vom 29.1.1940. URL: http://startext.net-build.de:8080/barch/Midosasearch/NS8/mets-/NS8_176/index.htm?target=midosaFraContent&backlink=http://startext.net-build.de:8080/barch/Midosasearch/NS8/index.htm-kid-2bb74f4d-ce36-4ef4-a865-9e45e-91ffb08&sign=NS%208/176#86 – Download vom 23.8.2012

Baresel-Brand, Andrea: Verantwortung wahrgenommen. Die Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste. In: Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern: *Kulturgutverluste, Provenienzforschung, Restitution : Sammlungsgut mit belasteter Herkunft in Museen, Bibliotheken und Archiven*. München, Berlin: Dt. Kunstverlag, 2007 (MuseumsBausteine; 10), S. 59–66

Bartels, Nicole u.a. (Hrsg.): *Bücher unter Verdacht. NS-Raub- und Beutegut an der SUB Göttingen ; Katalog der Ausstellung vom 13. Mai–10. Juli 2011*. URL: <http://www.oopen.org/-download?type=document&docid=403508> – Download vom 26.10.2012

Baur, Johannes: *Die russische Kolonie in München 1900–1945 : deutsch-russische Beziehungen im 20. Jahrhundert*. Wiesbaden: Harrassowitz, 1998 (Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes München: Reihe: Geschichte; 65) (zugleich Dissertation Universität Konstanz 1996)

Benz, Wolfgang: *Ereignisse, Dekrete, Kontroversen*. Berlin [u.a.]: de Gruyter Saur, 2011 (Handbuch des Antisemitismus: Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart; 4)

BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG: *Verbrannte Bücher. Online-Veröffentlichung der Liste der von den Nationalsozialisten verbotenen Schriften*. URL: http://www.berlin.de/rubrik/-hauptstadt/verbannte_buecher/index.php – Download vom 14.11.2012

Bollmus, Reinhard: *Das Amt Rosenberg und seine Gegner: Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem*. 2. Aufl. München: Oldenbourg, 2006 (Studien zur Zeitgeschichte; 1) (zugleich Dissertation Universität Heidelberg 1968)

Briel, Cornelia: *Die Bücher der Warenhausunternehmer Georg und Martin Tietz und die Leipziger Stadtbibliothek. Zur Verstrickung von kulturellen Einrichtungen in die NS-staatliche Verwertung jüdischen Eigentums*. In: Gibas, Monika (Hrsg.): "Arisierung" in Leipzig. Annäherung an ein lange verdrängtes Kapitel der Stadtgeschichte der Jahre 1933 bis 1945. Leipzig: Leipziger Univ.-Verl., 2007 (Schriftenreihe Geschichte – Kommunikation – Gesellschaft; 4), S. 162–195

Briel, Cornelia: *Die Preußische Staatsbibliothek und die Reichstauschstelle als Verteilerinstitution beschlagnahmter Literatur. Strukturen. Hypothesen. Beispiele*. In: Dehnel, Regine (Hrsg.): *NS-Raubgut in Bibliotheken. Suche, Ergebnisse, Perspektiven*. Drittes Hannoversches Symposium. Frankfurt, M.: Klostermann, 2008 (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie/ Sonderbände; 94), S. 29–43

Briel, Cornelia: *Zum Verhältnis von Reichstauschstelle und Preußischer Staatsbibliothek in den Jahren 1934 bis 1945*. In: Bödeker, Hans Erich; Bötte, Gerd-Josef (Hrsg.): *NS-Raubgut, Reichstauschstelle und Preußische Staatsbibliothek*. Vorträge des Berliner Symposiums am 3. und 4. Mai 2007. München: Saur, 2008; S. 45–84

Bundesanzeiger-Verlag: BEG-Schlussgesetz vom 14. 9.1965, BGBl. I, 1965, S. 1315–1340. URL: http://www.bgbl.de/Xaver/text.xav?bk=Bundesanzeiger_BGBl&start=%2F%2F*%5B%-40attr_id%3D'bgbl166s0187.pdf'%5D&wc=1&skin=WC (zu finden unter Nr. 52 vom 18.9.1965) – Download vom 8.9.2012

Bundesanzeiger-Verlag: BEG vom 18.9.1953, BGBl. I, 1953, S. 1387–1408. URL: http://www.bgbl.de/Xaver/text.xav?bk=Bundesanzeiger_BGBl&start=%2F%2F*%5B%-40attr_id%3D'bgbl153i1387.pdf'%5D&wc=1&skin=WC – Download vom 7.9.2012

Bundesanzeiger-Verlag: BEG vom 29.6. 1956, BGBl. I, 1956, S. 559–598. URL: http://www.-bgbl.de/Xaver/text.xav?bk=Bundesanzeiger_BGBl&start=%2F%2F*%5B%-40attr_id%3D'bgbl156s0864.pdf'%5D&wc=1&skin=WC (zu finden unter Nr. 31 vom 29.6.1956) – Download vom 7.9.2012

Bundesanzeiger-Verlag: BRüG vom 19.7.1957, BGBl. I, 1957, S. 734–742. URL: http://www.-bgbl.de/Xaver/text.xav?bk=Bundesanzeiger_BGBl&start=%2F%2F*%5B%40attr_id%3D'bgbl157s0734.pdf'%5D&wc=1&skin=WC – Download vom 7.9.2012

Bundesanzeiger-Verlag: NS-VEntschG vom 27.9.1994, BGBl. I, S. 2632. URL: http://www.-bgbl.de/Xaver/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl (zu finden unter Nr. 65 vom 30.9.1994) – Download vom 24.9.2012

Bundesministerium der Justiz: NS-VEntschG vom 22.9.2005, BGBl. I, S. 2809. URL: <http://www.gesetze-im-internet.de/ns-ventschg/BJNR263200994.html> – Download vom 14.9.2012

Bundeszentrale für politische Bildung (Website): *Wiedergutmachung*. URL: <http://www.bpb.-de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/40410/-wiedergutmachung?p=all> – Download vom 7.10.2012

Centralnyi Gosudarstvennyi Archiv Oktjab'rskoj Revoljucii (CGAOR) (Zentrales Staatliches Archiv der Oktoberrevolution): F. No. 5325, Op. No.10, Ed. Chr. 2148, L.L. 1–4, 5, 5a

Claims Conference (Website): *Diskriminierung, Arisierung und Vernichtung der Juden in Deutschland*. URL: <http://www.claims-conference.de/index.php?id=43> – Download vom 9.8.2012

Claims Conference (Website): *Nachfolgeorganisation. Ergebnisse und Verwendung der Mittel* (aktualisiert im Juli 2011). URL: <http://www.claims-conference.de/nachfolgeorganisationen/current-assets/> – Download vom 12.9.2012

Claims Conference (Website): *Nachfolgeorganisation. Überblick*. URL: <http://www.claims-conference.de/nachfolgeorganisationen/uebersicht/> – Download vom 12.9.2012

Claims Conference (Website): *Projektförderung*. URL: <http://www.claims-conference.de/-projektfoerderung/> – Download vom 7.10.2012

Claims Conference (Website): *Über uns. Geschichte*. URL: <http://www.claims-conference.de/-ueber-uns/geschichte/> – Download vom 12.9.2012

Cullen, Michael: *Haus der sieben Tafeln*. In: *Der Tagesspiegel*, 1998. URL: <http://www.-tagesspiegel.de/kultur/haus-der-sieben-tafeln/53072.html> – Download vom 16.11.2012

Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien: *Handreichung zur Umsetzung der „Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zur Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz“ vom Dezember 1999*. URL: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_-Anlagen/BKM/2009-03-26-handreichung-barrierefrei.pdf?__blob=publicationFile&v=2 – Download vom 25.9.2012

Der Spiegel (13.12.1993): *Sollen sie Krieg führen*. URL: <http://www.spiegel.de/spiegel-/print/d-13693287.html> – Download vom 20.9.2012

Die Deutsche Studentenschaft: *Aufruf zur Planung und Durchführung öffentlicher Bücherverbrennung am 2. April 1933*. URL: http://www.verbrannte-buecher.de/t3/-fileadmin/user_-upload/dokumente/schreiben_der_dst.pdf – Download vom 20.6.2012

Dilger, Janet: Bibliothekarische und archivische Nachlasserschließung. Der historische „Kompetenzstreitfall“. In: *Archiv und Wirtschaft* 44 (2011) 2, S. 67–74

Diner, Dan: Restitution. Über die Suche des Eigentums nach seinem Eigentümer. In: Bertz, Inka (Hrsg.): *Raub und Restitution : Kulturgut aus jüdischem Besitz von 1933 bis heute*. Göttingen: Wallstein, 2008, S. 16–29

- Domarus, Max: Hitler. Reden und Proklamationen 1932 bis 1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen. 4 Bde. Wiesbaden: Löwit, 1973, 1. Bd. 1973, S. 340
- Drews, Joachim; Rabijs, Ragnhild: Jüdischer Buchbesitz als Beutegut. NS-Kulturräub in deutschen Bibliotheken. Symposium im Niedersächsischen Landtag in Hannover am 14.11.2002. In: *Bibliotheksdienst* 37 (2003) 1, S. 70–76
- Enderle, Wilfried (SUB Göttingen): E-Mail-Auskunft zu der Korrespondenz Kindervater an Leyh, 22. Oktober 2012
- Endler, Renate; Schwarze-Neuß, Elisabeth: Die Freimaurerbestände im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz. Bd. 2 Tochterlogen. Frankfurt am Main [u.a.]: Lang, 1996 (Schriftenreihe der Internationalen Forschungsstelle "Demokratische Bewegungen in Mitteleuropa 1770–1850"; 18)
- Entnazifizierungsakte Hermann Corsten, in: Landesarchiv Düsseldorf/ Abt. Rheinland / NW 1049/23.634
- Ferdinand, Ursula; Kirchner, Johannes: *Geheimrat Prof. Dr. med. Paul Krause (1871–1934) – Pionier der Röntgendiagnostik und frühes Opfer der (sic) nationalsozialistischen Regimes*. URL: <http://www.rwrg.de/fileadmin/pdf/RWRG-Paul%20Krause.pdf> – Download vom 22.10.2012
- Fischer, Ernst: Die Exilverlage und das "Dritte Reich". In: Kellner, Stephan (Hrsg.): Der "Giftschrank". Erotik, Sexualwissenschaft, Politik und Literatur - "Remota": die weggesperrten Bücher der Bayerischen Staatsbibliothek. Eine Ausstellung der Bayerischen Staatsbibliothek München. München: Bayerische Staatsbibliothek, 2002, S. 69–82
- Franz, Michael: Bibliotheken, www.lostart.de und die Arbeit der Koordinierungsstelle Magdeburg. In: *ZfBB* 58 (2011) 2, S. 85–89
- Franz, Michael: E-Mail-Auskunft zu der Arbeit der Koordinierungsstelle, 1.10.2012
- Franz, Michael: Telefonisches Interview zu der Arbeit der Koordinierungsstelle, 1.10.2012
- Gedenkstätte Deutscher Widerstand: *Biografie Cuno Raabe*. URL: <http://www.gdw-berlin.de/nc/de/vertiefung/biographien/biografie/view-bio/raabe/> – Download vom 6.11.2012
- Gedenkstätte Deutscher Widerstand: *Biografie Friedrich Muckermann*. URL: <http://www.gdw-berlin.de/nc/de/vertiefung/biographien/biografie/view-bio/muckermann-/druckversion.html> – Download vom 20.11.2012
- Gedenkstätte Deutscher Widerstand: *Biografie Fritz Goerdeler*. URL: <http://www.gdw-berlin.de/nc/de/vertiefung/biographien/biografie/view-bio/goerdeler-1/> – Download vom 6.11.2012
- Gering, Eberhardt: *Die Gründer der Deutschen Gesellschaft für Dokumentation im NS-Staat. Biographische Skizzen. Geheimrat Prof. Dr. Hugo Krüß (1879–1945)*. URL: <http://homepages.uni-tuebingen.de/gerd.simon/GeringKruess.pdf> – Download vom 28.10.2012

Gimmel, Jürgen: Die politische Organisation kultureller Ressentiments: der "Kampfbund für deutsche Kultur" und das bildungsbürgerliche Unbehagen an der Moderne. Münster, Berlin: Lit 2001 (Schriftenreihe der Stipendiatinnen und die Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Christoph; 10) (zugleich Dissertation Universität Siegen 1999)

Goerdten, Ulrich: *Ausstellung im Foyer der Universitätsbibliothek der Freien Universität Berlin 26.02.–15.04.2008: Gotthilf Weisstein und sein verschollenes Werk. Berlin 2008.* URL: http://www.ub.fu-berlin.de/service_neu/ausstellung/archiv/weisstein.pdf – Download vom 16.2.12

Goschler, Constatin: *Die öffentliche Auseinandersetzung um die Rückerstattung jüdischen Eigentums nach 1945 und 1990.* URL: <http://www.initiativefortbildung.de/pdf/-provenienz2004-/goschler.pdf> – Download vom 27.8.2012

Haase, Günther: Kunstraub und Kunstschutz. Bd 1. Eine Dokumentation. 2., erw. Aufl. Norderstedt: Books on Demand, 2008

Happel, Hans-Gerd: Das wissenschaftliche Bibliothekswesen im Nationalsozialismus: unter besonderer Berücksichtigung der Universitätsbibliotheken. München [u.a.]: Saur, 1989 (Beiträge zur Bibliothekstheorie und Bibliotheksgeschichte; Bd. 1) (zugleich Dissertation Universität Köln)

Happel, Hans-Gerd: Die Universitäts- und Stadtbibliothek Köln im Dritten Reich. In: Toussaint, Ingo (Hrsg.): Die Universitätsbibliotheken Heidelberg, Jena und Köln unter dem Nationalsozialismus. München [u.a.]: Saur, 1989 (Beiträge zur Bibliothekstheorie und Bibliotheksgeschichte; 2), S. 289–328

Happel, Hartmut: Die Allgäuer Ordensburg in Sonthofen. 5. Aufl. Immenstadt: Eberl, 2005

Hart, Franz Theodor: Alfred Rosenberg. Der Mann und sein Werk. 2. Aufl. München: Lehmann, 1935

Hartmann, Uwe: Das Internetportal www.lostart.de – Ziele und Möglichkeiten. In: Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern: Kulturgutverluste, Provenienzforschung, Restitution. Sammlungsgut mit belasteter Herkunft in Museen, Bibliotheken und Archiven. München, Berlin: Dt. Kunstverlag, 2007 (MuseumsBausteine; 10), S. 67–77

Hartmann, Uwe: E-Mail-Auskunft zu der Arbeit der AfP Berlin, 17.10.2012

Hartmann, Uwe: Verbesserte Rahmenbedingungen für die Suche nach NS-Raubgut in deutschen öffentlichen Sammlungen. In: *Bibliothek: Forschung und Praxis* 34 (2010) 1, S. 47–50

Hartung, Hannes: Kunstraub in Krieg und Verfolgung. Die Restitution der Beute- und Raubkunst im Kollisions- und Völkerrecht. Berlin: De Gruyter, 2005 (Schriften zum Kulturgüterschutz) (zugleich Dissertation Universität Zürich 2004)

Hartung, Ulrike: Raubzüge in der Sowjetunion. Das Sonderkommando Künsberg 1941–1943. Bremen: Ed. Temmen, 1997

- Hauschke-Wicklaus, Gabriele; Amborn-Morgenstern, Angelika; Jacobs, Erika (Hrsg.): Fast vergessen. Das amerikanische Bücherdepot in Offenbach am Main von 1945 bis 1949. Offenbach am Main: OE, Offenbacher Ed., 2011
- Heinen, Franz Albert: NS-Ordensburgen. Vogelsang, Sonthofen, Krössinsee. Berlin: Links, 2011
- Hentzschel, Jan-Philipp: Bericht zur Praxisphase. Köln: Fachhochschule, Fakultät für Informations- und Kommunikationswissenschaften 2011
- Herbermann, Nanda: Der gesegnete Abgrund. Schutzhäftling Nr. 6582 im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Nürnberg [u.a.]: Glock & Lutz, 1946
- Hermann Corsten an das Kuratorium der Universität Köln vom 11. September 1935, in: UAK, Zug. 9/539
- Hermann Corsten Anlage zum Fragebogen vom 26. August 1945. Entnazifizierungsakte Hermann Corsten, in: Landesarchiv Düsseldorf / Abt. Rheinland / NW 1049/23.634
- Heuß, Anja: Die "Beuteorganisation" des Auswärtigen Amtes. Das Sonderkommando Künsberg und der Kulturgutraub in der Sowjetunion. In: *VfZ* 45 (1997) 4, S. 535–556
- Hirche, Kurt: Meine Sammlung. In: Revolutionäre des Geistes : illustrierte Zeitschriften, Flugblätter und Publikationen des deutschen Expressionismus aus der "Sammlung Professor Dr. Kurt Hirche, Bonn" ; Katalog zur gleichnamigen Ausstellung der Galerie der Friedrich-Ebert-Stiftung/[Konzeption und Realisierung: Dagmar Clasen]. - Bonn , [1994], S. 6–14. Electronic ed.: Bonn: FES Library, 2000. URL: <http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/00731.htm> – Download vom 16.11.2012
- Hockerts, Hans Günter; Kuller, Christiane: Von der wirtschaftlichen Verdrängung zur Existenzvernichtung : Dimensionen der „Arisierung“. In: Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern (Hrsg.): Kulturgutverluste, Provenienzforschung, Restitution : Sammlungsgut mit belasteter Herkunft in Museen, Bibliotheken und Archiven. München, Berlin: Dt. Kunstverlag, 2007 (MuseumsBausteine; 10), S. 21–37
- Hockerts, Hans Günter: Wiedergutmachung in Germany : balancing historical accounts 1945–2000. In: Diner, Dan (Hrsg.): Restitution and memory: material restoration in Europe. New York [u.a.]: Berghahn Books 2007, S. 323–382
- Hoffrath, Christiane: Bücherspuren. Das Schicksal von Elise und Helene Richter und ihrer Bibliothek im „Dritten Reich“. Köln, Weimar, Wien: Böhlau, 2009
- Hoffrath, Christiane: Die Bibliothek von Elise und Helene Richter in der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln. In: *Bibliothek Forschung und Praxis* 34 (2010) 1, S. 77–80
- Hoffrath, Christiane: Hermann Corsten in Köln. In: Knoche, Michael; Schmitz, Wolfgang (Hrsg.): Wissenschaftliche Bibliothekare im Nationalsozialismus. Handlungsspielräume, Kontinuitäten, Deutungsmuster. Wiesbaden: Harrassowitz, 2011 (Wolfenbütteler Schriften zur Geschichte des Buchwesens; 46), S. 225–242
- Hoffrath, Christiane: Interview über die Restitutionsarbeit der USB Köln, 14.11.2012

- Hoffrath, Christiane: *Von der ersten Spur zur Onlineverzeichnung – Möglichkeiten und Probleme in der Praxis*. URL: http://www.initiativefortbildung.de/pdf/NS_Raubgut-2010/Hoffrath.pdf – Download vom 8.12.2012
- Hoffrath, Christiane: Zerschlagen und verschollen : der Sturm auf die Gewerkschaftsbibliotheken am 2. Mai 1933. In: *ProLibris* 14 (2009) 3, S. 129–133
- Höhne, Heinz (Der Spiegel): *Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS*. URL: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46415156.html> – Download vom 4.8.2012
- Hoogewoud, Frits; Arndt, Sabine (Hrsg.): Auf Transport! Deutsche Stationen "sicherge-stellter" jüdischer und freimaurerischer Bibliotheken aus Frankreich und den Niederlan-den (1940–1949). Hameln: Niemeyer, 2005 (Lesesaal; H. 18)
- Institut für Zeitgeschichte: MA 243, S. 4913286; Schreiben Rosenbergs an Bormann vom 14.8.1944
- Jahresbericht der Universitäts-Bibliothek zu Münster i. W. 1932–33 Sonderabdruck aus der Chronik der Universität. Münster: C. J. Fahle GmbH, 1934
- Jahresbericht der Universitäts-Bibliothek zu Münster i. W. 1933–34 Sonderabdruck aus der Chronik der Universität. Münster: C. J. Fahle GmbH, 1935
- Jahresbericht der Universitäts-Bibliothek zu Münster i. W. 1934–35 Sonderabdruck aus der Chronik der Universität. Münster: C. J. Fahle GmbH, 1935
- Jahresbericht der Universitäts-Bibliothek zu Münster i. W. 1935–36 Sonderabdruck aus der Chronik der Universität. Münster: C. J. Fahle GmbH, 1936
- Jansen, Heinrich: Krause-Bibliothek u. Löns-Briefe. In: *Zentralblatt für Bibliothekswesen* 51 (1934), S. 540
- Jüdisches Museum Berlin (Website): *Ordenssammlung von Max Haller*. URL: <http://www.-jmberlin.de/main/DE/03-Sammlung-und-Forschung/00-LPdetails/haller-orden-content.php?slide=2> – Download vom 7.10.2012
- Kalliope Verbundkatalog, Nachlässe und Autographen (Website): Startseite. URL: <http://kalliope.staatsbibliothek-berlin.de/> – Download vom 7.10.2012
- Kandolf, Ulrich: *Drittes Hannoversches Symposium "NS-Raubgut in Bibliotheken. Suche. Ergebnisse. Perspektiven"*. URL: http://www.lostart.de/Webs/DE/Service/Forum-/Eintrag.html?-param=POST_ID%3D23730 – Download vom 26.9.2012
- Kater, Michael H.: Das „Ahnenerbe“ der SS 1935–1945. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches. 4. Aufl. München: Oldenbourg, 2006 (Studien zur Zeitgeschichte; 6)
- Kindervater, Joseph: Die Universitätsbibliothek Münster 1933–1941. In: *Zentralblatt für Bibliothekswesen* 59 (1942) 7/8, S. 297–320
- Kindervater, Joseph: Jahresbericht der Universitäts-Bibliothek zu Münster i. W. 1. April 1936–31. März 1937 (Schreibmaschinenschrift unveröffentlicht)
- Kindervater, Joseph: Jahresbericht der Universitäts-Bibliothek zu Münster i. W. 1. April 1937–31. April 1938 (Schreibmaschinenschrift unveröffentlicht)

- Kogelfranz, Sigfried; Saltzweil, Johannes: Des Führers Goethe-Schatz. In: *Der Spiegel* (2000) 1, S. 169–171
- Köhler, Fritz: Zur Vertreibung humanistischer Gelehrter 1933/34. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 11 (1966) S. 696–707
- Kolasa, Ingo: Sag mir wo die Bücher sind ... : ein Beitrag zu „Beutekulturwerten“ und „Trophäenkommissionen“. In: *ZfBB* 42 (1995) 4, S. 339–364
- Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste in Magdeburg (Website): *Beratende Kommission*. URL: http://www.lostart.de/sid_AC5C43932004400571DEA6FBED6E2C77-/Webs/DE/-Kommission/Index.html – Download vom 1.10.2012
- Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste in Magdeburg (Website): *Service, Dokumentation und Transparenz*. URL: <http://www.lostart.de/Webs/DE/Koordinierungsstelle/-Index.html> – Download vom 1.10.2012
- Krause, Friedhilde: Bibliotheken in Berlin. In: Fabian, Bernhard (Hrsg.): *Handbuch der Historischen Buchbestände*. URL: http://fabian.sub.uni-goettingen.de/?Bibliotheken_-In_Berlin – Download vom 25.6.2012
- Krämer, Jörg: *10. Mai 1933 – Bücherverbrennung*. URL: <http://www.bundestag.de/-dokumente/analysen/2008/Buecherverbrennung.pdf> – Download vom 21.6.2012
- Lauterbach, Iris: Der Central Art Collecting Point in München 1945–1949. Kunstschutz, Restitution und Wissenschaft. In: Bertz, Inka (Hrsg.): *Raub und Restitution : Kulturgut aus jüdischem Besitz von 1933 bis heute*. Göttingen: Wallstein, 2008, S. 195–201
- Lebendiges virtuelles Museum Online (LeMO) (Website): *Die „Arisierung“ im NS-Regime*. URL: <http://www.dhm.de/lemo/html/nazi/innenpolitik/arisierung/index.html> – Download vom 9.8.2012
- Lehmann, Klaus-Dieter: *Bücher als Kriegsgeiseln*. URL: http://bibliotheksdienst.zlb.-de/1996/-1996_08u09_Politik01.pdf – Download vom 20.9.2012
- Lehmann, Klaus-Dieter; Kolasa, Ingo (Hrsg.): *Die Trophäenkommissionen der Roten Armee. Eine Dokumentensammlung zur Verschleppung von Büchern aus deutschen Bibliotheken*. Frankfurt am Main: Klostermann, 1996 (*Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie/ Sonderheft*; 64.1996)
- Leyh, Georg: *Die deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken nach dem Krieg*. Tübingen: Mohr, 1947
- Lillteicher, Jürgen: *Raub, Recht und Restitution : die Rückerstattung jüdischen Eigentums in der frühen Bundesrepublik*. 2. Aufl. Göttingen: Wallstein-Verl., 2007 (*Moderne Zeit*; Bd. 15) (zugleich Dissertation Universität Freiburg (Breisgau) 2002)
- Lost Art (Website): *Grundsätze der Washingtoner Konferenz in Bezug auf Kunstwerke, die von den Nationalsozialisten beschlagnahmt wurden (Washingtoner Principles)*. URL: <http://www.lostart.de/Webs/DE/Koordinierungsstelle/WashingtonerPrinzipien.-html> – Download vom 22.9.2012
- Ludwig, Robert: *Bücher an die Front. Die Büchersammlung für die Frontsoldaten*. 1. Aufl. [s.l.]: GRIN, 2006 (zugleich Studienarbeit Universität Mainz 2004)

Maurus, Wolfgang: Grundlagen, Stand und Perspektiven deutscher Rückführungsverhandlungen zu kriegsbedingt verlagerten Kulturgütern mit Russland. In: Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern. Kulturgutverluste, Provenienzforschung, Restitution : Sammlungsgut mit belasteter Herkunft in Museen, Bibliotheken und Archiven. München, Berlin: Dt. Kunstverlag, 2007 (MuseumsBausteine; 10), S. 53–55

Meinl, Susanne, Zwilling, Jutta: Legalisierter Raub. Die Ausplünderung der Juden im Nationalsozialismus durch die Reichsfinanzverwaltung in Hessen. Frankfurt am Main, New York: Campus-Verl., 2005 (Wissenschaftliche Reihe des Fritz-Bauer-Instituts; 10)

Mężyński, Andrzej: Die Judaistische Bibliothek der Großen Synagoge in Warschau und das Schicksal der Bücher aus dem Warschauer Ghetto. In: Dehnel, Regine (Hrsg.): Jüdischer Buchbesitz als Raubgut: Zweites Hannoversches Symposium. Frankfurt am Main: Klostermann, 2006 (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie/ Sonderhefte; 88)

Moll, Martin (Hrsg.): "Führer-Erlasse" 1939–1945 : Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung. Stuttgart: Steiner, 1997

Mönch, Regine (FAZ): *Bücherraub gesühnt*. URL: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/-restitution-buecherraub-gesuehnt-11814123.html> – Download vom 7.10.2012

Morsey, Rudolf: Gelehrter, Kulturpolitiker und Wissenschaftsorganisator in vier Epochen deutscher Geschichte – Georg Schreiber (1882–1963). In: Hein, Bastian, Kittel, Manfred; Möller, Horst (Hrsg.): *Gesichter der Demokratie. Porträts zur deutschen Zeitgeschichte ; eine Veröffentlichung des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin*. München: Oldenbourg, 2012, S. 7–19

münchen.de (Website): *KulturGeschichtsPfad. Lotte und Gottlieb Branz*. URL: <http://www.-muenchen.de/rathaus/dms/Home/Stadtverwaltung/Kulturreferat/stadtteilkultur-/KGPs/PDFs/17/kgp17.pdf> – Download vom 1.7.2012

Nationalsozialistische Korrespondenz (NSK) 31.1.1934; VB 2. Februar 1934

Nekrasova, Svetlana: *Deutsche Archive über das Schicksal der verschleppten russischen Kulturgüter nach dem Zweiten Weltkrieg*. URL: <http://www.bukas-humboldt.ru/-nekrasova%20reflections.pdf> – Download vom 26.10.2012

Neue Deutsche Biographie (Website): *Hugo Andres Krüss*. URL: <http://www.deutsche-biographie.de/sfz46325.html> – Download vom 28.10.2012

Oesterreich, Helga: Vor dreißig Jahren ... (1975). In: Oesterreich, Helga (Hrsg.): *Universitätsbibliothek Münster. Bibliotheksnachrichten, Berichte, Mitteilungen*. Münster: Universitätsbibliothek Münster, 1988; S. 9–17

Overgaauw, Eef: *Die mittelalterlichen Handschriften der Universitäts- und Landesbibliothek Münster*. Wiesbaden: Harrassowitz 1996

Piper, Ernst: Alfred Rosenberg : Hitlers Chefideologe. München: Blessing, 2005

Pophanken, Elke: Geplanter Ablauf der Suche nach NS-Raubgut in der ULB Münster für den Erwerbszeitraum 1933 bis 1945. Münster: ULB, 2012

Pophanken, Elke: Interview über die Restitutionsarbeit der ULB Münster, 7.11.2012

Pophanken, Elke: Verbotene und beschlagnahmte Bücher aus der Zeit von 1933 bis 1945 im Bestand der Universitäts- und Landesbibliothek Münster. In: Dehnel, Regine (Hrsg.): NS-Raubgut in Bibliotheken. Suche, Ergebnisse, Perspektiven. Drittes Hannoversches Symposium. Frankfurt, M.: Klostermann, 2008 (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie/ Sonderbände; 94), S. 143–155

Potthast, Jan Björn: Das jüdische Zentralmuseum der SS in Prag : Gegnerforschung und Völkermord im Nationalsozialismus. Frankfurt [u.a.]: Campus, 2002 (zugleich Dissertation Universität München 2001 unter dem Titel „Forschung, Vernichtung und die Endlösung der Erinnerung“)

ProvenienzWiki (Website): *Über ProvenienzWiki*. URL: http://provenienz.gbv.de/-ProvenienzWiki:Über_ProvenienzWiki – Download vom 27.11.2012

Public Record Office, London (PRO): FO 1020/2878; Die Bibliothek der Hohen Schule, FO 1020/2793, S. 4

Raabe, Cuno: Christoph Weber. In: *Fuldaer Geschichtsblätter* 34 (1958) 1/8, S. 1–7 (digitalisiert von der Hochschul- und Landesbibliothek Fulda. URL: http://fuldig.hs-fulda.de/viewer-/image/PPN230515436_34/12/ – Download vom 6.11.2012

Reifenberg, Bernd: NS-Raubgut in deutschen Bibliotheken. In: Bertz, Inka (Hrsg.): Raub und Restitution. Kulturgut aus jüdischem Besitz von 1933 bis heute. Göttingen: Wallstein, 2008, S. 157–160, 169–171

Rueß, Susanne: Stuttgarter jüdische Ärzte während des Nationalsozialismus. Würzburg: Königshausen & Neumann, 2009 (zugleich Dissertation Universität Tübingen 2009)

Rosenberg, Alfred: *Die Spur des Juden in Wandel der Zeit*. URL: <http://archive.org/stream/-Rosenberg-Alfred-Die-Spur-des-Juden-im-Wandel-der-Zeit/RosenbergAlfred-DieSpur-DesJudenImWandelDerZeiten1937162S.ScanFraktur#page/n0/mode/2up> – Download vom 18.6.2012

Rosenberg, Alfred: *Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik*. URL: <http://archive.org/stream/AlfredRosenberg-DieProtokolleDerWeisenVonZionUndDie-Juedische/AlfredRosenberg-DieProtokolleDerWeisenVonZionUndDie-JuedischeWeltpolitik-1933143S.ScanFraktur#page/n1/mode/2up> – Download vom 12.8.2012

Samulski, Robert: Christoph Weber. In: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie* 5 (1958) 2, S. 167–170

Schnabel, Gunnar; Tatzkow, Monika: Nazi looted art. Handbuch Kunstrestitution weltweit. Berlin: Proprietas-Verl., 2007

Schreiben von Balduin Pieck vom 6. September 1946. Entnazifizierungsakte Hermann Corsten, in: Landesarchiv Düsseldorf / Abt. Rheinland / NW 1049/23.634

Schroeder, Werner: Beschlagnahme und Verbleib jüdischer Bibliotheken in Deutschland vor und nach dem Novemberprogrom 1938 : der Kampf nationalsozialistischer und staatlicher Institutionen im Deutschen Reich um die jüdischen Bücher. In: Dehnel, Regin (Hrsg.): Jüdischer Buchbesitz als Raubgut: zweites Hannoversches Symposium. Frankfurt am Main: Klostermann, 2006 (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie/ Sonderhefte; 88), S. 27–36

Schroeder, Werner: Strukturen des Bücherraubs : die Bibliotheken des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), ihr Aufbau und ihr Verbleib. In: *ZfBB* 51 (2004) 5–6, S. 316–324

Schwarte, Johannes: *Friedrich Muckermann SJ (1883–1946)*. URL: <http://web.tuomi-media.de/dno2/Dateien/NO306.pdf> – Download vom 21.11.2012

Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Absprache zwischen Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden zur Einsetzung einer Beratenden Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturguts, insbesondere aus jüdischem Besitz. URL: http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2002/2002_12_05-Absprache-Kommission-Rueckgabe-Kulturgut.pdf – Download vom 25.9.2012

Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: *Erklärung der Bunderegierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zu Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes insbesondere aus jüdischem Besitz*. URL: http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/-1999/1999_12_09-Auffindung-Rueckgabe-Kulturgutes.pdf – Download vom 24.9.2012

Spiegel Online: *Holocaust-Überlebende erhalten halbe Milliarde Euro*. URL: <http://www.-spiegel.de/panorama/jewish-claims-conference-holocaust-ueberlebende-erhalten-halbe-milliarde-euro-a-801931.html> – Download vom 12.9.2012

Staatsbibliothek zu Berlin: *Projekt Reichstauschstelle*. URL: <http://staatsbibliothek-berlin.de/-die-staatsbibliothek/abteilungen/historische-drucke/aufgaben-profil/projekte/-projekt-reichstauschstelle/> – Download vom 20.11.2012

Stein Shimon (Zeit Online): *Nur ein paar Mark für ein Leben in Würde*. URL: <http://pdf.zeit.-de/2009/22/Oped-Wiedergutmachung.pdf> – Download vom 7.9.2012

Teilnehmer des I. Hannoverschen Symposiums: *Hannoverscher Appell*. URL: <http://www.-akribie.org/berichte/Hannoverscher%20Appell.pdf> – Download vom 25.9.2012

Teilnehmer des IV. Hannoverschen Symposiums: *Offener Brief*. URL: http://www.gwlb.de/-projekte/ns-raubgut/Symposium_2011/offener_brief.pdf – Download vom 26.9.2012

Thien, Hans-Günther; Wienold, Hanns; Preuß, Sabine (Hrsg.): *Münster – Spuren aus der Zeit des Faschismus : zum 50. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung*. Münster: Edition Westfälisches Dampfboot, 1983 (Arbeitshefte zur materialistischen Wissenschaft; 19)

Tofahrn, Klaus W.: Chronologie des Dritten Reiches. Ereignisse, Personen, Begriffe. Sonderausg. (2., unveränd. Aufl.) Darmstadt: Primus, 2012

Toussaint, Ingo: Wissenschaftliche Bibliotheken und verbotene Literatur im "Dritten Reich". In: Kellner, Stephan (Hrsg.): Der "Giftschrank". Erotik, Sexualwissenschaft, Politik und Literatur - "Remota": die weggesperrten Bücher der Bayerischen Staatsbibliothek. Eine Ausstellung der Bayerischen Staatsbibliothek München. München: Bayerische Staatsbibliothek, 2002, S. 83–92

Tyrell, Albrecht: Führer befiehlt Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der NSDAP. Blindlach: Grondrom, 1991

ULB Archiv, Ordner „Freimaurer etc.“; Abschrift der Nachforschungen zu Paul Krause von Gisela Möllenhoff

ULB Archiv, Ordner Kindervater 2. Weltkrieg Auslagerung der Buchbestände, Nr.: 926; Abschrift Schreiben Kindervaters an Kultusministerium NRW vom 10. April 1950

ULB Archiv, Ordner Kindervater 2. Weltkrieg Auslagerung der Buchbestände, Nr.: 926; Abschrift Kultusminister NRW an Kindervater vom 13. Juli 1950

ULB Archiv, Ordner Kindervater 2. Weltkrieg Auslagerung der Buchbestände, Nr.: 926; Abschrift Schreiben Kindervaters an Kultusministerium NRW vom 2. August 1950

ULB Archiv, Ordner Kindervater 2. Weltkrieg Auslagerung der Buchbestände, Nr. 926; Abschrift Schreiben Kindervaters vom 11. August 1950

ULB Archiv, Ordner Kindervater 2. Weltkrieg Auslagerung der Buchbestände, Nr. 926; Abschrift Schreiben Kindervaters an Kultusministerium NRW vom 15. April 1954

ULB Archiv, Ordner Weber; Weber an Kurator vom 15. Januar 1952

ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 12. Oktober 1935

ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 30. November 1935

ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 5. September 1936

ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 15. März 1937

ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 17. Juli 1939

ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 2. November 1939

ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 19. Dezember 1939

ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 6. Februar 1940

ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 7. Juni 1940

ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 28. Januar 1941

ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 21. April 1941

ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 24. Februar 1942

ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 2. April 1944

ULB Archiv, Umlaufordner; Mitteilung vom 14. September 1944

ULB Münster (Website): *Geraubte Bücher gehen zurück. Universitäts- und Landesbibliothek (ULB) konnte erstmals unrechtmäßig erworbene Bände zurückgeben*. URL: http://www.ulb.uni-muenster.de/forum/nachrichten//2012-10-26_restitution.html – Download vom 17.12.2012

Ulrich, Amadeus (taz.de): *Rückgabe von Raubgut : Die Spur der Bücher*. URL: <http://www.taz.de/!96644/> – Download vom 7.10.2012

USB Köln (Website): *Virtuelle Bibliothek Elise und Helene Richter* (Onlineportal). URL: <http://richterbibliothek.ub.uni-koeln.de/> – Download vom 24.11.2012

Verband der deutschen Höhlen- und Karstforscher e.V. (Website): *Benno-Wolf-Preis*. URL: <http://www.vdhk.de/benno-wolf-preis.html> – Download vom 24.7.2012

Verein Deutscher Bibliothekare (Hrsg.): *Jahrbuch der deutschen Bibliotheken*. Bd. 33 Wiesbaden: Harrassowitz, 1943

Weber, Christoph: *Der Wiederaufbau der Universitätsbibliothek Münster i/W. Der Bibliothekartag 1951 in Münster /Westf.* In: *Nachrichten für wissenschaftliche Bibliotheken* 4 (1951) 4, S. 117–130

Weber, Jürgen: *Arbeitsgemeinschaft Alte Drucke (AAD) beim Gemeinsamen Bibliotheksverbund*, <http://aad.gbv.de/>. *Empfehlungen zur Provenienzverzeichnung*. Version: 25. Januar 2003. URL: http://aad.gbv.de/empfehlung/aad_provenienz.pdf – Download vom 27.11.2012

Wedel, Carola: *Raubgut und Beutekunst*. URL: <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/-hauptnavigation/startseite/#/beitrag/video/276254/Raubgut-und-Beutekunst> – Download vom 20.9.2012

WWU Archiv Bestand 9, Nr.: 351; Der Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an die Universitätskuratoren u.a. Dienststellen vom 8. Juni 1933

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 351; Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung mit einem Ruderlass vom 3. April 1935

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 351; Abschrift eines Schreibens betreffend den Reichsbeirat für Bibliotheksangelegenheiten von Rust vom 7. Dezember 1936

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 351; Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an die Universitätskuratoren, Rektoren etc. vom 4. Februar 1937

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 351; Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den Universitätskurator in Münster vom 20. August 1938

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 351; Preußisches Staatsarchiv an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen vom 7. September 1938

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 351; Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den Universitätskurator in Halle, die Hochschulverwaltung der Länder – außer Preußen –, die Vorsteher der nachgeordneten preußischen Dienststellen vom 22. September 1938

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 351; Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an die nachgeordneten Dienststellen der preußischen Hochschulverwaltung und die Hochschulverwaltung der außerpreußischen Länder vom 7. Juli 1939

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 351; Der Universitätskurator über den Vermerk des Universitätsoberinspektors Hannak vom 2. November 1943

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 351; Kindervater (auf halbem Zettel) an den Universitätskurator in Münster vom 18. August 1945

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 351; Kindervater an Kurator vom 20. September 1945

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352; Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den Universitätskurator in Münster vom 21. April 1938

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352; Der Universitätskurator mit Anmerkungen (umseitig zu dem ersten Dokument) vom 30. April 1938

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352; Der Oberpräsident der Provinz Westfalen Abteilung für höheres Schulwesen an das Bischöfliche Generalvikariat in Paderborn und den Universitätskurator Münster vom 2. Mai 1938

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352; Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den Universitätskurator vom 8. Januar 1940

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352; Rechnung vom 13. November 1942 und Nachricht Kindervater vom 17. März 1943

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352; Kindervater an Gauleiter Meyer vom 4. Juli 1942

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/68; Kindervater an Universitätskurator vom 4. Oktober 1938

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/69; Der Oberpräsident der Provinz Westfalen Abteilung für höheres Schulwesen an den Direktor des Preuss. Staatsarchivs, Münster i.W. vom 4. Oktober 1938

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/87; Bericht Kindervater an Oberpräsident vom 18. Januar 1939

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/89; Abschrift Preuss. Staatsarchiv: Erzbischöfliche Generalvikariat an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen – Abteilung für höheres Schulwesen in Münster i.W., Abschrift des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen an Kindervater und Direktors des Preuss. Staatsarchivs in Münster i.W. vom 12. Januar 1939, sowie die am 24. Oktober 1938 ergangene Abschrift des Oberpräsidenten

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/89; Kindervater an Universitätskurator vom 23. Januar 1939

WWU Archiv; Bestand 9, Nr.: 352, 6/92; Abschrift des Staatsarchivs vom 9. Januar 1939 einer Abschrift des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen (Abt. für höheres Schulwesen) (23. Dezember 1938) an den Bürgermeister der Stadt Paderborn, weitere

Abschrift an den Direktor des Preuss. Staatsarchivs in Münster, Abschrift ging auch an Kindervater

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/102 und 6/103; Oberpräsident an Kindervater vom 20. März 1939

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/116; Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den Oberpräsidenten, Abteilung für höheres Schulwesen in Münster, vom 22. Mai 1939; Meyer mit Abschrift an Direktor des Preuss. Staatsarchivs, Kindervater und Studienfondsrentmeister in Münster (30. Mai 1939), Abschrift an den Universitätskurator

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/116; Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an Kindervater vom 27. Mai 1940

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/121; Kindervater an Universitätskurator vom 2. Mai 1939

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/122; Oberpräsident der Provinz Westfalen sendet Abschrift von einem Schreiben an den Direktor des Preußischen Staatsarchivs Münster vom 24. April 1939 an Kindervater vom 24. April 1939

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/159 Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den Universitätskurator vom 19. Juni 1940

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/186; Regierungspräsident an Kurator vom 13. Februar 1942

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/192; Kindervater an Kurator vom 2. April 1942

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/193; Beyer an Gauleiter und Reichsstatthalter des Gaues Westfalen – Nord, Oberpräsident Dr. Alfred Meyer vom 7. April 1942

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/195; Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Gauleiter und Oberpräsident – Adjutant – an Curt Beyer vom 18. April 1942

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/198; Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Gauleiter Alfred Meyer an Kindervater vom 5. Mai 1942, Abschrift von Kindervater an Beyer 7. Mai 1942

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 352, 6/205–207; Kindervater an Gauleiter Meyer vom 25. Juni 1942

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 353; Aktenvermerk Curt Beyer über die Situation der Bibliotheksangestellten in Bad Salzuflen vom 21. Dezember 1944

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 353; Inventarliste von Kindervater vom 15. Mai 1945

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 2104, 199; Weber an Kurator vom 16. Februar 1950

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 2104, 209; Weber an Kurator vom 17. Mai 1950

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 2104, Weber an Kurator vom 16. September 1950

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 2104; Weber an Kurator vom 24. November 1950

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 2104; Weber an Kurator vom 12. April 1951

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 2104; Weber an Kurator vom 31. Juli 1951

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 2104; Weber an Kurator vom 29. Oktober 1951

WWU Archiv, Bestand 9, Nr.: 2104; Weber an Kurator vom 30. Oktober 1951

WWU Archiv Bestand 9, Nr.: 2162; Dr. Günther Goldschmidt an den Herrn Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf) vom 7. Mai 1956

WWU Archiv Bestand 9, Nr.: 2162; Kopie des Lebenslaufs von Dr. Günther Goldschmidt (Datum evtl. 4. Juni 1956 da mit Bleistift hinzugefügt; „zu: Wiederbesetzung der Stelle des Direktors der Univ. Bibliothek“ Unterschrift unleserlich)

WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 3519; Listenmässiger (sic) Ernennungsvorschlag (Kindervater) der Antragsstellenden oberste Reichs- und Landesbehörde an den Staatssekretär und Chef der Präsidialkanzlei Berlin, Datum nicht genannt

WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 3519; Kindervater Formularausfüllung seiner militärischen Tätigkeit, beglaubigt von Wolf (Vertreter des Universitätskurator)

WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 3519; Der Preußische Minister für Wiss., Kunst u. Volksbildung an den Universitätskurator in Göttingen vom 19. April 1923

WWU Archiv: Bestand 10, Nr.: 3519; Der Preußische Minister für Wiss., Kunst u. Volksbildung an den Universitätskurator in Göttingen vom 19. Mai 1923

WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 3519; Direktor der Universitätsbibliothek Göttingen Nr. 698 an den Kurator der Georg August Universität Göttingen vom 15. Oktober 1923, Abschrift

WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 3519; Prof. Dr. Hans Hecht an den Direktor der UB Göttingen vom 15. Juni 1928

WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 3519; Direktor Firk der Universitätsbibliothek Göttingen an den Kurator der Georg August Universität Göttingen vom 16. Juni 1928

WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 3519; Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den stellvertretenden Universitätskurator Münster vom 8. Juni 1935

WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 3519; Der stellvertretene Universitätskurator an den Universitätskurator in Göttingen vom 11. Juni 1935

WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 3519; Von Kindervater ausgefüllter Fragebogen vom 5. Juli 1935 (Formblatt 1), sowie den Zusatzbogen für Verheiratete (Formblatt 2)

WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 3519; Der Preußische Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den stellvertretenden Universitätskurator in Münster i. W. vom 20. August 1935

WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 3519; Der stellvertretende Bibliotheksdirektor Jansen zu den Auszeichnungen von Kindervater vom 26. Oktober 1936

WWU Archiv: Bestand 10, Nr.: 3519 Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den Universitätskurator in Münster vom 18. Januar 1939

WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 7342; Weber an Oberpräsident der Provinz Westfalen, z.Hd. Universitätskurator vom 28. Januar 1946

WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 7342; Prof. Heinrich Schotz (Logistisches Seminar der Universität Münster i. W.) an den Universitätskurator vom 1. Februar 1946

WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 7342; Oberstleutnant Savage (Prov. Mil. Reg. Westfalen 307/Edn/1552/B) an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, abschriftlich zur Kenntnisnahme an: Dr. Schreiben (gemeint ist sicher Schreiber), Universität Münster vom 16. April 1946

WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 7342; Perraudin (Abt. Erziehung, Univ.) von der Prov. Mil. Reg. Westfalen an Dr. Schreiber und Abschrift an Abt. Erziehung Kontrollkommission Bünde von 10. Mai 1946 (ein identisches Schreiben in Englisch liegt ebenfalls vor)

WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 7342; Weber an Kurator der Universität vom 12. Juli 1946

WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 7342; Universitätskurator an Kultusministerin des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf vom 11. März 1948

WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 7342; Jansen an Universitätskurator vom 16. März 1948

WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 7342; Kultusministerin des Landes Nordrhein-Westfalen an Universitätskurator vom 14. Juni 1948

WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 7342; Weber an Universitätskurator vom 17. August 1948

WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 7342; Schreiben Webers gelangt durch den Universitätskurator an die Kultusministerin des Landes Nordrhein-Westfalens vom 28. März 1951

WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 7342; Oberstadtdirektor von Münster an Kurator vom 10. Juni 1969

WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 7342; Direktor Prof. Dr. Liebers an Kurator vom 9. Juli 1969

WWU Archiv, Bestand 10, Nr.: 7342; F. R. Perraudin an Kurator vom 26. Juli 1946 (identisches Schreiben liegt auch in Englisch vor)

WWU Münster (Website): *Geschichte des Instituts für Religiöse Volkskunde E.V.* URL: http://www.uni-muenster.de/FB2/religioese_volkskunde/geschichte/index.html – Download vom 30.10.2012

9. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Yad Vashem (Fotoarchiv, Frau Naama Shilo) (Archivsignatur: 2817; Albumnummer: FA228/162): Alfred Rosenberg. Eine Fotografie des Roehr-Verlags, S. 9

Abbildung 2: Hentzschel, Jan-Philipp: Stempel „Alfred Rosenberg-Bücherspende für die deutsche Wehrmacht“, S. 23

Abbildung 3: Yad Vashem (Fotoarchiv, Frau Naama Shilo) (Archivsignatur: 132CO7): Alfred Rosenberg auf dem Flugplatz in Kiew, Ukraine, S. 32

Abbildung 4: Yad Vashem (Fotoarchiv, Frau Naama Shilo) (Quelle: Issac Bencowitz, Archivsignatur: 368, Albumnummer: FA1 73/73): Konfiszierte Bücher des ERR in Berlin, S. 35

Abbildung 5: Yad Vashem (Fotoarchiv, Frau Naama Shilo) (Quelle: Issac Bencowitz, Archivsignatur: 368, Albumnummer: FA1 73/36): Verpackte Bücher des ERR in Kiew, Ukraine, S. 36

Abbildung 6: Yad Vashem (Fotoarchiv, Frau Naama Shilo) (Quelle: Issac Bencowitz, Archivsignatur: 368, Albumnummer: FA1 73/48): Gestapelte Bücher im Sammellager des YIVO in Vilnius, Litauen, S. 37

Abbildung 7: Yad Vashem (Fotoarchiv, Frau Naama Shilo) (Quelle: Issac Bencowitz, Archivsignatur: 368, Albumnummer: FA1 73/55): Geraubte Bücher des ERR in einer Ecke der Akademie der Wissenschaften in Minsk, Weißrussland, S. 39

Abbildung 8: Yad Vashem (Fotoarchiv, Frau Naama Shilo) (Quelle: Issac Bencowitz, Archivsignatur: 368, Albumnummer: FA2 73/17): Sich auf einem LKW befindende Bücher werden am OAD abgeladen, S. 58

Abbildung 9: Yad Vashem (Fotoarchiv, Frau Naama Shilo) (Quelle: Issac Bencowitz, Archivsignatur: 368, Albumnummer: FA2 73/18): Konfisziertes Bücher- und Archivmaterial lagert im OAD, S. 59

Abbildung 10: Hentzschel, Jan-Philipp: Digitalisat vom Exlibris des Lessing-Museums, S. 176

Abbildung 11: Hentzschel, Jan-Philipp: Digitalisat vom Exlibris „Bibliothek Gotthilf Weisstein“, S. 176

Abbildung 12: Hentzschel, Jan-Philipp: Screenshot OPAC-Anzeige mit NS-Raubgut-Kategorie, S. 178

Abbildung 13: USB Köln (Frau Christiane Hoffrath): Überstempelter Besitzeintrag der Gewerkschaftsbibliothek Köln, S. 187

Abbildung 14: Kern, Elga (Hrsg.): Führende Frauen Europas, München, 1927. Darin enthalten: Fotografie Elise Richter, S. 189

Abbildung 15: Österreichische Nationalbibliothek, Wien (Herr Peter Prokop): Portrait Helene Richter, S. 189

10. Anhang

E-Mail-Anfrage an Herrn Dr. Franz (Leiter der Koordinierungsstelle Magdeburg), 29.9.2012

Sehr geehrter Herr Dr. Franz,

mein Name ist Jan-Philipp Hentzschel und ich studiere Bibliothekswesen an der Fachhochschule Köln. Zurzeit arbeite ich an meiner Bachelorarbeit zum Thema "Ursprung und Entstehung von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut, die Anfänge der Restitution und ihre Bearbeitung aus heutiger Sicht". Ein Kapitel meiner Arbeit geht dabei auch auf die Arbeit der Koordinierungsstelle Magdeburg ein.

Vielleicht ist es Ihnen möglich auf zwei Fragen eine kurze Antwort zu geben?

1) In einem Bericht von Herrn Uwe Hartmann "Das Internetportal www.lostart.de - Ziele und Möglichkeiten" in dem Band "Verluste" aus dem Jahr 2007 berichtet er auf S. 70, dass die Anzahl der Suchmeldungen die der Fundmeldungen übersteigt. Dies sei darauf zurückzuführen, dass Institutionen und Privatpersonen Verluste leichter melden könnten, als eine unrechtmäßige Erwerbung zuzugeben.

Können Sie diese Meinung aus heutiger Sicht noch bestätigen?

2) Ich habe Ihren Bericht "Bibliotheken, www.lostart.de und die Arbeit der Koordinierungsstelle Magdeburg" in der ZfBB 58 (2011) 2 bereits konsultiert. Darin geben Sie auch Zahlenmaterial zu den Verzeichnungen an.

Wäre es möglich, mir aktuelle Zahlen der Datenbankeinträge mitzuteilen?

Ich möchte mich im Voraus für Ihre Bemühung und Antwort bedanken.

Mit freundlichen Grüßen

Jan-Philipp Hentzschel

E-Mail-Auskunft von Herrn Dr. Franz, 1.10.2012

Sehr geehrter Herr Hentschel

Vielen Dank für Ihre freundliche mail und Ihr Interesse an der Arbeit der Koordinierungsstelle (siehe unserer Tätigkeit auch die Infos anbei).

Zu Ihren Fragen teile ich Ihnen gerne Folgendes mit:

Zu 1:

Auch da die Koordinierungsstelle bereits seit 1994 Suchmeldungen und seit 2000 Fundmeldungen dokumentiert, sind in www.lostart.de mehr Such- als Fundmeldungen vorhanden; in den letzten Jahren sind allerdings beide Meldungsbereiche kontinuierlich angestiegen. Dies zeigt unter anderem, dass die Sensibilität in beiden Zweigen gleichermaßen ausgeprägt ist. Gerne kann ich Ihnen telefonisch Details für die Sie konkret interessierenden Bereiche geben.

Zu 2:

Momentan verzeichnet www.lostart.de von ca. 1.400 natürlichen und juristischen Personen des In- und Auslands Meldungen zu ca. 140.000 detailliert und mehreren Millionen summarisch (bspw. „eine Kiste Bücher“ oder „drei Regalmeter Archivalien“) beschriebenen Kulturgütern.

Auch hierzu gerne telefonisch mehr; unter anderem hinsichtlich der Bibliotheksfunde bzw- verluste finden Sie, aufgeteilt nach Staaten bzw. Ländern und Privaten Einzelheiten zudem unter <http://www.lostart.de/Webs/DE/Datenbank/NavigationVerlust.html> (Suchmeldungen) und <http://www.lostart.de/Webs/DE/Datenbank/NavigationFund.html> (Fundmeldungen)

Mit freundlichen Grüßen und besten Wünschen für Ihre Bachelorarbeit –

Michael Franz

Interview (Telefonat) mit Herrn Dr. Franz, 1.10. 2012:

Hentzschel:

Herr Dr. Franz, bezugnehmend auf Ihre Aussage in der E-Mail vom heutigen Tag, würde ich gerne wissen, inwieweit ein kontinuierlicher Anstieg bei Such- und Fundmeldungen für Raub- und Beutegut erkennbar ist.

Franz:

Der stetige Anstieg in beiden Bereichen ist ersichtlich durch eine von der Koordinierungsstelle monatlich geführte Statistikliste. An dieser ist eine eindeutige Steigerung der Verzeichnungen erkennbar, was vor allem an der wachsenden Zahl privater Melder deutlich wird. Sowohl die Bereitschaft, Funde aus geerbten Sammlungen zuzugeben, als auch Verluste zu verzeichnen, ist stark gestiegen. Für die Institutionen kann ein größeres Interesse an der Aufarbeitung bekundet werden. Spezialbibliotheken zeigen vermehrt ihre Bereitschaft, gemäß den Washingtoner Prinzipien und der Gemeinsamen Erklärung, ihrer Verantwortung nachzukommen. Obwohl die Erklärung nicht bindend ist und die Privatpersonen davon eigentlich nicht betroffen sind, ist die positive Entwicklung doch sehr erfreulich.

Hentzschel:

Ist die These korrekt, dass die allgemeine Bereitschaft in LOSTART zu verzeichnen auf Ihre Veranstaltungs- und Informationsarbeit zurückzuführen ist?

Franz:

Das kann sicher so bestätigt werden. Auf unseren Veranstaltungen informieren wir u.a. über die Arbeit der Koordinierungsstelle und leisten damit einen wichtigen Beitrag. Diesbezüglich habe ich die Ehre, ein im nächsten Jahr von der ZLB Berlin ausgetragenes Symposium zu eröffnen. Auch dort werde ich über die Arbeit berichten und so die Teilnehmer informieren. Zudem geben wir eine Publikationsreihe heraus, in der bisher acht Bände erschienen sind.

Hentzschel:

Die Kooperation mit ausländischen Bibliotheken wird weiter forciert, nehme ich an.

Franz:

Ja, die Kooperation ist ein wichtiger Bestandteil. Zurzeit bestehen Kooperationen mit Österreich und der Ukraine.

Hentzschel:

Können Sie sagen, wie viele Bibliotheken momentan in LOSTART erfassen?

Franz:

Das kann ich leider nicht sagen. Im Internet wird z.B. im Fall Berlin nur der Dachverband erfasst.

Hentzschel:

Vielen Dank für das Gespräch.

E-Mail-Anfrage bei Herrn Dr. Uwe Hartmann (Leiter der Arbeitsstelle für Provenienzforschung/ -forschung Berlin), 2.10.2012

Sehr geehrter Herr Dr. Hartmann,

mein Name ist Jan-Philipp Hentzschel und ich studiere Bibliothekswesen an der Fachhochschule Köln. Zurzeit arbeite ich an meiner Bachelorarbeit zum Thema "Ursprung und Entstehung von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut, die Anfänge der Restitution und ihre Bearbeitung aus heutiger Sicht am Beispiel der ULB Münster und der USB Köln". Ein Kapitel meiner Arbeit geht dabei auch auf die Arbeit der Arbeitsstelle für Provenienzforschung/ -forschung ein.

Ich habe bereits Ihren BFP-Bericht vom April 2010 konsultiert und hatte die Möglichkeit an der Veranstaltung "NS-Provenienzforschung in deutschen und österreichischen Bibliotheken" auf dem diesjährigen Bibliothekartag teilzunehmen. Dennoch hätte ich noch ein paar Fragen. Vielleicht ist es Ihnen möglich diese kurz zu beantworten?

- 1) Die Arbeit der AfP beschränkt sich nicht nur auf die Antragsbearbeitung und Mittelzuweisung, sondern übernimmt auch eine dokumentarische Aufgabe. Geschieht dies nur auf Ihrer Website oder auch in sonstiger Form (Unterstützung von Publikationen etc.)?
- 2) Inwieweit besteht eine Kooperation mit Lostart.de bzw. der Koordinierungsstelle Magdeburg?
- 3) Auf dem Bibliothekartag nannten Sie eine Gesamtzahl (so notierte ich mir) von 181 bewilligten Anträgen auf Förderung (40 kurzfristige und 141 langfristige Projekte) seit Juli 2008? Sind diese Zahlen noch korrekt?
- 4) Interessant wäre für mich zu erfahren, ob Sie über die letzten Jahre eine Antragssteigerung aus dem Bibliotheksbereich verzeichnen konnten?

Ich möchte mich bei Ihnen im Voraus für Ihre Mühe und Antwort bedanken.

Mit freundlichen Grüßen

Jan-Philipp Hentzschel

E-Mail-Auskunft von Herrn Dr. Uwe Hartmann, 17.10.2012:

Sehr geehrter Herr Hentzschel,

ich bitte um Entschuldigung, dass ich erst heute dazu komme, auf Ihre E-Mail und Ihre Fragen zu antworten.

Zu 1.: Die Dokumentation soll auf zwei Ebenen geschehen. Zum einen sollen die in den geförderten Projekten erzielten Ergebnisse auf unserer Website für die interessierte Öffentlichkeit dargestellt werden. Wie Sie sicher bemerkt haben – und wir selbstkritisch eingestehen müssen – sind wir dort nicht auf dem aktuellen Stand. Mit einer personellen Erweiterung um zwei Stellen zum Jahreswechsel werden wir in der Lage sein, den Rückstand aufzuholen. Zum anderen erfolgt die Dokumentation auf einer webbasierten Plattform, zu der nur die ausgewiesenen Provenienzforscherinnen und -forscher Zugang erhalten. Hier haben wir insbesondere für jene Einrichtungen, die nicht über ein elektronisches System zur Sammlungsdokumentation verfügen, Projekträume eingerichtet. In diesen Räumen wird praktisch „live“ dokumentiert, da von jedem Standort mit Internetzugang (im Depot, in einem Archiv, in einer Bibliothek) das relevante Material eingestellt werden kann. Ob die Arbeitsstelle in nächster Zeit als Herausgeber einer Publikationsreihe (Berichte zur Provenienzforschung o.ä.) tätig werden soll, ist noch Gegenstand der Diskussion in den für uns verantwortlichen Gremien.

Zu 2.: Eine Kooperationsvereinbarung wurde bereits im ersten Jahr des Bestehens der Arbeitsstelle mit der Koordinierungsstelle geschlossen. Zweimal jährlich kommen unsere Teams zu Arbeitstreffen zusammen. Der Leiter der Koordinierungsstelle ist Mitglied des Beirats der Arbeitsstelle, der Leiter der Arbeitsstelle ist ständiger Gast des Fachbeirats der Koordinierungsstelle. Unsere Zuwendungsempfänger haben lt. Förderrichtlinie die Pflicht, nach Abschluss der geförderten Projekte jene Objekte als Fundmeldung in der Lostart-Datenbank der Koordinierungsstelle zu veröffentlichen, die als „NS-verfolgungsbedingt entzogen“ festgestellt wurden und zu denen bislang keine Anspruchsberechtigten ermittelt werden konnten.

Zu 3.: Der aktuelle Stand ist: 184 eingereichte Anträge (einschl. Verlängerungsanträge und nach Ablehnung erneut eingereichte Anträge; 140 zu langfristigen Projekten, 43 zu kurzfristigen, einer zur Erstellung von Rechtsgutachten) – davon wurden 134 = 72,83 % bewilligt (100/34/0). Zum Ende der zweiten Antragsfrist in diesem Jahr (1. Oktober) wurden weitere Anträge eingereicht. Die Zahlen und Namen werden aber erst nach der Beiratssitzung am 15. November veröffentlicht.

Zu 4.: Eine Steigerung nicht, aber wir haben von Beginn an einen stabilen Anteil von Bibliotheken unter den Antragstellern. Bis jetzt waren es 18 – gegenüber 58 Museen, sechs Archiven, vier Instituten und sonstigen. Bei jeder Beiratssitzung lagen mindestens zwei Anträge aus dem Bibliotheksbereich vor – somit Kontinuität, aber noch viel Potenzial für Steigerungen. Anders als bei den Museen befand sich bislang noch keine Stadtbibliothek, also eine Allgemeinbibliothek in städtischer Trägerschaft, unter den Antragstellern.

Ich hoffe, Ihre Fragen somit zufrieden stellend beantwortet zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe Hartmann

E-Mail-Anfrage an Herrn Dr. Wilfried Enderle (SUB Göttingen),
21.10.2012

Sehr geehrter Herr Dr. Enderle,

mein Name ist Jan-Philipp Hentzschel und ich studiere Bibliothekswesen an der Fachhochschule Köln.

Zurzeit arbeite ich an meiner Bachelorarbeit zum Thema "Ursprung und Entstehung von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut, die Anfänge der Restitution und ihre Bearbeitung aus heutiger Sicht am Beispiel der ULB Münster und der USB Köln".

Ein Kapitel versucht dabei die Geschichte der ULB Münster in dem Zeitraum von 1933- nach 1945 zu rekapitulieren und behandelt dabei den Werdegang von dem Direktor Dr. Joseph Kindervater. Dieser war vor seinem Dienstantritt in Münster an der UB Göttingen aktiv gewesen. Da mich die Personale Kindervater interessiert, würde ich Ihnen gerne eine Frage stellen. Vielleicht ist es Ihnen möglich mir diese zu beantworten.

In Ihrer Publikation "Bücher unter Verdacht: NS-Raub- und Beutegut an der SUB Göttingen" (2011) geben Sie auf S. 21 den Hinweis, dass Kindervater in einem Briefwechsel mit dem Tübinger Direktor Leyh seine Einstellung gegenüber dem Dritten Reich äußert.

Leider habe ich keine Möglichkeit nach Berlin zu fahren, um den Nachlass Leyh einzusehen.

Können Sie mir eventuell nähere Informationen dazu geben? Gibt es möglicherweise sogar eine Abschrift, Kopie etc. von den Dokumenten?

Sie würden mir mit Hinweisen sehr weiterhelfen.

Ich möchte mich für Ihre Zeit und Mühe im Voraus bedanken.

Mit freundlichen Grüßen

Jan-Philipp Hentzschel

E-Mail-Auskunft von Herrn Dr. Wilfried Enderle, 22.10.2012

Sehr geehrter Herr Hentzschel,

Kopien von dem Briefwechsel Leyh-Kindervater habe ich leider nicht. Für meine Zwecke konnte ich mich aufs Exzerpieren beschränken.

Meine Aussage über Kindervater basiert auf folgenden Quellenstellen:

Brief vom 5.1.1934, Kindervater an Leyh. In diesem Brief berichtet er Leyh, daß er als Redner, Schulungs- und stellvertretender Ortsgruppenleiter für das Neue Reich tätig sei.

Brief vom 26.1.1934, Kindervater an Leyh: Kindervater erwähnt hier nebenbei seine Verbundenheit mit der Bewegung [also dem Nationalsozialismus].

Brief vom 31.5.1934; Kindervater an Leyh: Hier bezeichnet er sich wörtlich als „alten Nationalsozialisten“.

Diese Briefe belegen, daß Kindervater, zumindest nach 1933, als Parteimitglied aktiv gewesen ist und dies auch nach außen, hier also konkret gegenüber seinem Briefpartner Georg Leyh, bewußt artikuliert hat.

Ich hoffe, diese Informationen können für Sie in dieser Form von Nutzen sein.

Mit den besten Wünschen für den Fortgang Ihrer interessanten Arbeit und freundlichen Grüßen
Wilfried Enderle

Interview mit Frau Elke Pophanken (ULB Münster), 7.11.2012:

Hentzschel:

Frau Pophanken, bitte berichten Sie mir von der Restitution der Freimaurerbestände. Welche Funde können in nächster Zeit restituiert werden? Wurde mit den Eigentümern oder Erben bereits Kontakt aufgenommen und somit der Rückgabeprozess in Gang gesetzt?

Pophanken:

Zum ersten Mal konnte die ULB am 25. Oktober Raubgut restituieren. Dabei handelt es sich um 26 Bände der 1933 aufgelösten Freimaurerloge „Zur goldenen Mauer“ in Bautzen. Sie wurden dem Großmeister der Großloge der Alten Freien und Angenommenen Maurer von Deutschland, Herrn Axel Pohlmann, zurückgegeben. Herr Pohlmann ist dazu nach Münster gekommen und hat die Bände von Herrn Feldmann entgegengenommen. Nach langer Zeit wurden sie ihrem rechtmäßigen Eigentümer zurückgegeben; im Jahr 2006 habe ich die handgeschriebene Liste mit Freimaurerliste gefunden und seitdem bearbeitet. Herr Pohlmann hat in einem Brief an die Bibliothek, uns für die Bemühung gedankt und erklärt, dass die Bücher einen großen ideellen Wert darstellen. Es ist schon merkwürdig und ein besonderes Ereignis, dass die Bände genau dann zurückgegeben werden können, wenn sich die Loge in Bautzen wiedergründet. Herr Pohlmann wird sie am Tag der Neugründung am 3. November übergeben.

Bei 15 anderen Bänden konnte ich einen eindeutigen Freimaurerbezug zu Dresden und Meißen nachweisen; leider fehlt eine genaue Provenienz um sie restituieren zu können. Dies ist jedoch kein Problem, da die „Vereinigte Großloge von Deutschland“ als Nachfolger auftritt und somit eine Rückgabe an diese möglich ist. Im Januar 2013 werden die Bücher an sie restituiert. Sie ist auch für zukünftige Fälle der Ansprechpartner.

Der Fall Muckermann ist derzeit in Vorbereitung. Ich konnte einige Bücher mit persönlicher Widmung auffinden. Wie jedoch die Bibliothek des „Grals“ in die UB gelangte, ist unbekannt. Ebenso was mit den restituierten Bänden geschah. Näheres dazu werde ich erst berichten können, wenn die Fragen auf beiden Seiten geklärt sind und die Restitution bevorsteht.

Weiterhin haben wir bei der SPD Bielefeld angefragt, ob sie das Werk „Handbuch des öffentlichen Lebens“, das 1936 von der Ortspolizeibehörde Bielefeld konfisziert und der ULB zugewiesen wurde, zurückhaben möchten. Bisher wurde kein Interesse gezeigt – auch nicht nachdem ein erneuter Brief versendet wurde –, sodass das Buch erst einmal in der ULB verbleibt. Es wird jedoch, wie alle anderen Raubgut-Funde, im Katalog verzeichnet und ist seit Oktober auch recherchierbar.

Hentzschel:

Die bisher intern verzeichneten Ergebnisse wurden seit dem letzten Monat auch für die Bibliothekskunden zugänglich gemacht. Können Sie mir erklären, wie die Dokumentation betrieben wird und welche Funktionen nun dem Kunden zur Verfügung stehen?

Pophanken:

Die Verzeichnung in NRW ist etwas problematischer als in anderen Verbünden. Im GBV bedient man sich des „Thesaurus der Provenienzbegriffe“; auch ein ProvenienzWiki ist eingerichtet worden. Eine einheitliche Verzeichnung wäre in NRW zwar wünschenswert, bisher muss jede Bibliothek jedoch schauen, wie sie am besten verzeichnet. Wir haben uns entschieden, NS-Raubgut-Provenienznachweise etc. in die Kategorie 1311 als Fußnote einzutragen. Die Indexierung ist leider nur wortweise möglich. Der dazugehörige Thesaurus, in dem Lieferanten und Besitzer nur als „Besitzer: Name“ etc. und nicht nominell erfasst werden, wird von mir verwaltet. Dabei erfolgt eine Abstimmung mit dem Provenienz-Thesaurus und Ansprechpartnern in Weimar und der Stabi Berlin. Übrigens werden Datensätze erfolgreicher Restitutionen nicht aus dem OPAC gelöscht. Dafür habe ich mich eingesetzt, denn die Informationen könnten später noch einmal nützlich sein. Die restituierten Bände sollen auch mit der Homepage verknüpft werden, die noch einzurichten ist.

Hentzschel:

Die Dokumentation ist also auf einem guten Weg. Werden noch Bilder der Provenienzmerkmale eingefügt?

Pophanken:

Nein, dies ist leider bisher nicht möglich.

Hentzschel:

Wie geht es nun mit der Suche nach Raubgut weiter? Sind weitere Projekte angedacht?

Pophanken:

Neben der Verzeichnung und Bearbeitung von bereits gefundenen Büchern, darunter auch welche, die Sie in Ihrem Projekt finden konnten, werde ich die Zugangsbücher von 1933 bis 1945 noch einmal gründlich durchsehen. Die Akzessionsjournale liegen nun alle digitalisiert vor, sodass ich sie am PC bearbeiten kann. In diesem Zeitraum werde ich sicher noch einige Raubgutfälle ermitteln können. Ein Projekt für die Erwerbungen nach 1945 ist bisher noch nicht vorgesehen.

Hentzschel:

Ich würde mit Ihnen gerne über die Geschichte der Bibliothek reden. Der Fall Paul Krause ist für mich etwas unklar. Warum besitzt die Bibliothek Krauses gesamte Bibliothek?

Pophanken:

Sie haben ja meinen Bericht in dem Tagungsband von Frau Dehnel gelesen. Darin schreibe ich, dass Jansen zwar von einem Testament spricht, dieses aber gar nicht existiert hat. Diese Aussage muss ich aufgrund neuerer Erkenntnisse überarbeiten. Als der Bericht bereits veröffentlicht war, ist die Historikerin Gisela Möllenhoff in die Bibliothek gekommen und hat mir eine Abschrift der Archivunterlagen übergeben. Ihre Nachforschungen über Krause haben ergeben, dass es ein Testament tatsächlich gibt. Allerdings vermachte Krause der UB nur seine medizinische Literatur. Wie seine ganze Bibliothek in die UB gekommen ist, lässt sich nicht mehr beantworten.

ten. Andere Dokumente sind bisher nicht aufgetaucht und Zeitzeugen leben nicht mehr. Man kann heute nur spekulieren.

Hentzschel:

Was vermuten Sie denn?

Pophanken:

Ich könnte mir verschiedene Situationen vorstellen. Vielleicht haben die Verwandten aufgrund der politischen Situation die geerbten Sammlungen schnell loswerden wollen. Sippenhaft war im Nationalsozialismus üblich. Ich halte es auch für möglich, dass die Bibliothek ihnen bei den Überlegungen „geholfen“ hat. Vielleicht hat die UB sich auch in Unkenntnis der Wünsche Krauses über das üppiger als abgesprochen ausfallende Legat gefreut. Ob Jansen das Testament bekannt war, weiß ich nicht. Kreyenborg, der mit Krause korrespondiert hat, könnte vom schriftlich fixierten Willen, der Bibliothek nur die medizinische Literatur zu vererben, gewusst haben. Letztlich sind das alles Spekulationen.

Hentzschel:

Eine letzte Frage hätte ich noch zum Wiederaufbau der UB. Christoph Weber hat in Berliner Antiquariaten über eine Kontaktperson namens Schultze-Krantz Bücher eingekauft. Sie erwähnten eine Aussage von Frau Cornelia Briel ...

Pophanken:

Richtig. Als ich in Hannover referierte, meldete sich Frau Briel in der Diskussionsrunde zu Wort und erzählte, dass Fräulein Schultze-Krantz eine ehemalige Kollegin Webers sei. Sie hätten gemeinsam in der Reichstauschstelle gearbeitet. Die Information beruht also auf einer mündlichen Aussage. Vielleicht ist die Aussage von Frau Briel noch für Sie interessant?

Hentzschel:

Das ist sie. Ich werde mir jetzt einmal die Unterlagen ansehen. Vielen Dank für das Gespräch.

Interview mit Frau Christiane Hoffrath (USB Köln), 14.11.2012:

Hentzschel:

Ich interessiere mich für die Geschichte der USB und habe diesbezüglich auch schon Literatur konsultiert. Würden Sie mir dennoch vielleicht einen kurzen Überblick über die Tätigkeiten von Hermann Corsten geben?

Hoffrath:

Hermann Corsten war über die gesamte Zeitspanne des Nationalsozialismus und darüber hinaus, nach 1945, bis zu seiner Pensionierung am 1. August 1954, Direktor der USB. Er war Quereinsteiger in dem Beruf, denn eigentlich war er Diplom-Ingenieur und studierte danach Volks- und Finanzwirtschaft an der Universität zu Köln. Im Jahr 1927 schloss er das Studium mit der Promotion zum Dr. rer. pol. ab. Danach begann er in Bonn das Volontariat für den höheren Bibliotheksdienst. Nach Bestehen seiner Fachprüfung im darauffolgenden Jahr, kam er zur Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg, 1929 dann an die Preußische Staatsbibliothek und wurde schließlich am 1. Oktober 1933 der nachfolgende Direktor für den verstorbenen Klemens Löffler an der USB. Eine seiner Leistungen war die Zusammenführung der Bestände, die an

unterschiedlichen Standorten lagen. Obwohl er schon am 1. März 1933 der NSDAP beitrug, kann er nicht als richtiger Nationalsozialist gelten. Corsten hat vieles nicht umgesetzt, was damals den Bibliotheken vorgeschrieben wurde. So hat er beispielsweise die Bibliothek des Dominikanerklosters Walberberg dem Zugriff der Gestapo entzogen. Ihm ist es zu verdanken, dass ein Vertrag mit der Universität Köln zustande kam, worin festgehalten wurde, dass die USB die Verwaltung der Bibliothek des Dominikanerklosters als Depositum für 30 Jahre übernimmt. Corsten hat die Bibliothek, wie die anderen USB Bestände, 1942 ausgelagert und nach 1945 wieder zurückzugeben. Damit brachte sich Corsten in große Gefahr. Er kam jedoch mit einem „blauen Auge“ davon. Andererseits hat er auch linienkonform gehandelt. So hat er ein Widerstands-Flugblatt gemeldet. Nach dem Krieg wurde Corsten erst suspendiert, dann wieder eingesetzt und als entlastet entnazifiziert. Er hat noch neun Jahre weitergearbeitet und im Grunde die Strukturen für das nordrhein-westfälische Bibliothekswesen gelegt. Er hat früh Köln zu einem Ausbildungszentrum gemacht; in diesem Haus war das damalige Bibliothekarlehrinstitut ansässig. Dafür hat er sich massiv eingesetzt. Der zweite große Punkt ist der, dass Köln die einzige Bibliothek war, die die Bestände erhalten konnte. Alle Kataloge haben sich zudem erhalten. Der Alphabetische Katalog diente als Grundlage für den Zentralkatalog, der wiederum das Fundament des heutigen hbz darstellt.

Hentzschel:

Hat die USB denn große Verluste erlitten? In Münster ist das Gebäude fast vollständig zerstört worden und die Bücher, die nicht verbrannten, wurden vom Hochwasser zerstört. Ist das Bibliotheksgebäude zerstört worden?

Hoffrath:

Corsten hatte die Bestände in 17 unterschiedlichen Auslagerungsorten untergebracht. Bis Würzburg waren die Bestände ausgelagert. Die Bibliothek wurde von Barach am Rhein verwaltet. Insgesamt sind nur 3000 bei Nutzern befindliche Bände durch Bombenangriffe zerstört worden. Das Hauptgebäude der Universität hat ein paar Treffer abbekommen, aber im Vergleich zu der Innenstadt hat es sich erhalten. Es ist nie zerbombt worden. Das Schlimmste war aber, dass es in den Kellern noch gelagerte Bestände gegeben hat, die in der Zeit nach 1942 ins Haus gekommen sind und nicht mehr ausgelagert werden konnten. In den Kellern ist Wasser eingedrungen. Das ist z.B. ein Problem, mit dem die Richter-Bibliothek zu tun hat, denn die ist 1942 nach Köln gekommen. Meiner Vermutung nach, ist sie in den Kellern untergebracht worden, da die Bücher teilweise Wasserschäden und neue Einbände aufweisen.

Hentzschel:

Wie kam es zu der Aufarbeitung der Richter-Bibliothek?

Hoffrath:

Die Richter-Bibliothek war nie unbekannt in Köln, allerdings wurde sie erst mit Beginn der NS-Provenienzforschung aus einem anderen Blickwinkel betrachtet. Ich hatte die Gelegenheit im Jahr 2005 auf dem Bibliothekartag in Düsseldorf eine Veranstaltung zur NS-Provenienzforschung zu besuchen und bin so auf dieses Thema aufmerksam geworden. Ich habe mir sofort gedacht, dass Raubgut in Köln vorhanden sein muss. Immerhin lag es nahe, dass sie als Depot für beschlagnahmte Literatur fungiert hatte. Mein erstes Raubgut habe ich dann gleich am nächsten Tag gefunden. Es handelte sich dabei um das Gewerkschaftsbuch.

Hentzschel:

Am nächsten Tag konnten Sie das erste Raubgut finden? Warum ging das so schnell?

Hoffrath:

Dazu bin ich ins Magazin gegangen und habe bei Büchern angefangen zu suchen, die nach der alten fachspezifischen Aufstellung sortiert sind. Heute wird ja nach dem Numerus Currens aufgestellt.

Ich habe mir gedacht, dass bei den deutschen Schriftstellern, deren Werke verbrannt worden waren, Raubgut zu finden sei. Unter „M“ wie Familie Mann habe ich nach vielleicht fünf Minuten das Buch „Heinrich Mann: Flöten und Dolche. Novellen. Berlin“ mit dem DAF-Stempel gefunden. Überstempelt war die Provenienz „Freie Gewerkschaften Köln“; ein klassischer Raubgutfall. Der vormalige Stempel war fast vollständig bedeckt, doch einen Stempel hatte man vergessen. So konnte der Vorbesitzer bestimmt werden. Wie es weiterging, haben Sie ja in dem Bericht gelesen. Ich bin dann sofort zur Direktion und habe von meinem Fund berichtet. Danach wurde mir die Richter-Akte gegeben.

Hentzschel:

In dem Bestand werden sich doch sicher noch Bücher mit Arbeiterprovenienz finden lassen?

Hoffrath:

Davon gehe ich aus. Ich habe auch noch weitere Arbeiterbibliotheksbücher gefunden, die aber noch nicht restituiert werden können. Kirchenbibliotheksbücher habe ich zuletzt bearbeitet. Ich hatte in der letzten Zeit allerdings viele andere Aufgaben zu erledigen, sodass die NS-Provenienzforschung etwas zu kurz gekommen ist.

Anmerkung:

Es folgte an dieser Stelle ein sehr ausführliches Gespräch über die Richter-Bibliothek, dass jedoch hier nicht wiedergegeben ist, da der Autor sich bei der Erarbeitung der Kapitel auf die Publikation „Bücherspuren“ und einen Artikel in der Zeitschrift „Bibliothek Forschung und Praxis“ stützen konnte. Lediglich eine Schlussfrage floss in die Bearbeitung ein und wird hier aufgeführt.

Hentzschel:

Wie wird es jetzt mit der Richter-Bibliothek weitergehen?

Hoffrath:

Das Projekt Richter ist größtenteils abgeschlossen. Was noch aussteht ist die Restitution und die Dokumentation. Solange jedoch keine rechtmäßigen Erben gefunden werden, verbleibt die Bibliothek erst einmal in der USB. Allerdings erreichen mich noch immer Meldungen aus anderen Bibliotheken, in denen Richter-Bücher gefunden wurden. Nach Möglichkeit sollen diese natürlich in der „Virtuellen Bibliothek“ aufgenommen werden, um die Bibliothek wenigstens digital wieder zu vervollständigen.

Hentzschel:

Wie wird die NS-Provenienzforschung in Zukunft fortgesetzt? Sie hatten bereits erwähnt, dass andere Aufgaben momentan sehr wenig Zeit dafür lassen?

Hoffrath:

Das stimmt. Meine Hauptaufgabe ist die Sammlungscoordination. Sammlungscoordination geht vom Ausgangspunkt, dass die Sachen noch im Regal bei demjenigen stehen, der sie uns gibt, bis

zur fertigen Ausstellung. Dazu gehört jede erdenklichen Aufgaben, wie die Erstellung der Ausstellungen, Bilder oder die Ausarbeitung von Artikeln. Wir machen in diesem Büro alles selber, z.B. pflegen wir die Homepage, katalogisieren, machen EDV, ZDB etc. Die Hauptaufgabe ist eigentlich, die 150 Institutsbibliotheken zu betreuen. Das ist natürlich viel Arbeit.

Hentzschel:

Könnten Sie pauschal sagen, wie viele Stunden Sie in der Woche auf die NS-Provenienzforschung verwenden oder ist das abhängig vom Alltagsgeschäft?

Hoffrath:

Ja, das muss man so sagen. Es ist davon abhängig. Zur NS-Provenienzforschung kam ich daher letztes Jahr so gut wie gar nicht. Eine direkte Stundenzahl zu nennen, ist somit nicht möglich. Dieses Jahr habe ich mir fest vorgenommen, weiter an der NS-Provenienzforschung zu arbeiten.

Hentzschel:

Was steht denn momentan an Funden aus?

Hoffrath:

Zurzeit beschäftige ich mich mit den Büchern aus kirchlichen Institutionen. Dazu habe ich einige Bände gefunden. Bücher aus der „Bücherei Sankt Augustin Siegburg“ habe ich aus einem Institut zurückgeholt. Die sind von der Gestapo beschlagnahmt worden; das gesamte Gelände, wie auch Flugplatz, Hangelar etc. wurde vom Militär beschlagnahmt worden. Corsten wurde angerufen, sowas lief ja dann auch über die Oberfinanzdirektion, und unterrichtet, dass Bücher in einem Hangar lagerten. Der Direktor hat dann Leute hingeschickt, die dann die Reste geholt haben, bevor die Bücher weggeschmissen wurden.

Da das Kloster heute noch besteht, habe ich Kontakt mit dem Bibliothekar aufgenommen und ihm gesagt, dass wir gerne die Bücher zurückgegeben würden. Momentan besprechen wir die Details der Rückgabe. Insgesamt sind es vier Stück, die an die Steyler Missionare zurückgehen.

Dann habe ich noch ein Buch aus Bonn mit dem Stempel „Missionsbibliothek der Jesuiten Bonn“ gefunden. Es wurde 1943 als „Geschenk“ inventarisiert. Der Fall ist natürlich klar.

Ein anderes Buch habe ich aus dem Verkehr gezogen. Es enthält ein Exlibris mit dem Namen „G.T. Wertheimer“; wir haben den Namenszug „Trude Wertheimer“ noch ermittelt. Es kann ein jüdischer Name sein, die Suche über die Provenienz-Liste oder die Yad Vashem-Datenbank brachte jedoch kein genaues Ergebnis. Der Name ist seitenweise zu finden. Es lässt sich leider nicht klären, sodass wir warten müssen. Ärgerlich ist nur, dass das Buch 2004 als Geschenk ins Haus gekommen ist und niemand der Mitarbeiter aufgeschrieben hat, wie der Name des Sponsors war. Es ließ sich nur noch rekonstruieren, dass eine Benutzerin den Band über die Rückgabebethke geschenkt hat. Wir hätten bei der Person nachfragen können, wer Trude Wertheimer war. Es war ja keine böse Absicht, aber so hätten wir vielleicht einen nützlichen Hinweis erhalten. Das Bewusstsein muss geweckt sein, daher mache ich auch Führungen für das Haus.

Dieser Fall ist ebenfalls für Raubgut typisch. Hier wurde versucht, die Stempel des „Deutsch-Israelischen Gemeindebundes“ zu ätzen. Das Buch wurde von dem jüdischen Möbellieferanten Marcus gespendet. Das Unternehmen wurde arisiert und die Sachen 1938 in Köln versteigert. Das Buch geht an die jüdische Gemeinde in Berlin zurück. Ich hatte beim Centrum Judaicum nachgefragt und hoffe, dass ich das nächste Jahr nach Berlin fahren und es restituieren kann.

Wichtig ist jetzt die umfassende Dokumentation. In den Verbünden HBZ und Bayern ist die Provenienzverzeichnis leider noch nicht so weit fortgeschritten wie z.B. im GBV. In NRW

haben wir noch nicht so eine Verbundlösung, sodass hier etwas geschehen muss. Also müssen wir versuchen, wenigstens im eigenen Onlinekatalog zu verzeichnen.

Hentzschel:

Werden neben dieser Aufgabe noch andere NS-Provenienzprojekte bearbeitet?

Hoffrath:

Es ist zwar noch kein Zeitpunkt festgesetzt, doch es ist geplant ein großes NS-Provenienzprojekt bei der Arbeitsstelle für Provenienzforschung in Berlin zu beantragen, damit der ganze Altbestand kontrolliert werden kann. Dies wird dann über die Autopsie geschehen, da die Akzessionsjournale, ich hatte es schon erwähnt, bis 1948 nicht mehr erhalten sind.

Hentzschel:

Damit sind meine Fragen beantwortet. Vielen Dank für Ihre Zeit und das ausführliche Gespräch.

Hiermit versichere ich, die Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als
die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt zu haben.

Ochtrup, den 01.02.2013

Jan-Philipp Hentzschel